Donnerstag, 26. Juni 1986 - D ***
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 145 - 26. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A
Belgien 38,00 bfr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 2500 L. Jugoslawien 560,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 8,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 150 Esc. Schweden 8,00 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei 750 TL.





Live in 162 Ländern

Erinnerung an ein großes Halbfinale: Deutschland gegen Frankreich 1982; Fischer erzielte das 3:3 (links Platini), Deutschland gewann im Elfmeterschießen. Das Spiel beider Mannschaften in Mexiko sahen gestern nach ersten Hochrechnungen 800 Millionen Menschen, es wurde in 162 (von 193) Ländern live im Fernsehen übertragen. (S. 11 u. 12)

POLITIK

Israel: Die Armee ist darauf vorbereitet, einen syrischen Überraschungsangriff auf die annektierten Golan-Höhen abzuwehren. Gerüchte sprechen von einem möglichen „Blitzangriff".

Posen: Papst Johannes Paul II. hat zum 30. Jahrestag des blutig niedergeschlagenen Arbeiteraufstandes von Posen der Toten vom Juni 1956 gedacht und gemahnt, die Opfer nicht zu vergessen.

China: Der jahrelang verfemte chinesische Romancier Wang Meng wird neuer Kulturminister in Peking. Der Reformer war 1957 in Ungnade gefallen. Erst 1979 wurde er rehabilitiert.

Abgas: Noch in dieser Woche will Bayern im Bundesrat die Abschaffung der Abgas-Sonderuntersuchung (ASU) in der jetzigen Form beantragen. Plädiert wird für ein vereinfachtes Verfahren.

Heute in der WELT

Der Mensch und die Apparate

Verliert die Medizin über dem zunehmenden Einsatz moderner Technik den Menschen aus dem Auge? Bleibt die ärztliche Zuwendung für den Patienten auf der Strecke? Eine Schwerpunktseite beleuchtet das Thema „Apparate-Medizin" von seinen verschiedenen Seiten. Seite 8

Staatsanwalt contra FDP-Forderung

Als graue Theorie hat der leitende Oberstaatsanwalt in Itzehoe, *Hans-Dieter Räfler*, die FDP-Forderung zurückgewiesen, bei Demonstrationen Staatsanwälte „vor Ort" zu schikken. Es sei fraglich, ob Staatsanwälte die Beweissicherung besser vornehmen könnten als Polizeiverbände. Seite 4.

Morgen in der WELT

Terroristen und Atomwaffen

Die Gefahr, daß Terroristen in den Besitz von Atomwaffen gelangen, hat zu einer neuen Bewegung in der amerikanischen und sowjetischen Außenpolitik geführt. Die beiden Weltmächte verhandeln in Genf über gemeinsame Maßnahmen. Über sensationelle Hintergründe berichtet Professor Walter Laqueur aus Washington in einem WELT-Interview.

WIRTSCHAFT

Sozialbericht: In absehbarer Zeit gibt es keine einschneidenden Veränderungen in der Renten- und der gesetzlichen Krankenversicherung. Die Bundesregierung will an den bisherigen sozialpolitischen Grundsätzen festhalten und sich auf keine Systemveränderung einlassen, unterstreicht der vom Kabinett verabschiedete Sozialbericht 1986. (S. 15)

Börse: Bei schleppendem Geschäft und fehlenden Aufträgen sanken die Kurse an den Aktienmärkten durchweg. Der Rentenmarkt war freundlich. WELT-Aktienindex 273,56 (274,08). BHF Rentenindex 106,528 (106,415). BHF Performance Index 104,729 (104,589). Dollarmittelkurs 2,2181 (2,2289) Mark. Goldpreis pro Feinunze 344,15 (6342,00) Dollar.

Aktienindex der WELT
31.12.1964=100
280
270
260
11. 12. 13. 16. 18. 19. 20. 23. 24. 25.
Juni '86
DIE WELT

KULTUR

„Orlando": Ein geplünderter Ariost bei den Händelfestspielen in Karlsruhe: Kaum erfrischende Kühle. (S. 25)

Lüpertz: Der Berliner Kunstverein ordnete alle Skulpturen des Meisters zu einem stoischen Defileé in der Orangerie. (S. 24)

SPORT

Schwimmen: Matt Biondi hat den Weltrekord über 100 Meter Freistil um 0,21 Sekunden auf 48,74 Sekunden verbessert. (S. 13)

Tennis: Claudia Kohde (gegen E. Inoue) und Bettina Bunge (gegen B. Fernandez) erreichten gestern in Wimbledon die 2. Runde. (S. 13)

AUS ALLER WELT

Liberty: Sie ist 100 Jahre alt, 100 Meter hoch und wie neu. Dieses Wunder immergrüner Jugendfrische heißt Freiheitsstatue. (S. 26)

Aktiv: Konzerte im Biergarten, in der „Musik-Tram" – Essen versucht, auf neuen Wegen für moderne Musik zu werben. (S. 26)



London will die EG-Partner von Sanktionen abbringen

Südafrika zentrales Gipfel-Thema / Howe zur WELT: Aktivismus für Europa

gtm./DW. London

Die britische Regierung unternimmt bei dem heute beginnenden Gipfeltreffen der EG noch einmal den Versuch, die Partner im *Fall* Südafrika auf eine Verhandlungslösung festzulegen und von Wirtschaftssanktionen abzusehen. Premierministerin Margaret Thatcher erklärte vor dem Unterhaus, sie wolle sich auf dem Gipfel dafür einsetzen, Veränderungen durch Verhandlungen zwischen der südafrikanischen Regierung und Vertretern der schwarzen Bevölkerung herbeizuführen.

Wie gestern in London verlautete, wird Außenminister Sir Geoffrey Howe in Den Haag vorschlagen, eine Außenminister-Delegation nach Pretoria zu entsenden, um dort die Möglichkeiten für eine Lösung des Apartheid-Konflikts zu sondieren. Er sei zu einer Beteiligung an einer solchen Mission bereit. Als weitere Teilnehmer nannte er seine Kollegen aus den Niederlanden und Belgien.

Die nach wie vor ablehnende Haltung Londons zu Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika wurde auch in dem Gespräch deutlich, das die Staatssekretärin im Außenministerium Lynda Chalker mit dem Generalsekretär des „Afrikanischen Nationalkongresses" (ANC), Oliver Tambo, am Dienstagabend geführt hatte. Während der knapp einstündigen Unterredung, die auf dem rechten Flügel der Konservativen zu scharfer Kritik geführt hatte, machte die Staatssekretärin ihrem Gesprächspartner deutlich, daß die Begegnung keine Anerkennung des ANC durch London bedeute.

SEITE 7:
Wortlaut des Interviews

Sowohl Frau Chalker als auch Tambo nannten das Treffen nützlich, auch wenn es weder die britische Position noch die des ANC geändert habe. Die Staatssekretärin hatte bei dem Gespräch vergeblich versucht, den ANC-Führer zum Gewaltverzicht in Südafrika zu bewegen.

In einem späteren Treffen mit 30 *Tory-Abgeordneten erklärte* Tambo: „Die echte Lösung der Gewaltfrage liegt in der Abschaffung des Gewaltsystems, in dem wir leben."

Die Schlüsselposition der britischen Regierung im Tauziehen um die Zukunft Südafrikas wird in diesen Tagen auch daran deutlich, daß jede Seite in dem Konflikt einen Repräsentanten nach London entsandt hat, um für ihre Sache zu werben. Neben Tambo hält sich dort auch der südafrikanische Pfarrer Allan Boesak, einer der prominentesten Regimegegner, auf. Der letzte weiße Regierungschef des früheren Rhodesien, Ian Smith, warnte in der britischen Hauptstadt vor Wirtschaftssanktionen, da sie für Zimbabwe unübersehbare Folgen haben könnten.

Mit Blick auf den EG-Gipfel hat der britische Außenminister die Partner in der Gemeinschaft aufgerufen, vom „Europa-Pessimismus zum Europa-Aktivismus" überzuwechseln. In einem Interview der WELT räumte Howe ein, daß dies auf einigen Gebieten bereits geschehen sei. Bei der Etablierung eines gemeinsamen internen Marktes seien zwar alle Mitglieder ungeduldig und erwarteten schnellere Fortschritte, doch seien alle „froh darüber, daß seine Einführung nun für 1992 als Ziel akzeptiert wurde".

DER KOMMENTAR

Einmischung

FRITZ WIRTH

Wenige Stunden vor der Nicaragua-Abstimmung im amerikanischen Kongreß glaubten Hans-Jürgen Wischnewski und drei der deutschen Studenten, die er aus den Händen der „Contras" *befreien half, guten Rat für amerikanische* Politiker und Bürger zur Hand zu haben. Die geplante Finanzhilfe von 100 Millionen Dollar an die „Contras" diene zur Finanzierung terroristischer Methoden, sagte er und solle abgelehnt werden. Die drei Studenten, die eigens nach Washington eingeflogen worden waren, drückten es noch direkter aus: „Wir appellieren an die Bürger der USA, die Finanzierung der ‚Contra'-Terroristen einzustellen."

Wenn Wischnewski und die drei Studenten glauben sollten, einen wirksamen politischen Coup gelandet zu haben – diese plumpe Art, auf politische Entscheidungsprozesse in den USA Einfluß zu nehmen, ist das letzte, was in Washington Wirkung zeigt. Auf diese Art der Einmischung reagiert man empfindlich auf dem Capitol. Man bedarf dort keiner ausländischen Souffleure vor einer Abstimmung.

Abgesehen davon geht ihr Rat ins Leere. Es geht nicht mehr darum, ob die „Contras" von den USA Finanzhilfe von 100 Millionen Dollar erhalten, es geht um den Verwendungszweck dieser Gelder – ob sie für militärische *oder rein humanitäre Hilfe* bestimmt sein sollen.

Stattdessen forderte Wischnewski kürzlich, die Entwicklungshilfe für das Sandinisten-Regime wieder aufzunehmen, dem sein einstiger Parteifreund Martin Kriele nach Studien vor Ort das Etikett einer „Tyrannei" verlieh und dessen unterdrückerische Gewaltmethoden in den USA von niemandem, auch von den Gegnern Reagans nicht, in Zweifel gezogen werden.

Wer also Hilfe für ein Gewalt-Regime und den Boykott gegen die Widerstandskämpfer – so umstritten zuweilen deren Kampfmethoden sein mögen – fordert, entzieht sich selbst die Plattform der Glaubwürdigkeit, von der aus er dem amerikanischen Kongreß überflüssige Ratschläge erteilt. Der unerbetene Ratgeber Wischnewski war mit der Intervention in der amerikanischen Politik nicht gut beraten.

In Moskau übt Rau Kritik an Bonn

Uneinigkeit der Bundesregierung in der Außenpolitik beklagt / Zwei Stunden bei Gorbatschow

RMB/DW. Moskau

Der SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau stellt seinen Besuch in Moskau, bei dem er gestern auch mit Generalsekretär Gorbatschow zusammentraf, offenbar ganz in den Dienst seines Bundestagswahlkampfes. Gleich nach seiner Ankunft in der sowjetischen Hauptstadt erklärte Rau in einem Pressegespräch, daß eine entscheidende Verbesserung der *deutsch-sowjetischen* Beziehungen erst nach einem Sieg der Sozialdemokraten bei der Wahl im Januar nächsten Jahres eintreten werde.

In der deutschen Außenpolitik, so Rau, gebe es derzeit Außenminister Hans-Dietrich Genscher, den bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß und das Schweigen von Bundeskanzler Kohl zu beiden. Damit sei die Bundesrepublik außenpolitisch nicht gerade hervorragend vertreten.

Schon die Zusammensetzung der Delegation von Rau in Moskau macht deutlich, daß sich der nordrhein-westfälische Ministerpräsident mitten im Wahlkampf befindet. So nehmen einige Journalisten aus der Bundesrepublik als „Sonderbegleitung", wie es im Programm heißt, direkt an Raus Gesprächen mit hochrangigen sowjetischen Politikern teil – eine in normalen Zeiten völlig unübliche Praxis.

Der Empfang durch Parteichef Michail Gorbatschow gestern mittag war ausgesprochen freundlich. Der *Kreml-Chef begrüßte seinen Gast* mit den Worten: „Wir haben uns lange nicht gesehen." Rau entgegnete darauf, daß man sich ja immerhin vor neun Monaten zuletzt gesehen habe. Die Unterredung dauerte insgesamt zwei Stunden.

Der SPD-Kanzlerkandidat war zunächst am Morgen mit dem Ministerpräsidenten der Russischen Sowjetrepublik, Witali Worotnikow, zusammengetroffen, auf dessen Einladung sich Rau in Moskau aufhält. Wie im Anschluß an den rund eineinhalbstündigen Meinungsaustausch mitgeteilt wurde, waren sich beide Seiten in der Einschätzung einig, daß im Bereich der friedlichen Nutzung der Kernenergie die internationale Zusammenarbeit verstärkt werden müsse, um deren Risiken zu verrringern. Die Tragödie von Tschernobyl habe deutlich gemacht, was es bedeute, wenn die Kernenergie außer Kontrolle gerate. Worotnikow zeigte sich aber davon überzeugt, daß das Reaktorunglück keine Gefahr für die Gesundheit von Menschen im Westen heraufbeschworen habe.

Rau stellte die Position seiner Partei dar, die bereits 1984 auf einen Ausstieg aus der Kernenergie gedrungen habe. Nachdem jedoch Staaten wie die Sowjetunion und Frankreich hier einen anderen Weg eingeschlagen hätten, müsse man davon ausgehen, daß es noch auf Jahrzehnte hinaus Kernkraftwerke geben werde.

Heute eröffnet der Ministerpräsident in Moskau die Leistungsschau „Menschen und Technik in Nordrhein-Westfalen". Sie ist mit einer Fläche von knapp 19 000 Quadratmetern die größte westliche Ausstellung in der UdSSR.

Handelsabkommen Schweden–„DDR"

G.M. Bonn

Schweden und die „DDR" intensivieren ihre Handelsbeziehungen: Beide Länder werden ein entsprechendes Abkommen heute unterschreiben. Der „DDR"-Staatsratsvorsitzende Erich Honecker, der zu einer dreitägigen Visite in Stockholm eingetroffen ist, erwidert den Besuch Olof Palmes vor zwei Jahren in Mitteldeutschland. In den Gesprächen wollen die Schweden eine Entschädigungsregelung für nach dem Krieg von der „DDR" enteignetes schwedisches Vermögen durchsetzen.

Posser droht Bonn mit Forderungen

DW. Düsseldorf

Als ein „epochemachendes Urteil" hat der nordrhein-westfälische Finanzminister Diether Posser, den Spruch des Bundesverfassungsgerichts in Karlsruhe zum Länderfinanzausgleich bezeichnet. Posser kündigte an, die Sonderzahlungen an den Steinkohle-Bergbau – etwa eine Milliarde Mark jährlich – auf den Bund abzuwälzen. Als eine weitere Einnahmemöglichkeit stünden den Ländern 270 Millionen Mark aus der Heizölsteuer zu, meinte der NRW-Finanzminister.

Private schießen Satelliten ins All

DW. Frankfurt

Ein luxemburgisches Bankenkonsortium und einige skandinavische Firmen wollen im Frühjahr 1987 den ersten privaten Fernsehsatelliten „Astra" in den Weltraum schießen. Der Satellit, der damit zur gleichen Zeit wie der deutsche TV-Sat in seine Umlaufbahn gebracht werden soll, hat eine Kapazität von 16 Kanälen. „Astra" soll in fast ganz Europa mit einer Parabolantenne von 85 Zentimetern Durchmessern empfangen werden können.

Aufträge an Briten für SDI

DW. Washington

Großbritannien hat die ersten größeren, von den USA ans Ausland vergebenen Aufträge für Forschungsarbeiten an einer Raketenabwehr im Weltraum (SDI) erhalten. Zu den Aufträgen in Höhe von 14,2 Millionen Dollar gehören auch Studien über einen Plan, Westeuropa vor Atomraketen zu schützen. Der Streitkräfteausschuß des US-Repräsentantenhauses hat von den angeforderten 5,4 Milliarden Dollar für SDI im Finanzjahr 1987 nur 3,4 Milliarden bewilligt.

Wischnewski stützt Reagans Gegner

Der SPD-Politiker appelliert an den Kongreß: Nein zu *Hilfsprogramm* für die Contras

DW. Bonn

Wenige Stunden vor der Entscheidung des amerikanischen Kongresses über das von Präsident Reagan gewünschte Hilfsprogramm für die Contras in Nicaragua hat sich der SPD-Politiker Hans-Jürgen Wischnewski mit den Gegnern dieser Vorlage solidarisiert: Wischnewski appellierte an die Abgeordneten, den Antrag Reagans nicht zu billigen.

Der frühere sozialdemokratische Bundesminister war als „Vermittler" aufgetreten, als die gegen die Sandinisten in Managua kämpfenden Contras acht Deutsche drei Wochen lang in ihrer Gewalt hielten. In einem Gespräch mit der Deutschen Presseagentur meinte Wischnewski, die Contras wendeten terroristische Methoden an. Die von Reagan beabsichtigte Hilfe für diese Gruppe diene der Fortsetzung des Krieges und nicht dem Frieden. Alle lateinamerikanischen Staaten und die Europäische Gemeinschaft hätten sich dagegen ausgesprochen.

Bei der Rückkehr von seiner Vermittlungsaktion in Nicaragua hatte Wischnewski sich äußerst positiv über die Zusammenarbeit mit den Sandinisten bei der Freilassung der „Aufbauhelfer" geäußert. Er vertrat die Auffassung, es sei jetzt an der Zeit, daß die Bundesrepublik Deutschland die Entwicklungshilfe an Managua wieder aufnehme. Wischnewski *bezog sich dabei auch auf* einen Brief von Bundeskanzler Kohl an den nicaraguanischen Präsidenten Ortega, in dem Kohl erklärt hatte, der Entführungsfall könne Auswirkungen auf die beiderseitigen Beziehungen haben.

Gestern widersprach Wischnewski dem Leiter der Lateinamerika-Abteilung im US-Außenministerium, Elliot Abrams, der in einem WELT-Interview gesagt hatte, die Contras hätten die Deutschen gar nicht festhalten wollen, eine frühzeitige Freilassung sei von der sandinistischen Regierung verhindert worden. Der SPD-Politiker hielt Abrams entgegen, daß die Entführer Forderungen gestellt hätten, um die Bundesregierung zu erpressen. So hätten sie verlangt, Bonn müsse die Garantie dafür übernehmen, daß ein bestimmtes Gebiet in Nicaragua, wo die Opfer freigelassen würden, von der dortigen Regierung völlig geräumt werde. Ferner sei zunächst gefordert worden, die Bundesregierung müsse sie schriftlich von der Verantwortung für die Entführung freistellen. Dies alles, so Wischnewski, zeige, daß die Darstellung von Abrams nicht der Wahrheit entspreche. Die Amerikaner hätten auch vier verschiedene Versionen darüber gegeben, ob die acht Deutschen bewaffnet oder sonst wie mit der sandinistischen Armee verbunden gewesen seien. Mittlerweile sei bekannt, daß dies nicht den Tatsachen entspreche.

Abrams hatte in der WELT erklärt, daß Washington die sogenannten landwirtschaftlichen Kooperativen in Nicaragua, auf denen auch die deutschen „Aufbauhelfer" arbeiteten, als „militärische Stellungen" betrachte. (WELT vom 24.6.)

PEN-Kongreß im Dauerstreit

P. F. R. Hamburg

Deutsch-deutsche Auseinandersetzungen prägten auch gestern den Hamburger PEN-Kongreß. Der Präsident des PEN-Zentrums der „DDR", Heinz Kamnitzer, appellierte an die Autoren, sich stärker für den Frieden zu engagieren und insbesondere darzustellen, welch „großes Geschäft für die Brieftasche" die Aufrüstung sei. Wolf Biermann nannte daraufhin Kamnitzer einen „Heuchler" mit „pfäffischem Ton".

Seite 25: Zeitlos bleibt der Mensch

WELT-Report: NRW stellt sich vor

K.B. Bonn

Kohle und Stahl prägten Nordrhein-Westfalen seit Generationen. Im 40. Jahr seiner Gründung setzt das Land verstärkt auf neue Technologien. Bei der Modernisierung stehen die Spitzenforschung und die Nutzung des unternehmerischen Potentials im Vordergrund. In einem farbigen Report beschreibt die WELT die Vielfalt des bevölkerungsreichsten Bundeslandes: Energiewirtschaft und Museen, Mode und Messen, High-Tech und ländliche Idylle.

FDP gegen neue Leopard-Panzer

rmc. Bonn

Die Beschaffung von 150 Leopard-2-Panzern für das Heer ist im Verteidigungsausschuß des Bundestages nicht von allen Abgeordneten der Regierungskoalition befürwortet worden. Der FDP-Abgeordnete Olaf Feldmann stimmte gegen das Projekt. Trotzdem war es mit 14 Ja- gegen 10 Nein-Stimmen nicht gefährdet. Feldmann begründete seine Ablehnung mit großem Unverständnis dafür, daß durch stark gesunkene Treibstoffkosten und günstigeren Dollarkurs eingesparte Gelder im Verteidigungsetat zwar für Waffenbeschaffungen ausgegeben werden, die Verbesserung der sozialen Lage der Soldaten aber nicht gleichzeitig in Angriff genommen werde. Der FDP-Abgeordnete mahnte in einer Erklärung dafür 85 Millionen Mark an, davon 74 für die Arbeitslosenversicherung von Zeitsoldaten und weitere 11 Millionen für die Unterhaltssicherung.

Belgrad: KP gibt Probleme zu

cgs. Belgrad

Jugoslawiens Parteichef Vidoje Zarkovic erkennt neben unbestreitbaren Errungenschaften auch schwere wirtschaftliche und soziale Schwierigkeiten in seinem Land. Wie Zarkovic am Mittwoch auf dem 13. Parteikongreß der kommunistischen Partei *Jugoslawiens erklärte, sind innerhalb* der jugoslawischen KP in letzter Zeit Einflüsse der bürgerlich-liberalen Ideologie aufgetreten. Es sei aber eine Forderung des toten Parteichefs Tito, daß es innerhalb der KP keinerlei politischen und ideologischen Pluralismus geben dürfte.

Als gefährlichste kontrarevolutionäre Kraft bezeichnete Zarkovic den Nationalismus. In jüngster Vergangenheit war es in dem Vielvölkerstaat zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen verfeindeten Serben und Albanern gekommen. Gesicherte soziale Werte und Normen seien heute verletzt.

Seite 3: Ein Land befreit sich

Perus Staatschef beschuldigt Polizei

DW. Lima

Der peruanische Staatschef Garcia hat schwere Vorwürfe gegen die „Republikanergarde" seines Landes erhoben. Das paramilitärische Polizeikorps soll zwischen 30 und 40 Meuterer in dem Gefängnis Luringancho erschossen haben, nachdem sich die *Gefangenen ergeben* hatten. Garcia sagte, die Beteiligten würden inhaftiert und vor Gericht gestellt. Bei der Niederschlagung der Gefängnisrevolten von mutmaßlichen Guerrilleros kamen nach offiziellen Angaben mindestens 250 Menschen ums Leben; andere sprechen von bis zu 350 Toten. Die Streitkräfte Perus sprach der Staatschef von Vorwürfen frei.

Der Präsident der Sozialistischen Internationale (SI), Willy Brandt, hat seine Entscheidung verteidigt, den SI-Kongreß in Lima trotz des Massakers in den Gefängnissen fortzusetzen. Brandt sagte, er sei nicht „einer, der wegläuft, wenn es schwierig wird".

Warschau verstärkt den Druck auf die Opposition

Vorwurf der Terroristenausbildung gegen westliche Geheimdienste

DW. Bonn

Wenige Tage vor dem X. Parteitag der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, dem ersten seit der Verhängung des Kriegsrechts 1981, der am 29. Juni eröffnet werden soll, hat Polen massive Vorwürfe gegen westliche Geheimdienste erhoben. In einem Interview mit der amtlichen Nachrichtenagentur PAP erklärte der stellvertretende Innenminister, General Wladyslaw Pozoga, mehrere NATO-Staaten hätten Zentren eingerichtet, um Untergrundkämpfer für Angriffe auf polnische Ziele im Ausland und für Sabotageakte innerhalb Polens auszubilden. Eine Gruppe werde bei München unterwiesen. Ein weiteres Zentrum sei im vergangenen Jahr im amerikanischen Bundesstaat New Jersey geschaffen worden. Zudem seien Versuche festgestellt worden, „den Untergrund mit aller Art terroristischer Ausrüstung" zu beliefern, unter anderem mit Sprengstoff, Zündern, Schußwaffen und Reizgaz.

Pozoga erklärte weiter, Entscheidungsträger des Nordatlantikpakts und besonders in Washington räumten der Destabilisierung der Lage in Polen hohen Wert ein. Dem Arbeiterführer Lech Walesa warf Pozoga vor, sich „bei der westlichen Finanzierung von ‚Solidarität' auf einen Handel eingelassen zu haben".

Die Veröffentlichung des Interviews Pozogas erfolgte am selben Tag, an dem Lech Walesa drei Stunden lang über seine Beziehungen zum Führer der Untergrund-„Solidarität", *Zbigniew Bujak, sowie zu dem* amerikansichen Diplomaten Stephen Mull verhört wurde. Mull wird von den polnischen Behörden als Verbindungsmann eines polnischen Spions bezeichnet. Ebenfalls am Dienstag wurde der Berater Walesas, der Historiker Geremek, erneut im Zusammenhang mit der Verhaftung Bujaks am 31. Mai vernommen. Auch der Bürgerrechtler und Gründer des „Komitees für gesellschaftliche Selbstverteidigung", Jacek Kuron, wurde am Dienstag erneut verhört.

Die USA haben inzwischen die Vorwürfe der polnischen Regierung als absurd bezeichnet.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Die schiere Masse

Von Eberhard Nitschke

Während in Bonn zwischen den Koalitionspartnern um ein verschärftes Asylverfahrensrecht gerungen wird, das Mißstände abstellt, sitzen Dutzende von Bürgermeistern ratlos im Rathaus, weil sie mit dem ihnen zugedachten Teil des Asylantenstroms nicht mehr fertig werden können. Sie müssen sich schlecht vertreten vorkommen, wenn sie zusehen müssen, wie man jetzt die Forderungen der Mehrheit des Bundesrates vom Juni 1985 auseinandernimmt, um zu einer Einigung zwischen den Parteien zu kommen.

Denn schon damals hieß es, daß die Unterbringungsmöglichkeiten in den Ländern „erschöpft", die Kommunen „stark belastet" seien – und die schiere Masse die Aufnahme der wirklich Verfolgten beeinträchtige. Schließlich, so hieß es damals aus dem Bundesrat warnend, werde durch all das eine „Tendenz gefördert, bei der deutschen Bevölkerung eine den Ausländern gegenüber ablehnende Haltung zu erwecken".

Dieses Argument muß sich die FDP vorhalten lassen, weil sie in den Rathäusern offenbar nicht oft genug vertreten ist, um die Lage vor Ort mitzubekommen. Sie schlägt weitere Bewegungs-Freiheiten für Asylbewerber vor und verharmlost ihre Zahl, obwohl sich der Zustrom mit statistisch erfaßten 73 832 im Jahre 1985 gegenüber dem Vorjahr verdoppelt hat, und das Statistische Bundesamt einen weiteren Anstieg ankündigt.

Artikel 16 Absatz 2 Satz 2 des Grundgesetzes gewährt politisch Verfolgten einen Rechtsanspruch auf Asyl. Eine Verfassungsänderung ist außer jeder Diskussion. Es kommt daher darauf an, dieses weltweit einmalige Recht sorgfältig zu schützen und vor Mißbrauch zu bewahren. Mit allgemeinen Parolen von Nächstenliebe kommt man da nicht weiter, das haben die meisten Politiker in verantwortlicher Stellung erkannt.

Es leben auch nicht nur rund 63 000 anerkannte politische Flüchtlinge in der Bundesrepublik, sondern dazu rund 150 000 ihrer Familienangehörigen, plus etwa 250 000 de-facto-Flüchtlinge, die keinen Antrag stellten, aber auch nicht abgeschoben werden. Angesichts dieser Zahlen verblaßt so mancher Vorwurf, der mehr Liberalität fordert.

Werft unter

Von Jan Brech

Das Gutachten zur Lage der Werftindustrie, das die vier Küstenländer bei dem Institut für Seeverkehrswirtschaft sowie bei der Treuarbeit bestellt haben, ist unmißverständlich klar. Die schon drastisch reduzierten Schiffbaukapazitäten, so stellten die Gutachter fest, müssen um weitere 30 Prozent abgebaut werden. Da dieser Abbau bei den einzelnen Betrieben nicht mehr möglich ist, müssen nun ganze Betriebseinheiten ausscheiden.

Für die deutsche Küste mag dies ein schwerer Schlag sein. Überrascht aber kann niemand sein. Realistisch betrachtet, steht die deutsche Werftindustrie, von einer Handvoll Ausnahmen abgesehen, unmittelbar vor dem Zusammenbruch. Für die auf eine betriebliche Mindestgröße zusammengeschnittenen Kapazitäten fehlen Aufträge, Reserven sind nicht mehr vorhanden, um zur Beschäftigungssicherung Verlustaufträge hereinzuholen. Sobald die noch vorhandenen Bestände abgearbeitet sind – spätestens im Herbst –, stellt sich den Managern die Frage: Nehmen wir den Zylinder und gehen zum Konkursrichter, der versuchen wird, noch einmal Sterbehilfe von der öffentlichen Hand loszueisen?

Das Gutachten ist für die Beantwortung dieser Frage hilfreich. Zum ersten Mal wird klipp und klar festgestellt, daß im Interesse des Erhalts eines lebensfähigen Kerns Betriebsstillegungen notwendig sind. Diese Einsicht sollten sich nun endlich auch die Küstenländer zu eigen machen. Ihre Versuche, ausgeblutete Werften in strukturschwachen Regionen mit finanziellen Spritzen am Leben zu erhalten, sind nicht nur nutzlos, sondern auch schädlich. Sie verlagern die Probleme von einer Region zur anderen.

Die Werftkrise, die seit gut zehn Jahren andauert und neben weltweiten auch hausgemachte Ursachen hat, ist an einem Punkt angelangt, wo nur noch rasches Handeln nutzt. Wenn die Grundsatzentscheidung gilt, daß ein gesunder Kern gerettet werden soll, müssen Bund und Länder Modalitäten festlegen, wie die Struktur geordnet werden kann. Subventionsvergabe nach dem Motto, wer am leistungsunfähigsten ist, bekommt am meisten, bedeutet den Tod aller.

Verschiedene Landmächte

Von Rüdiger Moniac

Die Deutschen haben, von Ausnahmen abgesehen, nie in den Kategorien einer Seemacht denken gelernt. Andere Europäer haben in den Jahrhunderten der Entdeckungsreisen die Welt erkundet; Spanier, Portugiesen, Italiener und Briten. Dies behindert die Deutschen noch heute. Wenn, wie es gegenwärtig geschieht, ein britischer Admiral als stellvertretender Oberster NATO-Oberbefehlshaber Atlantik in Bonner Zirkeln über die Bedeutung der See für das Wohlergehen des Westens und seiner Sicherheit referiert, wird ihm höfliche Aufmerksamkeit zuteil, mehr nicht.

Anders als wir hat eine klassische Landmacht wie die Sowjetunion erkannt, daß die Weltmeere nicht vernachlässigt werden sollten. Admiral Gorschkow gilt als die weitsichtige Figur im Kreml, die in mehr als zwei Jahrzehnten die Flotte zur Weltgeltung aufrüstete. Dank seiner Energie und seines Einflusses müssen kundige Seestrategen im Westen heute der Sowjetunion bescheinigen, daß sie sich – cum grano salis – als ebenbürtig in die Reihe der großen zur See fahrenden Nationen vorgeschoben hat.

Für ihre eigene Existenz braucht aber die Sowjetunion die See nicht. Sie und ihre Verbündeten sind von Einfuhren und damit von Nachschublinien über See nahezu unabhängig. Wenn sie dennoch dermaßen viel Kraft in die Seerüstung steckt, müßte das den Westen alarmieren, denn Moskau scheint besser begriffen zu haben, daß eine hochseefähige Flotte aller Kategorien von Transport über Fischerei, Forschung sowie Fernmelde- und Kriegsmitteln ein entscheidender Baustein zur Vergrößerung des Einflusses ist.

Auch im Binnenmeer der NATO, dem Nordatlantik, wächst die Herausforderung durch die rote Flotte. Aber wenn der britische Vizeadmiral solche Gefährdungen beschreibt, geht das in Bonn nicht unter die Haut. Seine Aussage, für die Erfüllung seiner Aufgaben brauche er eigentlich rund das Doppelte an Kräften, regt niemanden auf. Vor allem mehr Fregatten und Zerstörer, aber auch Minen-Streitkräfte, wenn nicht gar mindestens drei weitere Trägergruppen seien nötig, sagt der Admiral. Wer wird den Deutschen die Augen öffnen?



Sanierungsprogramm am Godesberg KLAUS BÖHLE

Die Zeit nach Godesberg

Von Herbert Kremp

Parteiprogramme sind keine Bestseller. Man reißt sie den Leuten nicht aus der Hand. Zu vergleichen sind sie bestenfalls mit guten Vorsätzen, die man zur Kenntnis nimmt, um dann abzuwarten, was aus ihnen wird.

Ihre Glaubwürdigkeit stößt auf enge Grenzen. Das Godesberger Grundsatzprogramm der Sozialdemokratie beispielsweise befreite die Partei von der ideologischen Rüstung, die sie während der schweren Bismarck-Ära angelegt und später, nach 1891 (Erfurter Programm) und in der Weimarer Republik, mal festgezurrt, mal gelockert hat. Der Marx des strengen Sinnes, die These vom zwangläufigen Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft und der Heraufkunft des sozialistischen Zeitalters, wurde programmatisch erst in der Godesberger Stadthalle eliminiert. Warum so spät und warum ausgerechnet 1959? Offiziell wurde diese Frage nie ehrlich beantwortet, weil eine Partei nicht gerne zugibt, daß ihre Programmatik, ihr Geist, der zeitkonjunkturellen Entwicklung unterworfen ist.

Genau dies ist aber der Fall. Der Erfolg Adenauers und Erhards hatte die traditionsschwere Oppositionspartei nach langen internen Diskussionen darüber belehrt, daß man nur als breite und anpassungsbereite „Volkspartei" in der Lage sein würde, einmal an die Macht zu gelangen. Willy Brandt, der vielgewandte Berliner Regierende Bürgermeister, erschien als der geeignete Exponent, als das neue Gesicht, während Herbert Wehner, der nun bald sein 80. Lebensjahr vollendet, die notwendigen Innen- und Disziplinierungsarbeiten übernahm.

Die politischen Tatsachen erforderten einen neuen geistigen Überbau, der nach den Begriffsmaßen von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität errichtet wurde. In Wirklichkeit wehte aber nicht der Wind des Geistes, sondern der Wind, der Schiffe bewegt. Wehner legte in seiner berühmten Bundestagsrede vom Juni 1960 die Partei in die gängige Westdrift der Adenauerschen Bündnispolitik, und Brandt bestritt seinen ersten großen Wahlkampf 1961 mit Werbefahrten in einem cremeweißen Mercedes-Kabriolett, versehen übrigens mit der Kopfbedeckung des „Homburg", des sogenannten Arbeitgeberhutes – Attribute, zu denen ihm sein Manager Klaus Schütz, nach Erfahrungen in Kennedys Wahlkampf, geraten hatte. Banal? Gegen diesen Vorwurf muß man eine Partei, die natürlich an die Macht will, in Schutz nehmen.

Die tatsächliche Politik und die Art, wie sich der auf Wähler angewiesene Kandidat in diesem Element bewegt, folgt eben nur Impulsen, die sich nach einiger Zeit auch programmatisch zum Ausdruck bringen. Insofern sind Parteiprogramme Prägungen der Zeit, die auf ihre Zeit prägend einwirken können. Zu diesem Zweck war Godesberg 1959 ein gutes Programm: Es paßte, es beeindruckte, es war das Resultat eines langen, schmerzlichen Lernens, es führte die SPD aus der Enge heraus, es bereitete den Weg ins Parkett der Politik, und es glich insofern dem früheren Marx-Abrüstungsprogramm, dem Görlitzer von 1921, dem geistigen Überbau der Weimarer Koalition mit ihren sozialdemokratischen Reichskanzlern. Die These, daß derartige Programme im Grund nichts anderes sind als Konjunkturprogramme zum Zwecke des Parteiwachstums, findet freilich Widerspruch, da der Eindruck reiner Konfession darunter leidet. Willy Brandt will daher von einer „Überwindung von Godesberg" nichts wissen. Für ihn geht es bei dem neuen Parteiprogramm, das nun im Entwurf vorliegt, um Höheres: um das Kondensat, das Konzentrat, sozusagen um den Knorr-Würfel der Zeit. Die Stichworte lauten diesmal: Wirtschaft der ökologischen Vernunft, Frauen und Frieden.

Wer die Ruhe des späten Abends nutzt, um sich ungestört durch das Konvolut des 107-Seiten-Programms durchzuarbeiten, entdeckt freilich rasch, daß der Entwurf Godesberg zu überwinden trachtet wie Kautsky seinen Widerpart Bernstein. Das entscheidende ist dabei nicht, daß auch Karl Marx wieder aus der Versenkung geholt wird, um die Frage nach der geistigen Herkunft der SPD zu klären. Marx gehört zu den ab- und anlegbaren Accessoires vieler Leute. Wichtiger ist die Segelstellung nach den aktuellen Winden und deren Ernennung zu Parteirichtlinien.



Karl Kautsky: Wiederaufrüstung mit Marx FOTO: ULLSTEIN

Der Entwurf hat fast Züge einer umständlichen Regierungserklärung, die allerdings, wie manche Produkte der Fauna, von einem Komitee zusammengesetzt zu sein scheint (in der Tat waren 17 Programmgestalter am Werk). In der Wirtschaft wird die „öffentliche Verantwortung" gegen die Kräfte des Marktes gesetzt, die nach dieser Lesart doch in erster Linie Schäden produzieren, wie zum Beispiel die Kernenergie, die arbeitsplatzfressende Rationalisierung sowie „schwere und monotone Arbeit". Was die geforderte „ökologische Erneuerung unserer Wirtschaft" bedeutet, was vor allem sie bewirken soll, bleibt unklar. Erkennbar ist nur, daß die Etablierung einer neuen Bürokratie ins Auge gefaßt ist, die den Exponenten des Marktes, dem Verbraucher und dem Produzenten, behördlicherseits beizubringen hätte, wie die öffentliche Verantwortung sich „ausgewähltes Wachstum" vorstellt.

Der Entwurf geht hinter Godesberg zurück, der die Bewegungskräfte der Marktwirtschaft akzeptiert hatte. Mit seiner traktathaft anmutenden Kritik an der „Weltmachtpolitik" der USA setzt er auch widerläufige Zeichen in der Außenpolitik. Die Frauen-Frage wird in der Kategorie neuer Macht- und Einflußverteilung behandelt (das tun andere Parteien auch). Das Programm ist, wie es sich heute liest, auf den Erwerb der Mehrheit links des bürgerlichen Lagers zugeschnitten. Im Grunde ein Wahlprogramm, in Teilen etwas angegrünt, in Teilen streng wie Savonarola und leicht säuerlich, Eppler hat mitgewirkt. Es enthält viele Ausstiege oder Einstiege in Ausstiege: Ein deutsches Parteiprogramm für das Jahr 2000? Mal abwarten, was daraus wird.

IM GESPRÄCH Said Fadlallah

Kopf der Hizbollah

Von Volker Stahr

Seit zwei Jahren sammeln sich religiöse Fundamentalisten in Libanon in der schiitischen Hizbollah (der „Partei Gottes"). Mehr und mehr findet diese Bewegung im Bürgerkrieg auch Zulauf von desillusionierten Libanesen. Wer steht hinter dieser Hizbollah? Es fällt schwer, sie an Personen festzumachen. Sie ist keine Partei nach westlichem Verständnis – mehr eine Bewegung unter dem grünen Banner des Islam. So muß man sich auch von der Vorstellung eines formellen Parteichefs freimachen. Vielmehr gibt es Männer, denen aufgrund religiöser Autorität eine Führungsrolle zufällt.



Schiitischer Führer in Libanon: Fadlallah FOTO: DPA

Eine solche Rolle fällt in der Hizbollah einem Manne zu, der sich selten in den Vordergrund drängt: Hodschatöleslam Said Muhammad Husain Fadlallah, 1925 im irakischen Nadschaf geboren und 1966 nach Libanon gekommen. Der Beiname Said weist aus, daß sich seine Familie direkt auf Muhammad zurückführt, was durch einen schwarzen Turban dokumentiert wird, der zusätzliches Ansehen verleiht. Fadlallah ist ein hochintelligenter, ruhiger und sachlicher Mann, der die Aura fast unantastbaren religiöser Autorität verbreitet. Mehrfach hat er bestritten, „Führer irgendeiner Gruppe" zu sein; vielmehr sei er „unabhängig".

Formal mag dies stimmen, doch man sieht am Respekt, der ihm zuteil wird: Er ist Kopf der Hizbollah. Man handelt nicht auf seinen Befehl, aber seine Worte sind die Leitlinien, nach denen man sein Tun ausrichtet.

Fadlallah beruft sich auf Khomeini, was von der sonst meist schweigenden Masse seiner Zuhörer immer mit Stakkato beantwortet wird: „Allahu akbar, Khomeini ist unser Führer!" Den greisen Revolutionsführer postuliert er auch als Imam für die libanesischen Schiiten und stellt ihn als Vorkämpfer im Heiligen Krieg gegen Israel heraus. Damit wären die Kernpunkte seiner Ideologie genannt: Beseitigung Israels und Errichtung eines islamischen Gottesstaates.

Leitmotiv seiner Reden ist die für alle Muslime akzeptable Formel von der Rückeroberung Jerusalems. Um dies zu erreichen, müsse man Israel beseitigen; dafür den „Krieg über die Grenze hinterhertragen". Die Errichtung eines Gottesstaates muß für Fadlallah aber nicht zwingend in den Grenzen Libanons geschehen. Vor Journalisten räumt er gar ein Bestehenbleiben des multireligiösen Staates ein und fordert lediglich die Abschaffung des religiösen Proporzsystems für Ämter. In einem dann muslimisch dominierten Staat solle es aber „keine Nachteile für andere Religionen geben". Vor den Massen sagt er dies nicht. Für sie bleibt gültig, was im Koran steht: Im islamischen Staat sind Christen und Juden Menschen zweiter Klasse.

Es fällt auf, daß Fadlallah in seinen Gesprächen mit Journalisten nicht den Eindruck eines Fanatikers macht. So ist es vielleicht besser, sich nicht nur den Redner, sondern auch seine Zuhörer anzusehen: Menschen, die von politischen und sozialen Benachteiligungen gezeichnet sind. Angesichts der Ohnmacht gemäßigter Kräfte und des eigenen Falles ins Bodenlose steigert sich bei ihnen der Wunsch nach Gemeinschaft und gemeinsamen Zielen, aber eben auch Haß und Fanatismus. Offen nennen sie den gemäßigten Schiiten-Führer Berri einen „Verräter an der islamischen Sache".

DIE MEINUNG DER ANDEREN

SÜDWEST PRESSE

Die Ulmer Zeitung kommentiert zur Raumfahrt:

Die Bundesregierung muß grundsätzlich entscheiden, ob sie, wie Frankreich, eine unabhängige europäische Weltraumfahrt betreiben will oder nicht. Dabei geht es nicht nur um das Ansehen der heimischen Forschung und um Märkte. Viel entscheidender ist, daß hiervon die Rolle Europas in der Weltpolitik im nächsten Jahrhundert abhängt. In der Weltraumpolitik genügt es nicht mehr, von der Hand in den Mund zu leben. Ein Gesamtkonzept muß vorgelegt werden.

AUGSBURGER ALLGEMEINE

Sie schreibt zu Volksentscheiden:

Wie fänden denn Volksentscheide statt? Zumeist in einem aufgewühlten, emotionsgeladenen Klima. Die Stunde der Demagogen hätte geschlagen, wenn beispielsweise in einer Zeit hoher Arbeitslosigkeit über den Verbleib von Gastarbeitern und Asylanten abgestimmt würde. Auch andere Minderheiten wären schutzlos dem „gesunden Volksempfinden" ausgeliefert ... Der Bundestag würde zu einem unverbindlichen Debattierklub degradiert.

Mannheimer MORGEN

Er geht auf die PEN-Tagung ein:

In (Stephan Hermlins) Referat, in dem die eigene politische Entwicklung reflektiert wurde, gab es viel Kritisches über die Weimarer Republik und den Faschismus zu hören, daneben blieben aber auch die Vorzüge des realen Sozialismus nicht unerwähnt. Vom Gulag, dem Einmarsch der Sowjetunion in der Tschechoslowakei und Afghanistan aber kein Wort. Es war – um in der Fußballsprache zu reden – ein Spiel auf ein Tor. Glaubt Hermlin wirklich, daß die westlichen Autoren darüber schweigen können, daß der Sozialismus noch immer Zäune und Mauern braucht und seine Anhänger zugleich das Wort von der Freiheit im Mund führen?

Ruhr-Nachrichten

Die Dortmunder Zeitung bemerkt zum Länderfinanzausgleich:

Fatale Folgen könnte das Urteil für Niedersachsen haben. Die Einnahmen aus der Erdölförderung werden künftig voll auf die Ausgleichszahlungen angerechnet. Der Landeskasse fehlen, wenn nicht anderweitig für Ersatz gesorgt wird, Hunderte von Millionen Mark. Keine beneidenswerte politische Ausgangslage für (die) Regierung.

l'Humanité

Das kommunistische französische Parteiblatt findet freundliche Worte zur polnischen Schwesterpartei:

Wenn es auch verfrüht ist zu sagen, daß die PVAP die zerrissenen Bande zu den Arbeitern wieder hergestellt hat, hat sie zumindest eine politische Aktionsfähigkeit gewonnen, an der es ihr während der Ereignisse des Sommers 1980 gemangelt hatte. Schritt um Schritt nimmt die Erneuerung in Polen die Form einer Beteiligungs-Demokratie und eines Selbstverwaltungs-Sozialismus an.

Öffentlich-rechtlicher Keil zwischen Staat und Gesellschaft

Fernseh-Magazine vor der Wahl – nun doch / Von Detlev Ahlers

Es wird nun also doch in der Zeit vor der Bundestagswahl die politischen Fernseh-Magazine „Report", „Monitor" und „Panorama" im ersten Programm geben – die Intendanten haben gestern einen anderslautenden Beschluß der Programm-Direktoren revidiert. Denn eigentlich wollte die ARD den Magazin-Sendeplatz am Dienstag für Wahlsondersendungen nutzen. Aber Polit-Verlautbarungen statt Berichterstattung – das wäre wohl doch eine zu tiefe Verbeugung vor den Parteien gewesen.

Während die Programm-Direktoren von Ende November bis Januar nur ein Magazin schonen wollten (die den innerdeutschen und Ost-West-Fragen gewidmeten „Kontraste", die mit ihren Themen kaum Einfluß auf den Wahlkampf nehmen dürften), beschlossen die Intendanten das Gegenteil: eine „Kontraste"-Sendung wird den Wahl-Sendungen geopfert, die anderen werden so verteilt, daß alle Programm-Schwerpunkte betroffen werden, also auch Sport, Kultur, Unterhaltung. Nach dem Direktoren-Beschluß kam Empörung in den Funkhäusern auf; Journalistenverbands-Sprecher Rudolph sprach von einem „selbst auferlegten Keuschheitsgelübde".

Außerdem wurden – nach Auskünften Bonns wie der Anstalten unzutreffende – Gerüchte gestreut, der ARD sei von der Regierung nahegelegt worden, ihr unliebsame Magazine kaltzustellen. Die Erklärungen der Direktoren ließ aber die ebenfalls dementierte Vermutung aufkommen, die Verantwortlichen hätten Angst vor der Courage ihrer Magazine. Denn Peter Gatter („Panorama") meint zum Beispiel, seine Aufgabe sei es, „Ärger zu machen".

Und das machen die Magazine – sie tauchen ins Bordell-Milieu, um Gerüchte über einen Bürgermeister einzufangen („Panorama"), sie vermitteln das Gefühl, Militärs hätten nichts als chemischen Krieg im Kopf („Panorama"), sie mischen Flicks Zwangsarbeiter mit der heutigen Beteiligung der Deutschen Bank zu einer Anklage gegen diese Bank zusammen („Monitor"), sie verbreiten technisch unmögliche Behauptungen, um Angst vor Pershing-Raketen in Heilbronn zu erzeugen („Monitor"), sie schließen eine Sendung mit dem Satz: „Den Bundeskanzler nun gleich mit Hitler zu vergleichen, halte ich nun doch für etwas übertrieben" – obwohl sie vorher eben dies taten („Panorama").

Die Fernseh-Magazine sind meist einseitig in einer Art, daß man vorher tippen kann, wer von den zur Sprache kommenden Personen und Organisationen gut und wer böse ist, oder: wer gut und wer schlecht wegkommt – das gilt für das „ZDF-Magazin" genauso. Oft wird moralisiert – mancher Moderator fühlt sich den vielen Bewegungen dieser Art eng verbunden, Franz Alt hat so eine Menge Bücher verkauft. Eine Ausnahme ist allerdings meist „Report München".

Die anderen ARD-Magazine haben sich mehr oder weniger dem Kampagnen-Journalismus verschrieben, da läßt man auch schon mal Bewegungs-Sprecher schlicht Unwahres verbreiten, wenn es nur in die richtige Kerbe trifft, also die Regierung. (Beim ZDF-Löwenthal ist es umgekehrt, also nur eine andere Spielart des Kampagnen-Journalismus.)

Nun ist es gut, die Regierung anzugreifen, wo immer sie Fehler macht. Die ARD-Magazine gehen jedoch darüber hinaus: Sie verzichten oft auf eine Würdigung von Entscheidungs-Grundlagen, die eine andere als die von ihnen bevorzugte Politik rechtfertigen. Die Magazine wollen selbst Politik machen. Und sie haben sich um die Republik in zweifelhafter Weise verdient gemacht: Sie haben den klassischen Konflikt des Einzelnen mit dem Staat um viele Konflikte der Gesellschaft mit dem Staat erweitert – die Friedensbewegung gegen die Polizei, Bürgerinitiativen gegen Verwaltungen, das Demonstrationsrecht gegen Bedürfnisse des Staates. Sie wollen keinesfalls in den Verdacht geraten, Loyalität gegenüber der Regierung mit Staatstreue zu verwechseln und verzichten deshalb oft auf Letzteres. Die Magazine sind die klassische Folge des öffentlich-rechtlichen Systems mit den bestimmenden gesellschaftlich relevanten Gruppen: Sie sind Gesellschafts-Fernsehen, fühlen sich dem Staate nicht verpflichtet.

Natürlich werden die ARD-Magazine jetzt, da sie im Vorwahlkampf senden dürfen, auch in dieser Zeit hart mit der Regierung ins Gericht gehen. Sie einfach aus dem Programm zu kippen, wäre die falsche Lösung gewesen. Es bedarf vielmehr einer Leitung, die einige der Journalisten zur Objektivität in der Berichterstattung anhält, Kampagnen-Sendungen unterbindet und zur Trennung von Bericht und Meinung anhält. Aber eben dieses würde in vielen Funkhäusern als Zensur mißverstanden – und diesen Vorwurf fürchten die Verantwortlichen wie der Teufel das Weihwasser, auch wenn er noch so unberechtigt sei.

Ein Land befreit sich aus dem Schatten eines großen Mannes

Tito, das ist für die alten Kämpfer noch immer der legendäre Partisanen-Marschall und Präsident, unter dessen Herrschaft der Dinar noch was wert war und der Lebensstandard stieg. Doch für die Jungen ist er nur noch Historie, und sie stellen Forderungen, die die alten Genossen in ungläubiges Staunen versetzen.

Von CARL G. STRÖHM



Die Denkmäler sind geblieben: Statue Marschall Titos vor seinem Geburtshaus in Kumrovec FOTO: SVEN SIMON

Da ist wieder irgend so ein Kongreß. Deshalb sind die Straßen verstopft, die Polizei sperrt alles ab, und wir kommen nicht vorwärts", ärgert sich der junge Belgrader Taxifahrer, mit dem wir im Verkehrsstau in der Mittagshitze stecken. Er ist weder überrascht noch beeindruckt, als seine ausländischen Fahrgäste ihn darauf hinweisen, es handele sich immerhin um den Kongreß der jugoslawischen Kommunisten. „Der Parteikongreß interessiert mich nicht", sagt der Taxifahrer. „Mich interessiert nur, ob ich Arbeit habe und halbwegs vernünftig leben kann."

Jugoslawien war Tito, und Tito war Jugoslawien

Jugoslawien sechs Jahre nach dem Tod Titos – jenes Mannes, der sich dem Land über Jahrzehnte hinweg eingeprägt hatte, der (was immer man sonst über ihn sagen mag) eine Führernatur war. Jugoslawien war Tito und Tito war Jugoslawien. Was ist heute von ihm geblieben?

Seine Nachfolger – die „kollektive Führung" –, deren Namen im Ausland und sogar im Inland oft unbekannt sind und die überdies so schnell wechseln, daß niemand Zeit hat, sich an sie zu gewöhnen –, sie berufen sich immer noch auf den legendären Präsidenten und Partisanen-Marschall.

Titos Bild prangt über der Stirnwand im Kongreßsaal, wo sich die 1500 Delegierten der KP Jugoslawiens versammeln. An seinem Grab im „Blumenhaus" – interessanterweise findet sich kein einziges kommunistisches Parteisymbol, noch der Partisanenstern, auf der Marmorplatte –, legen Delegationen und Schulklassen ihre Kränze nieder.

Aber außer der Schar der alten Kämpfer und Partisanen, deren Zahl mit den Jahren immer geringer wird, gibt es heute kaum noch jemanden in Jugoslawien, für den das Zeitalter Titos etwas anderes wäre als eine ferngerückte, bereits unwirklich scheinende Vergangenheit: Eine Zeit, als der Dinar noch etwas wert war, als der Lebensstandard noch stieg und nicht absank – wenn man damals auch, wie sich jetzt herausstellt, über die Verhältnisse lebte.

Anders als in der Sowjetunion oder China, wo Stalin und Mao Zedong nach ihrem Tod auf dramatische Weise vom Sockel gestürzt wurden, gibt es in Jugoslawien keine „Ent-Titoisierung", schon deshalb, weil der Regierungsstil des jugoslawischen Partei- und Staatschefs ganz anders war als jener seiner kommunistischen Kollegen (und Gegenspieler) in Moskau und Peking. Aber ein leises Abbröckeln des Tito-Puls ist dennoch zu bemerken – ein Dahinschwinden oder auch ein vorsichtiges Infragestellen dieser historischen Persönlichkeit.

Das äußerte sich erst vor wenigen Tagen auf dem Kongreß des jugoslawischen „Sozialistischen (kommunistischen) Jugendverbandes", der in der gleichen Halle stattfand, in der jetzt die „erwachsene" KP tagt. Die Jungkommunisten aus Slowenien – der am weitesten entwickelten jugoslawischen Teilrepublik im Nordwesten –, erklärten hier, die jährliche Feier von Titos Geburtstag als „Tag der Jugend" mit Stafettenläufen quer durch Jugoslawien und einer gewaltigen Massenkundgebung im Belgrader Stadion habe sich überlebt.

„Ich glaube, es ist an der Zeit, daß wir mit diesen veralteten Ritualen aufhören", erklärte ein slowenischer Jugend-Delegierter: „Die heroischen Zeiten sind vorbei, die Zeiten der Idealisierung der Jugend sind vorbei, die Zeiten eines blinden Patriotismus sind vorbei." Es sei unsinnig, heute noch hinter einer Stafette herzulaufen oder Massengymnastik im Stadion zu betreiben.

Dann machten die slowenischen Jungkommunisten einige Neuerungsvorschläge, die manche Altgenossen in ungläubiges Erstaunen versetzten: Anstelle der Stafette zu Ehren Titos solle man in Zukunft einen „Marsch der Arbeitslosen" veranstalten; anstelle der patriotischen Massengymnastik im Stadion sollten Protestversammlungen gegen das sogenannte „verbale Delikt" stattfinden – das heißt gegen die Tatsache, daß in Jugoslawien das Aussprechen von nicht Regime-konformen oder gar antikommunistischen Meinungen (oder auch das Erzählen von respektlosen Witzen) mit Gefängnis bestraft werden kann (und oft bestraft wird).

Ferner solle man, so die slowenischen Junggenossen, an diesem Tag gegen die „Aufrüstung Jugoslawiens und anderer Länder", gegen den „schändlichen Waffenexport" (an dem auch Jugoslawien beteiligt ist) demonstrieren. Schließlich solle man Titos Geburtstag hinfort auch dadurch begehen, daß man öffentliche Diskussionen organisiert, bei denen die Jugend Gelegenheit haben solle, gegen Atomkraftwerke und die atomare Verseuchung zu protestieren.

Auch die jugoslawische Armee, die zu Titos Zeiten außerhalb jeder Kritik stand, bekam jetzt ihren Teil ab: Die slowenischen Junggenossen (in deren Reihen es Anhänger einer „Friedensbewegung" gibt) begannen plötzlich über die Notwendigkeit des Ersatzdienstes und der Wehrdienstverweigerung zu diskutieren – und zwar so intensiv, daß der Vorsitzende der Laibacher Jugendorganisation beschwichtigend erklären mußte, man wolle keineswegs den Eindruck erwecken, daß die Delegierten aus Slowenien die Fundamente Jugoslawiens unterwühlten.

Auch andere Töne wurden laut: Man müsse den Streik als Kampfmittel legalisieren. Über diese Forderungen der jungen Slowenen waren die Belgrader Taxifahrer derart begeistert, daß sie die Delegierten aus dem Norden kostenlos durch die Stadt kutschierten und die Annahme von Fahrtkosten oder Trinkgeld verweigerten. Übrigens – auch die Abschaffung der in Jugoslawien immer noch angewandten Todesstrafe stand auf dem Forderungsprogramm.

Es wäre ein Wunder, wenn die slowenischen Jugendlichen mit ihren Forderungen durchgekommen wären. Die Vertreter der anderen Teilrepubliken stimmten dagegen, aber nicht, weil die Mehrzahl der Jugendlichen dort anders denkt, sondern wohl eher aus Gründen der Routine, der Bequemlichkeit, vielleicht auch einer gewissen Furcht vor radikalen Neuerungen. Die Zusammenkunft endete wie viele Versammlungen und Konferenzen im Jugoslawien der Nach-Tito-Ära: Man konnte sich nicht einigen und reiste aus Belgrad ab, ohne eine neue oberste Jugendführung installiert zu haben.

Das Problem Kosovo will nicht enden

Der Erosionsprozeß staatlicher und ideologisch-politischer Autorität zeigt sich aber auch an einem anderen Beispiel: an den Problemen der autonomen Provinz Kosovo, wo die schwelende Auseinandersetzung zwischen der albanischen Bevölkerungsmehrheit und der serbischen Minderheit (der Anteil der Serben ist hier von 1945 bis heute von damals über 30 Prozent auf neun Prozent gesunken) nicht enden will und es immer wieder zu Ausbrüchen kommt.

Welch eine politische Temperatur der serbisch-albanische Konflikt in diesem Teil Jugoslawiens erreicht hat, zeigt sich an den immer wiederkehrenden Berichten von Vergewaltigungen serbischer Frauen und Mädchen durch Kosovo-Albaner. Die Belgrader Medien berichteten von einer Frau, die in der Kosovo-Stadt Titovo Mitrovica während eines Einkaufs auf dem Basar in ein Gewölbe gesperrt und dort von mehreren Albanern sexuell mißbraucht wurde. Ähnliches soll einem Mädchen in einem Rote-Kreuz-Wagen passiert sein, mit dem sie ins Krankenhaus eingeliefert werden sollte.

Diese und ähnliche Vorfälle haben jetzt zu einer dramatischen Aktion mehrerer tausend serbischer Einwohner des Kosovo-Gebiets geführt. Die serbischen Einwohner des Dorfes Batusi in Kosovo packten ihre bewegliche Habe, ihre Frauen, Kinder und die alten Leute auf ihre Traktoren und Personenwagen, verschlossen ihre Häuser und Viehställe und setzten sich in Richtung Belgrad in Bewegung. Sie wollten, so erklärten sie, entweder die serbische Landesregierung oder die jugoslawische Bundesregierung bitten, sie irgendwo anders im Inland anzusiedeln – dort, wo es keine Albaner gebe. Wenn das nicht möglich sei, wollten sie nach Übersee auswandern – in irgendein Land, das bereit sei, diese Serben (meist handelt es sich um Bauern) aufzunehmen. Die „Auswanderer" kamen allerdings nicht weit. Ein Polizeitrupp versperrte ihnen den Weg. Es kam zu Auseinandersetzungen.

Auch die Entwicklung in Kosovo, von der niemand weiß, wo sie enden und welche Formen sie annehmen wird, ist ein Symptom dafür, daß Jugoslawien zum Guten wie zum weniger Guten aus der Tito-Ära herausgewachsen ist.

Mit der Bo greift Charly wieder nach dem „Eimer"

Zweimal hat er den „Eimer" schon gewonnen, wie er liebevoll-respektlos den Pokal des Kunstflug-Weltmeisters für Hubschrauber nennt: Heute will Hauptmann Karl Zimmermann diesen Titel im englischen Ashby verteidigen. Was er mit seiner „Bo 105" alles anstellt, ist – eigentlich – unglaublich.

Von MICHAEL JACH

Es gibt sie noch, die „tollkühnen Männer in ihren fliegenden Kisten". Der Erdverbundene traut seinen Augen nicht und zweifelt an seinem Verstand, wenn Heeresflieger Karl Zimmermann mit seinem Bo-105-Hubschrauber durch die Lüfte wirbelt, als gäbe es weder Schwerkraft noch Grenzen der Materialbelastung.

Und doch kommt der 47jährige Hauptmann, unter Fliegern rund um den Globus „Charly" genannt, so gar nicht wie ein risikoverliebter Draufgänger daher. Auf „Supermann"-Allüren legt der 1,65 Meter große gebürtige Mannheimer keinen Wert. Dergleichen würde sich wohl schlecht vertragen mit Selbstdisziplin und körperlicher Leistungsfähigkeit, die das Erfolgs-„Geheimnis" des zweifachen Hubschrauber-Kunstflug-Weltmeisters ausmachen, der heute im britischen Ashby antritt, den Titel vielleicht zum dritten Mal zu erfliegen.

Fliegen? Es kommt ja nicht von ungefähr, daß weltweit die Gilde der Hubschrauber-Artisten für ihre Kunst des Umgangs mit „stinknormalen" Alltags-Fluggeräten ein Kunstwort gefunden hat: „Helicopter Aerobatics".

Über den Betonpisten seines Standort-Fliegerhorstes Celle hat Zimmermann, in der „Hauptverwendung" Flugsicherheits-Offizier beim hiesigen Heeresflieger-Regiment 16, seine knapp vier Minuten dauernde Vorführung wieder und wieder geübt. Er hebt die Bo 105, beim „Bund" als Verbindungs- und Beobachtungsmaschine in Diensten (Autofahrern auch als „Christoph"-Rettungshubschrauber bekannt), knapp vom Boden ab, schwebt einen Augenblick lang – und schraubt sie unvermittelt in senkrechter Spirale in den Himmel.

In der Höhe nimmt „Charly" dann „Anlauf" zum ersten Looping um die Querachse der Maschine. Gleich danach hat das ungeschulte Auge Mühe, dem virtuosen Wirbel der Flugfiguren noch zu folgen: langsame und schnelle Rollen um die Längsachse, Rückwärts-Aufwärts-Spiralen, Überkippen aus dem steilen Steigflug in den scheinbar freien Fall und aus dem Abfangen gleich wieder fast senkrecht hinauf zu neuem Überkippen in den kreiselnden Sturzflug. Schließlich ein Kunststück, das bislang nur mit dieser Maschine geflogen werden konnte – der „Bo-Turn": Im Unterschied zum kreisrunden Looping wird die Maschine steil hochgezogen und auf dem Scheitelpunkt der Figur, gerade wenn es scheinbar nicht mehr weitergeht, über den Rücken wieder steil abwärts gezogen.

So etwas macht eigentlich kein Hubschrauber mit – ausgenommen das gute Stück der Münchner MBB-Ingenieure, die sich solch unaufdringlich-eindrückliche Werbung für ihr Produkt auf Flugtagen und Schauveranstaltungen denn auch ebensogern gefallen lassen wie die Bundeswehr die Bewunderung für das fliegerische Können.

„Gelenkloser Rotor" heißt das technische Kunststück, das die Flieger-Artistik ermöglicht. Herkömmlich sind Hubschrauber mit Rotoren ausgestattet, deren Flügelblätter mit dem zentralen Rotorkopf über ausgeklügelte Gelenksysteme zum Ausgleich von Wind-, Druck- und Strömungsdifferenzen beiderseits der Piloten- und Antriebskapsel versehen sind. Den unvermittelt kreuz und quer einwirkenden Belastungen bei „Charly Zimmermanns Aerobatik" wären solche Gelenke nie und nimmer gewachsen. Die Bo 105 hat sie nicht – und braucht sie nicht, weil sie mit einem Rotor aus hochelastischem Glasfaser-Werkstoff ausgestattet ist, der die „normalen" Ausgleichs-Anforderungen an konventionelle Rotorgelenke spielend erfüllt.

So war das Fluggerät wichtige Voraussetzung für Zimmermanns Weltmeister-Erfolge, erflogen 1978 in Witebsk/Sowjetunion und 1981 in Piotrkow Trybunalsky/Polen gegen jeweils starke Konkurrenz aus West und Ost. Diesmal in England will er den Titel verteidigen und – falls es nicht klappt, den „Eimer" jedenfalls selber abliefern. Hohen Respekt nämlich hat er nicht zuletzt vor der „hausgemachten" Konkurrenz der Jüngeren.

Da sind nämlich, neben den keineswegs unterschätzten Briten, Franzosen, Belgiern, Polen und Russen zwei andere deutsche Heeresflieger, gleichfalls auf der Bo: Oberleutnant Hermann Fuchs, Fluglehrer an der Heeresflieger-Waffenschule in Bückeburg, und Oberleutnant Rainer Wilke, gleichfalls aus Bückeburg und Zimmermanns persönlicher, ebenso gelehriger wie ehrgeiziger Schüler, der nun in Ashby selbst nach Meisterehren strebt.

Neben dem Kunstflieger-Wettbewerb gibt es die Mannschafts- und Einzelwertung in der „normalen" Hubschrauber-WM.

Bei den gewöhnlichen Helikoptern geht es in vier Wettbewerben um zeitgerechte Zielanflüge, Luftrettungs-Übungen, Navigations- und Objekterkennungsflug nach Rallye-Vorbild und einen Slalom über einem Fußballfeld; darauf sind einen Meter breite Stangentore aufgesteckt, durch welche die Piloten einen an einem Fünf-Meter-Seil hängenden Wassereimer zu bugsieren haben. Der muß am Ende punktgenau abgesetzt werden; jede Abweichung kostet Strafpunkte, jeder halbe Pegelzentimeter Wasserverlust im Eimer desgleichen ...

Außer den genannten sechs Nationen sind hier auch die Amerikaner mit von der Partie – seit Monaten im abgeriegelten Trainingslager gedrillt, denn Präsident Ronald Reagan hat sie ausdrücklch vergattert, „to beat the Russians". Die insgesamt sieben deutschen Besatzungen aus Fritzlar, Bückeburg und Ahlhorn sind es gelassener angegangen mit seit Januar monatlich einem Trainingslager von je einer Woche Dauer. Nichtsdestoweniger seien sie „ausgezeichnet vorbereitet", hätten „exzellente Übungsergebnisse", sagt Hauptmann Gert Schulz, Presseoffizier in Celle und in Ashby als Schiedsrichter dabei.

Angst? Seine Frau, sagt Zimmernan, „hat immer Angst; sie ist nämlich eine gute Ehefrau." Der sechzehnjährige Sohn Frank-Willi braucht schließlich seinen Vater, jenseits aller Bewunderung. Und seiner selbst ist Zimmerann da auch ganz sicher: „Wenn es mal so weit ist, daß ich Angst habe,weiß ich, jetzt ist es Zeit aufzuhören."



Kunstflug-Weltmeister Hauptmann Karl Zimmermann mit seiner „Bo 105" FOTO: DPA

Koalition vor Einigung beim Baby-Jahr

GÜNTHER BADING, Bonn

Die Koalition will sich noch in dieser Woche auf die Grundzüge zur Einbeziehung der sogenannten „Trümmerfrauen" in die für jüngere Mütter geltende Baby-Jahr-Regelung einigen. Das Thema steht heute neben dem Tagesordnungspunkt Asylrecht zur Diskussion in einer Koalitionsrunde im Bundeskanzleramt an.

Die aus fünf Ministern bestehende Arbeitsgruppe der Koalition hatte am Dienstagabend und erneut am Mittwoch versucht, einen Einigungsvorschlag auszuarbeiten. In der Unionsfraktion war von einem „heilsamen Zwang" die Rede, der durch die Anberaumung einer Aktuellen Stunde des Bundestages zum Thema „Trümmerfrauen" auf Antrag der SPD entstanden war.

In der Aussprache nach den Fraktionssitzungen am Dienstagabend hatten sich Sozialminister Norbert Blüm, Frauenministerin Rita Süssmuth, Finanzminister Gerhard Stoltenberg, Wirtschaftsminister Martin Bangemann und Kanzleramtschef Wolfgang Schäuble noch nicht auf eine Finanzierungsform für die Anrechnung von Kindererziehungszeiten auf die Renten der vor 1921 geborenen Frauen einigen können.

Diskutiert wird angesichts der positiven Entwicklung in den Finanzen der Bundesanstalt für Arbeit – die rund 600 000 zusätzlichen Stellen seit dem Regierungswechsel machen sich durch erhöhtes Beitragsaufkommen

bemerkbar – eine Lasten-Verlagerung, die Geldmittel für die älteren Frauen freimachen könnte. Eine Verwendung des höheren Beitragsaufkommen zur Erhöhung der Rücklage bei der Bundesanstalt für Arbeit oder zur Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung wird praktisch ausgeschlossen. Möglich wäre eine Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld für schwervermittelbare Dauerarbeitslose höheren Lebensalters.

Damit würde der Finanzminister entlastet, da in diesem Falle die nicht von der Bundesanstalt für Arbeit bezahlte Arbeitslosenhilfe wegfallen würde. Rund eine Milliarde Mark könnte dadurch frei werden. In der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war das Thema „Trümmerfrauen" nach einer Erklärung von Finanzminister Gerhard Stoltenberg diskutiert worden. Stoltenberg bekam für seine Rede viel Beifall der Fraktion, obwohl er an den Auftrag der ministeriellen Arbeitsgruppe erinnerte, daß nicht nur das Verfahren zur Einbeziehung der älteren Frauen zu klären sei, sondern daß auch ein Deckungsvorschlag für die dadurch entstehenden Ausgaben vorgelegt werden müsse.

In einer teilweise sehr engagierten Debatte war der Wille der CDU/CSU Fraktion deutlich geworden, noch in dieser Woche zusammen mit dem Koalitionspartner, der FDP, zu einer Regelung zu gelangen.

Sozialminister Norbert Blüm nannte drei Eckpunkte für die Zustimmung zu einer Regelung: Es dürfe gegenüber der generellen Baby-Jahr-Regelung für die älteren Frauen keine Wohltat zweiter Klasse geben; jede Maßnahme müsse „solide finanziert" werden; und das Geld dürfe nicht aus der allgemeinen Rentenkasse kommen.

Die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Anke Fuchs begründete den Antrag auf die Aktuelle Stunde zum Baby-Jahr für ältere Frauen mit dem Hinweis auf Versprechungen der Koalition aus CDU/CSU und FDP vor der Landtagswahl in Niedersachsen. Heute sei nur noch von der Stufenregelung die Rede. Die SPD wolle aber eine „Wählertäuschung zu Lasten der älteren Frauen" verhindern. Sie fordere zur Finanzierung des Kindererziehungsjahres für die älteren Frauen Mittel aus dem Bundeshaushalt. Eine Belastung der Bundesanstalt für Arbeit werde von ihr abgelehnt.

Stoltenberg hatte bisher die Finanzierung der Kindererziehungszeiten aus dem Bundeshaushalt für Frauen ab Jahrgang 1921 erst einmal nur bis einschließlich 1989 eingeplant.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Der Kanzler entdeckt Interessantes aus Moskau

Bei Rüstungskontrolle Bewegung? / Appell an Weltmächte

GÜNTHER BADING, Bonn

Mit den jüngsten sowjetischen Vorschlägen zur Rüstungskontrollpolitik und der positiven Reaktion des amerikanischen Präsidenten Reagan darauf ist nach Einschätzung von Bundeskanzler Helmut Kohl „eine Situation entstanden, die eine ernsthafte Chance positiver und tiefgreifender Bewegung in der Rüstungskontrolle und im West-Ost-Verhältnis insgesamt in sich birgt." In einer Rede vor der Mitgliederversammlung der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik sagte der Kanzler am Mittwoch in Bonn: „Die Bundesregierung erwartet von den beiden Weltmächten, daß sie diese Gelegenheit wahrnehmen."

Weichen bei Gipfeltreffen

Mit den neuen sowjetischen Vorschlägen und den schon auf dem Tisch liegenden amerikanischen Vorstellungen sei die Rüstungskontrollproblematik „in einer bisher nicht gekannten Konkretisierung" in die Verhandlungen eingebracht worden. An den neuen sowjetischen Abrüstungsvorschlägen erscheine ihm die „mit diesem Reduzierungsvorschlag für Strategische Waffen in der Größenordnung von 30 Prozent einhergehende Auflockerung des bisher die Rüstungskontrollverhandlungen in Genf blockierenden Junktims" für den Westen „besonders interessant".

Der Kanzler: „Die Sowjetunion deutet Bereitschaft an, im Zusammenhang mit dem neuen Vorschlag und unter der Voraussetzung längerfristiger Unkündbarkeit des ABM-Vertrages ihre bisherige Verbindung eines Verbots zielgerichteter Forschung für weltraumgestützte Verteidigungssysteme zu modifizieren." Dies könne zu einer Definition führen, die sich der ristriktiven amerikanischen Interpretation des ABM-Vertrages (Vertrag zur Begrenzung von Raketen-Abwehr-Systemen) annähern würde.

Ein Gipfeltreffen zwischen US-Präsident Ronald Reagan und Kreml-Chef Michail Gorbatschow noch in diesem Jahr könnte die Weichen für eine Reduzierung der strategischen Waffen stellen, erklärte Kohl. Ein „nunmehr durchaus in Reichweite erscheinender Durchbruch" auf diesem Gebiet könne die laufende Diskussion über die Einhaltung der SALT-II-Begrenzungen obsolet machen. Er halte es für möglich, daß „mit einer Absprache über einvernehmliche und verbindliche Interpretation erlaubter Forschung eine Phase kooperativer Schritte der beiden Weltmächte eingeleitet werden könnte."

Der Bundeskanzler verwies darauf, daß sich seine Regierung „initiativ und konstruktiv" an der im Rahmen der NATO gegründeten hochrangigen Gruppe für konventionelle Abrüstung beteilige, die sich am Montag in Brüssel konstituiert habe. „Auch regierungsintern habe ich die Bildung einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe zur Rüstungskontrolle der konventionellen Streitkräfte veranlaßt."

Pazifische Herausforderung

In seiner Rede, die die Richtlinien für die gesamte Außenpolitik aufzeigte, ging der Kanzler auf die „pazifische Herausforderung", die unsere Wirtschaft hervorragend angenommen habe, ebenso ein wie auf den Nord-Süd-Konflikt, die Europapolitik und die Verständigungsschwierigkeiten zwischen Europa und USA. Das neue Selbstwertgefühl der Amerikaner nach den Traumen von Vietnam und Watergate irritiere diesseits des Atlantiks oft. Er glaube aber, „daß diese Welle eines ungebrochenen optimistischen Lebensgefühls auch unsere Gestade nicht unberührt lassen wird, wenn auch mit einer gewissen Zeitverzögerung und gedämpft durch die geschichtlichen Erfahrungen unseres Kontinents."

Bayern: Bessere Ausrüstung und mehr Polizei

lz, München

Den von Ministerpräsident Franz Josef Strauß mehrfach bekundeten Willen der bayerischen Staatsregierung, von den Gewalttätern bei Wakkersdorf nicht zurückzuweichen, bekräftigte Finanzminister Max Streibl gestern im Landtag mit der Ankündigung, die Polizei in Bayern werde schon in den nächsten Monaten um zusätzlich 400 Mann verstärkt. Außerdem werden zusätzliche Einsatzausrüstungen, Spezialfahrzeuge, Fernmeldegeräte und ein weiterer Hubschrauber beschafft.

Für Personalmehrung und neue Ausrüstung muß der FInanzminister in diesem und im kommenden Jahr über 45 Millionen Mark aufbringen. Auch die Justizbehörden in der Oberpfalz erhalten mehr Richter und Staatsanwälte sowie die umliegenden Justizvollzugsanstalten mehr Aufsichtspersonal, kündigte Minister Streibl gestern an.

Zur Aufstockung der Polizei werden im noch laufenden Haushaltsplan die Stellenreserven bei den Sicherheitsorganen ausgeschöpft und die bei allen Staatsbehörden geltende sechsmonatige Wiederbesetzungssperren bei freiwerdenden Stellen vorübergehend aufgehoben.

Die Regierung hat noch immer Schwierigkeiten, die vakante Stelle des Polizeipräsidenten für die Oberpfalz und Niederbayern neu zu besetzen. Obwohl Hermann Friker schon vor drei Wochen im Zusammenhang mit den Gewalttätigkeiten am WAA-Bauplatz beurlaubt wurde, fand das Münchner Kabinett noch keinen Nachfolger. Der Favorit von Regierung und CSU-Fraktion, der 43jährige Münchner Vize-Präsident Roland Koller, zögert. Auch andere Aspiranten verhalten sich abwartend.

Antes fühlt sich von Parteifreunden hart getroffen

D. D. Berlin

„Innerparteiliche Gegner" in der CDU haben nach Auffassung des ehemaligen Berliner Baustadtrates Wolfgang Antes das Verfahren gegen ihn in Gang gebracht. „Kein Sozialdemokrat hätte mir antun können, was meine Parteifreunde mir angetan haben", sagte Antes im Rathaus Schöneberg vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Aufklärung der Berliner Bau- und Korruptionsaffäre.

Antes, der derzeit mit sieben weiteren Angeklagten vor Gericht steht und beschuldigt wird, rund 550 000 Mark an Bestechungsgeldern kassiert zu haben, wurde aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Begleitet von zwei Kripo-Beamten und seinem Anwalt Manfred Studier machte er seine Aussagen. Die Anhörung wird in der nächsten Woche fortgesetzt, weil Antes wegen seines Gesundheitszustandes um eine zeitliche Begrenzung bat.

Antes, inzwischen aus der CDU ausgetreten, wurde zu den disziplinarischen Ermittlungen, nicht jedoch zu den strafrechtlichen Vorwürfen gehört. Er erklärte, daß er auf Wunsch von Parteifreunden nicht gegen den ihm erteilten Verweis vorgegangen sei, um die Partei im Hinblick auf die bevorstehenden Wahlen nicht zu belasten. „Rechtlich war der Verweis nicht haltbar", sagte er.

Antes habe sich aber nie unter Druck gesetzt gefühlt. Er widersprach der Auffassung , daß es CDU-Politiker gegeben habe, die „schützende Hände" über ihn gehalten hätten. Nur „in Panik" seien von dem damaligen Charlottenburger Bürgermeister Lindemann (CDU) überhaupt Vorermittlungen, die mit dem Verweis endeten, eingeleitet worden.



Bilder wie diese wiederholen sich immer wieder: Gewalttäter als „Schlachtenbummler" in Brokdorf wie in Wackersdorf FOTO: DPA

Weiß der Minister nicht, wie's bei ‚Demos' zugeht?

GEORG BAUER, Itzehoe

Die Haltung der FDP zum Demonstrationsstrafrecht ist auf massive Kritik in Juristenkreisen gestoßen, die sich seit Jahren mit dem Problem der Gewalttäter bei Großveranstaltungen auseinandersetzen. So bezeichnete der leitende Oberstaatsanwalt in Itzehoe, Hans-Dieter Räfler, Äußerungen von Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) über eine konsequentere Anwendung der vorhandenen Gesetze und den Einsatz von Staatsanwälten „vor Ort" als eine Ansicht, die „im theoretischen Bereich hängen" bleibe. Der seit der ersten Brokdorf-Kundgebung im Jahre 1976 für die Strafverfolgung von Gewalttätern zuständige Oberstaatsanwalt meinte in einem Gespräch mit der WELT: „Der Bundesjustizminister läßt die tatsächlichen Gegebenheiten völlig außer acht."

Räfler begründete seine Ansicht mit dem Hinweis darauf, daß sich Staatsanwälte bei Großdemonstrationen bereits heute vor Ort und bei den Polizeieinsatzzentralen aufhielten. Räfler: „Das ist für uns eine Selbstverständlichkeit." Diese Forderung werde seit langem praktiziert. Er frage sich allerdings, ob Staatsanwälte zur Überführung der Gewalttäter notwendige Beweise besser sichern könnten als starke Polizeiverbände. Unter Hinweis auf seine Erfahrungen meinte er: „Ich verstehe nicht, was der Bundesjustizminister für Vorstellungen hat." Entweder wisse der FDP-Politiker nicht, wie es bei Großdemonstrationen zugehe, oder er wolle es nicht wahrhaben.

Eine Möglichkeit zur Lösung des Problems sieht der Oberstaatsanwalt in der Wiedereinführung des alten Paragraphen 125 Landfriedensbruch. Durch das 3. Strafrechtsreformgesetz im Jahre 1970 war der Strafrechtsbereich beim Landfriedensbruch eingeengt worden. Räfler: „Auch dieser Paragraph ist nicht der Weisheit letzter Schluß." Er sehe jedoch keine andere Möglichkeit, der Gewalttäter habhaft zu werden und sie der Strafe zuzuführen. Mit der Wiedereinführung der alten Gesetzeslage verbinde er die Hoffnung, daß sich friedliebende Demonstranten aus einer Protestaktion, die gewalttätige Formen anzunehmen drohe, entfernten.

Schnelle Aburteilung ist eine Illusion

Räfler sieht in der Wiedereinführung des alten Paragraphen keine Gefahr für den Artikel 8 des Grundgesetzes, der das Recht auf Demonstrationen garantiert. Der Oberstaatsanwalt stellte hier die provokatorische Frage, ob es grundgesetzwidrig sei, wenn Teilnehmer einer nicht friedlichen Demonstration aufgefordert werden würden, sich zu entfernen.

Auch der Vorschlag, Gewalttäter, gestützt auf den Paragraphen 212 der Strafprozeßordnung, noch an Ort und Stelle abzuurteilen, ist in den Augen des Oberstaatsanwalts eine Illusion. So etwas sei bei einem Kaufhausdiebstahl möglich, wo die Rechtslage einfach sei. Außerdem habe ein Beschuldigter, der mit einem Strafvorwurf konfrontiert werde, ein Recht auf hinreichendes Gehör und einen Verteidiger. Zudem sei es den Anwälten möglich, die Durchführung beschleunigter Verfahren zu konterkarieren. Auch bestehe die Gefahr „bei herrschendem Pulverdampf nicht objektiv zu urteilen". Räfler wies ferner darauf hin, daß bei einem Schnellurteil nur eine Strafe von bis zu einem Jahr verhängt werden könne. Bei Demonstrationen aber gebe es Fälle, „wo ein Jahr nicht ernsthaft in Erwägung gezogen werden" könne.

Spezielle Einheiten gegen „Kriminelle"

Räfler sprach auch die Taktik der Polizei an: Sie sei offenbar nicht in der Lage, gewalttätige Demonstranten, die sich in eine Menschenmenge zurückgezogen haben, zu verfolgen und zu ergreifen. 1981 habe man spezielle Einheiten zum Verfolgen der „Kriminellen" eingesetzt mit der Konsequenz, daß die Gesundheit der Polizisten aufs Spiel gesetzt worden sei. Räfler: „Bei der Polizeitaktik sind wir im (Miß)-Erfolgsstadium von 1976."

Ob der Vorschlag von Bundesinnenminster Zimmermann, bei Demonstrationen mehr Mannschaften und Gerät einzusetzen, den Bedürfnissen der Strafverfolgungsbehörden entgegenkommt, bleibe abzuwarten. Zweifel seien angebracht.

Angesichts der wachsenden Gewalttätigkeiten seien die Politiker aufgerufen, sich der Gefahr für die Demokratie bewußt zu sein, zumal die Achtung vor dem Gesetz wegen liberaler Tendenzen abnehme. Die Politiker müßten sich fragen, ob sie die Zustände hinnehmen wollten, die die Strafverfolgungsbehörden „zu beklagen haben", oder ob sie diese ändern wollten. Das erstere könne doch nicht im Sinne einer Demokratie sein.

Im Zusammenhang mit der Strafverfolgung ging Räfler auch auf das Problem der Identifikation gewalttätiger Demonstranten ein. In der Regel seien die Leute vermummt und einiger gleich bekleidet. Fotografien, so seine Erfahrung, seien zur Identifikation daher nicht geeignet. Räfler: „Wie will man an Hand eines Lichtbildes diese Leute ermitteln?"

Die Ermittlungsarbeiten würden wesentlich durch den Umstand erschwert, daß die Gewalttäter aus allen Teilen der Bundesrepublik anreisten. Auch bei der jüngsten Kundgebung vor dem Gelände des Kernkraftwerks Brokdorf der Wilster Marsch seien die Krawallanten wieder aus dem gesamten norddeutschen Raum und Berlin angereist.

So reagierten die Länder auf das Ausgleichs-Urteil

Nach dem Paukenschlag verhaltene Zustimmung

Wie ein Paukenschlag wirkte das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Länderfinanzausgleich. Das Gericht erklärte maßgebliche Teile des Verfahrens für verfassungswidrig und forderte Bundestag wie Bundesrat auf, spätestens bis 1988 das gesamte Ausgleichsgesetz neu zu regeln. Sehr unterschiedlich war dementsprechend die Reaktion in den einzelnen Bundesländern. Noch im Vorfeld der Verhandlungen hatte Bundesratsminister Wilfried Hasselmann den „tollsten Prozeß" vorausgesagt, den „die Bundesrepublik je gesehen hat". Doch gerade sein Land ist am meisten betroffen.

„Zahlmeister der Nation"

gü. Stuttgart

Mit gedämpfter Freude ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Länderfinanzausgleich in Stuttgart aufgenommen worden. „Wir werden per saldo eine Verbesserung erzielen", sagte Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) im Blick auf die anstehende Gesetzesänderung. Allerdings werde diese Verbesserung wohl nur in einer Minderung der weiter steigenden Ausgleichsleistungen des Landes liegen. Späth: „Baden-Württemberg bleibt der Zahlmeister der Nation."

Nach neuesten Berechnungen muß der prosperierende Südweststaat im kommenden Jahr 1,81 Milliarden Mark zum Länderfianzausgleich beisteuern. Ohne Änderung der bisherigen Gesetzesregelung würde der Beitrag Baden-Württembergs 1989 sogar die Zwei-Milliarden-Grenze überschreiten. „Wir wollten mit der Verfassungsklage keine Benachteiligung anderer Länder erzwingen", betonte Späth, „wir wollen aber auch nicht für andere sparen."

„Zufrieden" äußerte sich gestern auch Finanzminister Guntram Palm. Palm verspricht sich eine finanzielle Entlastung Baden-Württembergs unter anderem auch dadurch, daß die Zahlungen eines finanzstarken Landes durch eine „faktische Obergrenze" eingeschränkt werden und für die höhere Einwohnerwertung der Hansestädte ein „objektiver Bedarf" nachgewiesen werden muß. Die volle Einbeziehung der niedersächsischen Ölförderzinsen bringen jährlich 70 Millionen Mark mehr ein.

NRW fühlt sich als Sieger

WILM HERLYN, Düsseldorf

Als strahlender Sieger präsentierte sich gestern der NRW-Finanzminister Dieter Posser (SPD). Er nannte den Spruch von Karlsruhe ein „epochemachendes Urteil" und sprach von einem „Markstein", da die Richter das „bündische Prinzip des Einstehens füreinanander, verbunden mit einem föderativen Gleichbehandlungsgebot" erstmals als neuen Begriff in die Rechtsgeschichte eingeführt hätten. Er stellte in Düsseldorf fest, NRW habe mit der Einleitung des Normenkontrollverfahrens vor genau drei Jahren eine Vorkämpferrolle übernommen, und das BVG habe die Auffassung des Landes in den entscheidenden Punkten bestätigt. Er kündigte an, daß Düsseldorf in den jetzt anstehenden Verhandlungsrunden („das wird ein Gehacke werden") darauf dringen wird, daß die Kohlesonderlasten, die Nordrhein-Westfalen im gesamtstaatlichen Interesse trage, „nun endlich" berücksichtigt würden. In diesem Zusammenhang warnte er seine Kollegen, nun nicht ihrerseits „Sonderlasten zu entdecken, die keine sind". Dabei bezog er sich auf Äußerungen des bayerischen Finanzministers Max Streibl (CSU). Zufrieden zeigte er sich darüber, daß die Einnahmen Niedersachsens aus der bergrechtlichen Förderabgabe (Windfall-Profit) schon im kommenden Jahr in vollem Umfang in die Berechnung des Länderfinanzausgleichs einbezogen werden müssen. Posser sagte voraus, durch dieses Urteil werde sich die Situation in NRW verbessern.

Albrecht: Ein Kahlschlag

MICHAEL JACH, Hannover

„Die Richter in Karlsruhe haben Kahlschlag gemacht", resümiert der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht und rechnet mit „langwierigen Verhandlungen" der Länder untereinander sowie mit dem Bund über die Neubemessung des Ausgleichs zwischen den Ländern selbst und der Bonner Ergänzungszuweisungen. Mit der Betonung auf „Kahlschlag" verbindet Albrecht den Hinweis, daß Niedersachsen über seinen künftig voll veranschlagten Erdöl-Förderzins immerhin nicht allein mit Einnahmeverlusten rechnen müsse. Da andere Länder künftig bestimmte Sonderlasten nicht mehr geltend machen könnten und zudem die kommunale Gewerbesteuerkraft mitzuberücksichten sei, müsse sich unter dem Strich für Niedersachsen „ein gewisser Ausgleich" ergeben. „Jetzt steht alles zur Disposition", meint Albrecht abwartend; Zahlen könne er noch nicht nennen, weil „erst einmal zusammengerechnet werden muß".

Der Hinweis auf die Gewerbesteuer enthält aus niedersächsischer Sicht noch besondere Brisanz. Das Finanzministerium in Hannover hat frühzeitig erkennen lassen, falls es ihm an den Förderzins gehe, müsse konsequent auch das gesamte Gewerbesteueraufkommen in den Ländern – „nicht nur die Hälfte" wie bisher – zur Festlegung der jeweiligen Finanzkraft berücksichtigt werden. Dies werde gewiß auf Gegenwehr der entsprechend „gesegneten" Länder, zuvorderst Baden-Württemberg, stoßen.

Dohnanyi zeigt sich zufrieden

ub, Hamburg

Ohne zur Schau getragene Triumphgefühle, aber mit deutlicher Befriedigung hat Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi (SPD) die Entscheidung aus Karlsruhe kommentiert. Der Regierungschef erklärte gegenüber der WELT: „Für unsere Stadt, die seit vielen Jahren extrem benachteiligt worden war, bedeutet das Urteil einen großen Schritt nach vorn, der uns ganz erhebliche Vorteile bringt. An unserer konseqünten Sparpolitik jedoch wird sich nichts ändern." In wichtigen Punkten weise die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in die gleiche Richtung wie die vom Hamburger Senat gestellten Normenkontrollanträge.

Zugleich räumte Dohnanyi ein, bislang lasse sich noch nicht übersehen, wie hoch die finanziellen Verbesserungen sein würden, die sich für die Hansestadt aus dem Urteil ergeben. Das werde weitgehend von dem Ergebnis der Verhandlungen abhängen, die nun „jenseits der Parteien und Streitstrukturen" unter den Bundesländern zu führen seien. Das Bundesverfassungsgericht habe dafür die rechtlichen Kriterien vorgegeben.

Für die Stadtstaaten sei es ein „zentraler Erfolg", daß die für sie geltende und insbesondere von Baden- Württemberg kritisierte höhere Erwohnerwertung beibehalten werde, wenngleich Umfang und Höhe dieser Vergünstigungen vom Gesetzgeber anhand objektivierbarer Indikatoren überprüft werden sollen.

Albrecht hat das dicke Knäuel der Ansprüche entwirrt

MICHAEL JACH, Hannover

Vordergründig hervorstechendstes Merkmal der CDU/FDP-Regierungsbildung nach der niedersächsischen Landtagswahl ist das vorgelegte Rekordtempo: Binnen einer Woche wurde das spekulationsträchtige Knäuel der persönlichen und parteilichen Ansprüche und Neigungen zur neuen Ordnung der Regierungsgeschäfte in Hannover entwirrt. Darauf ist Ministerpräsident Ernst Albrecht stolz: Die Zügigkeit unterstreiche „das hohe Maß an Gemeinsamkeit", mit dem die Koalitionspartner ans Werk gegangen seien.

Eindeutiger, mit Selbstverständlichkeit einstreichender, doch auf Triumphgeschrei verzichtender Gewinner ist die FDP. Das CDU-Zugeständnis der künftigen Zweitstimme zur Landtagswahl hat manchem in Hannover zunächst die Sprache verschlagen. Die Maximalforderung der FDP, so hatten viele gedacht, sei letztlich taktische Verhandlungsmasse, welche die Freideokraten leich aufgeben könnten wenn sie immerhin das FDP-günstige Mandatsberechnungsverfahren nach Hare-Niemeyer durchsetzten. Sie haben beides bekommen – weil Albrecht damit die Koalition „über 1990 hinaus" festigen möchte. . .

Doch um die Dankbarkeit in der Politik ist es eigenartig bestellt. Das hat in diesen Tagen niemand härter erfahren als der abgelöste Innenminister Egbert Möcklinghoff, vielsagendes Beispiel für glücklose Redlichkeit im Amt. Er hatte nach dem Verlust seines Landtagsmandats wohl erwartet, es werde ihm honoriert, daß er gerade in den letzten Monaten den Kopf hinhalten mußte im öffentlichen Aufruhr um einen zwielichtigen Versicherungsdetektiv, der mit dem Landeskriminalamt vor Jahren beinahe nach Belieben hantiert hat, und für das „Celler Sprengstoffloch" des Landesverfassungsschutzes, das der Terroristenbekämpfung diente. Beides hatte Möcklinghoff persönlich nur bedingt zu verantworten. Nun aber erleichterte sein Abgleiten vom Personalkarussell die Verteilung der nach Befriedigung der FDP noch übrigen Ministerplätze.

Schmuckfedern gelassen hat Möcklinghoffs „Erbe" Wilfried Hasselmann. Das an die FDP „verlorene" Bundesratsressort mit seinen Repräsentations- und Präsenzaufgaben zumal in Bonn war dem sturmfest-erdverwachsenen Niedersachsen-Tribun

DIE ANALYSE

geradezu auf den Leib geschneidert; zudem ließ es Kräftereserven für den CDU-Landesvorsitzenden in Personalunion. So hat Hasselmann sich nach dem Innenministerium nicht eben gedrängt – vor Augen auch die „Tretminen"-Erfahrungen des Vorgängers Möcklinghoff. Viel lieber gedachte er dem neuen, wenngleich nicht minder heißen Umweltministerium zu Glanz zu verhelfen (mit entsprechendem Eigennutz im Nebeneffekt). „Zum Trost" immerhin muß er die Würde des stellvertretenden Regierungschefs nicht auch noch an die FDP in Person des Wirtschafts- und Technologieministers Walter Hirche abtreten.

Mit Blick auf Hirche wurden in Hannover Bedenken laut, ob der FDP-Spitzenmann mit der Berufsangabe „Wirtschaftsarchivar" und dem Staatsexamen für das Gymnasiallehramt denn im Wissenschaftressort nicht besser aufgehoben wäre. Sein Ideenreichtum, wie im „Aufsteigerland" Niedersachen die Forschung weiter anzukurbeln und der Wirtschaft nutzbar zu machen sei, hätte auch dies sinnvoll sein lassen. Doch ein gewichtiges Ministerium stand der FDP zu, und für das vormalige Haus Breuel hatte sie niemand anderen, von weiteren Ressorts ganz zu schweigen.

Das Rennen ums Umweltressort hat unter drei CDU-Konkurrenten der frühere Kultusminister und Fraktionschef Werner Remmers für sich entschieden. Außer Hasselmann wurde auch Birgit Breuel – bisher Wirtschaft, jetzt Finanzen – in Betracht gezogen. Und das Los für Remmers soll damit zu tun haben, daß seine westniedersächsisch-katholische „Hausmacht" in der Fraktion nicht düpiert werden durfte, wenn Albrecht zur Wahl des Regierungschefs auch wirklich die einzige Mehrheitsstimme sicher sein solle. Remmers, von Zentrums-Traditionen geprägt und der Verschleißrolle des Fraktions-Zügelführers desillusioniert, zudem bekanntermaßen ein Virtuose auf dem Medienklavier, wird das neue Amt zu nutzen wissen: Nie hat er bestritten, daß er insgeheim auf die Albrecht-Nachfolge sinnt.

Hasselmann, Hirche, Breuel, Remmers – ihre Positionen gelten heute schon als sicher auch für den Tag, wenn Albrecht gemäß Ankündigung in zwei Jahren das Kabinett verjüngt. Daß die lange als gefährdet angesehenen Minister Georg-Bernt Oschatz (Kultus) und Johann-Tönjes Cassens (Wissenschaft) jetzt im Amt verbleiben, soll wiederum (wie böse Zungen behaupten) der Stimmensicherung für Albrecht dienen.

Hirche orientiert sich an Späth

Mk. Bonn

Der niedersächische Wirtschaftsminister Walter Hirche (FDP) will die neuen Technologien in seinem Bundesland verstärkt nutzen. Dabei möchte er von den Erfahrungen des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Lothar Späth (CDU) profitieren. Hirche sagte, zunächst gehe es darum, die Effizienz der Verwaltung zu verbessern. So werde eine neue Abteilung für Mittelstand, Technologie und Export in seinem Ministerium geschaffen. Gerade bei kleineren und mittleren Unternehmen sollten die innovativen Kräfte gefördert werden. Die bisherigen Ansätze müßten konzentriert werden. In welchem Maße die Mittel aufgestockt werden können, werde sich erst zeigen, wenn die Auswirkungen der Reform des Länderfinanzausgleichs abgeschätzt werden können. Bisher wurde in Niedersachsen nur das produzierende Gewerbe gefördert, jetzt soll auch der Dienstleistungsbereich einbezogen werden.



Soviel waren es noch nie! Berlin rechnet allein in diesem Jahr mit 35 000 Asylanten. Die Heime sind hoffnungslos überfüllt – Container-Unterkünfte sollen den Engpaß lösen helfen. Doch das sorgt für neuen Zündstoff. FOTO: DPA

Der Traum vom Asyl endet im Container

DIETER DOSE, Berlin

„48 Personen sind überprüft und 48 Pässe einbehalten worden." Die Zahlen ändern sich von Tag zu Tag, aber die Rubrik erscheint täglich im Berliner Polizeibericht.

Hinter den Zahlen verbergen sich Asylanten, eingereist über S-Bahn oder U-Bahn. Da die Polizei nur Stichproben auf den innerstädtischen Verkehrsmitteln zwischen Ost und West vornimmt, sagen die Zahlen auch nichts Konkretes über den Asylantenstrom aus. Mit der Paßeinziehung aber wird erreicht, daß sich die Betroffenen umgehend bei der Ausländerbehörde melden.

Anlaß zur Sorge

Eine Behörde, die gerade erst wieder um 15 Mitarbeiter verstärkt worden ist. Denn der Asylantenstrom nach Berlin hat seit Anfang des Jahres, wie von Ex-Senator Heinrich Lummer (CDU) prophezeit, ein Ausmaß erreicht, das Anlaß zu großer Besorgnis ist. „Wir rechnen in diesem Jahr mit rund 35 000 – so viel wie noch nie", befürchtet Staatssekretär Eberhard Müller-Steineck von der Sozialbehörde. Die rund 100 Millionen Mark, die Berlin zuletzt pro Jahr für Asylbewerber – Mieten, Sozialhilfe, Kosten für den Weitertransport usw. – aufzubringen hatte, würden in diesem Jahr überschritten.

Bisher sind in diesem Jahr knapp 14 000 Asylanträge gestellt worden – 1985 waren es insgesamt 22 908. Zu den Antragstellern kommen noch rund 5000, die über Berlin ins übrige Bundesgebiet weiter gereist sind.

Die Möglichkeiten zur Unterbringung sind praktisch erschöpft. „Uns fehlen rund 1000 weitere Heimplätze", erklärt Müller-Steineck. 46 Heime sind schon belegt. Beispiel ein ehemaliges Krankenhaus im Stadtteil Spandau: Rund 1000 Asylanten und 200 Aussiedler sind hier zusammengepfercht. Einige hundert mehr als Platz vorhanden.

Orangefarbene Container, aufgestellt auf einem ehemaligen Parkplatz der vorjährigen Bundesgartenschau, haben einen heftigen Parteienstreit ausgelöst. „Letzter Notnagel" der Behörde, um kurzfristig gerade eingetroffene Asylanten unterzubringen. „Nicht ideal, aber akzeptabel, denn in solchen Containern leben auch deutsche Arbeitnehmer", sagen CDU und FDP. „Unmöglich, menschenunwürdig", wettern SPD und „Grüne" (AL). „Container sind besser als Turnhallen", hält Staatssekretär Müller-Steineck dagegen.

Die Container, jeweils mit zwei oder vier Betten, sind nicht ständig belegt. Nur immer dann, wenn ein Engpaß eintritt. „Auch wenn man uns vorrechnet, daß für den Preis die Asylanten in einem Nobel-Hotel unterzubringen wären, brauchen wir diese Reserve", sagt Müller-Steineck. Denn, belegt oder nicht, pro Tag und pro Bett, insgesamt 40, sind vom Senat 12 Mark zu zahlen – knapp 15 000 Mark für einen Monat.

Zwar beträgt die Quote der von Berlin aufzunehmenden Asylanten nur 2,7 Prozent, doch der Massenansturm hat dazu geführt, daß sich die Verweildauer in der Stadt – von vier auf fast acht Wochen – verdoppelt hat.

Der Weg aus Asien, Nahost oder Afrika nach West-Berlin ist einfach. Beispiel: Abflug in Lagos um 00.15 Uhr, Ankunft in Ost-Berlin, Flughafen Schönefeld, um 8.15 Uhr. Täglich fliegt die „DDR"-Fluggesellschaft Interflug derzeit diese von Asylbewerbern aus Ghana (im Monat Mai allein 371) bevorzugte Route.

Ein paar hundert Meter zur S-Bahn, 41 Minuten Fahrzeit bis zum Bahnhof Friedrichstraße. Zwei Stunden nach der Landung können – und sind es – die Asylanten in West-Berlin sein. Von Friedrichstraße zum nächsten Bahnhof diesseits der Mauer sind es nur wenige Minuten mit S- oder U-Bahn – am Tag rund 540 Züge! Daß sich die Asylanten nicht lange auf dem Bahnhof aufhalten, dafür sorgt die „DDR"-Grenzpolizei. Wenn es sein muß, werden sie mit „sanfter" Gewalt in den nächsten S- oder U-Bahnzug Richtung Westen befördert ...

„Palästinenser-Lager"

Iraner, Libanesen, Ghanaer, Inder und staatenlose Palästinenser, neuerdings auch Türken – sie machen in dieser Reihenfolge zahlenmäßig das Gros der in West-Berlin eintreffenden Asylbewerber aus. Bis Mitte vergangenen Jahres waren es die Tamilen, die das größte Kontingent stellten. Da aber hat die „DDR" einen Riegel vorgeschoben. Ohne gültiges Visum für die Bundesrepublik und West-Berlin gewährt die „DDR" keine Durchreise.

Nach Erkenntnissen des Berliner Senats hat die zunehmende Asylantenzahl zwei Gründe:

Der Weg nach Schweden und Dänemark ist seit Januar verbaut.

Schlepperorganisationen, die vor allem in Sri Lanka sehr aktiv waren, haben vorher ihre Tätigkeit in andere Länder, z. B. Indien, verlagert. Die „Schlepper", die die Asylbewerber, gegen bar Kasse natürlich, bis nach Ost-Berlin „lotsen", sind nur in den seltensten Fällen zu ermitteln. „Wenn sie in Friedrichstraße in den U-Bahnzug gestiegen sind, bleiben sie sich selbst, ausgestattet aber mit allen notwendigen Informationen bis zur vorgegebenen Aussage bei der Ausländerbehörde, überlassen", berichtet ein Senatsmitarbeiter.

Perfekt organisiert

Oft haben sie auch die Adressen von in Berlin als Asylanten anerkannten oder zumindest auf den Abschluß des Asylverfahrens wartenden Landsleuten bei sich, die ihnen die notwendigen Hinweise geben. Teilweise eine perfekte Organisation! Viele kommen nicht direkt aus ihren Heimatländern. Zwischen der „DDR" und Indien gibt es z. B. keine direkte Flugverbindung.

Bundesregierung und Senat hofften, daß die „DDR" dazu beiträgt, den Asylantenstrom nach West-Berlin zu stoppen. Politiker aller Parteien haben bei ihren Audienzen bei SED-Chef Erich Honecker, auch Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen bei einem Treffen mit ihm anläßlich der Leipziger Frühjahrsmesse, versucht, darauf hinzuwirken. Vergeblich bisher.

Die Ankündigung der „DDR" vom 1. Februar dieses Jahres, nur noch Ausländern mit Sichtvermerk im Paß die Durchreise in die Bundesrepublik zu gewähren, gilt für Berlin nicht. In der Praxis sieht es so aus, daß die „DDR" auch ohne Sichtvermerk die Weiterreise in die Bundesländer gestattet. Von 1449 im Jahre 1975 auf 30 bis 35 000 in diesem Jahr – die Kurve der Asylantragsteller in Berlin zeigt steil nach oben. Allein die Zahl der Iraner hat sich im Vergleich mit 1985 versechsfacht, und es ist keine Übertreibung, wenn Berlin als das größte „Palästinenser-Lager" außerhalb Libanons bezeichnet wird ...

Wahl zwischen Sanktionen oder Handel

Die Interessenlage der einzelnen EG-Staaten gegenüber Südafrika / Für London und Bonn steht viel auf dem Spiel

Auf dem heute beginnenden Gipfel der Europäischen Gemeinschaft in Den Haag wollen die Staats- und Regierungschefs entscheiden, ob und welche Wirtschaftssanktionen gegen die weiße Minderheitsregierung in Südafrika ergriffen werden sollen. Die Ansichten in der Zwölfer-Gemeinschaft über Sinn und Notwendigkeit von Sanktionen sind nahezu konträr. Geprägt wird die Interessenlage der einzelnen EG-Staaten von ihren Wirtschaftsbeziehungen zu Südafrika und nicht zuletzt von den davon abhängenden Arbeitsplätzen.

KLAUS JONAS, Bonn

Noch im vergangenen September hatten die EG-Außenminister in Luxemburg es nach langem Streit fertiggebracht, ein „Maßnahmenpaket" gegen Südfafrika zu schnüren, das den empfindlichsten Aspekt der bilateralen Beziehungen – den Handel – weitgehend unberührt ließ. Doch seitdem hat sich die politische Situation geändert. Die Gewalt in Südafrika eskaliert, Pretoria hat wieder zum Mittel des Ausnahmezustands gegriffen und die Untersuchungskommission des Commonwealth, mit deren Einsetzung die britische Regierung auf dem letzten Gipfel dieser Organisation ernsthafte Maßnahmen gegen Südafrika noch hinauszöghern konnte, hat ihren Bericht vorgelegt und unmißverständlich verschärfte Sanktionen gefordert. Will Premier Thatcher eine Disintegration des Commonwealth verhindern – Zimbabwe hat bereits die Möglichkeit seines Austritts angedeutet – muß sie Pretoria ein deutliches Signal des britischen Unmuts über den schleppenden Gang der Reformen geben.

Der Gedanke, mit Sanktionen gegen die Apartheid vorzugehen, beschäftigt die Europäer seit 1962. Gegner solcher Maßnahmen argumentieren, daß das Beispiel Rhodesien, das 14 Jahre unter einem Wirtschaftboykott lebte und so autark wurde wie nie zuvor, gezeigt habe, daß Sanktionen eine stumpfe Waffe sind. Von den Weißen Südafrikas mit ihrer „Laager"- und „Voortrekker"-Vergangenheit sei ein Einlenken noch weniger zu erwarten.

Großbritannien hätte bei einer Unterbrechung der Wirtschaftsbeziehungen mit Südafrika erheblich mehr zu verlieren als jedes andere EG-Land. Etwa 45 Prozent aller ausländischen Investitionen in Südafrika stammen von britischen Unternehmen. Sie haben heute einen Wert von etwa 41 Milliarden Mark. Nach südafrikanischen Angaben sind 1400 britische Unternehmen in Südafrika tätig. Britische Exporte nach Südafrika erreichten 1985 ein Volumen von etwa 3,45 Milliarden Mark. Bei einem totalen Handelsboykott würden in Großbritannien nach verschiedenen Schätzungen zwischen 50 000 und 250 000 Arbeitsplätze verlorengehen. Die Briten hatten in der Vergangenheit wiederholt Sanktionen abgelehnt.

Investitionen der **Bundesrepublik Deutschland** belaufen sich auf etwa sieben Milliarden Mark (20 Prozent der Auslandsinvestitionen in Südafrika), womit die Bundesrepublik an dritter Stelle nach den USA und Großbritannien liegt. Etwa 300 deutsche Firmen sind in Südafrika tätig. Die Bundesrepublik exportierte 1985 Waren – vor allem Fahrzeuge, Maschinen, elektrotechnische und chemische Produkte – im Wert von 6,7 Milliarden Mark nach Südafrika. In der Bundesrepublik sind nach südafrikanischen Berechnungen etwa 130 000 Arbeitsplätze vom Handel mit Südafrika abhängig. Auch Bonn hat bislang wirtschaftliche Druckmittel abgelehnt.

Frankreich belieferte Südafrika 1984 mit Waren und Gütern im Wert von etwa 1,3 Milliarden Mark. Die französischen Investitionen werden auf insgeamt rund 3,4 Milliarden Mark veranschlagt. Frankreich hat unter der sozialistischen Regierung einen Stopp für Investitionen verfügt. Staatspräsident Mitterrand will internationale Sanktionen mittragen, Premierminister Chirac ist dagegen.

Auch **Italien** steht Sanktionen skeptisch gegenüber, würde sich jedoch der EG anschließen. Es hat bereits einen Exportstopp für Rüstungsüter erlassen. 1984 beliefen sich die italienischen Exporte nach Südafrika auf rund 1,3 Milliarden Mark. Etwa 60 000 Italiener leben und arbeiten in Südafrika.

Im Alleingang hat **Dänemark** bereits ab Ende dieses Jahres allen Handel mit Südafrika verboten. Exporte nach Südafrika gingen im vergangenen Jahr stark zurück und erreichten nur noch ein Volumen von etwa 230 Millionen Mark. Dänische Einfuhren, vor allem Kohle, hatten einen Wert von 530 Millionen Mark.

Als erstes EG-Land hat **Irland** seine Obst-und Gemüseeinfuhren aus Südafrika bereits gestoppt. Exporte nach Südafrika beliefen sich 1985 auf 125 Millionen Mark. Angesichts der starken Anti-Apartheid-Lobby im Land würde die Regierung in Dublin schärfere Sanktionen voraussichtlich unterstützen.

Die Regierung in **Belgien** hat sich in der Vergangenheit gegen durchgreifende Sanktonen ausgesprochen mit der Begründung, daß sie nicht wirksam wären. Belgien hat bereits ein Verbot von offiziellen Kontakten mit Südafrika erlassen und verweigert südafrikanischen Sportlern Einreisevisa. Der Diamantenmarkt in Antwerpen ist einer der wichtigsten Geschäftspartner des De Beers-Konzerns. Belgische Exporte beliefen sich 1985 auf etwa 500 Millionen Mark, Importe auf 800 Millionen. Die Industrie hat nur geringfügige Investitionen in Südafrika.

Spanien ist bereit, den Druck auf die Regierung Südafrikas aufrechtzuerhalten. Falls sich die EG für schärfere Sanktionen entscheidet, würde sich Spanien wahrscheinlich anschließen. Das Land hat nur geringfügige Investitionen in Südafrika. Exporte beliefen sich 1985 auf 250 Millionen Mark, Importe auf 540 Millionen.

Portugal hat von Maßnahmen gegen Südafrika bislang abgesehen, will sich den Beschlüssen der EG aber nicht widersetzen. Mehr als 700 000 Portugiesen leben in Südafrika. Eine massive Rückwanderung würde die Wirtschaft stark belasten.

Die **Niederlande**, die derzeit den EG-Vorsitz führen, opponieren seit 25 Jahren gegen die Apartheid und haben immer wieder Sanktionen gefordert. Die Regierung in Den Haag hat sich für einen Einfuhrstopp für Wein, Obst und Gemüse aus Südafrika ausgesprochen. Exporte hatten 1985 einen Wert von 620 Millionen Mark. Vor allem der Ölkonzern Royal Dutch/Shell ist in Südafrika stark präsent.

Auch **Griechenland** ist, wie alle anderen EG-Staaten, ein erklärter Apartheid-Gegner. Sanktionen gegen Südafrika würden mit Sicherheit von der Regierung in Athen mitgetragen.

„Beleidigung für alle Polizisten"

Brockdorf-Krawalle führen zu Nachspiel zwischen IG Metall und GdP in Baden-Württemberg

gü, Stuttgart

Die blutigen Krawalle von Brockdorf und Wackersdorf haben im baden-württembergischen DGB zu heftigen Nachbeben geführt. Im politischen Epizentrum steht dabei das IG-Metall-Vorstandsmitglied Hans Janßen. Grund: Janßen hatte am letzten Wochenende auf einer Bezirkskonferenz der Metallergewerkschaft im oberschwäbischen Biberach eine recht eigenwillige Beurteilung der Gewalttätigkeiten zum Besten gegeben. Jetzt warf ihm die Gewerkschaft der Polizei (GdP) des Landes ein „getrübtes Verhältnis zum Rechtsstaat" vor.

Tatsächlich hatte Janßen nicht die Angriffslust militanter Kernkraftgegner der Rede wert befunden, sondern den angeblich „brutalen Polizeieinsatz", der die Vermutung nahelege, daß bei der Verteidigung der „menschenfeindlichen Atomkraftwerke" Polizeiangriffe auf Arbeiter geprobt worden seien. Bei aller Sympathie für die Beamten „wehre ich mich entschieden dagegen, daß unsere Söhne in Polizeiuniformen für nackte Kapitalinteressen verheizt werden".

Auf den groben Klotz setzte die Polizeigewerkschaft prompt einen groben Keil. Per Pressemitteilung bezeichnete Heinrich Meyer, Vorsitzender des GdP-Landesbezirks Baden-Württemberg, Janßens Äußerungen als „Beleidigung für alle Polizisten". Wer die Polizeieinsätze einseitig kritisiere, die verletzten Beamten aber unerwähnt lasse und Gewalttäter nicht in die Schranken verweise, habe jeden Anspruch auf Glaubwürdigkeit verloren.

Janßen hatte in Biberach aber noch mehr gesagt. Bei der Durchsetzung tariflicher oder politischer Forderungen, betonte er, müsse die IG Metall auch mit Gruppen zusammenarbeiten, die nur teilweise gleiche Ziele vertreten. Dabei dürfe es „keine Berührungsängste" geben. Und das empfand der GdP-Chef als besonders starken Tobak. „Wer so redet", warnte Heinrich Meyer, „setzt die gewerkschaftliche Solidarität und die Einheitsgewerkschaft einer schweren Belastungsprobe aus". In der nächsten Landesvorstandssitzung des DGB soll der Fall Janßen zur Diskussion gestellt werden.

Wenn der OB zum Kommentator wird

GERNOT FACIUS, Düsseldorf

Der Oberbürgermeister schlüpft nach der Ratssitzung in die Rolle des Kommentators und der Stadtwerkechef verwandelt sich vor dem Mikrofon in einen „unabhängigen Energieberater". Diese Schreckensvision kann Wirklichkeit werden, wenn die nordrhein-westfälische Landesregierung bei ihrem Referentenentwurf für ein Landesmediengesetz bleibt. Denn die Drittelbeteiligung der Kommunen (neben dem WDR) am lokalen Rundfunk im bevölkerungsreichsten Bundesland – gemunkelt wird von 60 Hörfunksendern – ist der Dollpunkt des Entwurfs, gegen den gestern die nordrhein-westfälischen Zeitungsverleger in der Staatskanzlei protestierten.

Die Verleger sehen Johannes Rau und sein Kabinett auf Kollisionskurs mit dem Bundesverfassungsgericht. Denn die Karlsruher Richter gingen bislang davon aus, daß es mit Artikel 5 des Grundgesetzes unvereinbar wäre, wenn „der Staat unmittelbar und mittelbar eine Anstalt oder Gesellschaft beherrscht, die Rundfunksendungen veranstaltet". Die Kommunen aber sind funktionelle Bestandteile des Staates, dessen Aufgaben sie wahrnehmen. Wenn sie sich an Anbietergemeinschaften mit 33 Prozent beteiligen können, erhalten sie Gelegenheit, „unmittelbare staatliche Öffentlichkeitsarbeit mit Hilfe des Mediums Runkfunk zu betreiben" (die NRW-Verleger). Ähnlich wie der WDR würden die öffentlich-rechtlichen Gebietskörperschaften eine Schlüsselrolle im Kommunikationssystem wahrnehmen: Sie können Steuergelder für ein Rundfunkprogramm verwenden.

Der WDR würde, folgt man dem Referentenentwurf, zum dominierenden Faktor in der nordrhein-westfälischen Medienlandschaft. Um ihn werden sich vor allem kommunale und „gemeinnützige" Anbieter scharen. Der Arm des Kölner Mediengiganten reicht dann bis in das letzte Dorf. Private Interessenten würden erdrückt. „Dies bereits im Ansatz zu verhindern, ist eine der wichtigsten Aufgaben des Gesetzgebers im Medienbereich", geben die Zeitungen des Landes zu bedenken. Beteiligung des WDR am landesweiten privaten Rundfunk hieße in der Praxis: Die Anstalt könnte ein fünftes Hörfunkprogramm (mit-)veranstalten.

Dabei dürfte es dann aber nicht bleiben. Mit dem Argument, er benötige zur Finanzierung seiner Beteiligungen zusätzliche Mittel, würde der WDR nicht nur weitere Erhöhungen der Rundfunkgebühren, sondern auch eine Ausdehung seiner Werbezeit verlangen. Auf diese Weise, so die Befürchtung der Zeitungen, würden Werbegelder vom privaten zum reichweitenstärkeren öffentlich-rechtlichen Rundfunk abgezogen. Und diese Mittel „werden wiederum mittelbar und selektiv den privaten Veranstaltern mit WDR-Beteiligung zufließen".

Auffällig ist das bisherige Schweigen der CDU zu den Düsseldorfer Plänen. Das Wort von der Koalition der Oberbürgermeister macht deshalb schon die Runde.

Israel setzt bei Raketenabwehr schon auf SDI

rmc, Bonn

Israel, das am 6. Mai 1986 mit den USA einen Vertrag über eine staatlich beaufsichtigte SDI-Kooperation abschloß, hat für diese Beteiligung ein spezifisches Interesse: Die militärische Bedrohung durch arabische Länder. Auf einer deutsch-amerikanischen Konferenz üb_r SDI und europäische Sicherheit in Kiel führte der israelische Wissenschaftler Dore Gold vom Jaffa Zentrum für Strategische Studien der Universität Tel Aviv aus, sein Land müsse erwarten, daß zum Beispiel Syrien in absehbarer Zeit mit der sowjetischen Rakete SS 23 ausgestattet werde. Dadurch würde Israel einer extremen Bedrohung ausgesetzt.

Schon jetzt verfüge Syrien über die ballistische Boden-Boden-Rakete Frog 7/SS 21 mit einer Reichweite bis zu 100 Kilometer und einer Treffgenauigkeit bis zu 100 Meter. Mit der SS 23, die die auch in Syrien vorhandene Scud B ersetzen solle, werde der Angriffsradius mit ballistischen Waffen auf mehr als 500 Kilometer ausgeweitet und die Angriffszeit auf wenige Minuten verkürzt, sagte Gold. Dank der auch noch verbesserten Treffgenauigkeit dieser Waffe würde Syrien das gesamte israelische Territorium mit zielsicherer Feuerkraft konventioneller Sprengköpfe bedrohen können und dadurch einen „wirklichen strategischen Vorteil" erringen. Denn Syrien könnte dann in Überraschungsschlägen die israelischen Luftwaffenbasen und Zentren zur Mobilisierung der Landstreitkräfte schwächen oder ganz ausschalten. Damit verliere Israel in seinen engen Grenzen die Möglichkeit, die Luftwaffe zur Abschreckung arabischer Schläge einzusetzen und schnell die Armee zu mobilisieren.

Israel möchte durch seine Teilhabe an den amerikanischen Forschungsanstrengungen für SDI technologisch wie militärisch-operationell nun die Fähigkeit zur Abwehr der größer werdenden ballistischen Bedrohung aus dem Nordosten gewinnen. Gold führte die Einzelheiten nicht aus, doch war den Fachleuten auf der Kieler Konferenz, die vom Institut für Sicherheitspolitik der dortigen Universität und dem Institute for Foreign Policy Analysis in Cambridge (Massachusetts) organisiert worden war, klar, daß Israel auf weite Sicht sowohl an die Einführung einer ballistischen Anti-Raketen-Rakete als auch an den Einsatz von Laserstrahlen gegen die SS 23 denkt.

Teheran strebt zweite islamische Republik an

Günstige Voraussetzungen in Libanon / Konkrete Pläne

JÜRGEN LIMINSKI, Bonn

Teheran sucht offensichtlich ein weiteres Terrain für die Expansion der islamischen Revolution. Angesichts des Grabenkriegs am Shatt el-Arab und der festgefügten Grenzen mit den anderen Nachbarn haben sich die Mullahs als nächstes Ziel für die Errichtung einer islamischen Republik den Staat Libanon ausgesucht. Libanon ist nicht nur direkter Nachbar Israels und somit ein geeignetes strategisches Sprungbrett für Angriffe auf den Judenstaat. Auf libanesischem Boden leben auch die meisten Schiiten in der Region. Kein arabisches Land kann eine so bedeutende schiitische Minderheit, sprich einen so guten Nährboden für die islamische Revolution aufweisen.

Wie die WELT aus Beirut und aus iranischen Exilkreisen übereinstimmend erfährt, soll im Ende Januar bei einem Geheimtreffen zwischen libanesischen und iranischen Schiitenführern in Teheran ein Plan für eine islamische Republik Libanon ausgearbeitet worden sein. Er soll in mehreren Stufen noch in diesem Jahr verwirklicht werden. In der ersten Phase soll eine islamische Verfassung erstellt werden, um die noch bestehende libanesische Verfassung zu ersetzen. Dann soll die neue Führung bestimmt werden, ebenso wie das Generalkommando für die künftigen Streitkräfte. Auch an eine islamische revolutionäre Rechtsprechung und entsprechende Institutionen haben die Konferenzteilnehmer gedacht. Ab sofort sollen Vorbereitungen für die neue staatliche Infrastruktur getroffen und Waffen, Geld und Propagandamaterial aus Persien in den Libanon eingeschleust werden.

Von Khomeini gebilligt

An der Konferenz, die von dem iranischen Präsidenten Khamenei eröffnet wurde, nahmen mehrere Dutzend schiitische Würdenträger und Führer militanter islamischer Organisationen in Libanon teil. Unter ihnen war auch der fanatische Ayatollah Fadlallah, der als libanesischer Khomeini gilt. Ebenfalls mit von der Partie waren der Vorsitzende des Obersten Schiitischen Rats in Libanon und Hussein Mussawi, Chef des Kampfverbandes, der sich von der Amal abgespalten hat. Sogar sunnitische Würdenträger waren zugegen.

Der Verfassungsentwurf wurde mittlerweile von Khomeini gebilligt. Seit März zirkuliert er im Libanon und soll von mehr als 60 islamischen Würdenträgern und Milizenführern unterzeichnet worden sein. Der Entwurf übernimmt im wesentlichen die Bestimmungen der iranischen Konstitution. Khomeini wird als Verkörperung von „Allahs Wunsch auf Erden" genannt. Er sei der Interpret der islamischen Gesetze. Deshalb komme ihm die oberste Autorität auch im Libanon zu. Seine politische und gesetzgeberische sowie rechtsprechende Autorität soll auf einen Vertreter übertragen werden, der auch schon feststeht: Scheich Mohammed Shams al-Din, den Vorsitzenden des Obersten Schiitischen Rats. Er soll auch die direkten Wahlen für die Präsidentschaft und den islamischen Revolutionsrat überwachen. Sein Sohn war übrigens Schüler an der christlichen Schule Notre Dame de Jamour.

Über Botschaft in Beirut

Führende Gemeinschaft sollen die Schiiten sein. Ihnen wird die Mehrheit im Revolutionsrat zugesprochen. Als oberster Richter soll Scheich Fadlallah in Erscheinung treten. Ihm sollen 40 andere schiitische Würdenträger als Richter unterstehen, die namentlich alle schon feststehen. Die Personalentscheidungen wurden ebenfalls von Khomeini bereits gebilligt. Die libanesische Armee soll aufgelöst und eine neue nach iranischem Modell aufgebaut werden.

Ende Februar soll es erneut zu einem Treffen zwischen Präsident Khamenei und einer Gruppe schiitischer Würdenträger aus Libanon gekommen sein. Die Koordination zwischen Iran und Libanon hat der iranische Geschäftsträger an der Botschaft in Beirut, Mohammed Nurani, übernommen. Die Pläne wurden beim jüngsten Besuch des iranischen Außenministers in Beirut vertieft. Über die Botschaft werden auch die Waffentransporte abgewickelt. In einer Reihe von „Islamischen Zentren" in West-Beirut werden seither künftige Funktionsträger auf ihre Aufgaben vorbereitet.

Als Hindernis sieht man in Teheran noch den wachsenden Widerstand der Sunniten und vor allem der Christen. Die Christen hatten sich dem unter syrischer Vermittlung ausgehandelten Dreier-Pakt letztendlich gerade deshalb widersetzt, weil er in der Konsequenz zu einem arabisch-islamischen Staat geführt hätte.

USA geben Manila Wirtschaftshilfe

rtr, Manila

Der amerikanische Außenminister George Shultz hat der philippinischen Regierung unter Präsidentin Corazon Aquino bei einem Besuch in Manila einen Scheck über 200 Millionen Dollar Wirtschaftshilfe überreicht. Das Geld soll in der schwierigen Anfangsphase der neuen Regierung das Wirtschaftswachstum stärken und zum Vertrauen in die Leistungsfähigkeit von Politik und Wirtschaft beitragen. Einige philippinische Regierungsvertreter merkten an, daß es sich bei der Hilfe in Wahrheit um eine „Pacht" für zwei amerikanische Militärbasen handele. Im Gegensatz zu diesen Kritikern sagte Manilas Vizepräsident (der ebenfalls Shultz heißt), die Unterstützung demonstriere die enge Verbundenheit zwischen den beiden Ländern.

Indien: Extremisten planten Anschlag

dpa, Neu Delhi

Die Polizei im nordwestindischen Staat Punjab hat ein Attentat auf den Ministerpräsidenten des Staates, Surjit Singh Barnala, verhindert. Angehörige der Punjab-Polizei und des indischen Grenzschutzes erschossen am Dienstag drei wegen mehrfachen Mordes gesuchte Sikh-Terroristen, die Barnala angeblich noch in dieser Woche ermorden wollten.

Nach Angaben der Nachrichtenagentur UNI hatten die Extremisten, auf deren Ergreifung Belohnungen von bis zu 100 000 Rupien (18 000 Mark) ausgesetzt waren, Einzelheiten der Reisepläne Barnalas gesammelt. Einer der Getöteten, ein gewisser Ranjit Singh Baba, war selbsternannter Chef einer Sikh-Separatistengruppe „Khalistan Kommando-Streitmacht".

Südkorea berät Verfassungsreform

dpa, Seoul

Nach monatelangem Tauziehen haben sich die südkoreanische Regierung und die Opposition geeinigt, jetzt einen Ausschuß zur Beratung einer Verfassungsreform einzusetzen. Dabei geht es in erster Linie um das Verfahren zur Wahl des Staatspräsidenten. Die Opposition fordert, daß der Präsident vom Volk gewählt werden soll, während die Regierung bisher auf der Wahl durch das Parlament bestanden hat.

Die Einsetzung des Verfassungsausschusses wird von westlichen Beobachtern als Erfolg der Opposition gewertet. Noch Anfang dieses Jahres hatte die Regierung Südkoreas die Polizei gegen eine von der Opposition ins Leben gerufene Unterschriftensammlung zur Verfassungsänderung eingesetzt.

Panamas starker Mann im Zwielicht

WERNER THOMAS, Mexico City

Er ist nach Worten des US-Senators Jesse Helms „der Rauschgifthändler Nummer eins" auf dem amerikanischen Kontinent. Er soll ein Mörder sein, Waffen schieben und mit Fidel Castro Geschäfte machen. Er wird des Wahlbetrugs beschuldigt.

General Manuel Antonio Noriega, starker Mann der Republik Panama, steht seit Tagen im Mittelpunkt einer Enthüllungskampagne. Seit seinem Washington-Besuch vorletzte Woche veröffentlicht die amerikanische Presse pausenlos aus Geheimdienstkreisen neue Nachrichten über den kontroversen Militärkommandeur.

Der Mann mit dem narbigen Boxergesicht wird in der „New York Times" wie eine Figur aus einem James-Bond-Roman geschildert. Er spiele die Rolle eines Doppelagenten, stecke sowohl den USA als auch Kuba brisante Informationen. CIA-Beamte glauben, daß sie mehr profitiert haben von diesem nach allen Seiten offenen Offizier. Sie schätzen besonders die Berichterstattung über die Entwicklungen im marxistischen Nicaragua. Aber auch die Kubaner dürfen zufrieden sein. Noriegas Nation unterläuft das amerikanische Handelsembargo gegen die kommunistische Karibik-Insel. Via Panama erhält Kuba ein reiches Sortiment von Waren „made in USA".

Die schwersten Vorwürfe wurden jedoch im Zusammenhang mit der spektakulären Ermordung des panamaischen Arztes Dr. Hugo Spadafora am 13. September vergangenen Jahres erhoben. Der General soll den Mordbefehl erteilt haben. Der ehemalige stellvertretende Gesundheitsminister Spadafora, ein politischer Abenteurer, der einst mit und dann gegen die Sandinisten kämpfte, wollte damals eine Dokumentation über die Rauschgift-Aktivitäten Noriegas publizieren. Sein kopfloser Körper wurde in einem amerikanischen Postsack auf costaricanischem Gebiet gefunden. Der ehemalige Präsident Nicolas Ardito Barlette stürzte über



Blut an den Händen?: General Noriega FOTO: DIE WELT

den Fall Spadafora, weil er den Machtkampf mit Noriega wagen und eine unabhängige Untersuchung anordnen wollte. Vizepräsident Eric Delvalle wurde Nachfolger.

Ardito Barletta, einst ein Vertrauter des Generals, verdankte sein Amt wiederum einem Wahlbetrug – so das bisher letzte Noriega-Kapitel. Wahlsieger vor zwei Jahren sei der greise Expräsident Arnulfo Arias mit einem Vorsprung von mehr als 30 000 Stimmen gewesen. Noriega aber habe den unbequemen Oppositionspolitiker mit Betrug von der Macht ferngehalten.

Der ehemalige Geheimdienstchef Manuel Antonio Noriega, 49, gilt seit Jahren in seiner Heimat als zwielichtige Persönlichkeit. Seine Gegner äußerten Überraschung, daß sich die US-Presse erst jetzt mit ihm intensiv beschäftigt. „Wir haben diese Dinge schon lange gesagt", erinnerte der Rundfunkkommentator Miguel Antonio Bernal. Diplomatische Beobachter warfen dagegen die Frage auf, weshalb die Reagan-Regierung gerade jetzt bisher diskretes Material verbreiten läßt.

Allgemein wird die Meinung vertreten, daß Washington ein Warnsignal senden wollte, wegen der Rauschgiftgeschäfte und der Castro-Kontakte. Noriega sitzt nämlich fest im Sattel. Er kennt keinen Rivalen innerhalb der „Verteidigungskräfte" der panamaischen Militärs.

So dubios General Noriega auch sein mag – er garantiert politische Stabilität in dem strategisch wichtigen Kanal-Staat. Noriega kritisierte nie das militärische Engagement der USA in Panama. Panama ist Spionage- und Aufklärungszentrum für die explosive mittelamerikanische Region. Die Delvalle-Regierung steuert schließlich keinen antiamerikanischen Kurs.

Der General reagierte dann auch gelassen auf das Medienfeuer. Er brach seinen Washington-Besuch wohl vorzeitig ab und sprach von einer Verschwörung. Er wolle aber den Amerikanern nicht böse sein und betont das gegenseitige Abhängigkeitsverhältnis: „Panama und die USA brauchen einander."

Israelischer Abwehr-Chef tritt zurück

hav. **Jerusalem**

Die jüngste Regierungskrise in Israel ist gestern durch den Rücktritt des Geheimdienstchefs Abraham Shalom und weiterer Beamter zunächst beigelegt worden. Shalom wurde beschuldigt, die Tötung von zwei palästinensischen Terroristen, die sich in Polizeigewahrsam befanden, 1984 befohlen und später verschleiert zu haben. Regierungssprecher Yossi Beilin teilte mit, daß dem ausscheidenden Amtschef Shalom Straffreiheit für mögliche unrechtmäßige Handlungen im Dienst von Präsident Chaim Herzog gewährt worden sei.

Die Affäre, die die israelische Öffentlichkeit seit einem Monat in Spannung hielt, begann, als General-Staatsanwalt Itzhak Samir die Polizei mit einer Ermittlung gegen den Chef des Inlandsabwehrdienstes, Shalom, beauftragte. Es ging um Vorfälle nach der gescheiterten Entführung eines Busses im Gazastreifen durch Palästinenser. Zwei der vier Terroristen kamen damals offenbar erst nach ihrer Festnahme zu Tode. Während die Behörden bekanntgegeben hatten, alle vier Palästinenser seien bei der Erstürmung des Busses getötet worden, hatte ein Pressefotograf jedoch Fotos vorgelegt, die zwei von ihnen noch lebend zeigten.

Beide in der Koalitionsregierung vertretenen Fraktionen waren gegen eine öffentliche Klärung dieses Falles und lehnten einen Prozeß ab. Die von Ministerpräsident Peres vorgeschlagene geheime Untersuchungskommission wurde von Außenminister Shamir und anderen Likud-Ministern strikt abgelehnt, weil es ein „unermäßlich wertvolles Instrument für unsere Sicherheit" schädigen würde.

Die gestern getroffene Entscheidung zur Beilegung der Krise wurde in nächtlichen Beratungen getroffen. Der Regierungssprecher erklärte, Shalom wolle von seinem Posten entbunden werden, weil ihm die Enthüllung seiner Identität eine weitere Ausübung des Amtes nicht mehr ermögliche. Peres habe dem Kabinett indes angekündigt, daß er eine Kommission einsetzen werde, „die neue operative Verfahrensweisen, gestützt auf die Lehren der Vergangenheit", untersuchen solle, hieß es. (SAD)

WELT-Interview mit dem britischen Außenminister Sir Geoffrey Howe über EG, Terror und NATO

Plädoyer für ein stärkeres Europa

WELT: Nach dem EG-Gipfel in Mailand hieß es, die EG sei uneiniger denn je. Dann kam die Affäre des Hubschrauber-Herstellers Westland und der US-Angriff auf Libyen, bei dem Großbritannien zumindest nach außen unter den Europäern isoliert dastand. Wie würden Sie heute den Einigkeitsgrad Europas sowohl in der Wirtschafts- als auch in der Verteidigungspolitik beschreiben?

Howe: Wenn wir auf Mailand zurückblicken, so gingen wir alle mit dem Bestreben dorthin, die Tagesordnung zu erfüllen und den nächsten Schritt in Richtung europäische Einheit zu machen. Wir hielten dies für möglich, einige Kollegen dagegen glaubten, es sei besser, dafür eine Regierungskonferenz einzuberufen. Die kam dann auch zustande, und zu unserer aller Freude waren wir bei der Ministerratssitzung in Luxemburg in der Lage, das Werk zu vollenden und haben seitdem beachtliche Fortschritte, unter anderem mit dem Beschluß der Europäischen Akte, gemacht. Wir freuen uns, mitgeholfen zu haben, diesen Prozeß zuwege zu bringen und damit die europäische Einheit gefördert zu haben. Nach der Luxemburg-Konferenz sagte ich, um Gottes willen, hört auf damit, in ein halbleeres Glas zu schauen. Wir sollten uns statt dessen zu unserem halbvollen Glas gratulieren. Laßt uns vom Europa-Pessimismus zum Europa-Aktivismus überwechseln. Und das ist, was derzeit geschieht.

Im Fall Libyen wurde meines Erachtens die Notwendigkeit europäischer Einigkeit unterstrichen und er deckte eine Stelle auf, wo es Europa bis dahin nicht gelungen war, ausreichende Einigkeit zu erzielen und der Bedrohung durch den Terrorismus entgegenzutreten. Schon im Dezember 1984 beschlossen wir in Dublin, eine gemeinsame Antiterror-Politik zu konzipieren. Im Januar 1986 befanden wir uns immer noch in diesem Prozeß, und die Gemeinschaft war nach dem libyschen Attentat auf die Berliner Diskothek unglücklicherweise noch nicht in der Lage, einheitlich und geschlossen zu reagieren, was wirklich notwendig gewesen wäre. Heute wäre dies möglich. Nach dem Libyen-Fall haben wir sehr schnell eine Situation geschaffen, die ein einheitliches Vorgehen ermöglicht. Das ist eine positive Seite unserer Entwicklung.

WELT: Es bleibt jedoch der Eindruck, daß Großbritannien weiterhin mit dem Entwicklungstempo innerhalb der EG unzufrieden ist. Was sind nach Ihrer Auffassung die größten Hindernisse?

Howe: Ich glaube nicht, daß wir auf der ganzen Linie unzufrieden sind. Ich glaube, alle Mitglieder sind ungeduldig und erwarten schnellere Fortschritte bei der Schaffung eines gemeinsamen internen Marktes. Deswegen sind wir alle so froh darüber, daß seine Einführung nun für 1992 als Ziel akzeptiert wurde. Jetzt ist es wichtig, daß wir Möglichkeiten finden, die Arbeitslosigkeit in der Gemeinschaft abzubauen und wirkungsvoll mit den USA und Japan zu konkurrieren. Aber noch einmal: Nach dem Luxemburger Treffen haben die Niederlande den Vorsitz übernommen und wir haben eine Beschleunigung in den Bestrebungen nach einem gemeinsamen internen Markt erlebt. Wir beabsichtigen, den Staffelstab von den Holländern zu übernehmen und ihn durch unsere Präsidentschaft zu tragen, um ihn dann an die Belgier weiterzugeben, und zwar im selben Geist, im selben Stil. Spricht man besondere Bereiche an, so hoffen wir auf substantielle Fortschritte bei der Vereinheitlichung der Märkte für Transport, in der Luft, auf der Straße und zur See.

Wir sind auch der Auffassung, daß eine gegenseitige Anerkennung der Normen sehr wichtig ist, damit die Gemeinschaft als ein einheitlicher Markt operieren kann. Zudem meinen wir, daß das Inkrafttreten der Europäischen Akte mit den erweiterten Möglichkeiten für Mehrheitsbeschlüsse dazu beitragen wird, den internen Markt zu schaffen.

Was die Landwirtschaft anbetrifft, finde ich auch hier – und nicht nur in der Gemeinschaft – eine schnell zunehmende Erkenntnis der Notwendigkeit, daß wir einmal unsere gesamte Landwirtschaftspolitik einer Überprüfung unterziehen. Wir wollen alle eine Agrarpolitik, die vernünftige Zukunftsaussichten hat und unseren ländlichen Gemeinden einen vernünftigen Standard bietet. Wir müssen sicher sein, daß das Geld, das für sie ausgegeben wird, so wirksam wie möglich eingesetzt wird. Ich habe den Eindruck, daß die Leute nun auch feststellen, daß dies nicht alleine ein Problem der Gemeinschaft ist, sondern auch der USA und anderer Länder.

Wir produzieren alle große Überschüsse zu ständig wachsenden Kosten, sind dennoch nicht in der Lage, unsere Bauern so zufriedenzustellen, wie wir es gerne möchten. Ich nehme an, daß wir alle darüber erfreut sind, daß die Notwendigkeit einer Reform nun in der gesamten Gemeinschaft anerkannt ist. Es wird wichtiger Bestandteil unserer Präsidentschaft sein, hier weiterzumachen.

WELT: Die britische Opposition bezeichnete kürzlich Frau Thatcher als Präsident Reagans Pudel – würde er pfeifen, würde sie springen. Steht Ihre Regierung in jedem Fall hinter dem amerikanischen Präsidenten?

Howe: Ich glaube, unsere Auffassung von der Bedeutung der USA für die Nordatlantische Allianz und Europa unterscheidet sich kaum von der der Bundesrepublik. Ich glaube, sie erkennt – ebenso wie wir – die Bedeutung der Anwesenheit amerikanischer Truppen in Europa für dessen Verteidigung an. Die Bundesrepublik weiß – ebenso wie wir –, daß die Allianz aus einer amerikanischen und einer europäischen Komponente bestehen muß. Ich finde, die Idee mit Präsident Reagans Pudel ist so ein Einfall, den Oppositionsparteien manchmal haben, nicht wahr? Aber Sie werden zum Beispiel feststellen, daß die Bundesrepublik und Großbritannien ganz deutlich eigene Auffassungen über die Beibehaltung der Rüstungskontrollvereinbarungen und des SALT-2-Vertrages geäußert haben. Wir waren in derselben Situation in der Menschenrechtsfrage bei der KSZE-Konferenz in Bern. Es kann gar keine Rede davon sein, daß wir Pudel sind. Wir äußern unsere Ansichten frank und frei.

Andererseits glaube ich, wir waren in der Lage, die Politik der USA erheblich zu beeinflussen, zum Beispiel bei SDI. Die von Frau Thatcher und Präsident Reagan im Dezember 1985 in Camp David vereinbarten vier Punkte zum gesamten Programm der Weltraum-Verteidigung sind später von der NATO als wichtiger Bestandteil ihrer Position übernommen worden.

WELT: In Großbritannien stützen ungefähr fünfzig Prozent der Wähler die Regierung. Besteht die Gefahr, daß die andere Hälfte der Wählerschaft bei einer Regierungsübernahme größere Veränderungen veranlassen könnte?

Howe: Wir haben in der Allianz seit über vierzig Jahren mit diesem Risiko leben müssen. Aber mit dem zunehmenden Verständnis innerhalb der Europäischen Gemeinschaft wird, so meine ich, auch die europäische Einsicht über Europas Rolle in der Allianz wachsen. Ich glaube jedoch, es ist sehr wichtig, daß die Stärkung des europäischen Elements, die ich begrüße, nicht zu einem Faktor wird, der die beiden Hälften der NATO auseinanderdriften läßt.

WELT: Befürworten Sie einen höheren Grad europäischer Unabhängigkeit im Rahmen der Zwei-Pfeiler-Strategie?

Howe: Die von Ihnen verwendete Metapher beantwortet die Frage. Wovon zwei Pfeiler? Von einem Bogen. Sie würden nicht existieren, wenn beabsichtigt wäre, daß sie sich in zwei unabhängige Gebäude entwickeln. Sie sind Teile eines Bogens, aber es ist sehr wichtig, daß jeder von ihnen stark ist, und wir achten ganz gewiß auf die Stärke des europäischen Pfeilers. Er muß zusammenhalten und in der Lage sein, voll seine Rolle in der Allianz zu spielen. Er darf sie jedoch nicht auseinanderreißen.

Mit Sachkunde und Zähigkeit hat der Jurist Sir Geoffrey Karriere gemacht. Seine Stationen: Handelsminister, Schatzkanzler und seit Juni 1983 Außenminister. Mit ihm sprach Rainer Gatermann (links) FOTO:COCK

WELT: Ihre Regierung hat bereits den Ersatz der nuklearen Poseidon-Raketen durch Trident beschlossen, die Labour Party möchte Großbritannien als Atommacht abschaffen und die sozialdemokratisch-liberale Allianz ist in dieser Frage gespalten. Warum ist die Erhaltung Großbritanniens als Atommacht so wichtig?

Howe: Wir halten an unserer unabhängigen nuklearen Abschreckung fest, weil wir der Auffassung sind, daß ein potentieller Angreifer der Allianz oder Europas nicht umhin kommen sollte, unsere Abschreckung – ebenso wie die französische – als unabhängige Faktoren in sein Kalkül mit einzubeziehen. Sie ist da, zu verhindern und anzugreifen. Ich glaube, es ist wichtig, daß wir in der Sowjetunion nicht den Eindruck aufkommen lassen, sie könnte Europa – ein alleinstehendes – ihren Willen aufzwingen.

WELT: Ist Ihre Atomwaffe dazu da, das Vereinigte Königreich zu verteidigen, oder auch die NATO?

Howe: Genauso wie Polaris wird Trident für die NATO da sein. Ich nehme an, unsere Alliierten begrüßen diese Tatsache und halten die ungebundene Existenz der Abschreckung, über die das Vereinigte Königreich verfügt, für wichtig und schätzen die Gewißheit, daß sie für die NATO da ist.

WELT: Wäre es für Europa von Nachteil, wenn es nur über eine Atommacht, in diesem Fall Frankreich, verfügte?

Howe: Ich meine, weder Frankreich noch das Vereinigte Königreich halten es derzeit für realistisch oder vernünftig, wenn das eine oder das andere Land seine unabhängige Abschreckung aufgeben würde. Europa zieht Vorteile aus dem Vorhandensein dieser beiden europäischen Abschreckungssysteme, zumal unseres, was begrüßt wird, für die NATO da ist.

WELT: Jetzt, am 1. Juli, kommt Bundespräsident Richard von Weizsäcker zum Staatsbesuch nach Großbritannien. Es ist der dritte, den ein westdeutsches Staatsoberhaupt hier abstattet. Der erste war als Versöhnungsbesuch beschrieben worden, der zweite als ein Treffen natürlicher Partner. Was sind aus Ihrer Sicht die Charakteristiken dieses dritten Besuches?

Howe: Dieser Besuch wird nach meiner Meinung sehr deutlich den einmaligen und wichtigen Charakter der Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern hervorheben. Eine Sache, die mir in meiner Amtszeit, während der ich mehrere deutsche Regierungen erlebt habe, immer häufiger auffällt, ist die ungemeine Breite der Kontakte, die wir jetzt zueinander haben. Ich sage immer wieder, privat und beruflich, daß ich inzwischen mehr Mahlzeiten mit Hans-Dietrich Genscher eingenommen habe als mit meiner Frau. Ich bin mir nicht sicher, ob diese Tatsache beim Präsidenten-Besuch gefeiert wird. Aber wir haben sehr enge, fortlaufende und praktische Beziehungen. Zudem gibt es jetzt viele Organisationen, in denen unsere beiden Völker zusammenarbeiten. Diejenige, die am längsten besteht, ist die Königswinter-Konferenz. Es gibt kein anderes europäisches Land, mit dem wir etwas Ähnliches haben. Natürlich muß ich hinzufügen, daß wir mit großem Interesse der Rede des Präsidenten vor beiden Häusern unseres Parlamentes entgegensehen. Es wird für ein deutsches Staatsoberhaupt das erste Mal und ein sehr bedeutendes Ereignis sein.

Die Maschine als Chefarzt?

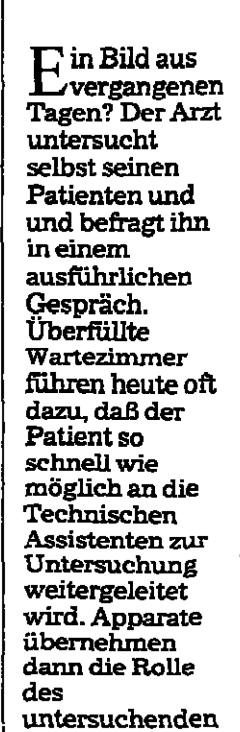
Es sei doch gar nicht einzusehen, warum menschliche Zuwendung soviel geringer bewertet werde als der Gebrauch medizinischer Apparate, so äußerte sich Bundesgesundheitsministerin Rita Süssmuth jetzt auf dem gesundheitspolitischen Kongreß, der zur Zeit am Rande der Kieler Woche stattfindet. Die Honorierung ärztlicher Beratungen sei viel zu gering: Für eine Beratung, bei der er kein Medikament verschreibe, erhalte ein Kassenarzt nur 7,50 Mark. „Zuwendung," so Frau Süssmuth, „ist das Allerwichtigste in der Krankenbehandlung."

Schon lange wird darüber diskutiert, ob die heutige Medizin durch den verstärkten Einsatz moderner Geräte nicht in die Gefahr gerät, den Menschen aus dem Auge zu verlieren. Die technischen Möglichkeiten für die Diagnose und Therapie von Krankheiten haben riesige Fortschritte gemacht. Sie helfen dem Arzt, Leiden zu erkennen und zu heilen, gegen die noch vor wenigen Jahren kein Kraut gewachsen war. Vom Computertomograph über den Nierenlithotripter bis zum Kunstherz – immer häufiger tauchen solche Begriffe auf, hinter denen sich eine für den Durchschnittsbürger unverständliche Technik verbirgt. Wie reagiert er, wenn er selbst „in die Mühlen" der Medizin gerät, wenn das eigene Wohl und Wehe von lebensrettenden oder lebenserhaltenden Apparaten abhängt?

Medizinische Geräte bedeuten für niedergelassene Ärzte und Kliniken hohe Investitionen, die sich irgendwann einmal amortisieren müssen. Der Arzt als „Unternehmer" muß also bemüht sein, die Geräte so häufig wie möglich einzusetzen. Dies wiederum treibt die Kosten unseres Gesundheitssystems in die Höhe.

Mit den Beiträgen auf dieser Seite soll versucht werden, das Thema „Apparatemedizin" von zwei Seiten zu beleuchten. Die Texte sollen keine „Pro und Contra"-Positionen darstellen, sondern persönliche Eindrücke und Erfahrungen wiedergeben. Professor Hans-Christian Burck ist Internist am HDZ-Hochdruck- und Dialysezentrum in Kiel und war zuvor zehn Jahre lang Chefarzt am Städtischen Krankenhaus. Dr. Wolfgang Cyran ist Facharzt für Gynäkologie und arbeitet seit vielen Jahren als Medizinjournalist. kü.





Ein Bild aus vergangenen Tagen? Der Arzt untersucht selbst seinen Patienten und und befragt ihn in einem ausführlichen Gespräch. Überfüllte Wartezimmer führen heute oft dazu, daß der Patient so schnell wie möglich an die Technischen Assistenten zur Untersuchung weitergeleitet wird. Apparate übernehmen dann die Rolle des untersuchenden Arztes
FOTO: KLAUS MEHNER

„Ohne Apparate wären meine Patienten längst tot"

Von H.-C. BURCK

Die Apparate, derer sich die Medizin heute bedient, gelten vielfach als schieres Teufelswerk. Ihnen wird das Inhumane schlechthin angeheftet. Aber auch das andere Lager, das ständig den segensreichen Fortschritt medizinischer Apparaturen preist, erliegt wie die erste Gruppe einer gefühlsbetonten Fehleinschätzung. Beide werden der komplizierten medizintechnologischen Entwicklung nicht gerecht. Der Aufkleber „Wiederbelebung – nein danke" widerspräche ebenso wie unkritische Technikhörigkeit den Lebensschicksalen der betroffenen Kranken. Geboten ist eine differenzierte Beurteilung.

Der 61jährige Landarzt in einer schleswig-holsteinischen Kleinstadt entschied diese Kontroverse schon vor zehn Jahren ganz anders. Er kam mit lebensbedrohender Atemnot als Folge eines chronischen Nierenversagens in ein Klinikum und hatte nur die Wahl zwischen dem baldigen Tode oder einem Weiterleben mit der künstlichen Niere, der Dialyse. Er entschied sich für die Maschine. Das bedeutet, physisch und psychisch von der Technik abhängig zu sein, ebenso von dem Personal, das die Maschine bedient. Dreimal wöchentlich muß sich der Patient insgesamt 15 Stunden einer Blutwäsche unterziehen. Das bedeutet ferner strenge Einschränkungen im Essen und Trinken, den Verlust der Mobilität und die Änderung des Sexualverhaltens. In den Anfangsjahren der Dialyse mußten während der Behandlung manche Nebeneffekte wie Übelkeit, Erbrechen und Kopfschmerzen hingenommen werden.

Wäre der Patient schon 1965 in diese Behandlung gekommen, hätte die Behandlungszeit pro Woche sogar 30 Stunden betragen; es wären wöchentliche Bluttransfusionen notwendig gewesen; dazu waren Knochenschwund und schwerer Bluthochdruck häufige Begleiterscheinungen. Trotz dieser Torturen würde er vielleicht heute noch leben. Heute kann dieser Arzt dank verfeinerter Apparatemedizin seine Landpraxis uneingeschränkt versorgen. Dialysebehandlung erfolgt heute nebeneffektfrei – nicht selten während des Mittagsschlafes. Ethische oder medizinische Bedenken gegen eine solche Behandlung sind absurd.

> *„Die Dialysebehandlung ist zum Prototyp einer risikoarmen Apparatemedizin geworden. Ethische oder medizinische Bedenken sind absurd"*

Inzwischen ist die Dialysebehandlung zum Prototyp einer risikoarmen Apparatemedizin geworden: Für 16 000 Patienten in Deutschland, für 80 000 in Europa, für mehr als 100 000 in den USA. Selbst Säuglinge und Menschen über 80 Jahre werden heute dialysiert. Ethische Probleme stellen sich nur in Einzelfällen bei der Frage der Indikation.

An der Dialysemaschine liegt eine 70jährige Rentnerin aus einem Altersheim. Kein Angehöriger kümmert sich mehr um sie. Sie hat jedes Raum- und Zeitgefühl verloren, ist taub und muß gefüttert werden. Alle höheren geistigen Funktionen sind erloschen. Dies ist jedoch nicht die Folge der Dialysebehandlung, sondern vielmehr folgte dem Funktionsverlust der Niere durch Gefäßverkalkung schließlich ein erheblicher Funktionsschwund des Gehirns.

Als ihre Dialyse begann, war die Patientin noch geistig fit. Wer kann beurteilen, ob, wann und warum die jetzige Behandlung noch sinnvoll, noch vertretbar, noch finanzierbar ist? Zwar hat sie keine körperlichen Leiden zu ertragen. Aber weder Arzt, noch Vormundschaftsgericht können wissen, welche Entscheidung dieser Mensch in der Vergangenheit gefällt hätte, wenn ihm – im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte – dieses Schicksal vorhergesagt worden wäre. Dennoch: Der unbestrittene Segen der Dialysebehandlung als Dauertherapie zur Lebenserhaltung oder als Überbrückung bis zur Nierentransplantation wird durch derartige Einzelschicksale nicht in Frage gestellt.

„Ohne Apparate wären alle meine Patienten längst tot" – diese leidenschaftslose Feststellung vieler Mediziner bedeutet nicht Technikhörigkeit. Ähnlich wie bei der Dialyse verdanken jährlich mehr als 30 000 Bürger dem Herzschrittmacher ihr Leben. Als prominente Politiker stehen die beiden Alt-Bundeskanzler Bruno Kreisky und Helmut Schmidt für den Nutzen von Dialyse und Herzschrittmacher. Dabei darf nicht vergessen werden, daß niemand vorausahnen kann, was der Ersatz einer ausgefallenen lebenswichtigen Organfunktion durch einen Apparat langfristig für Folgen in sich birgt. Der Herzschrittmacher beispielsweise sorgt für eine gute Herzschlagfolge auch dann noch, wenn die Hirnfunktion durch Schlaganfall oder Aderverkalkung bereits erheblich eingeschränkt ist.

Ähnliche Erfolge kann die Apparatemedizin bei der künstlichen Beatmung für sich (und den Menschen) verbuchen. Viele Kinderlähmungsfälle konnten nur durch Beatmung gerettet werden. Die künstliche Beatmung im Rahmen moderner Narkosen ist in ihren Erfolgen unbestritten. Nur so wurde es überhaupt möglich, Hochbetagte zu operieren oder Herzen operativ zu korrigieren. Die kontrollierte Beatmungsnarkose, aus der der Patient mit dem letzten Nadelstich des Chirugen erwacht, gehört zu den großen Erfolgen der Apparatemedizin und wird täglich in jedem Kreiskrankenhaus praktiziert.

Grenzenlos ist die Technik freilich nicht. In einem amerikanischen Klinikum haben von 100 Kranken, die länger als zwei Wochen künstlich beatmet wurden, nur fünf länger als ein Jahr überlebt. Bei wachem Bewußtsein beatmet zu werden, bedeutet, nicht sprechen und nicht essen zu können.

Zwar klingt es tröstlich, wenn ein Beatmungskranker nach seiner Gesundung zugibt, sich kaum an den Ablauf klar erinnern zu können und auch nicht gelitten zu haben. Aber dem Besucher eines an Schläuche angeschlossenen Patienten zwingt sich der Gedanke an schwerste Leiden auf, seine Ablehnung ist programmiert.

> *„Schlagzeilen macht stets der Einzelfall. Aber eine derartige Berichterstattung verstellt den Blick für das Wesentliche."*

Wer gesund ist, vermag sich kaum vorzustellen, was ein Mensch unter Leidensdruck bereitwillig ertragen kann. Geradezu abstoßend wirken die Bilder der willenlosen Kranken auf einer Intensiv-Pflegestation, die von tickenden Geräten umgeben sind, künstlich beatmet und überwacht, mühsam an der Grenze zum Tode gehalten werden und selbst nicht mehr über ihr Schicksal bestimmen können.

Schlagzeilen macht stets der Einzelfall: Anne Quinlan, die jahrelang künstlich beatmet wurde und der das Gericht das Abstellen der Maschine versagte. Der Kunstherzpatient William Schröder, der nach mehreren Schlaganfällen fast völlig gelähmt ist oder Baby Fae mit Affenherz und Telefonhörer. Aber eine derartige Berichterstattung verstellt den Blick für das Wesentliche. Diese Einzelschicksale müssen von den bewährten Techniken etablierter Technologien getrennt werden. Dazu gehört die Dialyse, der Schrittmacher, die Transplantation, die Beatmung, die apparative Intensivüberwachung und das Notarzt-Rettungssystem.

Die Überwachung eines Kranken auf der Intensiv-Pflegestation oder im Notarztwagen mag einem Zuschauer oder Besucher seelenlos und technisiert erscheinen, weil der Kranke über Drähte an tickende Monitore angeschlossen ist, auf denen mysteriöse Kurven zucken. Allein die normalen EKG-Zacken verheißen dem Laien Ungewisses. Hektische Betriebsamkeit, plötzliche Alarmauslöser und die sterile OP-Atmosphäre vermitteln zwanghaft das Gefühl, ständig zwischen Leben und Tod zu pendeln. Das Gefühl wehrt sich, aber die Tatsachen sprechen eine andere Sprache:

Vor der Einführung der Intensiv-Pflegestationen vor mehr als zehn Jahren starben 80 Prozent der Infarktpatienten an Herzrhythmusstörungen, die man heute durch computergestützte ständige Herzüberwachung rechtzeitig erkennen und mühelos behandeln kann. Deswegen überleben 70 Prozent der Infarktpatienten mit modernen Überwachungsmethoden. Dadurch verdanken in der Bundesrepublik jährlich mehr als 50 000 Infarktpatienten ihr Leben der Intensivüberwachung.

Ähnlich erging es auch der 30jährigen Mutter von zwei Kindern, die wegen einer Herzmuskelentzündung in einem einzigen Jahr mehr als 150 elektrische Herzschocks über sich ergehen lassen mußte und dabei monatelang auf einer Intensivpflegestation an Drähte angeschlossen gelebt hat. Heute führt sie als voll rehabilitierter Mensch ein normales Leben.

Nie stellt sie die Frage, ob die Ärzte richtig entschieden haben, weil sie als Folge der Bewußtlosigkeit diese Entscheidung gar nicht treffen konnte. Sie ist auch nie gefragt worden. Hier macht die Apparatemedizin keine Schlagzeilen.

Der Verlauf und die Umstände der jüngsten Berliner Herztransplantation mit Kunstherzeinpflanzung haben die Erfolge der Apparatemedizin verblassen lassen, weil das Bewährte der Apparatemedizin hinter dem Experimentellen vollständig zurücktrat. Vieleicht wird das Gefühl stärker angesprochen, wenn ein Apparat die Funktion des Herzens übernimmt, als wenn es nur ein Organ ersetzt, das Urin produziert.

Ob der Berliner Patient für einen solchen ersten Behandlungsversuch mit einem künstlichen Herzen geeignet war und ob das Kunstherz bereits technisch ausreichend ausgereift war, wird in Fachkreisen weiter diskutiert. Unbestritten sind aber mit diesem Eingriff Grenzen zutage getreten. Während Dialyse, Beatmung und Schrittmacher zur Routine geworden sind, wird weder die Lebertransplantation das Problem der Säuferleber lösen (ein Patient: „Wenn ich meine Leber versoffen habe, saufe ich auf dem Transplantat weiter"), noch wird das Kunstherz die Probleme des Herzinfarkttodes bannen.

Die Anwendung neuer Medizintechnologie zum Ersatz ausgefallener Körperfunktionen verlangt eine hohe ethische Grundhaltung – von den Ärzten und Forschern, die sich bis an diese Grenzen vortasten, aber auch von Journalisten, die darüber berichten. Auf beides hat die Öffentlichkeit einen Anspruch.

Samstag auf der Wissenschafts-Seite

„Wo das Leben in Zeitlupe abläuft" – Ludwig Kürten berichtet über das Ökosystem des antarktischen Meeres.

*

Das Mineral Montmorillonit hemmt gezielt das Wachstum des Histoplasmose-Erregers – Von Rolf. H. Latusseck.

*

„Spätfolgen einer widerspenstigen Zähmung" – Harald Steinert über die Verwilderung der Przewalski-Pferde.

Für das Gespräch gibt es keinen Ersatz

Von WOLFGANG CYRAN

Kein Zweifel: Der Beitrag der Technik zur Humanisierung der Medizin ist bedeutend: Durch die moderne Technik sind Untersuchungsverfahren entwickelt worden, die weniger unangenehm und riskant sind. Die neuartigen Verfahren haben nicht nur die Belästigung und Unsicherheit vermindert, sondern auch vertiefte Einblicke in die Lebensvorgänge ermöglicht sowie die Aussagekraft der Befunde gesteigert. Besonders in der Intensivmedizin, wo es um Leben oder Tod geht, beherrscht der Apparat die Szene.

Ärzte legen immer mehr Wert auf Laborbefunde und auf exakte, von Apparaten aller Art erhobene Daten. Dadurch tritt die manuelle Untersuchung, die unmittelbare körperliche Berührung des Patienten durch den Arzt, die ja auch mit einem verbalen Kontakt verbunden ist und das Gefühl des Geborgenseins vermittelt, immer mehr in den Hintergrund. Kein noch so perfektes Meßgerät kann, wie der Bonner Moraltheologe Professor Franz Böckle mit Recht hervorhebt, das ersetzen, was für den Patienten das Abhorchen der Lunge oder die Tastuntersuchung seines Körpers durch den Arzt bedeuten. Noch weniger können Meßdaten ein Ersatz für das Gespräch zwischen Arzt und Patienten sein.

Leib und Seele dürfen nicht getrennt werden

Die großen Fortschritte der naturwissenschaftlichen Medizin sind zu einem guten Teil dem Umstand zu verdanken, daß der naturwissenschaftlich ausgerichtete Arzt dazu erzogen ist, Leib und Seele voneinander zu trennen. Der Arzt hält sich selbst dabei nur für den Leib zuständig und hat gelernt, sich mit physischen Beschwerden zu befassen. Darüber wird oft vergessen, daß Leib und Seele eine funktionelle Einheit sind. Die Konzentration der naturwissenschaftlichen Medizin nur auf den Leib läßt allzu leicht die andere Dimension des Menschen aus dem Blickfeld geraten.

In der Begegnung mit der Medizintechnik findet sich der Mensch zwischen seelenlosen Apparaten wieder, die er nicht versteht. Er fühlt sich diesen Apparaten ausgeliefert und wird durch sie verängstigt. Zuweilen ist er nicht einmal sicher, ob der Apparat wirklich nur seinem persönlichen Nutzen dient oder ob der Arzt ihn zur Amortisation einsetzt. Wenn dann auch noch die persönliche Ansprache der Ärzte, Schwestern und Pfleger fehlt, beklagt der Patient ganz verständlicherweise, daß in der modernen Medizin, vor allem im modernen Krankenhaus, die Humanität abhanden gekommen sei.

Diese unpersönliche Atmosphäre ist aber nicht die zwangsläufige Folge der modernen Medizintechnik. Der Grund liegt vielmehr darin, daß der Blick der Ärzte und Schwestern mehr auf die Apparate als auf den Kranken gerichtet ist, daß den Arzt also mehr die krankhaften Befunde als der kranke Mensch interessieren.

Ärzte arbeiten heute täglich mit diagnostischen und therapeutischen Apparaten, mit Bestrahlungsgeräten und mit Computer-Tomographen, mit elektrischen Kurvenschreibern oder Wehenmeß-Apparaten, mit Herzstimulatoren, Beatmungs- und Dialysegeräten, Ultraschall-Apparaten und den in alle Körperöffnungen einzuführenden optischen Geräten. Bei soviel modernster Technik vergißt er allzu leicht, daß der Kranke verängstigt wird, wenn er Zweck und Nutzen der Apparate nicht versteht. Man könnte dem leicht abhelfen, indem man dem Kranken mit einigen Worten erklärt, welchem Zweck diese oder jene Untersuchung gerade dient. Man könnte ihm Vertrauen einflößen, indem man ihn freundlich und verständnisvoll anspricht.

Mit dem an einen Apparat angeschlossenen Menschen kann man freundliche und verständnisvolle Worte wechseln, man kann ihm die Angst nehmen, indem man ihm erklärt, zu welchem Zweck die Medizintechnik gerade bei ihm eingesetzt werden muß. Mancher Schmerz könnte vermindert werden, wenn der Patient mit einigen freundlichen Worten darauf vorbereitet wird, daß jetzt etwas erfolgt, was für einen kurzen Augenblick unangenehm ist. Der Arzt sollte erklären, warum es nicht anders geht und warum eine Schmerzbetäubung oder Narkose gerade für diesen Eingriff nicht möglich oder sogar mit einem größeren Risiko behaftet ist als der Eingriff selbst.

Das gute Wort des Arztes, der Schwester und des Pflegers darf also nicht fehlen. Das ist keine Frage der Zeit, sondern eine Frage der menschlichen Zuwendung. Die spürt der Patient auch dann, wenn nicht viel Worte mit ihm gemacht werden. Sorgfältige Aufnahme der Vorgeschichte und gründliche Untersuchung, ein sicherer ärztlicher Blick und Erfahrung sowie ein warmherziges Verständnis für die Nöte des Kranken haben auch in der Welt der Apparate noch ihre große Bedeutung.

Der Mensch selbst gerät allzu leicht aus dem Blick

Um die Menschlichkeit in der Medizin zu erhalten, ist eine kritische Betrachtung der Allmachtsvorstellungen des theoretisch Machbaren notwendig, das der modernen technischen Zivilisation innewohnt. Objektivierbare Meßergebnisse üben eine große Faszination aus, nicht allein aus rationalen Beweggründen, sondern auch aus der Überzeugung, daß eine Wissenschaft nicht reif sei, solange sie nicht zählen und messen kann. Diese Einseitigkeit lenkt in der Medizin die Aufmerksamkeit vorwiegend auf Organe und deren Funktionen. Darüber gerät der Mensch selbst allzu leicht aus dem Blick.

Zu den apparategebundenen, den Kranken häufig ängstigenden modernen Verfahren gehört auch die Invasiv-Diagnostik mit ihren größeren Risiken, auch wenn sie häufig schneller zu einer sicheren Diagnose führt. Die gewagtere Operation bietet oft die größere Chance einer endgültigen Heilung. Doch weder in der Diagnostik noch in der Therapie dürfen solche invasiven Verfahren angewendet werden, wenn der Kranke nicht in voller Kenntnis von Nutzen und Risiko zugestimmt hat. Es ist sinnlos, ein risikoreiches diagnostisches Verfahren anzuwenden, wenn der Kranke nicht in die sich daraus ergebenden therapeutischen Folgerungen einwilligt.

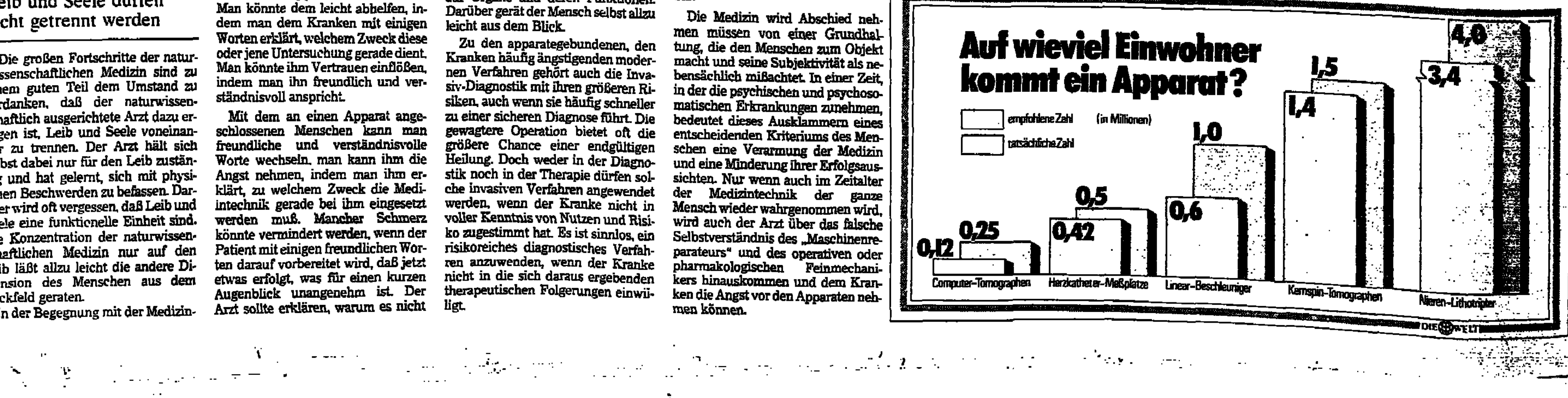
In dem Bemühen um ausschließliche Objektivierung wird über den von Apparaten und Labortests gelieferten Befunden vergessen, daß das Leben objektiv und subjektiv zugleich ist. Nicht nur in der Medizin führt diese Illusion einer objektiven Wissenschaftlichkeit zu destruktiven und dehumanisierenden Ergebnissen, weil alles Subjektive und Emotionale als unwichtig betrachtet wird. Nur wenn wir der menschlichen Person vor den Techniken Vorrang einräumen, kann sich diese einseitige Haltung ändern.

Bei der Diagnose von Störungen der Körperfunktion darf das mechanistische Maschinenmodell auch deshalb nicht zugrunde gelegt werden, weil es dazu verführt, Daten allzu unbekümmert zu gewinnen. Dieses der Physik des 19. Jahrhunderts entstammende Maschinenmodell wird kurioserweise in der Medizin beibehalten, obwohl die moderne Physik längst bei ganz anderen Positionen angelangt ist. Das liegt sicherlich zu einem großen Teil eben auch an der Technisierung der Medizin; aus all dem folgt einerseits die emotionale Sprachlosigkeit des Arztes und andererseits die Not des Kranken. So segensreich die Organ- und Prothesentransplantation auch ist, in der Ersatzteilphilosophie und hinter den immer weiter ausgebauten Apparaturen wird der Arzt für den Kranken häufig nur noch als bedienender Technologe erkennbar.

Die Medizin wird Abschied nehmen müssen von einer Grundhaltung, die den Menschen zum Objekt macht und seine Subjektivität als nebensächlich mißachtet. In einer Zeit, in der die psychischen und psychosomatischen Erkrankungen zunehmen, bedeutet dieses Ausklammern eines entscheidenden Kriteriums des Menschen eine Verarmung der Medizin und eine Minderung ihrer Erfolgsaussichten. Nur wenn auch im Zeitalter der Medizintechnik der ganze Mensch wieder wahrgenommen wird, wird auch der Arzt über das falsche Selbstverständnis des „Maschinenreparateurs" und des operativen oder pharmakologischen Feinmechanikers hinauskommen und dem Kranken die Angst vor den Apparaten nehmen können.



Die Entscheidung, eine eigene Praxis zu gründen, bedeutet heute für den Arzt ein hohes finanzielles Risiko (siehe Grafik oben). Nur wenige Krankenhäuser können es sich noch leisten, ihre Abteilungen mit der jeweils modernsten Technik auszustatten. Eine Untersuchung mit dem Computertomograph (Anschaffungspreis: 1 Million Mark) kostet zwischen 250 und 400 Mark. Diese Kosten kann der Arzt oder die Klinik bei den Krankenkassen abrechnen, davon müssen aber auch die Investitionskosten getragen werden. Eine Untersuchung mit dem Elektrokardiograph (EKG) kostet etwa 20 bis 40 Mark. Für ein Gespräch des Arztes mit dem Patienten, ganz gleich wie lange es dauert, legt die Gebührenordnung (bei Allgemeinmedizinern) einen Satz von 7 bis 9 Mark fest. Trotz der hohen Kosten überschreitet heute schon in vielen Fällen die Zahl der vorhandenen Geräte die Empfehlungen der Großgeräte-Richtlinien, die vom Bundesausschuß der Ärzte und Krankenkassen beschlossen wurden (siehe Grafik unten).



Marx, der erste Stalinist – Stalin, der beste Marxist

Nach der Ausreise aus der „DDR": Eine Streitschrift von Hermann v. Berg

Es gehört nicht viel Phantasie dazu, allenfalls ein wenig Kenntnis des Zeitgeistes, um zu ahnen, daß das Buch „Marxismus-Leninismus" von Hermann von Berg, der kürzlich die „DDR" verlassen und in den freien Teil Deutschlands ausreisen durfte, hierzulande auch nicht im Ansatz so enthusiastisch aufgenommen werden wird wie weiland die bombastische „Alternative" des sich hyperkritisch gerierenden Struktur-Stalinisten Rudolf Bahro.

Von Bergs dreihundert Seiten starke Streitschrift enthält nämlich, auf den gesellschaftswissenschaftlichen Diskurs in der Bundesrepublik bezogen, drei kapitale Tabuverletzungen: Sie bricht nicht nur radikal mit der „DDR", sie läßt auch kein gutes Haar an Marx, Engels, Lenin und ihren polit-ökonomischen Theorien, und sie favorisiert geradezu ungeniert als einzige Alternative dazu die pluralistische Demokratie und soziale Marktwirtschaft der Bundesrepublik und anderer westlicher Staaten.

Alle drei Ansichten aber sind absolut suspekt für progressive Zeitgenossen in der Periode des forcierten Wandels (vor allem der amtierenden SPD-Führung und ihrer kleinbürgerlich-liberalen publizistischen Sprachregler) durch Annäherung an die SED, die bei von Berg mit zahlreichen Verbalinjurien belegt und konsequent als Partei der „Ersatzrussen" charakterisiert wird.

Nein, dieses Buch wird seinem Autor hauptsächlich Ärger, Isolation und jenes distanziert-besorgte Kopfschütteln einbringen, das in klischeehaften Filmen und im normalen Leben Psychiater für jene ihrer Patienten übrig haben, die wie irrsinnig nichts anderes sagen als – die Wahrheit. Gewiß, in ersten Interviews, die Hermann von Berg gab, sowie an einigen Stellen im Buch selbst deutet der Autor an, daß er damit rechne, zum psychiatrischen Fall erklärt zu werden, und auch der (gewerkschaftseigene) Bund-Verlag hat, ein wenig jedenfalls, vorgebaut, indem er auf die Rückseite des Buches den Satz drukken ließ, daß es sich bei diesem Unternehmen um einen „Blick zurück im Zorn" handele.


Hermann von Berg FOTO: DPA / SANDEN

Wenn man das Buch jedoch zu Ende gelesen hat, dann weiß man, daß das nicht stimmt: Hermann von Bergs Streitschrift ist nämlich genau das Gegenteil eines Blicks zurück im Zorn, sie ist ein leidenschaftlicher Blick nach vorn – und wenn sie sich in Vergangenes stürzt, alte Schlachten schlägt und Wunden aufreißt, dann nicht deshalb, weil sie eine weitere Abrechnung präsentieren will, sondern weil sie einen neuen Aufbruch initiieren möchte.

Einen Aufbruch wohin? Zu einem Friedensvertrag für ganz Deutschland, mit dem Ziel, „daß die westliche, pluralistische, freiheitliche Demokratie über die Diktatur siegt und damit ein lebenswertes Leben für Millionen Deutsche in der DDR überhaupt erst wieder möglich wird".

Hermann von Berg:
Marxismus-Leninismus
Das Elend der halb deutschen, halb russischen Ideologie. Bund-Verlag, Köln. 335 S., 29,80 Mark.

Solche Gedanken sind natürlich nicht neu. Sie waren einmal selbstverständliches Ideengut aller wirklichen Demokraten der ersten Stunde nach der Barbarei Hitlers. Nur die Vertreter der westdeutschen „Händlergesinnung" (Bohrer) zucken heute zusammen und schreien auf, wenn einer wie von Berg daherkommt und Gut und Böse in Geschichte und Gegenwart noch zu unterscheiden weiß; wenn einer nicht bereit ist, mit Hilfe der „differenzierenden" Betrachtungsmethode die Wirklichkeit in den kommunistischen Staaten einfach wegzudifferenzieren; wenn er sich weigert, Geschichte und Verbrechen aus Opportunismus schlicht zu verdrängen. Honecker und seine Politbüromitglieder bleiben deshalb in diesem Buch, was sie waren und sind: „Politkriminelle", denen das Handwerk gelegt werden muß.

Doch bleibt der Autor eben nicht bei der Beschreibung der kommunistischen Täter und Untaten der Gegenwart stehen. Hauptanliegen seiner Streitschrift ist es, nachzuweisen, daß im Grunde genommen Marx der erste Stalinist und Stalin der konsequenteste Marxist war.

Nun ist auch dies kein dezidiert neuer Gedanke. Es gibt eine ganze Reihe von Marxismus-Forschern, die den Stalinismus quasi als genetisch in dem angelegt sehen, was sich Marxismus nennt. Besonders Leszek Kolakowskis Aufsatz über die „Marxistischen Wurzeln des Stalinismus" muß hier hervorgehoben werden.

Was Kolakowski aber mit analytischer Stringenz entwickelt, breitet von Berg sprunghaft-assoziativ vor dem Leser aus; hinzu kommt, daß er jedes wissenschaftlich-unterkühlte oder gar an neomarxistischer Scholastik orientiertes Reden rigoros zur Seite schiebt. Statt dessen kultiviert er die Kunst der Polemik, gießt Hohn und Spott aus, bietet Ironischem und Sarkastischem breiten Spielraum. Dies gelingt allerdings nicht immer. Oft wird die Sprache zu flapsig, streift den infantilen Jux und gerät damit in einen unguten Kontrast zum ernsten und ernst zu nehmenden Grundanliegen, das den Wert dieser Streitschrift ausmacht.

Dies alles darf man nicht übersehen, aber dies darf auch nicht den Blick dafür verstellen, daß von Berg neben Polemischem hochinteressante historische Details über den skrupellosen Ideenplagiator Karl Marx ausbreitet, der seine Charakterkälte und Asozialität immer wieder zu kaschieren verstand und gleichzeitig gegen all jene Denker und Politiker, die ihm überlegen waren, auf primitivstem Denunziantenniveau zu Felde zog. Marx ist für von Berg auf der einen Seite eine wissenschaftlich und moralisch gescheiterte Existenz, zum anderen gerade deshalb „das Muster eines karrieresüchtigen Apparatschiks" – zu jeder Lüge, Intrige und Gemeinheit gegen andere fähig, ein Mensch, der nie etwas von „politischer, gesellschaftlicher, rechtsstaatlicher Kultur gehalten hat", dessen „Kommunistisches Manifest" nichts anderes war als ein „abenteuerliches Putschprogramm", das den „klassischen Humanitätsbegriff" zerstörte.

Aber von Berg gehört nicht zu denen, die Marx auf billige Weise, also aus der Perspektive des historisch Schlaueren entlarven. Er beweist vielmehr die Armseligkeit Marxschen Denkens, indem er es mit den Arbeiten von Zeitgenossen konfrontiert. So skizziert er vor allem die bahnbrechenden soziologischen und ökonomisch-historischen Arbeiten des Sozialdemokraten Wilhelm Schulz, zeigt auf, wie Marx (auch) von diesem honorigen Gelehrten Gedanken und Ideen stahl, um ihn und andere dann um so primitiver zu beschimpfen.

Hermann von Berg verbindet diese heftige Entlarvungsarbeit mit leidenschaftlichen Warnungen an die westlichen Demokraten im allgemeinen und die deutschen Sozialdemokraten, denen er nahesteht, im besonderen. Vor ihren „sagenhaften Dummheiten" hat er am meisten Angst. Deshalb ruft er auf, in der Tradition des demokratischen Nationalökonomen Friedrich List Komitees zu gründen und in ihrem Rahmen die geistige Offensive für ein demokratisches Gesamtdeutschland und -europa zu beginnen. Er versteht diese Komitees nicht zuletzt als eine Alternative zu den klassischen Volksfrontbemühungen der Kommunisten, deren menschenfeindliche Intentionen zwar geschichtsnotorisch sind, auf die man sich im Westen aber um des lieben Friedens willen erneut einzulassen beginnt. Dieses Buch ist deshalb, wenn man es ganz genau nimmt, nichts anderes als der zutiefst besorgte Aufruf eines deutschen Humanisten.

ULRICH SCHACHT


Auf dem Weg nach Peru abgefangen: Waffen vom Frachter „Pia Vesta" FOTO: DPA

Guerrilla und Mafia

Der unter dänischer Flagge segelnde Frachter „Pia Vesta", der in der vergangenen Woche mit „heißer Fracht" aus Rostock für die Guerrilla in Peru von den Behörden Panamas vorerst konfisziert wurde, ist kein Einzelfall. Schon einmal war es einer lateinamerikanischen Regierung gelungen, in einer spektakulären Aktion ein Waffen-Schiff abzufangen. Das war im November 1981. Das Schiff hieß „El Karina" und hatte rund 500 Tonnen Schnellfeuergewehre, Munition, Granaten und militärisches Gerät für die kolumbianische Guerrillatruppe M-19 an Bord. Seine Odyssee ist bemerkenswert. Aufgezeichnet hat sie der kolumbianische Journalist Germán Castro Caycedo.

Das Buch erschien im Juli 1985 in spanischer Sprache unter dem Titel „El Karina" (bei Plaza & Janes, Bogota), und eine vierte Auflage kommt jetzt auf den Markt. Die 75 000 Exemplare sind vergriffen, die Nachfrage konstant. Kein Wunder, seine 342 Seiten sind eine Insider-Story über Struktur und Funktionsweise, militärische Versorgung und Zusammenarbeit der Guerrilla mit der Rauschgift-Mafia in Südamerika, insbesondere in Kolumbien.

Caycedo macht es sich dabei scheinbar recht einfach. Er läßt die handelnden und betroffenen Personen selbst erzählen. Die Schwierigkeit: Man muß diese Tat- und Augenzeugen kontaktieren und zum Sprechen bewegen können. Die Matrosen und Offiziere der kolumbianischen Marine, die das Schiff am 14. 11. 1981 vor der Küste Kolumbiens versenkten, die Guerrilleros, die die Operation einfädelten, organisierten und durchführten; Komplizen in Europa, Waffenhändler und Politiker werden genannt. Nichts fehlt an diesem Bericht aus der Unterwelt.

In der Authentizität der Aussagen liegt der Wert dieses Buches. Eine Übersetzung ins Deutsche würde sich gewiß lohnen. JÜRGEN LIMINSKI

Teutonische Mythen neu aufgewärmt

Erfahrungen einer Französin mit Deutschland

Brigitte Sauzay ist eine gute Mutter und eine glänzende Dolmetscherin, die wir alle auf den deutsch-französischen Gipfeln angesichts der Ausübung ihres Berufes bewundern. Aber warum mußte diese nette Landsmännin, die wir Bonner Journalisten mögen, ein Buch über das diffizile Thema „Die Deutschen" schreiben, als hätte sie den Überblick über dieses Problem? Wir bemühen uns als Korrespondenten seit Jahren, die Deutschen für die Franzosen „transparent" zu machen, und umgekehrt versuchen deutsche Kollegen das gleiche. Frau Sauzay jedoch macht die Deutschen „rätselhaft".

Aber „die" Deutschen gibt es nicht. Ich kenne „die" Deutschen nicht. Ich treffe immer nur einzelne Deutsche. Deshalb beneide ich Frau Sauzay. Heutzutage gibt es auch in Frankreich immer mehr Teilstudien über Deutschland, und Adalbert Weinstein vermerkte vor ein paar Tagen in einer deutschen Zeitung, daß das französische Fernsehen das Wahlergebnis in Niedersachsen erwähnt habe, als handele es sich um französische Innenpolitik. Ich glaube, daran liegt es: Man kennt sich so gut, daß die Vorgänge im anderen Land geläufig geworden sind. Schließlich weiß jeder Franzose heute, was „Bundestag" und „Länder" sind.

Aber Frau Sauzay betreibt keine Teilstudie. Sie will den großen Wurf. Sie schreibt über die Deutschen von

Brigitte Sauzay:
Die rätselhaften Deutschen
Die Bundesrepublik von außen gesehen. Aus dem Französischen von Barbara Heuckenkamp. Verlag Bonn-Aktuell, Stuttgart. 285 S., 39 Mark.

Friedrich dem Großen bis Petra Kelly. Dazwischen jedoch klaffen gähnende Tiefen.

Ganz gleich, wo man ihr Buch nach dem Zufallsprinzip aufschlägt, einem stehen die Haare zu Berge. Auf Seite 57 lese ich, daß die Erfolge Preußens „vor allem auf die wohlbekannten preußischen Tugenden der Pflichterfüllung und der Unterordnung durch die Kaste der Militärs und Großgrundbesitzer zurückzuführen" seien. War das auch die Meinung der Hugenotten? Und wie war es mit der Einführung der obligatorischen Schulbildung als erster Staat in Europa? Und mit der Abschaffung der Folter?

Charme und Chic und Aufklärung gesteht die Verfasserin jedoch einigen Preußen zu. Deren wahrhafte Erben sind nach ihrer Meinung allerdings Marion Gräfin Dönhoff und Klaus von Dohnany. Bei ihnen in Hamburg wehe „nordische Eleganz". Nun, ich ziehe es vor, den Berliner Arbeitern und Handwerkern „aufs Maul zu schauen". Progressiven Adel und entspannungsfreudige Schickeria betrachte ich mit gemischten Gefühlen.

Frau Sauzay hat, im Gegensatz zu mir, an Jagden des Hochadels teilgenommen und verkehrt mit Welt- und Deutschlandschmerz empfindenden Intellektuellen. Wir verkehren gewiß nicht mit denselben Deutschen. Dennoch habe ich auch die Möglichkeit, wie sie, mich mit leitenden Angestellten und Jungunternehmern auf deutsch zu unterhalten (sie unterstellt ihren Kritikern, sie unterhielten sich mit solchen Leuten nur auf englisch). Ich muß ihr entgegenhalten, daß sie nicht alle die Welt und Deutschland mit den Augen der Grünen sehen.

Das ist es ja. Der Deutschen-Mythos, an dem professionelle Deutschland-Experten in Frankreich stricken, orientiert sich hauptsächlich an linksliberal bis links und deutschlandnihilistisch eingestellten Dichtern und Denkern – von Günter Grass bis Joschka Fischer, ohne Schily und Bahro zu vergessen – und betrachtet mit Mißtrauen die „stumpfe" deutsche Bevölkerung, die bei dem Krampfhumor von Dieter Hildebrandt nicht mehr lacht, die sich in den televisionären Karikaturen von Wolfgang Menge nicht mehr erkennt


Brigitte Sauzay
FOTO: BRIGITTE SEELBACH

und die der Meinung ist, daß Honekker in Ost-Berlin besser aufgehoben ist als im Saarland.

Das deutsche Wintermärchen der französischen Intellektuellen, für die Schlöndorff, Wallraff, Trotta, Peter Schneider, Helmut Karasek (bei Sauzay) und viele andere die Zeitzeugen sind, hat nichts mit dem Familien- und Arbeitsalltag in Deutschland zu tun. Diese Nachbarn lesen den „Spiegel" Zeile für Zeile und glauben an alle „stories" Hamburger Magazine.

Hätte sich Frau Sauzay nicht an marginalen Gruppen, denen gewisse Medien und Verlage ein Publikum verschafft haben, orientiert, wäre sie der Faszination gescheiterter Existenzen wie Ulrike Meinhof und Benny Härlin nicht erlegen, so hätte sie das Deutschland von Ulrike Mayfarth, von Anne-Sophie Mutter, Ulf Merbold und Reinhard Furrer, Susanne Erichsen, Rüdiger Nehberg, Horst Jankowski und Paul Kuhn entdeckt, kurz: das normale Deutschland der Talente, der Fähigen, manchmal der Helden.

JEAN-PAUL PICAPER

Wer wird ausgebeutet?

Ein zorniges Buch über das Elend der Steuer

Der Staat kassiert, der Bürger pariert. So einfach ist das. Es bleibt uns ja nichts anderes übrig. Wir *müssen* zahlen – immer mehr: Kranken- und Rentenversicherung und natürlich: die Steuern. Die öffentlichen Haushalte der Bundesrepublik brauchen Geld, und sie nehmen es sich jedes Jahr gieriger von den Abgaben, die auf Löhne und Gehälter erhoben werden. Der Fiskus greift zu, härter und härter.

Das liegt beispielsweise daran, daß die Zahl der steuerlich stärker belastbaren Unverheirateten und Doppelverdiener zugenommen hat. Mit steigenden Bruttolöhnen fallen auch immer mehr Steuerpflichtige in eine höhere Progressionszone des Einkommensteuertarifs.

Für den Schweizer Professor für öffentliche Finanzen, Walter Wittmann, ist die Progression schlicht „die Wurzel allen Übels" im modernen Steuerstaat: „Sie hat den Weg in die organisierte Verantwortungslosigkeit geebnet. Im Namen der Gerechtigkeit wurde sie von jenen forciert, die noch heute überzeugt sind, es werde zuwenig umverteilt. Sie werden daher nicht aufgeben, bis alle Einkommen gleich verteilt sind. Ihr Ziel ist der Sozialismus, nicht die soziale Marktwirtschaft."

Hat Wittmann die Absicht, mit solchen Aussagen bloß ein bißchen zu übertreiben? Oder will er bewußt provozieren? Freilich ist die Progression eine tückische Eigenschaft des Einkommensteuertarifs, aber sie gleich mit „organisierter Verantwortungslosigkeit" in Verbindung zu bringen und dem Vorwurf, daß ihre Befürworter im Endeffekt den Sozialismus anstrebten, scheint doch etwas zu weit hergeholt. Diese Passage ist typisch für das Buch: Sie dokumentiert eindringlich die radikale marktwirtschaftliche Überzeugung des 51jährigen Autors, der seit 1980 Präsident der Schweizer Vereinigung für Zukunftsforschung ist.

Der Steuerstaat, so konstatiert Wittmann, befinde sich seit Anfang der siebziger Jahre in einer Krise. Die laufenden Einnahmen reichten nicht aus, die versprochenen Staatsleistungen zu finanzieren: „Das Ergebnis sind Defizite. Dem Staat droht auf Dauer die Zahlungsunfähigkeit." Es sei daher überfällig, die *Wende* in der Steuerpolitik zu vollziehen. In der Bundesrepublik, wo die Steuerquote immerhin noch niedriger ist als in vielen anderen Ländern wie Dänemark, Schweden, Kanada, Belgien, Österreich oder etwa Großbritannien, sind bereits die ersten bescheidenen Spuren einer neuen Steuerpolitik zu erkennen. Auf die Reform, die hier Anfang des Jahres eingeleitet worden ist und 1988 fortgesetzt wird, geht Wittmann leider nur mit dem lapidaren Satz ein: „Ihr Ausmaß nimmt sich gegenüber der amerikanischen Steuerreform eher bescheiden aus."

Sicher haben es viele deutsche Steuerzahler – besonders eben wegen der Progression – kaum oder gar nicht bemerkt, daß sie von der Bundesregierung in der ersten Stufe um 11 Milliarden Mark entlastet wurden und in der zweiten noch einmal mit 8 Milliarden rechnen können.

Und die Steuerexperten der Bonner Koalition haben noch einiges vor, wie sie sagen: Sie dringen auf einen reformierten Tarif mit einem höheren Grundfreibetrag, einem geringeren Einkommenssteuersatz, einer linearen Progression. Die Krise des Steuerstaates, die Wittmann leicht verständlich und sehr einleuchtend schildert, müsse so schnell als möglich bewältigt werden. Steuern sollte

Walter Wittmann:
Der Steuerstaat. Die Ausbeutung der Fleißigen
Wirtschaftsverlag Langen Müller / Herbig, München. 254 S., 32 Mark.

der Staat auf das *unverzichtbare* Minimum reduzieren: „In dem Maße, wie dies nicht geschieht, wird Zwangsarbeit auferlegt, sie verstößt gegen die Menschenrechte."

Mir fehlt bei Wittmanns globalen Überlegungen zur Beseitigung der Krise allerdings der deutliche Hinweis, das Steuersystem (und das gilt nicht nur für die Bundesrepublik) erst einmal zu vereinfachen und zu entkrampfen. Ein Wust von Sonderregelungen und Befreiungen hat gerade das deutsche Einkommenssteuerrecht heillos unübersichtlich und damit keineswegs gerecht gemacht.

Ein anderes Stichwort bei Wittmann: Gerechtigkeit. Der Präsident der Schweizer Vereinigung für Zukunftsforschung will sie durch seine Reformvorschläge – im Zusammenhang mit mehr Ehrlichkeit – gerade bei den Politikern erreichen. Wachstumskräfte, meint Wittmann, würden überschätzt: „Man verkauft die günstige Wirtschaftsentwicklung als endgültige Wende." Daher sind seine Hoffnungen auf eine baldige Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft oder gar auf eine marktwirtschaftliche „Steuer-Revolution" offenbar nicht sehr groß.

Also realistisch? Denn Wittmann räumt ein, daß kaum eine Regierung glaubt, sie könne es sich leisten, die mächtigen Wirtschaftsverbände oder Gewerkschaften gegen sich zu haben. „Entsprechend schreckt sie vor durchgreifenden Reformen zurück. Der soziale Friede ist oberstes Gebot." Gerade weil das so ist, hat Wittmann dagegen angehen wollen – aus tiefer marktwirtschaftlicher Überzeugung. ANDREAS ENGEL

Der Retter saß im Hotel „Splendide"

Varian Frys Report über die Hilfe für deutsche Emigranten in Marseille 1941

Am 14. Juni 1940 wird Paris von deutschen Truppen besetzt. Die „Schmach von Versailles" soll das am 22. Juni in Compiègne im historischen Eisenbahnwaggon, in dem 1918 die Franzosen die Bedingungen diktierten, unterzeichnete deutsch-französische Waffenstillstandsabkommen wiedergutmachen. Frankreichs Süden gilt im Gegensatz zum Norden als unbesetzte Zone, in die nun Tausende Juden und politische Emigranten zu fliehen versuchen. Ihr vorläufiges Ziel ist Marseille, das schillernde Tor zur Freiheit, denn der Artikel 19 des Waffenstillstandsabkommens verpflichtet die französische Regierung, deutsche Flüchtlinge „auf Verlangen" auszuliefern. Die Gestapo hat ihre Listen fast fertig, und die autoritäre Vichy-Regierung unter Marschall Pétain wird sich zunehmend aktiver an der größten Menschenjagd der neueren Geschichte beteiligen.

Das ist die Ausgangslage, als auf Anregung von Erika Mann bereits am 25. Juni in New York das vornehmlich an der Rettung namhafter Intellektueller interessierte „Emergency Rescue Committee" gegründet wird. Ziel dieser privaten, von Eleanor Roosevelt unterstützten Hilfsorganisation ist es, ihnen schnellstmöglich zur Ausreise oder Flucht nach Übersee zu verhelfen. Washington sichert zwar außerordentliche Besuchervisa zu, doch das Außenministerium, das Vichy anerkannt hat, leistet intern bürokratischen Widerstand.

Varian Fry, einem jungen Journalisten und entschiedenen Verfechter der Menschenrechte, wird die Leitung der abenteuerlichen Mission angetragen. Er hat „weder mit Fluchthilfe noch mit Untergrundarbeit Erfahrung", ist jedoch „von der Notwendigkeit demokratischer Solidarität überzeugt". In Europa ist eine demokratische Regierung nach der anderen untergegangen. Es entspricht Frys politischer Überzeugung, daß demokratisches Bewußtsein ein internationales Bewußtsein werden muß, „sollte die Demokratie überhaupt jemals Bestand haben".

1935 war er in Berlin auf dem Kurfürstendamm Augenzeuge der ersten großen Judenverfolgungen geworden. Er hatte Nazi-Gegner und Juden interviewt, begriff ihr „Gefühl der Ohmacht" und sah die „Ausweglosigkeit ihrer Situation". Nun ist auch Frankreich Schauplatz antijüdischer Progrome, doch er will „nicht untätig zusehen, solange es nur die kleinste Chance" gibt.

Varian Fry:
Auslieferung auf Verlangen
Die Rettung deutscher Emigranten in Marseille 1940/41. Aus dem Amerikanischen von Jan Hans. Carl Hanser Verlag, München / Wien. 346 S., 44 Mark.

Im übrigen bewundert Fry die Werke und den europäischen Geist der in Frankreich festsitzenden Künstler und Schriftsteller. Aus „Dank für die Freude", die sie ihm mit ihrer Kunst bereiteten, fühlt er sich verpflichtet, „ihnen, wenn irgend möglich, zu helfen, so wie sie mir, ohne es zu wissen, in der Vergangenheit oft geholfen hatten".

Mit dieser honorigen Moral, die Taschen mit mehr als zweihundert Namen und Dollar vollgestopft, verläßt Fry am 4. August 1940 New York in Richtung Marseille, „in dem Glauben, eine Arbeit innerhalb eines Monats erledigt zu haben". Er bleibt 13 Monate, „und als ich schließlich – gegen meinen Willen – zurückkehrte, war die Arbeit noch lange nicht getan".

In „Auslieferung auf Verlangen", 1945 in New York und erst jetzt in deutscher Übersetzung erschienen, berichtet Fry realitätsgetreu und zugleich spannend über seine legale und illegale, zu Verhaftung und Ausweisung durch die Vichy-Behörden führende Arbeit, und das auf literarischem Niveau.

In Marseille angekommen, baut er im Hotel „Splendide" ein engmaschiges Kontaktnetz auf. In kurzer Zeit findet Fry unter Emigranten und Franzosen engagierte Mitarbeiter. Zur Tarnung der Fluchthilfe gründet er eine Wohltätigkeitsorganisation, das „Centre Américain de Secours". Wegen der vielen Hilfesuchenden wird ein reguläres Büro im Stadtzentrum notwendig. Zugleich sichert sich Fry die moralische Unterstützung prominenter Franzosen, etwa André Gides, Jean Giraudoux' und Henri Matisses, um gegenüber den mißtrauischen, mit Überwachungen und Hausdurchsuchungen reagierenden Vichy-Behörden den Charakter der Legalität zu betonen. Fry und seine Mitarbeiter arbeiten sogar mit der Unterwelt zusammen. Nichts erscheint ihnen ehrenrührig, um ihre Schützlinge zu retten.

Da müssen Pässe gefälscht, Transit- und Ausreisevisa sowie gültige US-Besuchervisa beschafft werden. Und immer wieder platzen Termine und Hoffnungen, die Falle von Marseille hält ihre Opfer in Angst und Schrecken. Dennoch gelingt mehr als tausend deutschen Emigranten, unter ihnen Lion Feuchtwanger, Heinrich und Golo Mann, Walter Mehring und Franz Werfel, die Flucht. Sie erfolgt auf der „F-Route" über die Pyrenäen nach Spanien und von dort nach Lissabon, oder ab Marseille per Schiff. Als Fry im September 1941 ausgewiesen wird, hinterläßt er eine wohlfunktionierende, bis zum Juni 1942 Überlebenshilfe leistende Organisation.

Den Herausgebern ist für ein pakkendes Zeitdokument zu danken, das sich im übrigen geradezu zur Verfilmung anbietet.

PETER-JOACHIM HOLZ

Rau, der Kandidat

Beiträge zur Biographie des SPD-Politikers

Werner Filmer und Heribert Schwan haben Routine in der Abzeichnung eines Profils: Richard von Weizsäcker und Helmut Kohl waren bereits ihre Beobachtungs-Objekte. Das Wort „Abzeichnung" beschreibt auch schon einen Teil der Stärken und Schwächen der Kandidaten-Saga: Hervorragend ist das Werk an den Stellen, an denen über Vor-Leben, über Kindheit, Jugend und Erwachsenwerden von Johannes Rau geschrieben wird. Da wird die Entwicklung des Mannes erlebbar, der gerne (?) der nächste Kanzler der Bundesrepublik Deutschland werden will.

Etwa, wenn in Anekdoten der Zehnjährige, aber dadurch auch manches vom heutigen Rau deutlicher wird: „Bei Kissenschlachten fehlte Johannes. Oft lag der Zehnjährige unter seiner Bettdecke und hielt Volksreden. Er wurde von den Geschwistern belächelt, wenn er manchmal lesend über die Straße lief. Während die anderen Indianer spielten, schrieb er Gedichte, formulierte einen Brief an den Grafen Zeppelin – oder gründete einen Verein. ‚Wo hat der Junge das schon wieder her?' war eine wiederkehrende Frage des Vaters."

Die große Schwäche des Buchs tritt immer dann hervor, wenn Filmer und Schwan sich als Psychologen versuchen. Beispiel: „Am liebsten hätte Rau, alles bliebe so, wie es ist. Er und auch die Welt. Große Lust, sie zu verändern, hat er nie verspürt." Dies würde bedeuten, daß hier ein rechter Tor durch die Lande zöge. Oder: „Fragte man ihn, was ihn erfolgreich gemacht hat, würde er zunächst abwinken, dann vielleicht sagen" usw. Warum haben ihn die Autoren denn nicht gefragt?

Da ist Peter Glotz in seinem Beitrag sehr viel konkreter: „Die Linke, so lautet die bittere Wahrheit, köchelt allzuoft im eigenen Saft. Teils ist sie anpasserisch, teils esoterisch. Und manchmal traut sie sich an wichtige Truppenteile des politischen Gegners gar nicht heran. Rau ist da anders." Präzise so ist er, den sie einmal einen „Menschenfischer" genannt haben. Das einzig störende ist, daß Glotz die Geschichte mit dem Köcheln selbst so gut gefallen hat, daß er sie auch woanders schon verewigt hat.

Ob Johannes Rau Bundeskanzler wird, muß die Zukunft erweisen. Daß er lange Zeit von vielen, vor allem aber vom jeweiligen – innerparteilichen wie politischen – Gegner, immer

Werner Filmer / Heribert Schwan:
Johannes Rau
Econ-Verlag, Düsseldorf. 408 S., 38 Mark.

wieder unterschätzt worden ist, ist hingegen sicher.

Trotz mancher Schwächen läßt ihn das Buch von Filmer und Schwan dem interessierten Zeitgenossen plastischer vor Augen treten.

Leni Immer z. B. erzählt, wie ihr Bruder Adalbert, damals Primaner und später im Weltkrieg gefallen, den neunjährigen Johannes, ständiger Gast im elterlichen Pfarrhaus, mit in die Immerschen Kaninchenställe nahm. „Fast vierzig Jahre später, im Jahre 1980, erzählte mir mein Bruder Karl, der damalige Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, von einem Gottesdienst, bei dem Johannes als Ministerpräsident zugegen war und bei dem Karl die Predigt über die Geschichte der drei Männer im Feuerofen Sadrach, Mesach und Abed Nego hielt (Daniel 3). Es irritierte meinen Bruder, daß während der ganzen Predigt der Ministerpräsident versonnen lächelte. Später stellte er ihn in der Sakristei zur Rede, und Johannes sagte: Sadrach, Mesach und Abed Nego, so hießen Adalberts Kaninchen." PETER PHILIPPS

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Grundrecht und Gewalt

„Gewalt und Masse": WELT vom 14. Juni

Das Recht auf Demonstration ist ein lebenswichtiges Ventil für die Demokratie. Der Mißbrauch dieses Grundrechts darf nicht zu der fatalen Versuchung führen, an dieser rechtsstaatlichen Funktion zu basteln.

Nach den schlimmen Ereignissen in Wackersdorf und Brockdorf ist der Ruf nach einer Verschärfung des Straftatbestandes Landfriedensbruch nicht gerechtfertigt. Hätte bei der letzten parlamentarischen Arbeit an diesem Paragraphen 125 des Strafgesetzbuches nicht falsche Kompromißbereitschaft und Halbherzigkeit die Feder geführt, als man den Berliner Vorschlägen näher trat, wäre eine erneute Diskussion überflüssig.



Klaus Hübner
FOTO: JUPP DARCHINGER

Erforderlich bleibt nicht eine Weiterfassung des Tatbestandes, sondern die vorgeschlagene Klärung im Sinne der optischen Deutlichkeit. Nach unseren Vorschlägen ist der Straftäter aus der deckenden Menge herauszufiltern und schließlich im Strafverfahren zu isolieren. Jeder muß wissen, daß er mit Strafe bedroht ist, wenn er nach Gewalttätigkeiten aus einer Menge oder aus Teilen einer Menge – was sehr wichtig ist bei großen Demonstrationen – mit Waffen oder sonstigen Gegenständen angetroffen wird, die zur Verletzung von Personen oder zur Beschädigung von Sachen geeignet sind.

Gleichermaßen macht sich strafbar, wer in der gleichen Situation nach Aufforderung der Polizei sich nicht entfernt und eine Ausrüstung nicht ablegt, die geeignet ist, ihn vor Zwangsmaßnahmen der Staatsgewalt zu schützen oder seine Vermummung nicht ablegt. Dieser Tatbestand ist deshalb so einfach zu begreifen, weil man verlangen kann, daß jeder Teilnehmer an einer Demonstration vernünftigerweise nur friedlich ausgestattet seine Absicht, sich friedlich zu beteiligen, glaubhaft machen kann.

Genau so wichtig bleibt nach wie vor unser Vorschlag, bei gefährlicher Zusammenrottung diejenigen, die bei Gewalttätigkeiten bewaffnet oder passiv bewaffnet angetroffen werden, mit Freiheitsstrafe zu bedrohen. Auch hier ist die präventive Wirkung einer solchen Regelung das Wichtigste.

Nach wie vor sind wir auch der Meinung, daß nicht ein allgemeines Vermummungsverbot Klarheit schafft, sondern die alte Strafbedrohung des Veranstalters nach dem Versammlungsgesetz, der von sich aus bei einer entsprechenden und gezielten Auflage nicht auf seine Versammlungsteilnehmer hinwirkt, die Vermummung zu unterlassen.

Der verheerendste Irrweg ist und bleibt die Forderung nach distanzschaffenden Waffen zwischen aufrührerischen Mengen und der Polizei. Es ist grundsätzlich und ohne Ausnahme richtig, daß der Polizeibeamte in jedem Falle seines Handelns die Distanz zwischen sich und dem Bürger – auch dem straftätigen Bürger – überwinden muß, um ebenso Gefahren abzuwehren, wie Schuldige ihrem Richter zuzuführen. Dazu gibt es nachweislich immer wieder fortzuentwickelnde Taktiken, um Distanz nicht entstehen zu lassen oder sie auf alle denkbare Weise zu überbrücken. Hält sich die Staatsgewalt allerdings den Bürger – auch den aufmüpfigen – auf Distanz, ist dies der erste Schritt zum Bürgerkrieg.

Nur den Rechtsstaat zu erhalten, kann uns nicht genügen, unsere Basis ist die Demokratie.

Klaus Hübner,
Polizeipräsident in Berlin

Wort des Tages

„Neid ist unversöhnlicher als Haß."

François de La Rochefoucauld, französischer Moralist (1613–1680)

Anderer Ozean

„Bei aller Unruhe etwas Paradiesisches bewahrt"; WELT vom 6. Juni

Mit großem Interesse und Aufmerksamkeit habe ich den fulminanten Reisebericht von Enno von Loewenstern über Südafrika gelesen.

Am Ende des Beitrages hat sich allerdings ein kleiner Fehler eingeschlichen, der die Meeresklimatologie durcheinanderwirft: An der Westküste der Kap-Halbinsel und am Kap der Guten Hoffnung bestimmt der subarktische, nordwärts fließende Benuela-Strom die Meerestemperaturen (nie höher als 13 Grad); man kann also nicht „köstlich im warmen Atlantik" baden, wie der Autor berichtet. Herrliche meilenweite feinsandige Badestrände finden sich hingegen am weiter südlich gelegenen Indischen Ozean, dessen Wassertemperaturen und meeresklimatischen Bedingungen vom warmen, nach Süden fließenden Agulhasstrom bestimmt werden, der aus tropischen Breiten kommt.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Harald Clade,
Frechen 2

Abgrenzung

„Ein erschütterndes Resümee"; Geistige WELT vom 31. Mai

Mit Bezug auf den Satz des Papstes bei seinem Besuch der römischen Synagoge, die Juden seien die älteren Brüder der Christen, behauptet Herr Krämer-Badoni, daß die Kirche seit ihrem Bestehen ihre gottgewollte Vorzugsstellung gegenüber dem Judentum auf die allegorische Auslegung von 1. Mos. Gen 25,23: „Der ältere Bruder (Esau) wird dem jüngeren Bruder (Jakob) dienen" gründe, ähnlich auf Mal 1,2f: „Spricht der Herr: Jakob lieb ich, Esau hasse ich".

Diese Behauptung kann so nicht stehenbleiben. Die genannte Auslegung von Gen 25,23 und Mal 1,2f ist nicht Lehre der Kirche, sondern höchstens die unverbindliche Auffassung einiger Theologen, die heute von keinem ernsthaften Ausleger des Alten Testaments mehr vertreten wird.

Abgesehen von grundsätzlichen Bedenken gegenüber einer allegorischen Exegese ist es schlechterdings unerlaubt, politische Abgrenzungsformeln des Altertums (Israel/Jakob gegen Edom/Esau) auf das ganz anders geartete Verhältnis der christlichen Kirche zum Judentum zu übertragen.

Trotz mancher antijüdischen Polemik im Neuen Testament, die aus der zeitgeschichtlichen Situation zu verstehen ist, kann für die Stellung der Kirche zum Judentum nur das Wort des Juden Paulus verbindlich sein: „Wenn du (der Christ) als Zweig vom wilden Ölbaum in den edlen Ölbaum (Israel) eingepropft wurdest und damit Anteil erhieltest an der Kraft seiner Wurzel, so erhebe dich nicht über die anderen Zweige. Wenn du es aber tust, sollst du wissen: Nicht du trägst die Wurzel, sondern die Wurzel trägt dich" (Röm 11,17ff).

Prof. Dr. Franz Josef Stendebach,
Professor für Altes Testament
an der Universität Frankfurt/M.

Alter Orden

„Spanischer Goldfund gibt Rätsel auf"; WELT vom 13. Juni

Sehr geehrte Herren,

eine militärische Auszeichnung zitierter Art findet sich tatsächlich am Reliefporträt des bei der Vernichtung der Legionen des Qu. Varus Anno 9 n. Chr. im Teutoburger Wald gefallenen hochdekorierten Stabscenturio Marcus Caelius aus Bologna, Führer eines 100-Mann-Manipels (also Kompaniechef), auf seinem schon um 1600 bei Xanten (ehem. Castra Vetera) entdeckten Grabstein, heute im Rheinischen Landesmuseum Bonn.

Dr. Carl Ernst Köhne,
Grafenau

Der Erfinder

„Vorsicht Grubenhund"; WELT vom 6. Juni

Der von „egw" genannte „Grubenhund" ist nicht von Karl Kraus für eine leichtgläubige Leserschaft erfunden worden, sondern von einem Dr. Ing. Erich Ritter von Winkler in einer Zuschrift an die „Neue Freie Presse" am 18. 11. 1911. Hinter dem Namen verbarg sich der Mährisch-Ostrauer Dipl.-Berging. Arthur Schütz, der also berichtete, daß sein im Labor schlafender (vierbeiniger) Grubenhund vor einem Erdbeben im Mährisch-Ostrauer Kohlenrevier auffallend unruhig gewesen sei. Der Ostrauer Eulenspiegel nahm jahrelang die Öffentlichkeit auf den Arm, indem er z. B. von einer „Laufkatze" mit ihren Jungen, von „feuerfester" Kohle, von „plombierten" Zahnrädern, von einem „Betonwurm", von „ovalen" Radsätzen bei Eisenbahn u. a. m. erzählte. A. Schütz ist 1960 in Wien gestorben.

Dr. Erich Fussek,
Duisburg 11

Personen

ABSCHIED

Dr. **Ernst Menhofer**, seit 1982 Österreichs Botschaftsrat in Bonn, wird Direktor des Österreichischen Kulturinstituts in London. Das Wiener Außenministerium verfügt heute über zahlreiche Institute in West und Ost. Nach London kehrt Ernst Menhofer gewissermaßen heim: Von 1970 bis 1979 war er dort an der Botschaft seines Landes tätig. In Bonn verabschiedeten sich von dem Diplomaten, der hier hervorragende Kontakte aufbaute, unter anderem der frühere deutsche Botschafter **Karl-Günther von Hase**, der zweite Sprecher des AA **Reinhard Bettzuege** und WELT-Chefredakteur **Manfred Schell**.

VERANSTALTUNGEN

Die Konrad-Adenauer-Preise 1986 verleiht die Deutschland-Stiftung e. V. am Samstag in der Münchner Residenz. Den Preis für Wissenschaft erhält der Präsident der Katholischen Universität Eichstätt, Professor Dr. **Nikolaus Lobkowicz**, „als einer der bedeutendsten Denker der konservativen Erneuerung im deutschen Raum". Der Literaturpreis geht in Würdigung für sein weitgespanntes essayistisches Werk an den Essayist **Gerd-Klaus Kaltenbrunner**. Der französische Autor **Jean-François Revel** wird für „sein großartiges publizistisches und wissenschaftliches Engagement für die Freiheit und zur Verteidigung der Demokratie" mit dem Publizistik-Preis geehrt. In Anwesenheit von mehr als tausend Persönlichkeiten werden Bundeskanzler **Helmut Kohl** und der bayerische Ministerpräsident **Franz Josef Strauß** zu den Teilnehmern sprechen. Gleichzeitig mit der Preisverleihung feiert die Deutschland-Stiftung e. V. bei diesem Festakt ihr zwanzigjähriges Jubiläum. Aus diesem Anlaß hält der Sohn **Konrad Adenauers**, Dr. **Max Adenauer**, eine Festansprache.

*

Zum Ritual der Bonner Sommerfeste gehört seit zwölf Jahren die Einladung des Diskussionskreises Mittelstand der CDU/CSU-Fraktion des Bundestages. Gebeten von dem Vorsitzenden **Hansheinz Hauser**, Krefeld, drängelten sich 1400 Gäste auf dem Rasengelände der Heinrich-Brüning-Straße 14. Chefredaktion und Verlag der WELT hatten das Gelände wieder zur Verfügung getellt. Der humorigen Begrüßungsansprache von WELT-Chefredakteur **Peter Gillies** folgte ein politisch sehr ironischer „Tagesbefehl" von Hansheinz Hauser. Unter den prominenten Gästen waren der frühere Bundespräsident **Karl Carstens**, Parlamentspräsident **Philipp Jenninger** und sein Vize **Richard Stücklen** und eine Vielzahl von Kabinettsmitgliedern. Bewirtet unter anderem mit klösterlichem Bier, das unter den Händen von Braumeister Schwester **Doris** entstand, die den Armen Franziskanerinnen von der Heiligen Familie des Klosters Mallersdorf angehört, blieben einige Gäste bis vier Uhr nachts.

GEBURTSTAG

Am Freitag feiert der Vorsitzende der Ludwig-Frank-Stiftung für ein freiheitliches Europa e. V., **Hans Günther Weber**, seinen 70. Geburtstag. Der Rat der Stadt Braunschweig gibt dem langjährigen Chef der Stadtverwaltung – von 1960 bis 1980 – im Schloß Richmond einen Empfang. Weber war in Mitteldeutschland Mitglied einer sozialdemokratischen Widerstandsgruppe und mußte 1947 aus Leipzig flüchten. Weber wurde der Öffentlichkeit durch seine Auseinandersetzung in den 70er Jahren mit der SPD-Führung – unter anderem wegen der Ost- und Deutschlandpolitik – bekannt. 1976 trat der engagierte Sozialdemokrat aus der SPD aus.

EHRUNG

Der Kölner Rechtsanwalt Dr. **Werner Doetsch** ist in Anerkennung der um Volk und Staat erworbenen besonderen Verdienste mit dem Großen Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland geehrt worden. Werner Doetsch ist stellvertretender Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Vorstandsmitglied der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte.

MUSIK

Pinchas Steinberg, der Dirigent und Generalmusikdirektor in Bremen, will die Hansestadt verlassen, wenn sich die personellen Verhältnisse im Philharmonischen Staatsorchester nicht ändern. Der Musiker fordert die Wiederbesetzung von sieben derzeit vakanten Planstellen. Steinberg ist seit Beginn dieser Spielzeit Generalmusikdirektor in der Hansestadt.

Es ist mir persönlich eine große Ehre, Sie kennenzulernen und Sie als unseren Gast hier in der Stadt der brüderlichen Liebe begrüßen zu dürfen", erklärte **Edward F. Plecha** (rechts), Manager für Internationale Geschäftsbeziehungen der Stadt Philadelphia, dem früheren Bundespräsidenten **Walter Scheel** (links). Walter Scheel hatte in seiner Eigenschaft als Mitglied des Aufsichtsrates der Thyssen AG die Budd Company in Philadelphia, ein Tochterunternehmen von Thyssen, besucht. Während des Besuches wurde Scheel ein Exemplar der WELT vom 6. Juni überreicht, die eine Sonderbeilage über Philadelphia enthielt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714 Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09 Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11–13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 3, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

WELTMEISTERSCHAFT / Viel Lob für Franz Beckenbauer von einem Großen der Fußball-Geschichte

Unentschieden

Erich Honecker, Staats- und Parteichef der „DDR" ließ sich nicht öffentlich festlegen. In einem Interview mit schwedischen Journalisten umging er mit diplomatischem Geschick eine konkrete Antwort auf die Frage, ob er denn, wie viele „DDR"-Bürger, bei der WM in Mexiko die Daumen für die Mannschaft der Bundesreublik Deutschland drücke. „Wenn man ein richtiger Fußball-Anhänger ist, dann fiebert man für die beste Mannschaft," sagte Honecker. „Ich möchte das nicht als eine politische Stellungnahme verstanden wissen. Wenn es um Fußball geht, muß man sehr vorsichtig sein, denn da gibt es so viele Ansichten."

Champagner

Weißwein nach dem Frühstück und Champagner zu jeder Gelegenheit – so beschreibt die mexikanische Sportzeitung „Esto" das Leben der deutschen Mannschaft im Quartier Galindo Mansion. „Esto" meldet, die deutsche Delegation konsumiere täglich 120 Flaschen Champagner der Marke Moët et Chandon, die Flasche zu 300 Mark. Schlimmer noch: „Nach dem Frühstück trinken sie Weißwein." Abgelehnt worden sei jedoch das Verlangen nach Champagner der Nobelmarke Dom Perignon. Der kostet in Mexiko 450 Mark pro Flasche. Die Phantasie treibt in heißen Nächten die schönsten Blüten ...

Gesagt

„In diesem Beruf hängt alles vom Erfolg ab. Hast du keinen, bist du nicht der richtige Mann. So dachte schon Napoleon."
Franz Beckenbauer

Zorn

Diego Maradona hat für ein Novum auf dem Londoner Wettmarkt gesorgt. Einer der größten Buchmacher zahlt seinen Kunden nicht nur die Kurse für das offizielle Spielergebnis (2:1 für Argentinien gegen England), sondern läßt auch jene Kunden gewinnen, die 1:1 nach 90 Minuten getippt hatten. „Es war niemals ein Tor. Die Auszahlung ist eine einmalige Geste, um unseren Zorn auszudrücken", sagte ein Sprecher des Büros. Durch zwei Tore Maradonas war England im Viertelfinale ausgeschieden. Das erste Tor hatte er mit der Hand erzielt.

Heimflug

Am Dienstag mittag wird die deutsche Mannschaft in Frankfurt zurückerwartet. Unabhängig vom Verlauf der letzten Turniertage wurde endgültig der Rückflug gebucht: Für Montag abend 20 Uhr (MESZ) mit der Lufthansa-Maschine 481 ab Guadalajara.

Platzverweis

Rote Karte für die FIFA, den Weltfußball-Verband. Gerade erst haben seine Funktionäre ihrer Forderung nach Ordnung und Disziplin Nachdruck verliehen und einen Strafenkatalog sowie die zugehörigen Benimmregeln aufgestellt – da erwischte es einen ihrer Funktionäre. Im Spiel zwischen FIFA-Funktionären und WM-Organisatoren wurde der Schweizer Walter Gagg vom Platz gestellt. Das Strafmaß ist noch nicht bekannt.

Kostspielig

Nur zu unverschämt hohen Preisen werden in Mexiko noch Karten für das Endspiel am Sonntag angeboten. Die besten Plätze kosten weit über 700 Mark, für die anderen Plätze werden zwischen 260 und 600 Mark verlangt. Gekoppelt damit ist jeweils der Eintritt zum Spiel um den dritten Platz am Samstag. Etwas preiswerter war gestern der Besuch der Halbfinalspiele: Er kostete zwischen 190 und 300 Mark. Auf alle Eintrittskarten erhob der mexikanische Staat eine Steuer von 15 Dollar, die zum Wiederaufbau der erdbebengeschädigten Stadtteile verwandt werden soll.

Fernsehen heute

● **ARD:** 6.00–9.00 Uhr: Frühstücksfernsehen. Danach Wiederholung des Spiels Frankreich – Deutschland (in voller Länge). – 13.15–13.45 Uhr: Mexiko gestern und heute. – 17.15–17.45 Uhr: Mexiko-Magazin.

● Als Entwicklungshelfer in Sachen Fußball reist Sir Stanley Matthews seit Jahren durch die Welt. Einst einer der ganz Großen im Weltfußball, leistet er heute mit Vorträgen und Lehrgängen seinen Beitrag zur Entwicklung des Fußballs in Afrika oder Kanada. Deshalb freut ihn das Abschneiden Marokkos bei dieser Weltmeisterschaft ganz besonders.



● Weit unter den Erwartungen blieb die Zahl der Touristen, die in Mexiko ihren Urlaub mit dem Besuch der Weltmeisterschaft gekoppelt haben. Maximal 45 000 Besucher wurden durch das Sportereignis zusätzlich nach Mexiko gelockt. Vergleichsweise wenig, angesichts der Zahl von 4,4 Millionen Touristen, die ohnehin jährlich in Mexiko gezählt werden.

● Das Interesse war so groß wie nie zuvor. Rund 800 Millionen Menschen verfolgten nach ersten Hochrechnungen das Halbfinalspiel zwischen Deutschland und Frankreich. In 162 von insgesamt 193 Ländern der Welt wurde es von den Fernsehanstalten live übertragen. Das sind vier Länder mehr, als der Welt-Fußball-Verband (FIFA) Mitglieder hat.

● Bundeskanzler Helmut Kohl will nun doch zum Endspiel nach Mexiko fliegen, falls die deutsche Mannschaft daran beteiligt sein wird. Ursprünglich hatte Kohl ebenso wie Bundespräsident Richard von Weizsäcker eine Reise dorthin ausgeschlossen. An Stelle des Bundeskanzlers sollte Innenminister Friedrich Zimmermann die Bundesrepublik vertreten.

Stanley Matthews: Der Erfolg gibt den Deutschen recht

dpa, **Mexico City**

„Die ewigen Nörgler von gestern sind hier und heute eines Besseren belehrt worden. Der Fußball stagniert nicht, er wird weltweit besser." Vier Tage vor dem Ende der Weltmeisterschaft hat Sir Stanley Matthews bereits sein endgültiges Urteil gefällt. Seine Meinung hat Gewicht. Denn Matthews gehört zu jenen Männern, die die Geschichte des Weltfußballs prägten. Seine Laufbahn ist bis heute einzigartig. Geboren 1915 in Henley war Matthews mit 16 Jahren der jüngste Fußball-Profi in England und gehörte selbst als 50jähriger noch zur Erstliga-Mannschaft des FC Blackpool. Mit 33 Berufsjahren ist er der dienstälteste englische Profi. Er war ein brillanter Rechtsaußen, WM-Teilnehmer 1950 und 1954, bestritt 886 Ligaspiele und 84 Länderspiele. 1957 erhielt Matthews aus der Hand von Queen Elizabeth die Auszeichnung „Commodore des Ordens vom britischen Empire", 1964 wurde er von der Königin in den Adelsstand erhoben, seitdem wird er nur noch „Sir Stan" genannt.

Frage: Wer ist der König im letzten Quartett der WM?

Matthews: Eindeutig Frankreich. Die Partie gegen Brasilien war das vorweggenommene Endspiel. Das war eine Begegnung der Superlative. Die stark kritisierten Deutschen sind jedoch stärker als ihr Ruf. Sie sind wieder auf dem Weg nach oben.

Frage: Was sind die großen Tugenden der deutschen Mannschaft?

Matthews: Beckenbauers Team besitzt eine enorme physische Kraft. Hinzu kommt die außerordentliche Disziplin auf dem Rasen, die bei Turnierspielen die Grundlage und Voraussetzung für den Erfolg ist. Das hat mich die Vergangenheit gelehrt – hier und in Zukunft wird das nicht anders sein. Die Deutschen tragen den Schlüssel dieser WM. Als wüßten sie um das große Geheimnis von Höhe, Hitze und Harakiri: Sie beenden auch ein schlechtes Spiel siegreich. Man kann sie in dieser Beziehung durchaus mit den Italienern von früher als ‚Minimalisten' vergleichen – der Erfolg gibt ihnen recht.

Frage: Als Spieler war Franz Beckenbauer ein Star. Wie beurteilen Sie ihn als Teamchef?

Matthews: Er hat eine unglaublich schwierige Aufgabe übernommen. Er mußte gegen die überaus großen Erwartungen zu Hause ankämpfen, Probleme mit einigen Spielern haben ihm in Mexiko Kopfzerbrechen bereitet. Aber als Newcomer in der Trainerbranche hat er für meine Begriffe seinen Job hervorragend in den Griff bekommen. Das Beispiel mit Uli Stein, mit dem er beim Hamburger SV in einer Mannschaft stand, beweist, daß er vor Konsequenzen nicht zurückschreckt." Unerschrocken schickte er ihn nach verbalen Querelen auf die Heimreise.

Frage: Sehen Sie im deutschen Team irgendwo einen Nachfolger für den Spieler Beckenbauer?

Matthews: Einen wie Beckenbauer gibt es nur alle zwanzig, dreißig oder fünfzig Jahre – die Zeit spielt keine Rolle. So ein geniales Talent gibt es in der Tat nur alle Jahrzehnte wie Beispiele à la Pelé, Bobby Charlton, Dennis Law und Rivera beweisen. Die Deutschen haben ihr System in den vergangenen Jahren so geändert, daß Spielerpersönlichkeiten nicht mehr das große Sagen haben, sondern die Harmonie des Mannschaftsgefüges an erster Stelle steht.

Frage: Wie beurteilen Sie das Niveau der WM 1986?

Matthews: Das Niveau ist ausgezeichnet. Die ewigen Nörgler von gestern sind hier und heute eines besseren belehrt worden. Der Fußball stagniert nicht, er wird weltweit besser. Das naheliegende Beispiel sind die Marokkaner. Sie sind für mich der Vorreiter der Länder aus der Dritten Welt in unserem Sport. Und diese Tatsache bereitet mir eine unwahrscheinliche Freude: Das sind Signale für die Zukunft.

Frage: Wären Sie aus diesem Grunde dafür, die Copa Mundial 1994 in Marokko auszutragen?

Matthews: Unbedingt. Wir müssen die Signalwirkung nutzen und den Nationen, die erst im Aufwind sind, einen Gegenbeweis für ihre Leistungen und ihren guten Willen bieten. Die WM in Mexiko weist eindeutig den Weg nach vorn.



Der Sir und sein Trick

„Links antäuschen, rechts vorbeigehen." So einfach hat Stanley Matthews stets beschrieben, womit er Generationen von Verteidigern zur Verzweiflung brachte: Der Matthews-Trick gehört heute zur Grundschule eines jeden Fußball-Schülers. Und er ist hat nichts von seiner Wirkung verloren. Weil die Gegner immer auf die Körpertäuschung reagieren und dann ins Leere laufen. Genau wie früher, als Matthews noch die Kluft von Stoke City trug.

FOTO: SCHIRMER

Im Trikot der Nationalmannschaft und den Ball am Kopf – deutsche Touristen in Mexiko. FOTO: DPA

Eigentor vermieden

SAD, **Paris**

Rekordhöhen erzielen die Einschaltquoten bei Spielübertragungen aus Mexiko auch in Frankreich. 45 Prozent aller Fernsehgeräte waren beispielsweise bei der Begegnung Frankreich gegen Brasilien eingeschaltet, bei anderen Spielen sind es bis zu 41 Prozent. Vor solch großer Sportbegeisterung zeigten jetzt auch die französischen Gewerkschaften Respekt. Sie sagten kurzfristig einen Streik ab, durch den die Zuschauer auf Bilder von der Partie ihrer Mannschaft gegen Deutschland hätten verzichten müssen. Die Gefahr, die Aktion könne zum Eigentor werden, war zu groß. Statt dessen wird jetzt morgen gestreikt, wenn ohnehin kein Fußballspiel stattfindet.

Die Gewerkschaften wollen mit ihren Aktionen gegen die Absicht der Regierung protestieren, TF 1, einen der drei staatlichen Fernsehsender, zu privatisieren. Zunächst sollte der Streik nur für die Übertragung des vielbeachteten Spiels unterbrochen werden. Da legte jedoch die Regierung ihr Veto ein: Entweder gebe es gar keinen Streik oder gar keinen Fußball. Dabei berief sie sich auf die gesetzlichen Vorschriften für ein Minimalprogramm bei Streiks, in denen von Sportübertragungen nicht die Rede sei. Die Gewerkschaften bezeichneten diese Haltung als Erpressung und erklärten: „Um jede Provokation durch eine technische Panne auszuschließen, offerieren wir das Match und das volle Programm."

Stolz oder Trotzreaktion, gefeiert wird immer

M. Sch. **Bonn**

Begeisterungswellen im Azteken-Stadion, Straßenfeste nach Sieg und Niederlage, der Moloch Mexico City, Giganterie landschaftlicher Kulissen – Eindrücke einer Reise zur Fußball-Weltmeisterschaft, Momentaufnahmen von dem Gastgeberland, das sich in völliger Zerrissenheit und so mit unvergleichlicher Faszination präsentiert. Wenn am Sonntag das Endspiel abgepfiffen, der Titel vergeben ist, endet auch für die meisten Schlachtenbummler ihr Erlebnis Mexiko. Horst Pauls, Finanzbeamter aus Langenfeld im Rheinland, ist schon wieder in der Heimat. Drei Wochen hat er bei Vorrunde und Achtelfinale zugebracht.

„Die Kombination aus Nationalität und Internationalität hat mich besonders fasziniert." Pauls zeigte sich überrascht über das sichtbare Zusammengehörigkeitsgefühl im Stadion – „Fast alle Deutschen haben die Hymne gesungen, was im Rheinstadion nicht unbedingt passiert". Gleichzeitig sei aber die Begegnung mit Fußballfans anderer Länder stets freundschaftlich gewesen – „Nach dem Spiel gegen Uruguay wurde rund ums Stadion gefeiert. Deutsche musizierten mit Gitarren, ‚Urus' mit Trommeln." Als unvergeßlich bezeichnete der Schlachtenbummler die Begeisterungswellen im Azteken-Stadion beim Spiel Mexikos gegen Paraguay. „Da wurde man einfach mitgerissen, ist bei jedem ‚Olé' aufgesprungen."

Wenn man mit Vorstellungen von deutscher Pünktlichkeit und Präzision nach Mexiko reise, könne man leicht verzweifeln, sagt Pauls. Man habe schnell lernen müssen, die Faszination des Landes mit der ihm eigenen Gelassenheit zu erfassen, und natürlich den einen oder anderen Trick anzuwenden. So erkannte er, daß Flugschalter sich unerwartet öffneten, Umbuchungen möglich wurden, wenn man sich als Deutscher zu erkennen gab. Überhaupt sei Deutschfreundlichkeit im Gegensatz zur Ablehnung der Amerikaner spürbar.

Trotz aller Bemühungen der Regierung, trotz nächtlicher Beleuchtung in vom Erbeben zerstörten menschenleeren Straßenzügen, trifft der Besucher nach den Worten von Pauls immer wieder auf die große Diskrepanz zwischen arm und reich. Elendsviertel auf dem Weg zum Stadion seien ebensowenig zu verstecken wie bei Überlandfahrten anzutreffende Camps, wo die Menschen in armseligen Hütten oder gar im Freien lebten. Viele Gespräche hätten große Vorbehalte gegenüber der Regierung deutlich gemacht, gleichzeitig aber immer wieder ausgeprägten Nationalstolz erkennen lassen. „Es schien wie eine Trotzreaktion, so als wolle man demonstrieren, auch wir sind stark." Daß dieses Gefühl sich jetzt vielerorts über die Fußballbegeisterung artikulierte, war für den Gast überraschend. „Die meisten hatten kein Geld für Karten, hielten sich trotzdem nahe der Stadien auf, und feierten dort, ganz gleich ob Sieg oder Niederlage."

Weniger Touristen als erwartet

dpa, **Mexico City**

Mexiko ist in, sagen jedenfalls viele Reiseagenturen. Aber etwas zähneknirschend gibt der Sprecher des Tourismus-Ministeriums, José Salazar, nach vielem Nachfragen die Schätzung der Zahl der reinen WM-Touristen preis. Es sind nicht mehr als 45 000. Selbst diese Zahl scheint noch geschönt. Andere Schätzungen sprechen von nicht mehr als 30 000 Urlaubern, die Fußball und Strand oder Azteken-Pyramide verbinden wollten. Salazar macht in Zweckoptimismus: „Auf keinen Fall sind wir enttäuscht." Die Hotels in den WM-Städten seien zu 75 bis 80 Prozent ausgebucht. Er vergißt zu erwähnen, daß dort allein 5000 Journalisten, mehrere 100 Spieler, viele 100 Funktionäre und Helfer untergebracht werden mußten. Und die haben alles andere im Kopf als Tourismus.

Die Erwartungen des Tourismus-Staatssekretariats (Sectur) gingen nach Angaben der mexikanischen Zeitung „Unomasuno" von 350 000 WM-Touristen aus. Das Vorstandsmitglied des mexikanischen Hotelverbands, Rafael Suarez Vazquez, klagt denn auch: „Unglücklicherweise sind die wirtschaftlichen Gewinne nicht so hoch gewesen wie erwartet." Vor allem außerhalb der WM-Spielorte sei die touristische Nachfrage sehr gering. Der Präsident des Amerikanischen Reiseagenturen-Verbandes (AAAV), Miguel Robledo, hat auch schon den Übeltäter erkannt: „Journalistische Hetzkampagnen im Ausland gegen unsere Nation." Etwas leiser fügte er hinzu, daß auch die hohen Preise wohl viele interessierte Touristen abgeschreckt haben.

So wurde der staatlich festgesetzte Preis für ein Doppelzimmer in einem Fünf-Sterne-Hotel für die WM auf umgerechnet 200 Mark pro Tag heraufgeschraubt. Die Nacht in einem Drei-Sterne-Hotel kostet immer noch 75 Mark.

Schuld haben sicher auch die ausländischen Reiseveranstalter. Da wurden WM-Pakete von bis zu 13 000 Mark angeboten. Viele deutsche Fans fuhren daher auf eigene Faust nach Mexiko, mieteten sich in Billighotels ein und versorgten sich selbst mit Lebensmitteln, die in Mexiko billig sind. Verschiedene Reisebüros in Mexiko mußten ohne Erklärung Abbestellungen von 50 Prozent für die erste WM-Runde und von 20 Prozent für das Achtelfinale hinnehmen. Viele Agenturen blieben auf ihren WM-Kartenpaketen sitzen.

Die offizielle Zahl von 45 000 Touristen nimmt sich gering aus gegenüber den jährlich 4,4 Millionen Ausländern, die nach Mexiko kommen. Auch die Deviseneinnahmen sind im Vergleich nahezu lächerlich: offiziell 120 Millionen Dollar (nach Angaben der AAAV nicht einmal 50 Millionen Dollar) als Rattenschwanz der Fußball-Weltmeisterschaft gegenüber jährlich 1,6 Milliarden Dollar durch den normalen Mexiko-Tourismus.

Robledos Fazit: „Wir haben schon vorher gesagt, daß das ‚Mundial' nicht die Wunderbüchse zur Rettung unserer kranken Wirtschaft sein wird. Aber die Hoffnungen, mehr Touristen in unser Land zu locken, sind gleich Null." Und dabei war gerade die Hoffnung auf mehr Touristen und mehr Devisen für das hochverschuldete Land eines der Argumente, mit dem den Mexikanern die zweite Fußball-WM in 16 Jahren verkauft werden sollte.

Außenverteidiger Briegel – Italiener schütteln nur den Kopf

ULRICH DOST, **Guadalajara**

Hans-Peter Briegel fühlt sich nicht richtig beurteilt, wenn es um seine fußballerischen Fähigkeiten geht. Das war schon immer so. Im Laufe der Zeit hat er sich daran gewöhnt, an die kleinen Gehässigkeiten, an die ironischen Bemerkungen, an die versteckten Stichelein. Wer es sich einfach macht, ihm Schlechtes will und es mit Spott versucht, der vergleicht ihn mit einem Zehnkämpfer. Gebt diesem Kraftpaket doch lieber einen Diskus oder einen Speer, aber doch bitteschön keinen Ball. Der Ball, das Wichtigste also beim Fußballspiel, sei sein natürlicher Feind, weil er ihn nicht beherrschen kann. Und das alles nur, weil er tatsächlich einmal ein guter Leichtathlet war (im Weitsprung erreichte er immerhin 7,48 m).

Selten hat Hans-Peter Briegel zurückgeschlagen. Auf dem Rasen kann er sich aus Leibeskräften wehren. Aber den persönlichen Angriffen steht er hilflos gegenüber, also läßt er sie über sich ergehen. Doch jetzt bei der Weltmeisterschaft in Mexiko hat sich der Bauernsohn aus Rodenbach in der Pfalz heftig zu Wort gemeldet. Nach dem Spiel gegen die Mexikaner hat er Sätze in den Mund genommen, die er sonst höchstens gedacht hat. Zielscheibe seiner Giftpfeile waren die Journalisten, die ihn so oft gepiesackt haben. Hans-Peter Briegel: „Bei den Journalisten sind einige dabei, die ich für Miesmacher halte."

Hat er das nur gesagt, um von seiner nicht geraden guten Leistung gegen die Mexikaner abzulenken? Hatte er nicht vorher geprahlt in seiner saloppen und einfachen Art: „Heute geht aber die Post ab gegen die Mexikaner." Nichts ist abgegangen und nichts ist angekommen. Doch Hans-Peter Briegel hatte Erklärungen parat, glaubte, sich rechtfertigen zu müssen.

Es ginge einfach nicht besser bei diesen klimatischen Bedingungen, so sagte er. Hier könne er nicht wie zu Hause in normaler Luft seine Flügelläufe starten. Briegel: „Wenn ich einen Spurt über 50 oder 60 Meter hinter mir habe, dann bin ich einfach kaputt und komme nicht mehr so schnell zurück."

In Italien, bei seinem bisherigen Verein Hellas Verona, oder in Deutschland habe er Kraft genug, um seine Sololäufe acht bis zehn Mal zu starten, ohne dabei seine defensiven Aufgaben zu vernachlässigen. Briegel: „In Mexiko aber ist das nicht möglich. Zuerst einmal muß ich sehen, daß wir hinten in der Abwehr stark stehen." Deshalb falle er im Spiel auch nicht so auf wie sonst, deshalb glauben viele, er sei nicht in Form.

Doch Hans-Peter Briegel muß damit leben. Er muß sich immer daran messen lassen, was ihn stark macht. Er hat sich fürchterlich darüber aufgeregt, daß die Journalisten es einfach als Tatsache hinnehmen, daß die ganze Mannschaft sich bei jedem Spiel bis an die Grenze körperlicher Leistungsfähigkeit verausgabt. Das ist für ihn eine Leistung, die nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Hierbei irrt er jedoch. Diese Leistung will und kann der deutschen Mannschaft niemand absprechen. Doch zum Fußball gehört nun auch einmal der Ball, der bewegt und ins Tor gebracht werden muß. Hans-Peter Briegel aber sagt: „In der französischen Mannschaft sind auch nicht nur ausschließlich Spieler, die den Ball streicheln." Will sagen: In jeder Mannschaft sind Spieler, wie er zu finden, die von der Kraft leben.

Volker Schmidt, der Berater und Freund des früheren Kaiserslauterer, meint dagegen, Briegel spiele in der Nationalmannschaft auf dem falschen Posten. In Verona, oder künftig bei seinem neuen Verein Sampdoria Genua, spielte und spielt Hans-Peter Briegel ausschließlich im Mittelfeld. In Verona hatte er alle Freiheiten, durfte von links nach rechts wechseln, dribbeln und spurten, so lange und so oft er wollte. Preben Elkjaer, mit dem Briegel bei Verona zusammenspielte, schüttelte nur den Kopf, als er Briegel in Mexiko auf dem linken Verteidiger-Posten herumkrebsen sah. Der Däne sagte: „Er gehört doch mit seiner Kraft ins Mittelfeld."

Volker Schmidt, der in Chiasso lebt und viel in Mailand geschäftlich zu tun hat, wurde bei einem Besuch der italienischen Mannschaft in Mexico City von allen Spielern erstaunt gefragt, warum denn der Hans-Peter Briegel nicht das spielen darf, was ihn in Italien so populär gemacht hat. Schmidt: „Der Hans-Peter Briegel ist unwahrscheinlich beliebt bei den italienischen Spielern. Was er in Mexiko spielt, verstehen sie nicht."

Und gerade seine Leistungen in Italien waren ausschlaggebend dafür, daß er im letzten Jahr von den (von ihm so abschätzig beurteilten) deutschen Sportjournalisten zum „Fußballer des Jahres" gewählt wurde. Danach sagte er mit Selbstironie: „Ganz schön für einen, der nicht Fußball spielen kann: Diese Ehrung, Europameister, zum zweiten Mal bei einer Weltmeisterschaft dabei und fast 70 Länderspiele."

Hans-Peter Briegel ist nicht der Typ, der auf den Tisch haut und Forderungen stellt. Und Schmidt auch nicht. Wo Teamchef Franz Beckenbauer ihn haben will, da spielt er auch ohne zu murren. Und er nimmt es in Kauf, vielleicht unter Wert gehandelt zu werden. So war es schon immer bei ihm.

WELTMEISTERSCHAFT / Geschäft mit den Spielern blüht, das Geschäft der großen Stars aber auch



● Manuel Negrete hat Hugo Sanchez als Liebling Mexikos abgelöst und sich mit seinem schönen Tor gegen Bulgarien (Foto links) offensichtlich nach Spanien geschossen. Erhält er einen Vertrag beim FC Barcelona? Oder taucht dort bald doch Englands Torjäger Gary Lineker auf?

● Trainer Max Merkel spricht von „Nebengeräuschen". Das sind, was außer dem Gehalt noch in der Kasse der Stars klingelt. Aus Werbeeinnahmen und Nebenjobs. Der Virtuose beim Herstellen dieser Geräusche: Frankreichs Michel Platini. Er arbeitet auch als Fernsehproduzent.

Schon jetzt: Abschied von 12 Trainern

Mindestens zwölf der 24 WM-Trainer werden nach der Weltmeisterschaft ihren Posten als Nationalmannschafts-Coach verlieren, einige von ihnen traten freiwillig zurück. Sie wollen ihren Verbänden einen kompletten Neuaufbau für die nächste WM ermöglichen.

Enzo Bearzot (Italien): Trat freiwillig zurück, obwohl sein Vertrag mit dem Verband noch bis zur WM 1990 (in Italien) läuft.

Ivan Vutzov (Bulgarien): Ist durch eigene Kündigung einer Ablösung durch den Verband zuvorgekommen. Gibt als Begründung mangelnde Disziplin seiner Spieler an.

Tele Santana (Brasilien): Hört freiwillig auf und wird Farmer. Hatte den Trainerposten vier Monate vor WM-Beginn nur bis zum Ende des Mexiko-Turniers angenommen.

Antoni Piechniczek (Polen): Sieht sich als Nationalmannschafts-Trainer gescheitert und wird Vereins-Trainer im Ausland.

José Torres (Portugal): Fand nach nur zweijähriger Tätigkeit keinen Gefallen mehr an einem Trainerjob. Zieht sich ins Privatleben zurück.

Cayetano Re (Paraguay): Hat selbst seine Tätigkeit für beendet erklärt. Ließ sich jedoch ein Hintertürchen offen: „Wenn mich der Verband noch einmal haben will, werde ich *wahrscheinlich nicht Nein sagen.*"

Evaristo Macedo (Irak): Wurde erst drei Wochen vor der WM angeheuert. Erfüllte die Erwartungen Iraks nicht. Der Verband will künftig deutsche Trainer verpflichten.

Gyoregy Mezey (Ungarn): Trat völlig entnervt nach dem 0:3 gegen Frankreich zurück. Ungarn war die größte Enttäuschung der WM.

Tony Waiters (Kanada): Verlor seinen Job, weil es die kanadische Nationalmannschaft vorläufig nicht mehr gibt.

Rabah Sadane (Algerien): Trotz des 1:1 gegen Nordirland und des ehrenvollen 0:1 gegen Brasilien hatte der algerische Verband offenbar mehr von seinem Trainer erwartet. Die Ablösung steht bevor.

Alex Ferguson (Schottland): Wollte ohnehin nach der WM nur noch Trainer des FC Aberdeen sein. War kurzfristig für Jock Stein eingesprungen, der im vergangenen Jahr auf der schottischen Trainerbank den Herztod gestorben war.

Omar Borras (Uruguay): Der 53jährige Hochschullehrer resignierte angesichts mangelnder Lobby im Verband und in der Öffentlichkeit.

Spielermarkt Mexiko: Jetzt drängen sogar die Russen in die Profi-Ligen

Natürlich gibt es keinen Nachfrage-Stau. Schon gar nicht zu Zeiten einer Weltmeisterschaft. Die Beobachter der Fußball-Börse sind vor Ort, sie sehen und sichten. Das alles ist fast wie an der Börse, nur hier geht es um Menschen. Die Anleger zaudern noch. Zuviele Werte bringen sich selbst ins Spiel. Das macht stutzig. Die Flaggschiffe kommen daher nur schwer in Fahrt. Eher machen da schon Spezialwerte das Rennen. Doch viele Geschäfte scheitern an der Finanzierung.

Negrete, Manuel (27), Mittelfeldspieler aus Mexiko. Will nach Spanien. Verhandelt mit Atletico Madrid. Die Konkurrenten von Real Madrid haben mit Hugo Sanchez bereits einen Mexikaner. Auch Quirarte und Flores wollen nach Spanien. Doch ihre Aktien sind nach dem Ausscheiden Mexikos gesunken.

Smolarek, Wlodzimierz (28), polnischer Außenstürmer. Blitzgeschäft. Ist mit Eintracht Frankfurt einig. **Wojcicki, Roman** (28), ebenfalls Polen. Libero, mit Erstliga-Aufsteiger FC Homburg einig. Die Bedingungen des Geschäfts werden von von Funktionären endgültig ausgehandelt.

Lineker, Gary (25), England. Sechs WM-Tore. Hat ein Angebot aus Spanien (Real Madrid oder FC Barcelona) vorliegen. Die Transfer-Summe wurde von seinem Klub, dem englischen Vize-Meister FC Everton, mit mehr als fünf Millionen Mark angegeben. **Hoddle, Glenn** (29), England. Ajax Amsterdam zeigt großes Interesse. Bietet aber nur zwei Millionen Mark als Ablöse.

Elzo (25), Brasilien. Mittelfeld-Spieler. Auf der Wunschliste vieler italienischer Vereine. Soll mit Brescia (zweite Liga) handelseinig sein und dort als Leihgabe spielen, bis der AC Mailand wieder einen Ausländerplatz frei hat. **Careca** (25), Brasilien, Vollblutstürmer, fünf WM-Tore. Bringt sich in Italien selbst ins Gespräch. Noch keine konkreten Angebote.

Nagy (29), **Hannich** (29) – beide Ungarn. Zieht es ins Land des Europameisters Frankreich. Die Geldgeber des FC Nancy melden: Geschäft perfekt.

Timoumi, Mohammed (25), Mittelfeldregisseur aus Marokko. Ziel: Bundesliga. Wertschätzung nach der WM sehr groß. Direktes Interesse aus Deutschland aber nicht bekannt. Statt dessen: Angebote aus Frankreich und Spanien.

Olsen, Morten (36), dänischer Libero. Umworben von Xamax Neuchatel, 1. FC Köln und Borussia Dortmund. Kostet keine Ablöse.

Scifo, Enzo (20), Belgien. Gebürtiger Italiener, der erst vor der Europameisterschaft 1984 die belgische Staatbürgerschaft erhielt. Will zurück in das Land seiner Eltern. Oder nach Spanien. Das Interesse ist groß. Aber noch keine konkreten Offerten.

Dimitrow, Georgi (27), Abwehrspieler aus Bulgarien. St. Etienne hat sich gemeldet. Vertragsabschluß aber noch nicht in Sicht.

Völler, Rudi (26), Deutschland. Leistungs-Baisse, Wertverlust. Aber weiter unter ständiger internationaler Beobachtung. Ein spektakulärer Versuch seines Vereins Werder Bremen, ihn in Mexiko vor den Augen der Welt weiter vertraglich zu binden, scheiterte. Bleibt Spekulationsobjekt.

Belanow, Igor (25), UdSSR. Vier WM-Tore. Will in den Westen. Bekommt angeblich die Erlaubnis des Staates. Spielervermittler Holger Klemme behauptet, die UdSSR werde künftig ihre Spieler gegen entsprechend hohe Bezahlung in Devisen im Ausland spielen lassen. Wertschätzung für Belanow: fünf Millionen. Laut Klemme weniger.

Paz, Francescoli, Barrios. Alle Uruguay. Bereits verkauft. **Ruben Paz** (26), künftig als Mittelfeldspieler bei Inter Mailand. **Enzo Francescoli** (24), demnächst im Mittelfeld bei Racing Paris. **Jorge Barrios** (25), geht als Mittelfeldspieler nach Griechenland. Verein bleibt vorerst ungenannt.

Papin, Jean-Pierre (22), Frankreich. Will vom FC Brügge zurück in die Heimat. Verhandlungen mit Olympique Marseille stehen kurz vor dem Abschluß.

Choi, Soon-Ho (24), Stürmer aus Südkorea. Klubs aus ganz Europa sind stark an ihm interessiert. Darunter sind auch Vereine aus der Bundesliga.

Borghi, Claudio (21), Argentinien. Mittelfeldspieler, wechselt zu AC Mailand. Vertrag war schon vor der WM abgeschlossen.

Littbarski, Pierre (26) **Förster, Karlheinz** (27), beide Deutschland. Künftig Racing Paris und Olympique Marseille. Nach Briegel und Rummenigge zwei weitere Nationalspieler, die ins Ausland gehen. Die Spezialwerte des deutschen Marktes sind für europäische hochinteressant.



Verlierer

Hugo Sanchez gilt als ein Beispiel dessen, was wir Mexikaner erreichen können. Er ist ein Vorbild der neuen mexikanischen Jugend." Mexikos Staatspräsident Miguel de la Madrid würde diesen Satz heute sicher nicht in dieser Form wiederholen. Der mittelamerikanische Fußball-Überirdische – „Manchmal fühle ich, daß in Wahrheit nicht ich dieses Tor erzielte. Ich wurde vielmehr von einer seltsam fremden Macht dazu getrieben" – beförderte nur einen Ball ins gegnerische Netz. Er ist der Verlierer dieses Turniers.

In Spanien hatte er in der letzten Saison Real Madrid mit 22 Toren zur spanischen Meisterschaft geschossen. Nun würde er die mexikanische Mannschaft ganz weit voranbringen, hofften Millionen in seiner Heimat – bis zur Schrecksekunde des verschossenen Elfmeters. Seitdem sind alle Fernseh-Spots, in denen Hugo Sanchez für Kakao, Limonaden und Autos wirbt, gekürzt, herausgeschnitten sind die Szenen, in denen er einen Elfmeter mit Leichtigkeit verwandelt. Der Stern des Hugo Sanchez, dessen Sohn, er heißt ebenfalls Hugo, an seinem zweiten Geburtstag beim Spiel gegen Paraguay mit auflaufen durfte (Foto), erlischt.

Hugo gilt als überschätzt, überbezahlt, überheblich. Helden sind jetzt Männer wie Mittelfeldspieler Manuel Negrete oder Verteidiger Fernando Quirarte, der zwei der sechs mexikanischen Tore schoß.

Allein Nationaltrainer Bora Milutinovic nimmt Sanchez in Schutz. Er sei mit viel Vorschußlorbeeren nach Mexiko gekommen. So habe er einfach von Anfang an unter starkem Erwartungsdruck gestanden, und das sei seinem Spiel nicht bekommen.

FOTOS: SIMON/HARTUNG

Die Belgier wollten klug und pfiffig sein, jetzt stehen sie etwas dumm da

Die Deutschen sind die Bescheidenen. Die Belgier sind die Dummen. Die Argentinier sind die Ehrlichen (bis jetzt noch). Und die Franzosen sind die Reichen. Die Rede ist vom Geld. Genau genommen von dem Geld, das die betreffenden Herren verdienen, wenn sie als Weltmeister aus Mexiko heimkehren.

Die Stars in den einzelnen Teams – Maradona, Platini, Rummenigge, Schumacher – verdienen freilich noch ein bißchen mehr als ihre Kollegen. Diese Extras (Max Merkel sagt „Nebengeräusche") sind allerdings so genau nicht auszumachen. Die reinen Prämien für die vier Teams im Halbfinale gelten nicht als Geheimnis: runde zwölf Millionen Mark stehen auf dem Spiel.

Die Belgier wollten ganz schlau sein, als sie mit ihrem Verband verhandelten. Jetzt sind sie die Lachnummer der Weltmeisterschaft. Die jungen Herren aus dem Mutterland der Pommes frites kalkulierten so:

Sehr weit kommen wir sowieso nicht bei dieser WM. Also müssen wir uns für den ersten Teil des Turniers so viel wie möglich zahlen lassen. Später können wir ohnehin nichts mehr erben. Der Verband traute seinen Leuten natürlich auch nicht viel zu. Deshalb wollte er anfangs wenig und später mehr zahlen. Aber die Spieler blieben hart.

Jetzt würden sie sich am liebsten selbst in den Allerwertesten beißen. Und die Herren des Verbands lachen sich ins Fäustchen. Denn nun kriegen sie die Weltmeisterschaft – falls es wirklich so weit kommt – in der Tat für eine Portion Pommes frites. Dies ist die Verdienst-Skala der Belgier:

Für die erste Runde 800 000 belgische Franken, für die zweite 300 000 Franken, für den Sieg gegen die UdSSR 400 0000 belgische Franken, für den Sieg über die Spanier 250 000 Franken. Und so weiter immer weiter runter.

Vor dem Spiel gegen Argentinien hatte die Mannschaft also 1 750 000 belgische Franken verdient, was ungefähr 90 000 deutsche Mark pro Mann ausmacht.

Der Titel, so kalkulieren Kenner der belgischen Szene, würde jedem Spieler höchstens 120 000 Mark bringen. Die Mannschaft hat in der letzten Woche versucht, das System zu ihren Gunsten zu ändern, doch nun blieben die Herren des Verbands hart. Abgemacht sei abgemacht, sagten sie.

Die Deutschen haben sich, wie man weiß, mit allerlei Argumenten davon überzeugen lassen, daß Bescheidenheit auch für einen Profi die schönste Zier sei. Vor allem werde der Fan in der heutigen Zeit nicht verstehen, so lautete eines der Argumente, wenn der Fußball-Profi *überzogene Forderungen stelle. 70 000* Mark pro Mann für den Titel, mehr bot der DFB nicht.

Angesichts der öffentlichen Kritik und der pauschalen Beschimpfungen, deren sich der Profi-Fußball in jüngster Zeit zu erwehren hatte, willigten die Spieler ein. Und nun könnten sie so viel verlangen wie Boris Becker nach seinem Wimbledon-Sieg. Denn die Einschaltquoten der jüngsten WM-Spiele drücken die Boris-Becker-Ziffern ganz deutlich auf zweite und dritte Plätze. Die deutsche Mannschaft hat in der Tat eine Menge Geld verschenkt.

Die Argentinier haben ein sehr einfaches System. Sie vereinbarten mit ihrem Verband, die Hälfte allen Geldes, das in Mexiko eingespielt werde, gehöre ihnen. Dabei handelt es sich nun um eine Summe von rund 1,75 Millionen Mark. Denn pro Spiel gibt's 500 000 Mark und das macht bei sieben Spielen 3,5 Millionen. Da die Argentinier beschlossen haben, keiner solle mehr kriegen als der andere, auch Maradona nicht, bleiben für jeden Spieler runde 80 000 Mark. Und das ist im armen Argentinien an Kaufkraft beinahe doppelt so viel wie in der Bundesrepublik.

Die Franzosen verdienen am besten. Für den Titel kriegt jeder Spieler 330 000 Mark und damit erreichen sie beinahe italienische Dimensionen. Dort wären für einen WM-Sieg 440 000 Mark bezahlt worden.

Am Beispiel Michel Platinis läßt sich sehr plastisch darstellen, wie sich für Supermänner die Erfolge in einem WM-Turnier auszahlen.

Platini machte hier in Mexiko an seinen freien Tagen ein jeweils 15minütiges TV-Programm. Pauschalhonorar 260 000 Mark. Gleichzeitig produzierte er einen 50minütigen Film über die WM. Seinen Vertrag mit Juventus Turin konnte er schon vor Mexiko unter der Voraussetzung entsprechenden Erfolgs neu fassen lassen. In der nächsten Saison, womöglich seiner letzten, zahlt ihm Juventus ein Fixum von 1,76 Millionen Mark.

Ähnliche Einkünfte hat natürlich auch Diego Maradona, immerhin bezahlt Neapel seinen Supermann nicht schlechter als Juventus seinen Platini. Doch das WM-Nebenher nimmt sich bei Maradona bescheidener aus. Für eine Kolumne in der argentinischen Tageszeitung „Ziempo Argentino", die während der WM jeden zweiten Tag veröffentlicht wurde, erhielt er 15 000 Mark. Maradona hat weiter Werbeverträge mit Puma, mit dem Kinderhilfswerk der UNO, der Unicef, mit dem argentinischen Hersteller von Fernsehapparaten (Talent), mit dem Sportartikelhersteller Le copü sportif.

Von der Cleverneß seines neuen Managers Guillermo Coppola hängt es nun ab, wie sich Maradonas Aufstieg zum neuen „König" und „Kaiser" des Profi-Fußballs auf den verschiedenen Konten niederschlägt.

Die Verdienste durch die Arbeit in der Werbung und bei den Medien halten sich für die anderen Stars in Grenzen. Die Belgier haben einen Vertrag mit einer Brauerei. Die Deutschen kommen mit ihrer Schallplatte und anderen Aktivitäten auf 30 000 Mark pro Mann. Die Argentinier kriegen für jedes Spiel noch ein Startgeld von 11 000 Mark.

In der deutschen Elf wird Toni Schumacher seinen ungeliebten Kollegen Kalle Rummenigge beim Prämien-Spurt nach der WM wohl deutlich überrunden. Er wird seine Mundial-Reminiszenzen im Kölner Boulevard-Blatt „Expreß" und in der Illustrierten „Stern" vermarkten.

ULFERT SCHRÖDER

Mexikanische Nächte: Führerscheine in Gefahr

DIETER DOSE, **Berlin**

Pierre Littbarski hatte gerade den letzten Elfmeter gegen Mexiko verwandelt. Kurz darauf zischen die Raketen. Genau so war es, als Lothar Matthäus das Siegtor zum 1:0 gegen Marokko 120 Sekunden vor Schluß erzielte. So war es auch gestern abend.

Nächtliche Szenen aus Ost-Berlin. Leergefegte Straßen, erleuchtete Fenster. „Mexikanische Nächte" auch in der „DDR". Die Fußball-Begeisterung ist riesig, obwohl die eigene Mannschaft wieder einmal nicht dabei ist.

Fernsehen total auf den beiden Ost-Kanälen. Bis zu neun Stunden am Tag kommt die WM in die „DDR"-Wohnstuben und in die Datschen am Stadtrand. Statt „Frühstücksfernsehen" zwei Stunden lang von 10 bis 12 Uhr Berichte vom Vorabend, von 16 bis 17 Uhr WM-Zusammenfassungen. Alle Spiele live! Fanden wie in der Vorrunde zwei Spiele zur selben Zeit statt, kam das zweite auch noch in voller Länge auf den Ost-Bildschirm, während sich ARD und ZDF mit Ausschnitten begnügten.

Der Vergleich der Quantität zwischen Ost- und Westfernsehen, den die „DDR"-Bürger natürlich anstellen – 1:0 für die „Adlershofer". So genannt, weil sich das staatliche Fernsehen der „DDR" im Ostberliner Stadtteil Adlershof befindet. In Sachen Qualität aber sind „Mainzelmännchen" und ARD-Crew dem Ostfernsehen so überlegen wie die Russen den Ungarn beim 6:0-Sieg.

Denn die chronische Devisenknappheit der „DDR" ist schuld, daß ein Mini-Aufgebot an Reportern das Mammutprogramm, inklusive Rundfunk, bewältigen muß: vier vom Fernsehen, drei vom Hörfunk. Fachlich fundiert ihre Berichte, aber steril. Weil aus Kostengründen kein eigenes Kamerateam vor Ort ist, flimmern kaum Hintergrundberichte, Randgeschichten oder Features über den Ost-Bildschirm.

Die schreibende „DDR"-Zunft ist in Mexiko sogar nur mit einem Berichterstatter vertreten.

Jeweils um 20 und 24 Uhr, auf die Minute, beginnen die Direktübertragungen. Auf die Nationalhymnen vor dem Anpfiff verzichtet man generell – nicht nur wenn Deutschland spielt.

Fußballfieber drüben trotz der eigenen Zaungastrolle. „Es wird Zeit, daß wir bei einer Weltmeisterschaft nicht nur mit einem Schiedsrichter dabei sind", beklagte der Starreporter des „DDR"-Fernsehens, Heinz-Florian Oertel, die sozialistische Fußball-Misere. *Denn nur einmal (1974 in* der Bundesrepublik) hat die „DDR" bisher an einer WM-Endrunde teilgenommen.

Sonderschichten müssen die volkseigenen Fernsehservice-Dienste leisten. Zwar nicht fast rund um die Uhr wie bei uns, aber für „DDR"-Verhältnisse ist es schon außergewöhnlich, daß der Mechaniker wie derzeit in Ost-Berlin auch samstags von 8 bis 1 Uhr kommt, um Defekte zu beheben – die WM macht's möglich.

Maradonas Tricks, Platinis Freistöße und Schumachers Paraden, auch in mancher Stammkneipe gibt es Fußball. Mit „guter gastronomischer Versorgung und Fußball in Farbe" empfiehlt die Klubgaststätte „Mecklenburg" am Teterower Ring im Ostberliner Ortsteil Kaulsdorf ihre „Bierstube". Täglich ab 16 Uhr.

Die Nachtbar „Kristall", gleich nebenan, ist während der WM schon morgens ab 10 Uhr geöffnet. Für „Schichtarbeiter", die ein „ordentliches Frühstück" beim Blick in die Glotze erwartet.

Meist aber spielen sich die „mexikanischen Nächte" in den eigenen vier Wänden ab. Die Masse der Lokale in der „DDR" schließt in der Regel vor *Mitternacht. Außerdem sind in* den Gaststätten – wegen der vielleicht anwesenden SED-Genossen – die westlichen Siege nur auf Ostkanal zu verfolgen. Zu Hause aber blikken die meisten in die „West-Röhren".

„Das sind ja richtige Fans unserer Mannschaft und zittern mit den Bundesliga-Kickern von Bayer Uerdingen." Sie erlebten die dramatische Fußball-Nacht vom Samstag auf Sonntag „gesamtdeutsch". Zusammen mit „DDR"-Bürgern, Gästen und Hotelpersonal, in dem Ostberliner Hotel „Müggelseeperle".

Lange Fernsehnächte, viel Alkohol, für manchen ein böses Erwachen auf dem Weg zur Arbeitsstelle. Morgens nach den Spielen schwärmt die Volkspolizei aus – Verkehrskontrollen. „Fußball-Fernseh-Marathon mit Folgen" nennt es die Ost-„Berliner Zeitung". Fünf Uhr früh nach Deutschlands Sieg über Marokko in der Spreestraße in Ost-Berlin-Treptow: 398 Kraftfahrer müssen „pusten", elf sind den Führerschein auf der Stelle los. Restalkohol.

Die „Berliner-Zeitung" zitiert Volkspolizei-Obermeister Dieter Margolinski: „Offensichtlich vergessen einige über der Weltmeisterschaft ihre Pflichten als Kraftfahrer. *Nicht anders ist das rapide Ansteigen* des Fahrens unter Restalkohol seit Anfang Juni in Berlin zu erklären."

Ein bißchen Schadenfreude über das frühe Ausscheiden aller Ostblock-Mannschaften, Bangen und Jubeln mit Franz Beckenbauers Team und große Sympathien für die Franzosen kennzeichnen die Stimmung der Fans in der „DDR". Frankreichs Erfolge lindern die eigenen Wunden, denn schließlich ist der „DDR" in der WM-Qualifikation von Platini & Co. der Weg nach Mexiko verbaut worden.

Dank Westfernsehen sind die Ost-Fans über den Fußball in der Bundesrepublik hervorragend informiert. Namen wie Völler, Allofs oder Matthäus sind vertraute Begriffe, man kennt sie genauso gut wie die eigenen Balltreter.

Allerdings meinte eine Dresdenerin in das vorgehaltene Mikrofon von ZDF-Reporter Dietmar Barsig im breiten Sächsisch, daß sie Karl-Heinz Rummenigge nicht leiden kann – „der is schoa mähr so'n Vedderan".

Rummenigge ist 30. „Vedderan" (Veteran), die amtliche „DDR"-Bezeichnung für Rentner ...

SCHWIMMEN

Goebel schneller als Beab

sid, Hannover

Er war nur einmal schneller, als er am 17. August 1977 im schwedischen Jönköping mit 1:02,86 Minuten über 100 m Brust Weltrekord schwamm. Und jetzt, bei den 98. deutschen Meisterschaften in Hannover, wurde Gerald Mörken ein Opfer der Tradition: Deutschlands starke Brustschwimmer-Gilde muß bei der Weltmeisterschaft im August in Madrid wohl auf einen verzichten, der in Amerika, der UdSSR und „DDR" problemlos Landesmeister geworden wäre. Doch in Hannover gelten andere Maßstäbe.

Endlauf im Stadionbad von Hannover: Favorit Rolf Beab, Vizeeuropameister seines Zeichens und zudem Titelverteidiger, ist bei der 50-m-Marke vorn. Dahinter sein Dormagener Vereinskamerad Bert Goebel und eben Gerald Mörken. Beab und Goebels Wenden sind stark, Mörken verhaut seine, was ihm nach eigener Aussage „zwei bis drei Zehntel kostet", und letztlich Gold oder Silber und den garantierten WM-Start.

Bert Goebel ist es, der im Ziel fast sensationell die Finger vorn hat und mit 1:02,80 den Rekord von Gerald („Gerrie") Mörken bricht. Dahinter Beab (1:02,96) und Mörken, der in 1:03,06 die zweitbeste Zeit seiner langen und wechselhaften Karriere erzielt. Und damit auf dem Papier eine Niederlage einstecken muß, denn Platz eins oder zwei sind DSV-interne Pflicht für die WM-Teilnahme. Rang drei zählt schon nicht mehr – unabhängig von der Zeit.

Mörken souverän

Aber Gerald Mörken, der für den EOSC Offenbach schwimmt, bleibt auch in dieser nur vermeintlichen Niederlage gelassen und souverän. „Die sind halt zu schnell, die Jungs", so problem- und neidlos erkennt der Ex-Weltrekordler die besseren Zeiten der anderen an. Und was die WM angeht? „Da weiß ich im Moment noch gar nichts. Wenn ich nicht in Madrid sein werde, dann packt es mich vielleicht nächstes Jahr wieder. Und dann will ich nach Seoul 1988." Ansprüche, die erfüllbar scheinen, denn die Lust am Schwimmen hat Gerald Mörken noch immer, obwohl er gegenüber seinen Glanzzeiten wesentlich weniger tut.

Doch vielleicht klappt es ja doch noch mit dem WM-Start. DSV-Schwimmwart Jürgen Kozel machte ihm ein wenig Hoffnung. „Seine große internationale Erfahrung darf nicht vergessen werden. Es war immer seine Stärke, international voll da zu sein, wenn es darauf ankam."

Mörken könnte aber auch in einer anderen Disziplin eine WM-Fahrkarte erhalten. Grund: Rolf Beab hat das Finale über 200 m Brust verpaßt. Seine im Vorlauf erzielten 2:27,95 Minuten waren zu langsam. Mörken erreichte mit 2:26,38 Minuten mühelos die Vorentscheidung.

Der deutsche Meister über 100 m Brust, Bert Goebel, war wahrscheinlich einer der würdigsten Titelgewinner überhaupt in der 100jährigen Geschichte des Deutschen Schwimm-Verbandes (DSV). Stets obenauf, stets einen lockeren Spruch und ein Lächeln auf Lippen. „Ich bin lockerer als der Rolf. Der ist unheimlich ehrgeizig", kommentierte der Sieger nach dem Rennen. Beab selber wußte nicht so recht, was ihm da widerfahren war. Er hatte eigentlich den Europarekord (1:02,61) des Italieners Gianni Minervini im Sinn. „Auf dem letzten Meter rutschte es aber nicht mehr. Entweder war ich verkrampft, oder ich bin noch nicht richtig fit."

Im Gegensatz zu Michael Groß. Der Olympiasieger war zufrieden. „Die Zeit war gut. Aber ich brauche noch mehr Stehvermögen", meinte er nach seinem Sieg über 200 m Freistil in 1:48,24 Minuten. Groß erreichte damit Jahresweltbestzeit; obwohl ein gutes Stück entfernt von seinem Weltrekord (1:47,44), war er aber so stark, daß der 22jährige bei den Weltmeisterschaften keinen zu fürchten braucht.

Biondis Weltrekord

Die Tatsache, daß ihm der Amerikaner Pablo Morales bei den amerikanischen WM-Ausscheidungen in Orlando den Weltrekord über 100 m Schmetterling entriß, ließ Michael Groß kalt. „Das mußte kommen", war der Kurzkommentar. Ansonsten war er doch etwas enttäuscht über die Leistungen seiner US-Konkurrenz, die er viel stärker erwartet hatte.

Die zweite Bestleistung aus Orlando lieferte der Amerikaner Matt Biondi, als er bei den US-Ausscheidungen über 100 m Freistil mit 48,74 Sekunden einen weiteren Weltrekord aufstellte. Biondi hatte vor einem Jahr Schwimm-Geschichte geschrieben, als er in 48,95 als erster Mensch unter der 49-Sekunden-Grenze blieb. Mit der neuerlichen Steigerung um 24 Hundertstelsekunden hat der Staffel-Olympiasieger seine Favoritenrolle für die Titelkämpfe in der spanischen Hauptstadt nachhaltig unterstrichen.

WIMBLEDON / Jimmy Connors verlor schon in der ersten Runde – Ende einer großen Karriere?





Der großen Enttäuschung des Jimmy Connors (oben) folgte ein Satz, der Wehmut und Trotz vereinigt: „Was ihr verliert, werdet ihr erst feststellen, wenn ich nicht mehr da bin." Er sagte ihn zu Journalisten, die ihn fragten, wann er denn nun aufhöre. 6:3, 3:6, 6:7, 6:7 verlor er gegen seinen Landsmann Robert Seguso (rechts), der seinen Sieg bejubelte, aber doch bei allen Gesprächen im Schatten des Verlierers stand. Seguso war bisher mit seinem Partner Ken Flach nur im Doppel Weltklasse. Er gewann durch seine Aufschläge und sein gutes Volleyspiel.

Kein Schwanengesang: „Versuchen Sie endlich zu begreifen, so schnell bin ich nicht unterzukriegen"

CLAUS GEISSMAR/DW. London

Weltklassespieler müssen in Wimbledon immer zwei Gegner schlagen. Erst den Mann auf der anderen Seite des Netzes. Dann die internationale Presse. Wenn sie wie Jimmy Connors verloren haben, können bei den anschließenden Wortgefechten im Pressekeller unter dem Centre Court von Wimbledon mehr Schmetterbälle fliegen als vorher auf dem grünen Rasen. Dutzende von Journalisten aus aller Welt, die die schmale Treppe in den Pressekeller hinunterkletterten, waren darauf vorbereitet, von Connors Abschiedsworte zu hören.

Aber der Schwanengesang nach einer großen sportlichen Karriere blieb aus. Mit dem beachtlichen Rest an Aggressivität, den Connors gegen Robert Seguso nicht losgeworden war, spielte er nun die Journalisten an die Wand. War das sein letzter Auftritt in Wimbledon? „Das geht Sie gar nichts an", lautete die Antwort. „Das ist ganz allein meine eigene Entscheidung. Die treffe ich heute nicht und vielleicht auch in acht Monaten noch nicht. Da werdet Ihr schon noch ein bißchen warten müssen."

Was Connors in einer langen Tennis-Karriere ausgezeichnet hat, war nach dem verlorenen Matchball plötzlich noch einmal um eine Interview-Stunde verlängert – sein Kampfgeist wollte sich immer noch nicht geschlagen geben. Der Amerikaner, immer wieder als „Tennis-Löwe" beschrieben, röhrte noch einmal in den Wimbledon-Kulissen. Die Enttäuschung über die Niederlage in der ersten Runde hatte ihn einfach zu tief getroffen. Man muß in den Tennis-Jahrbüchern bis 1972 zurückblättern, um festzustellen, daß Connors seitdem niemals in der ersten Runde eines Grand-Slam-Turniers verloren hat.

Woran hat es dann gelegen, daß er diesmal sogar gegen die Nummer 31 der Weltrangliste verlor? Auf diese Frage gab Connors eine Antwort, die neben seiner Aggressivität und seinem Kampfgeist einen anderen Charakterzug beweist: Seinen Gegnern gegenüber bleibt er immer fair. „Seguso hat hervorragend aufgeschlagen. Es kam eine Bombe und dann noch eine und noch eine. Was soll man machen, wenn der Gegner sogar mit dem zweiten Aufschlag Asse serviert? Der hat doch wie im Traum gespielt." Der „Traum" von Robert Seguso hatte allerdings noch eine andere ganz reale Weltklassestärke. Als einer der besten Doppelspieler der Welt (mit Partner Ken Flach) ist Robert Seguso einer der besten Volleyspieler. Deshalb konnte er nach seinem starken Aufschlag immer sofort nach vorne laufen und seine Flugbälle wie Nadelstiche in das Feld von Connors setzen.

Seinen 34. Geburtstag wird dieser in Ehren ergraute „Tennis-Löwe", der in seiner sportlichen Karriere 105 Turniere gewonnen hat, am 2. September feiern. Aber eine Abschiedsfeier soll es eben nicht werden. Als sich die Frage nach seinem Wimbledon-Abschied im Pressekeller wiederholte, schnarrte er noch einmal: „Versuchen Sie doch, es endlich zu begreifen. So schnell bin ich nicht unterzukriegen." Der Schwanengesang, der von dem „Löwen" Connors nicht zu hören war, wurde dafür von Englands Medien angestimmt. Im „Daily Express" konnte „Jimbo" gestern lesen, was alle Briten dachten: „Good bye Connors".

Als am Montagabend wegen Dunkelheit die Unterbrechung kam, stand Hansjörg Schwaier (München) am Rande einer Niederlage. Die Partie der ersten runde zwischen ihm und dem Argentinier Marcelo Ingaramo stand 6:4, 3:6, 3:6, 7:5, 4:5 und bei eigenem Aufschlag 30:40. Zwei Ballwechsel nur trennten den Bayern von der Niederlage. Doch er gewann den entscheidenden Satz noch mit 8:6 und erreichte die zweite Runde in Wimbledon. Ingaramo verlor nicht nur, wegen Schlägerwerfens mußte er auch noch 500 Dollar Strafe zahlen. Schwaier anschließend: „Das ging noch einmal gut. Eigentlich war ich vor den letzten Ballwechseln ganz zuversichtlich. Da ich als Sandplatzspezialist gelte, hatte ich auf Rasen sowieso nichts zu verlieren."

Bereits nach dem ersten Spiel mußte auch der Argentinier Guillermo Vilas auf seiner Abschiedstournee Wimbledon vorzeitig verlassen. Auf dem Centre Court kanzelte ihn Pat Cash (Australien) in drei Sätzen mit 6:4, 6:2, 6:3 ab. Vilas (33) hatte alle Turniere der Welt gewonnen, auf Wimbledons Rasenplätzen war er aber zweimal 1975 und 1976 – lediglich bis ins Viertelfinale gekommen. Nach Kevin Curren (USA) mit seiner Niederlage am Vortag gegen Eric Jeler (Neuss) war Vilas der zweite gesetzte Spieler (Nr. 15), der bereits nach dem ersten Tag ausschied.

Ivan Lendl (CSSR), Nummer eins der Welt und Nummer eins in Wimbledon, hatte in seinem ersen Match gegen den Mexikaner Leonardo Lavalle vor allem sich selbst als Gegner, ehe er in der Hängepartie über zwei Tage mit 7:6, 6:3, 6:4 siegte. Lendl anschließend: „Das erste Spiel ist meist das schwerste. In diesem Jahr hoffe ich weit nach vorne zu kommen." Vor einem Jahr hatte ihm der Franzose Henri Leconte im Achtelfinale nur die Rolle eines Nebendarstellers überlassen.

Der Auftakt im Damen-Wettbewerb stand ganz im Zeichen der bereits schon ewig dauernden Regentschaft von Martina Navratilova und Chris Evert-Lloyd (beide USA). Titelverteidigerin Navratilova fertigte Amanda Dingwall (Australien) mit 6:3, 6:2 auf dem Centre Court ab, Mary Jo Fernandez (USA) erhielt auf Platz eins beim 4:6, 1:6 eine Lektion. Chris Evert-Lloyd, als Nummer zwei gesetzt, meinte später: „Ich habe lange nicht mehr gegen eine 14jährige gespielt, aber ich muß sagen, die Kleine hat einiges auf Lager." Martina Navratilova, die vor zwei Wochen auf Asche im Endspiel gegen Evert-Lloyd in Paris unterlag, sagte nach ihrem Sieg: „Mein Ziel ist der fünfte Erfolge in Wimbledon hintereinander – aber davor stehen noch einige Gegnerinnen."

Von den Deutschen standen nur eine Runde lang auf dem Rasen: Damir Keretic (Stuttgart), Eva Pfaff (Frankfurt) und Christian Saceanu (Neuß). Keretic gegen seinen amerikanischen Freund Brian Teacher mit 6:2, 4:6, 3:6, 5:7, Eva Pfaff nach 4:1-Führung im ersten Satz gegen Jane Forman (USA) 5:7, 4:6, Saceanu mit 6:7, 4:6, 6:3, 3:6 gegen den Amerikaner Mike Bauer, der 1985 auf Platz eins der deutschen Rangliste stand und für Grün-Weiß Mannheim spielte.

STAND ● PUNKT

Und Jimmy geht vom Platz . . .

Das Auf und Ab in einer Sportlerkarriere ist eine natürliche Angelegenheit und gehört nun mal dazu. Und dennoch gibt es jene Momente, in denen bittere Niederlagen beim Außenstehenden, bei den Zuschauern, aber auch bei den professionellen Beobachtern der Szene, Mitleid erregen.

So geschehen am späten Dienstag abend um 21.26 Uhr auf dem Court Nomber One des All England Lawn Tennis Club in Wimbledon. Da verharrte James Scott Connors (Jimmy) für den Bruchteil einer Sekunde an der Grundlinie und schaute fassungslos auf seinen Landsmann Robert Seguso.

Gar Unglaubliches war ihm in diesem Augenblick wiederfahren. Der als Doppelspezialist bekannte Seguso hatte seinen vierten Matchball mit Gewalt verwandelt. Das Aus für den 33jährigen in der ersten Runde der 100. Wimbledon Championchips war perfekt, ein Schock nicht nur für Connors, sondern für die gesamte Tennis-Welt.

Denn der US-Superstar war vor diesem Wimbledon-Turnier noch einer der wenigen Strohhalme der Management-Gruppen. An ihn versuchten sich alle zu klammern. Ein Mann, dessen Rekorde schon alleine auf dem Papier für sich sprachen. Zwei Wimbledonsiege, sechsmaliger Gewinner der Offenen Amerikanischen Meisterschaften, Titelträger der Meisterschaften von Australien, Sieger im Masters-Turnier, zwölf Jahre lang unter den ersten Zehn der Weltrangliste, unter dem Strich 105 Grand-Prix-Siege. Das ist eine Anhäufung von Erfolgen, die ihresgleichen suchen.

Aber viel wichtiger als die sterile Statistik war und ist die Persönlichkeit des Ausnahmespielers auf dem Platz. Ausgestattet mit dem typischen Kampfgeist eines professionellen amerikanischen Athleten war er einer jener Vertreter des Tennis, der sich mit innerer Hingabe in jedes Match hineinsteigert.

Am Anfang seiner Karriere, wegen seiner Temperamentsausbrüche in der Öffentlichkeit und bei seinen Spielerkollegen als Rebell, fast schon als Rüpel verschrien, hat sich die Einstellung seiner Umgebung schnell geändert. Der Respekt vor Connors Leistung wurde immer größer, und wenn er in seiner unnachahmlichen Art mit dem Ali Shuffle tänzelnd in seine Returns stürzte, erntete er auch von seinen schärfsten Rivalen Bewunderung.

Jetzt, nach seiner Niederlage in der ersten Runde, nachdem er 14 Jahre lang mindestens drei Spiele in Wimbledon gewann, hat sich das Blatt gedreht. Die Beine sind langsamer geworden, die körperliche Fitneß reicht nicht mehr aus, um sich bei einem Grand-Slam-Turnier mit 128 Teilnehmern über drei Gewinnsätze ganz nach vorne zu spielen.

Und nur dies kann das Ziel für Jimmy Connors sein, die absolute Spitze. Er ist kein Mann der Mittelmäßigkeit, er hat es nicht verdient, in die zweite Reihe abzugleiten.

Noch ist Jimmy Connors der große Mann des Tennis-Sports. Er hat sich selbst ein Denkmal gesetzt. Zur Größe eines Sportlers aber gehört am Ende einer Karriere auch der Mut zum Rücktritt. So traurig es auch ist, Jimmy Connors muß ihn jetzt wohl aufbringen. Damit das einmal erbaute Denkmal nicht wackelt.

H.-J. POHMANN

GALOPP-KOLUMNE / Am Samstag beginnt in Hamburg-Horn die Derbywoche, der Höhepunkt der deutschen Turf-Saison

Noch 28 Pferde startberechtigt – Orfano trägt die Nummer 1

Am Samstag beginnt auf der Galopprennbahn in Hamburg-Horn die insgesamt sieben Renntage umfassende Derby-Woche, neben den beiden Veranstaltungen von Baden-Baden und dem Kölner Europa-Meeting der sportliche Höhepunkt der deutschen Turf-Saison. Das 117. Deutsche Derby, zum dritten und damit letzten Mal von IBM-Deutschland gesponsert, wird am 6. Juli um 18.30 Uhr gestartet. Es wird wie in den Vorjahren auch als Rennquintett-Prüfung gelaufen und ist damit (fast) bundesweit auch in allen Lotto- und Totoannahmestellen zu wetten. Aus diesem Grund steht das endgültige Starterfeld auch schon am Abend des 29. Juni fest.

*

Noch sind 28 Pferde startberechtigt, alle Favoriten sind dabei. Mit der Nummer eins auf der Satteldecke wird auf alle Fälle Orfano aus dem Gestüt Zoppenbroich mit Jockey Peter Alafi (50) antreten.

*

Wie stets in allen Jahren zuvor sind bei den 28 Pferden auch einige wenige dabei, die aufgrund bislang gezeigter Leistungen bestensfalls ins Rahmenprogramm einzuordnen wären. Ihre Trainer und Eesitzer vergaßen möglicherweise den letzten Streichungstermin oder spekulieren darauf, vom Veranstalter den letzten Einsatz erstattet zu bekommen, wenn sie nicht laufen. Absolute „Exoten" unter den 28 Pferden sind All right, Belle Rih, Klee, Moldiano und Vaskaro. Maximal sind 24 Pferde auf dem Horner Kurs zugelassen. Eigentlich gab es mit einer großen Starterzahl in den letzten Jahren wenig Probleme. Allzu deutlich sonderten sich die Aspiranten um Sieg und Platz zeitig von den „Nieten" ab.

*

Ein Hengst wird in Hamburg schon als Derby-Sieger an den Start gehen. Zinntaler gewann am letzten Sonntag in der Wiener Freudenau das Derby von Österreich. Unter normalen Umständen ist diese Leistung nur drittklassig zu werten, zu viele Pferde mit geringem Können haben dort gewonnen. Ausnahmen bestätigten aber auch im Wiener Derby immer wieder einmal die Regel. Zinntaler ist auf alle Fälle ein bemerkenswertes Pferd. Er ist das 13. Fohlen seiner jetzt 22jährigen Mutter Zinnia, die Manfred Ostermann aus Witten für sein Gestüt Hof Ittlingen in Werne an der Lippe vom Gestüt Nehmten in Plön (Ost-Holstein) erwarb. Zinnia hat selbst kein Rennen bestritten, sie brachte die Pferde Zivinnia, Zarin, Zipfel, Zar Alexander, Ziethen, Zarewitsch, Zandvoort, Zupfer, Zineraria, Zinnsoldat, Ziethenhusar, Zebrina und Zinntaler zur Welt. Nach Zinntaler gebar sie 1985 die Stute Zinnie, derzeit hat sie ein noch namenloses Stutfohlen vom Hengst E-Lolshan bei Fuß und ist gedeckt vom Galopper des Jahres 1978, dem Hengst Esclavo. Gestütsleiter Gebhard Apelt: „Sie ist bei bester Gesundheit und fühlt sich pudelwohl." Klassischer Sieger der Zinnia-Nachkommen war 1977 Ziethen (Henckel-Rennen), als Seriensieger trumpften Zipfel und Zarewitsch auf, lediglich die jetzt vierjährige Stute Zebrina blieb ohne Erfolge.

*

Immer wieder neue Namen tauchen für den Holsten-Jockey-Europacup auf, der am 4. Juli (Freitag) im Rahmen der Hamburger Derby-Woche ausgetragen wird. Titelverteidiger Pat Eddery und Englands Champion Steve Cauthen hatten bereits abgesagt, nun mußte auch der Australier Garry Moore passen, weil er gesperrt ist. Derzeitiger Stand für das Feld: Freddy Head, Ives St.-Martin, Cash Asmussen, Alexander Tschugujewez, Johan Stenström, Gianfranco Dettori, Pascal van de Keere (Belgien), Christy Roche und der kanadische Meister Robin Plats. Sie reiten für Deutschland: Peter Alafi, Peter Remmert, und Lutz Mäder. Ausgelost werden die Ritte für die vier Wertungsläufe am kommenden Montag im Hamburger Hotel Interconti.

*

8,57 Millionen Mark hat der Hamburger Renn-Club bei der Derby-Woche 1985 an den Wettschaltern umgesetzt. Mindestens neun Millionen sind das Ziel für die diesjährige Veranstaltung.

*

Das Memorial für Otto Schmidt, den mit 2218 Siegen immer noch erfolgreichsten deutschen Jockey aller Zeiten, steht traditionsgemäß im Mittelpunkt des ersten Renntags, der am Samstag um 14.30 Uhr beginnt und insgesamt zehn Rennen beinhaltet. Das Otto-Schmidt-Rennen ist mit 30 000 Mark dotiert (eine Aufstokkung scheint dringend erforderlich), es laufen zehn Pferde: Feuerbach (Peter Remmert), Fox's Den (Andrzej Tylicki), Avellino (Peter Alafi), Pardo (Peter Schiergen), Pedregal (Georg Bocskai), Stralino (Lutz Mäder), Charleroi (Ralf Suerland), Helikon (Dragan Ilic) und Katmai (Manfred Hofer). Bis auf Feuerbach, Fox's Den und Pardo haben alle Pferde noch die Startberechtigung für das Derby eine Woche später.

*

Bemerkenswert erfolgreich läuft es im Stall des erst 24jährigen Andreas Wöhler in Bremen, der das Unternehmen nach dem Tode seines Vaters Adolf Wöhler plötzlich übernehmen mußte. Er betreut ein Lot von circa 50 Pferden, das Team mit Futtermeister Dieter Davids an der Spitze blieb zusammen; schon über 20 Rennen hat der Stall Wöhler gewonnen, allein drei am letzten Bremer Renntag.

NACHRICHTEN

Deutschland Letzter

Paris (GAB) – Der Deutsche Golf-Verband wurde im Vier-Länder-Turnier der Herren in La Torquet (Frankreich) nur Letzter mit 0:6 Punkten hinter Irland 6:0, Schweden 4:2 und Frankreich 2:4. Das deutsche Sechstett, das die beiden letzten Turniere in Halmstadt und Bad Ems gewonnen hatte, unterlag diesmal den Iren 2:7, den Schweden 1:8 und den Franzosen 4:5 in jeweils drei Vierern und sechs Einzeln.

Zapf Verbandstrainer

Berlin (sid) – Der Deutsche Fußball-Verband (DFV) der „DDR" hat erste Konsequenzen aus dem nationalen und internationalen Einbruch am Ende der Oberliga-Saison gezogen. Der 39 Jahre alte Manfred Zapf, früherer Abwehrspieler des 1. FC Magdeburg, wurde mit sofortiger Wirkung als Nachfolger des seit November 1983 amtierenden Chef-Verbandstrainers Dieter Fuchs bestimmt.

Mill nach Dortmund

Dortmund (dpa) – Fußball-Bundesligaklub Borussia Dortmund und Nationalstürmer Frank Mill haben sich doch über die Modalitäten eines Zweijahresvertrages geeinigt. Keine Klarheit herrscht dagegen über die Höhe der Ablösesumme.

Koof reitet nicht

Willich (dpa) – Die Weltmeisterschaft der Springreiter in Aachen vom 9. bis 13. Juli findet endgültig ohne Titelverteidiger Norbert Koof (Willich) und sein erfolgreiches Pferd Fire statt. Das ist das Ergebnis eines Gesprächs zwischen Bundestrainer Herbert Meyer, dem Fire behandelnden Tierarzt und Norbert Koof. Koof wäre als Weltmeister automatisch startberechtigt gewesen.

Hockey-Sieg

Frankfurt (dpa) – Im ersten der beiden Spiele zur Vorbereitung auf die Hockey-Weltmeisterschaft, die im Oktober in London stattfindet, unterlag der Vize-Europameister UdSSR in Frankfurt der Auswahl der Bundesrepublik Deutschland klar mit 0:4.

Doping-Vorwurf

Berlin (sid) – Alwin Schockemöhle, zweifacher Olympiasieger der Springreiter, muß bis zum 27. Juni eine Gegenanalyse für den unter Doping-Verdacht stehenden dreijährigen Traber-Hengst Every Way vorlegen. Der Hauptverband für Traberzucht und -rennen hat der Besitzergemeinschaft Schockemöhle und Stall Lucky Kotten vorgeworfen, Every Way beim Adbell-Toddington-Rennen am 1. Juni in Berlin-Mariendorf mit der verbotenen Substanz Oxyphenbutazon fit gemacht zu haben.

Laufverbot für Zola Budd

Oslo (sid) – Zola Budd, die aus Südafrika stammende und seit 1984 für England startende Crosslauf-Weltmeisterin, darf am 5. Juli beim internationalen Leichtathletik-Meeting in Oslo nicht starten. Wie ein Sprecher der Sportfest-Organisation mitteilte, wird Budd nicht eingeladen, weil wegen der unstabilen Lage in Südafrika Demonstrationen gegen sie befürchtet werden.

ZAHLEN

SCHWIMMEN

98. Deutsche Meisterschaften in Hannover, 2. Tag, Entscheidungen, Herren, 200 m Freistil: 1. Groß 1:48,24 (Jahres-Weltbestzeit), 2. Fahrner (beide Offenbach) 1:49,52, 3. Henkel (Köln) 1:49,91. – 100 m Brust: 1. Goebel 1:02,80 (DSV-Rekord), 2. Beab (beide Dormagen) 1:02,96, 3. Mörken (Offenbach) 1:03,06. – 200 m Rücken: 1. Hoffmeister (Bochum-Wattenscheid) 2:04,54, 2. Lebberz (Darmstadt) 2:05,19, 3. Beimel (Wuppertal) 2:06,13. – 400 m Lagen: 1. Diegel (Dormagen) 4:24,16 (DSV-Rekord), 2. Bermel (Hamburg) 4:25,59, 3. Stöckigt (Berlin) 4:30,77. – 4 x 100 m Lagen: 1. Offenbach I 3:45,97 (DSV-Rekord), 2. Darmstadt 3:48,67, 3. Bochum-Wattenscheid I 3:48,83. – Damen, 100 m Freistil: 1. Seick (Winsen) 56,36 (DSV-Rekord), 2. Zscherpe (Berlin) 57,01, 3. Schuster (Bietigheim) 57,17. – 400 m Freistil: 1. Kowalczik 4:15,69, 2. Lebek 4:18,21, 3. Schwarz (alle Köln) 4:20,56. – 200 m Brust: 1. Dahm (Duisburg) 2:35,35, 2. Pritzkow (Köln) 2:38,30, 3. Hasse (Dormagen) 2:38,77. – 400 m Lagen: 1. Schlicht (Hamburg) 4:56,57, 2. Thielemann (Heidelberg) 4:57,98, 3. Russ (Köln) 4:58,17. – 4 x 100 m Lagen: 1. Hamburg 4:18,40 (DSV-Rekord), 2. Cannstatt 4:27,17, 3. Nikar/Heidelberg 4:28,63.

TENNIS

100. All England Championships in Wimbledon, 2. Spieltag, Herren: Lendl (CSSR) – Lavalle (Mexiko) 7:6, 6:3, 6:4, Cash (Australien) – Vilas (Argentinien) 6:4, 6:2, 6:3, Teacher (USA) – Keretic (Deutschland) 2:6, 6:4, 6:3, 7:5, Maurer (Deutschland) – Glickstein (Israel) 6:4, 6:2, 6:4, Dowdeswell (England) – Chesnokow (UdSSR) 6:2, 2:6, 6:4, 6:4, Steyn (Südafrika) – Lloyd (England) 3:6, 2:6, 6:3, 6:3, 6:1, Srejber (CSSR) – Teltscher (USA) 7:6, 6:4, 6:4, Zicojinovic (Jugoslawien) – Youl (Australien) 6:4, 6:7, 4:6, 7:6, 6:4, Fitzgerald (Australien) – Gomez (Ecuador) 6:1, 3:6, 7:6, 6:4, Svensson (Schweden) – Levine (Südafrika) 6:1, 7:6, 6:3, Günthard (Schweiz) – Layendecker (USA) 7:5, 6:2, 3:6, 6:1, Leconte (Frankreich) – Angenor (Haiti) 7:5, 6:2, 6:3, Wilkison (USA) – Shaw (England) 7:5, 6:7, 6:4, 6:4, Kirmayr (Brasilien) – Sundstroem (Schweden) 6:4, 6:2, 6:4.

Damen, 1. Runde: Jordan – Mochizuki (beide USA) 6:1, 6:3, Horvath – Steinmetz (beide USA) 6:1, 7:5, Forman (USA) – Pfaff (Deutschland) 7:5, 6:4, Tanvier (Frankreich) – Kuhlmann (USA) 2:6, 6:4, 8:6, Byrne – Turnbull (beide Australien) 7:6, 6:2, Nagelsen – Shriver (beide USA) 4:6, 6:3, 6:4, Mandlikova (CSSR) – Tacon (England) 6:1, 6:1.

Kreml attackiert Erfassungsstelle in Salzgitter

D. G. Bonn

Die Sowjetunion hat eine neue Kampagne gegen die Zentrale Erfassungsstelle in Salzgitter für Straftaten an der innerdeutschen Grenze und menschenrechtswidrige Handlungen in der „DDR" gestartet. In der Juni-Ausgabe der deutschsprachigen Moskauer Zeitschrift „Neue Zeit" wird der Bundesregierung Rechtsanmaßung und Mißachtung der Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges vorgeworfen. Wörtlich heißt es in der Zeitschrift: „Ein Instrument dieser Politik ist die zentrale ‚Erfassungsstelle' in Salzgitter. Was dort registriert wird? All das, was Bonn gegen den Strich geht. So, wenn DDR-Organe Grenzverletzer festnehmen. Überdies versucht die ‚Stelle' jetzt bereits mehr als 20 Jahre, Ermittlungen in Fällen von DDR-Bürgern durchzuführen, die Vergehen auf ihrem Territorium begangen haben ... Ist die Ausdehnung der Strafrechtspflege auf Territorium und Bürger der *DDR* nicht eine Verletzung von Normen des Völkerrechts, für das sich Bonn verbal so stark macht?"

Was der sowjetischen und auch der Ostberliner Propaganda so sehr *gegen den Strich geht, bearbeitet die* Erfassungsstelle seit März 1964: Politische Terrorjustiz und Mißhandlungen durch Angehörige des Ministeriums für Staatssicherheit, der Polizei und der Strafvollzugsorgane. Da das inzwischen immer mehr perfektionierte östliche Grenzsicherungssystem direkte Fluchtversuche nur bei größtem Risiko für Leben und Gesundheit zuläßt, hat sich die Tätigkeit der Erfassungsstelle von diesem Bereich zwangsläufig auf Straftaten in der „DDR" verlagert. Die abschreckende Wirkung der Behörde in Salzgitter auf das Personal im Polizei- und Justizbereich der „DDR" sei erheblich, heißt es bei den zuständigen Bonner Stellen. Bis gestern waren in Salzgitter insgesamt 34 918 Ermittlungsfälle erfaßt, davon 4295 an der Zonengrenze. Außerdem sind 1727 Fälle von Mißhandlungen in Haftanstalten aktenkundig. Die Erfassungsstelle wurde von den Länderjustizverwaltungen nach dem Bau der Mauer vor fast 25 Jahren gegründet, um Gewalttaten an der Zonen- und Sektorengrenze zu registrieren und nach Möglichkeit zu ahnden.

Bonn steckt das neue Asylrecht ab. Koalition uneinig über Arbeitsverbot

„Nachfluchtgründe" nicht mehr möglich / Miltner: Bundesrepublik ist kein Einwanderungsland

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

„Es muß verhindert werden, daß die Bundesrepublik Deutschland als das Land der Europäischen Gemeinschaft mit der höchsten Aufnahmequote von Asyl-Antragstellern indirekt zum Einwanderungsland wird." Mit dieser Feststellung beschrieb der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Karl Miltner, im Gespräch mit den WELT den Inhalt des Koalitionsgespräches, mit dem heute zwischen der Union und der FDP unter Vorsitz von Bundeskanzler Helmut Kohl über Änderungen des Asylverfahrensrechtes beschlossen werden soll.

Nachdem der Asylantenstrom seit 1983 (20 000 Anträge) so angeschwollen war, daß 1985 rund 70 000 Anträge gestellt wurden, hatte der Bundesrat nach Initiativen von Bayern, Baden-Württemberg und Berlin Gesetzesvorschläge ausgearbeitet und mit Mehrheit verabschiedet, die auf eine entschiedene Eindämmung abzielten.

Gesetz im September

So war in den Anträgen gefordert worden, daß künftig alle *zwei* Jahre amtlich geprüft werden müsse, ob die Voraussetzungen des Asylantrages noch vorlägen. Die Zeit des Arbeitsverbotes für Asylbewerber von festgelegten zwei Jahren Wartezeit sollte für die Dauer des ganzen Verfahrens Gültigkeit haben.

Die Bundesregierung hatte sich 1985 schon gegen die Kernforderung der Zwei-Jahres-Überprüfungen gewandt, weil „der bürokratische Auf*wand den Nutzen bei weitem über*treffen werde". Nachdem seit Wochen zwischen der Union und der FDP über die Asylverfahrens-Regelung gesprochen worden war, weil man das Gesetz noch vor der Sommerpause verabschieden wollte (jetzt soll es bis September dauern), war bis zum Mittwoch eine, wie Miltner sagte, „weitgehende Einigung" in der Koalition über den Text erreicht worden. Danach bleiben die sogenannten „Nachfluchtgründe" bei Asylantragstellern künftig „unbeachtlich". Wer also nach Eintreffen in der Bundesrepublik Deutschland durch sein Verhalten erst Gründe schafft, die eine Rückkehr in das Heimatland unmöglich machen sollen, kann dennoch abgeschoben werden.

Außerdem einigte sich die Union mit der FDP darüber, daß Asylbewerber, die vor ihrem Eintreffen in der Bundesrepublik schon drei Monate lang in einem anderen Land der EG gewohnt haben, sogar schon an der deutschen Grenze wieder abgeschoben werden können.

Die FDP machte durch ihren Bundestagsabgeordneten Burkhard Hirsch auf Diskrepanzen aufmerksam. So will sich die FDP nicht mit einem vorgesehenen Arbeitsverbot für Asylbewerber abfinden, solange deren Verfahren nicht rechtskräftig abgewickelt ist. Diese „Bona fide"-Flüchtlinge sollten mehr Bewegungsfreiheit haben, da es sich ohnehin nur *um rund 7000 Fälle, darunter 4000* Tamilen, handele. Hirsch machte in Bonn deutlich, daß er mit der FDP die Zahl von 62 163 anerkannten politischen Flüchtlingen (Stand Ende 1985) angesichts der Zahl von rund 4,5 Millionen Ausländern in der Bundesrepublik für unbedenklich hält.

„Wirtschaftsflüchtlinge"

Die Tatsache, daß 1985 rund 11 300 rechtsmäßig als Asylanten anerkannt wurden, was einer Quote von 29 Prozent der Antragsteller entspricht, zeigt für ihn nur „erhöhten Vertreibungsdruck" an. 1980 lag die Quote bei zwölf Prozent, 70 500 Asylantragsteller sind in den Häusern des Lagers Zirndorf des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge untergebracht. 29 000 Asylfälle sind bei den Gerichten anhängig. Für die schnellere Durchführung der Verfahren setzt sich die FDP für Außenstellen des Lagers Zirndorf ein, nachdem die Abwicklungszeiten immer noch über ein Jahr dauern. Karl Miltner sagt: „Zwei Drittel der Asylbewerber sind Wirtschaftsflüchtlinge und nichts anderes. Unser Bestreben ist es, das Asylrecht denen zugute kommen zu lassen, die es auch wirklich beanspruchen können."

Gerhardt: Bündnis mit SPD möglich

DW. Hannover

Der stellvertretende FDP-Vorsitzende Wolfgang Gerhardt hat die Überlegungen zu Koalitionen zwischen FDP und SPD auf Länderebene verteidigt, zugleich aber die Zusammenarbeit mit der CDU im Bund bekräftigt. Gerhardt, der zugleich hessischer FDP-Landesvorsitzender ist, sagte: „Wer eine Koalition mit der SPD für die Zukunft prinzipiell ablehnt, kann kein Liberaler sein." Für einen „echten Liberalen" seien „Blockbildungen in einheitlicher Form geradezu widerwärtig". Damit widersprach er Äußerungen des FDP-Generalsekretärs Haussmann.

Ditfurth will in den Bundestag

gü, Stuttgart

Die Sprecherin im Grünen-Bundesvorstand, Jutta Ditfurth, bewirbt sich 1987 in Karlsruhe um ein Bundestagsmandat. Die Repräsentantin des „Fundamentalistenflügels" wurde von der Wahlkreisversammlung mit 25 von 39 Stimmen nominiert. Frau Ditfurth will nun bei der nächsten Landesversammlung Anfang Juli für einen „vorderen, aussichtsreichen Platz" auf der Landesliste kandidieren. Weitere mögliche Spitzenkandidaturen sind der Friedensforscher Alfred Mechtersheimer, und der ehemalige Stuttgarter Grünen-Bundestagsabgeordnete Willi Hoss.

Mehr Chancen für Privatfunk

DW. Bonn

Die Bundesregierung will die Voraussetzungen für eine Chancengleichheit für den Privatfunk vorantreiben. In einem vom Bundeskabinett gestern verabschiedeten Sechs-Punkte-Programm ist unter anderem der Aufbau flächendeckender UKW-Netze vorgesehen. Nach Auskunft von Bundesinnenminister Zimmermann sollen neue Nutzungsmöglichkeiten für private Anbieter geschaffen und differenzierte Gebührenregelungen eingeführt werden. So sollen Rundfunksender stundenweise vermietet und ein besserer Service zur Vermarktung eingeführt werden.

Bonn fordert von Moskau Wende in Abrüstungspolitik

rmc, Bonn

Deutlicher als in der jüngsten Vergangenheit hat die Bundesregierung in ihrem Jahresbericht zur Rüstungskontrolle und Abrüstung die mangelnde Bereitschaft der Sowjetunion, an wirklicher Rüstungsminderung mitzuwirken, kritisiert. Der gestern vom Bundeskabinett verabschiedete Bericht verlangt von Moskau, den öffentlichen Willenserklärungen zur Rüstungsminderung eine *entsprechende Bereitschaft in den* verschiedenen Verhandlungsformen folgen zu lassen.

Bonn hält eine „grundlegende Abkehr von bisherigen sowjetischen Positionen" für dringlich. Dazu zähle die notwendige zuverlässige Über*prüfbarkeit getroffener Abrüstungs*vereinbarungen. Diese seien der Schlüssel in allen jetzt laufenden Verhandlungen. Insbesondere bei den Stockholmer KVAE-Gesprächen müssen nach Ansicht der Regierung Maßnahmen vereinbart werden, die eine frühzeitige Bekanntmachung „relevanter militärischer Aktivitäten einschließlich von Manövern sowie deren Beobachtung" in ganz Europa vom Atlantik bis zum Ural erlauben. Begrüßt wurde, daß die NATO-Vertreter sich vergangenen Montag in Brüssel umgehend auf ein Mandat und die Vorbereitung von konventionellen Abrüstungsverhandlungen für ganz Europa verständigt haben. Bei den Verhandlungen über die Mittelstreckenwaffen wird von der UdSSR gefordert, unbedingt zu Regelungen bereit zu sein, die gleiche Rechte für alle garantieren und damit die gleichwertigen Sicherheitsinteressen der Nachbarstaaten berücksichtigen.

Zum ersten Mal wird in dem offiziellen Regierungsdokument auf die sowjetischen Raketen mit Reichweiten zwischen 100 und 900 Kilometern hingewiesen, die eine neue Bedrohung der NATO – insbesondere der Bundesrepublik – darstellen.

Mit den Flugkörpern, die sowohl mit nuklearen und chemischen als auch mit konventionellen Sprengköpfen bestückt werden können, besitze der Warschauer Pakt die Möglichkeit, Kommandozentralen und Versorgungsbasen der NATO schlagartig auszuschalten. Ein konventioneller Einsatz sowjetischer Raketen gegen das Nuklearpotential der NATO in Europa sei damit ebenfalls möglich, ohne daß dabei die Atomschwelle überschritten werde.

Portugals Regierungschef ist zum Rücktritt bereit

Parlament in Lissabon *muß bis zum Freitag entscheiden*

ROLF GÖRTZ, Lissabon

Portugal steht wieder einmal am Scheideweg: Ministerpräsident Anibal Cavaco Silva hat die Vertrauensfrage gestellt und ist zum Rücktritt entschlossen. Bis zum Freitag muß das portugiesische Parlament die Wirtschaftspolitik des Ministerpräsidenten Anibal Cavaco Silva gutheißen, dem jungen Professor der Finanzwissenschaften die Vollmachten *auch über das* unselige Erbe der Revolution der Roten Nelken überlassen – oder die Auflösung des Parlaments und damit Neuwahlen verantworten.

Cavaco Silva hatte bei seinem Amtsantritt vor neun Monaten sein *Regierungsprogramm* vom Parlament billigen lassen. Aber es enthielt bereits entscheidende Konfliktstoffe, die eine Entlassung praktisch ausschließen und deshalb jede wirtschaftliche Entfaltung blockieren.

Es kam, was viele voraussahen: bei der gesetzlichen Verwirklichung einzelner Programmpunkte stemmten sich vor allem die Kommunisten entschieden dagegen. Die Sozialisten und schließlich auch die Erneuerungspartei des abgelösten Staatspräsidenten General Eanes erklärten ebenfalls, daß sie ihre Zustimmung verweigern würden.

Da Portugals Wirtschaftspolitik auf die Angleichung an die Gegebenheiten der EG angewiesen ist, diese Angleichung aber von der linken Mehrheit im Parlament stets in Frage gestellt wird, mußte Cavaco Silva die Konsequenzen ziehen.

Der Countdown läuft

Er tat es, indem er am Dienstag die Vertrauensfrage stellte und dies der Nation in einer Fernsehansprache mitteilte. Nach zehn Jahren ständiger Querelen, die bis jetzt keine kontinuierliche Politik zuließen und damit die wirtschaftliche Entfaltung bremsten, kam die Entschlußfreudigkeit des Ministerpräsidenten beim Fernsehvolk und somit auch bei den Wählern gut an.

Sollte das Parlament der Regierung das Vertrauen versagen, dann wird Cavaco Silva gleich darauf zurücktreten und Neuwahlen einleiten. Staatspräsident Mario Soares, dem Cavaco Silva von der Vertrauensfrage berichtete, machte keine Einwände, so daß der Countdown bereits läuft.

Kommunisten und ein großer Teil der Sozialisten glauben, an zweifelhaften Errungenschaften der Revolution festhalten zu müssen. Eanes-Reformisten wissen aber auch, daß sie die Hauptleidtragenden einer Neuwahl sein dürften, denn die letzte Präsidentenwahl zeigte schon im ersten Wahlgang, daß ihr eben erst aufgestiegener Stern wieder verblaßt. Die Sozialisten tragen zur Zeit an dem Handikap einer Vorstandswahl, die erst Anfang Juli ihre neue Führungsmannschaft ermitteln soll. Sie sind deshalb nicht gerade handlungsfreudig. Als Favorit für den Posten des Generalsekretärs gilt der bisherige Gourverneur der Bank von Portugal, der Finanzwissenschaftler Vitor Constancio.

Erholung der Wirtschaft

Regierungschef Cavaco Silva steht zur Zeit im Zenit seines ersten Regierungsjahres; auch im Ansehen des Volkes. Die Wirtschaft zeigt sichtbare Ansätze einer Erholung. In Fortsetzung des Programmes der von ihm gestürzten Koalitionsregierung Soares gelang es, die Inflationsrate von 30 Prozent auf 15 Prozent zu drücken. Die Leistungsbilanz konnte im vergangenen Jahr sogar einen Überschuß von etwa 300 Millionen Dollar vorweisen.

Der wirtschaftliche Aufwärtstrend wird gefördert durch die weltweite Senkung der Ölpreis und vom Kurssturz des Dollars. Sollte aber die Inflationsrate weiter gedrückt werden, müssen vorher die unverhältnismäßig hohen Arbeitskosten gesenkt werden. Das bedeutet flexiblere Arbeitsgesetze als Voraussetzung für die dringend notwendigen Strukturreformen der portugiesischen Wirtschaft.

Cavaco Silva setzt jetzt das Parlament unter Druck. Er weiß um die Zustimmung der Massen für sein Aktionsprogramm, kann also Neuwahlen riskieren. Sollte er bei den möglichen Wahlen nicht die absolute Mehrheit erringen – nach Umfragen fehlen ihm allerdings nur 3 Prozentpunkte, um nach dem D'Hontschen System über die Hälfte des Parlaments besetzen zu können –, dann kann er immer noch auf das Bündnis mit den Christdemokraten der CDS zurückgreifen.

(SAD)

WELT DER WIRTSCHAFT

Unnötiges Eigentor

Sbt. – Noch aus der Ferne erlebt Barber B. Conable, vom 1. Juli an der neue Präsident der Weltbank-Gruppe, ein höchst merkwürdiges Spektakel in Washingtons 19. Straße. Dort hat auf Drängen der USA das Exekutivdirektorium der multinationalen Institution die Abstimmung über einen Kredit für Brasilien, der 500 Mill. Dollar umfaßt und die Wirtschaftlichkeit der Soja- und anderer Nahrungsmittelproduzenten verbessern soll, auf heute verschoben.

Was hier stattfindet, ist Wahlkampf. Wegen der Krise im eigenen Farmgürtel steht eine große Zahl von Kongreßmitgliedern auf den Barrikaden. Ihr Argument: Vor dem Urnengang im November sei es politisch tödlich, wenn der Eindruck erweckt werde, brasilianische Bauern, die mit den Farmern in Nebraska oder Indiana konkurrierten, würden mit amerikanischen Steuergeldern gefördert. Zum Glück besitzen die USA nur 20,9 Prozent der Weltbank-Stimmen, und alle übrigen 149 Mitgliedstaaten sind für den Kredit.

Irritierend ist, daß die USA auf diese Weise selbst die Schuldeninitiative ihres Finanzministers Baker torpedieren. Denn sie sehen solche sektoralen Strukturdarlehen, die auf den Abbau von Subventionen, rationellere Investitionen und Erzeugungsmethoden sowie mehr Markt zielen, ausdrücklich vor. Schließlich soll Brasilien wieder in Schwung kommen und Devisen zur Finanzierung des Schuldendienstes und neuer Importe verdienen. Hoffentlich kann der Kongreßstratege Conable seinen früheren Kollegen klarmachen, daß nur so Wachstum möglich ist.

Von gestern

hg – Wer von einer Sache keine Ahnung hat, sollte auch nicht darüber reden. Da behauptet zum Beispiel der Bund Deutscher Architekten, daß in einem innerstädtischen Wohngebiet, in dem es nur kleine Läden gibt, die Versorgungsqualität absinkt, wenn sich dort ein Einzelhandelsbetrieb mit tausend Quadratmetern Verkaufsfläche etabliert. Wie das? Eher müßte sie doch steigen, denn in „kleinen Läden" läßt sich gewiß kein modernes Lebensmittel-Vollsortiment unterbringen. Vermutlich steckt dahinter die vage Vermutung, daß der Große die Kleinen verdrängen wird. Doch auch hier geht die Entwicklung in eine ganz andere Richtung: Stubenläden mit bestimmten Teilsortimenten – etwa Obst und Gemüse oder Käse – können in Marktnischen neben ihren großen Wettbewerbern sehr gut existieren, wenn sie Dinge anbieten, die Große nicht bringen können. Anstatt idyllischen Vorstellungen von gestern anzuhängen, hätten sich die Architekten besser in der Handelslandschaft von heute umgesehen.

Markt und Umwelt

Von JOACHIM WEBER

Eine Industrie, die die Umwelt belastet, muß, um volkswirtschaftlich sinnvoll zu sein, auch ihre ökologischen Abschreibungen verdienen können." Holger Bonus, Professor in Münster und nach eigenem Bekunden Wanderprediger für die Idee, mehr Marktwirtschaft auch in den Umweltschutz zu bringen, hat nun auch die betriebswirtschaftliche Formulierung seiner Vorstellungen gefunden.

Wer mit seiner Produktion Umwelt belastet oder, um im Bild zu bleiben, verschleißt, abnutzt, der muß auch in der Lage sein, die nötigen Ersatzinvestitionen zu leisten. Ein einfacher und in der Verallgemeinerung zweifellos richtiger Gedanke, eine emotionslose Neuformulierung des inzwischen gefühlsbefrachteten „Verursacherprinzips". Eine Formulierung zudem mit dem Vorteil, jenen verständlich zu sein, die wirklich etwas zur Lösung der Umweltprobleme tun können und ganz überwiegend auch wollen: den führenden Köpfen der Wirtschaft.

Ihnen ist in der noch gar nicht so alten Diskussion um saubere Luft, sauberes Wasser und heile Wälder so manches unverständlich geblieben: die erregten Forderungen nach technisch noch gar nicht Machbarem, der mangelnde Sinn der Umweltkämpfer für die Leistungsfähigkeit wirtschaftlicher Organismen und der Volkswirtschaft insgesamt, das von Stimmungen und politischer Wetterlage bestimmte Hin und Her der Forderungen und schließlich die Irrationalität jener Stadtkinder in den Mittdreißigern, die keine Kiefer von einer Eiche unterscheiden können, sich aber als Experten für sterbende Wälder gerieren.

Gerade die Mehrheit der verantwortungsbewußten Unternehmer und Manager, die – und das ist in der Tat auch ein Verdienst der Umweltbewegung – einen Bewußtseinswandel ohnegleichen (zu erkennen am latenten schlechten Gewissen) vollzogen haben, nimmt einen immer aufs Neue wiederholten Vorwurf nur noch mit Ingrimm und einer gewissen Resignation zur Kenntnis: Umweltschutzmaßnahmen aus Gründen der „Profitmaximierung" – die Wortwahl deutet auf die ideologische Herkunft –, versäumt zu haben.

Kaum weniger verärgert es, wenn auch die sogenannten Köpfe der Grünen – wie etwa Hessens Umweltminister Joschka Fischer –, sich zu der Vision aufschwingen, mit der rechten Umweltkonjunktur seien alle Wirtschafts-, sprich Arbeitsmarktprobleme zu lösen. Unternehmerischen wie politischen Wirtschaftlern, die sich schon länger den Kopf über alle möglichen Rezepte zerbrochen haben, steigt da leichte Zornesröte auf. Der Beschäftigungseffekt von Umweltauflagen fällt per saldo bescheiden aus.

Doch gegen die allzu simple und eingängige eindimensionale Betrachtungsweise ist kein Kraut gewachsen. Daß es Konkurrenzverhältnisse zu berücksichtigen gilt und daß Umweltbelastungen auch über die Grenzen kommen das wird vorzugsweise mit spöttischem Lächeln als Ausrede vom Tisch gewischt.

Durch eine Diskussion, die sich überwiegend in Form von Behauptungen, Unterstellungen und Anschuldigungen abspielt, wird viel guter Wille, mit dem allein die Umweltprobleme einigermaßen sinnvoll zu lösen sind, unnötig aufs Spiel gesetzt. Und auch die meisten Politiker der sogenannten etablierten Parteien schwimmen lieber auf den Wogen mit, statt sie zu glätten. Da ist dann jeder kleine Ansatz zur Versachlichung schon eine Wohltat.

So muß die nüchtern-ökonomische Wortwahl des Münsteraner Professors trotz aller inhaltlichen Härte wie Balsam auf die Seelen der Wirtschaftsvertreter wirken. Im gleichen Ausmaß muß sie aber auch all jenen gegen den Strich gehen, die die Probleme der Umweltbelastung nur emotional sehen wollen oder können, und auch jenen, die aus solchen emotionalen Zutaten ihr (ganz rational gerührtes) politisches Süppchen kochen wollen.

Die Spaltung in zwei Lager ist manifest, obwohl die Zielsetzungen (wo es denn wirklich um die Umwelt geht) inzwischen gar nicht mehr so weit auseinanderklaffen. Und die Aussichten sind gering, daß die wenigen Anstöße zu mehr Sachlichkeit auch zu gemeinsamer harter Arbeit (die allein weiterhilft) an der Sache führen könnten. Daß gemeinsam mehr zu schaffen ist – diese alte Erkenntnis muß sich erst wieder durchsetzen.

SOZIALBERICHT / Regierung zieht positive Bilanz der 10. Legislaturperiode

Die Rentner können wieder mit realem Einkommenszuwachs rechnen

THOMAS LINKE, Bonn

Das Kabinett hat den Sozialbericht 1986 der Bundesregierung beschlossen. Er enthält eine Bestandsaufnahme der sozialpolitischen Arbeit in der 10. Legislaturperiode: Die Finanzen der Bundesanstalt für Arbeit und der Rentenversicherung seien wieder stabil. In der Krankenversicherung seien die Voraussetzungen für stabile Beitragssätze in den kommenden Jahren geschaffen worden. Entschieden wandte sich Arbeitsminister Norbert Blüm gegen den Vorwurf des Sozialabbaus.

„Dieser Bericht ist die schallende Widerlegung des Vorwurfs von der Demontage des Sozialstaates", meinte Norbert Blüm vor der Presse. Dies werde durch die Zahlen des Sozialbudgets bestätigt. Die Summe aller Sozialleistungen lag im Jahre 1982 bei 524 Mrd. DM und wird 1986 auf 604 Mrd. DM steigen. Damit liegen die Sozialleistungen 1986 um 80 Mrd. DM oder 15,3 Prozent höher als 1982. Pro Kopf der Bevölkerung bedeutet dies einen Anstieg von 8508 Mark auf 9895 Mark oder um 16,3 Prozent.

Auch für den einzelnen habe die 10. Legislaturperiode eine Reihe von Verbesserungen gebracht. Blüm nannte beispielhaft die Anerkennung von Kindererziehungszeiten im Rentenrecht – „Hier haben wir jetzt den Fuß in der Tür, und die Tür wird sich noch in dieser Legislaturperiode für alle öffnen." –, die Heraufsetzung des Wohngeldes und der Regelsätze in der Sozialhilfe und die Einführung eines Erziehungsgeldes für alle Mütter und Väter.

„Nie zuvor wurde das Instrumentarium der aktiven Arbeitsmarktpolitik intensiver und effektiver eingesetzt als in den letzten vier Jahren", heißt es in dem Bericht. Blüm rechnet damit, daß dieses Jahr im Mittel 100 000 Arbeitslose durch Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung eine Beschäftigung finden.

Die Sicherungsfunktion der Arbeitslosenversicherung sei verbessert worden. Die Höchstanspruchsdauer für den Bezug von Arbeitslosengeld ist seit dem 1.1.86 nach Altersstufen gestaffelt. Ab vollendetem 54. Lebensjahr erhält ein Arbeitsloser maximal 24 Monate Geld aus Nürnberg.

In der Bewertung der Rentenfinanzen berief sich Blüm auf den Sozialbeirat. Dieser hatte kürzlich in einem Gutachten festgestellt, „daß die Finanzierung der Rentenversicherung bis zum Ende dieses Jahres gesichert ist." Die erfolgreiche Konsolidierungspolitik sei aber nicht zu Lasten des Rentenniveaus gegangen. In den letzten Jahren habe das Altersruhegeld eines Rentners mit 45 Versicherungsjahren wie vor 1982 bei rund 73 Prozent eines Durchschnittsverdieners gelegen. Blüm: „Die Rentner können wieder mit einer Verbesserung ihrer realen Einkommenssituation rechnen."

Für die Strukturreform der Rentenversicherung nannte Blüm einen Rahmen: Die Rente soll beitragsbezogen bleiben, die verfügbaren Einkommen der Rentner und Arbeitnehmer sollen sich gleichgewichtig entwikkeln. Die Renten dürften nicht auf die Funktion einer Grundsicherung zurückgeführt werden.

In der gesetzlichen Krankenversicherung konnten laut Sozialbericht in den Jahren 1983 und 1984 die Beiträge wieder gesenkt werden. Danach setzte allerdings wieder eine Ausgabenexpansion ein, die spürbar über die Grundlohnentwicklung hinausging. Mit der Neuordnung der Krankenhausfinazierung und dem Abkommen zwischen Ärzten und Krankenkassen, wonach die Gesamtvergütung der Ärzte bis Mitte 1988 im Einklang mit der Grundlohnentwicklung gehalten wird, hofft Blüm diesen Trend zu stoppen.

Mit dem Vermögensbeteiligungsgesetz 1983 sei nach 13 Jahren Stillstand eine klare Weichenstellung gezogen worden, meinte Blüm. Das bis dahin geltende 624-Mark-Gesetz wurde für Vermögensbeteiligungen auf 936 Mark aufgestockt und die Anlagemöglichkeiten vornehmlich um betriebsnahe Formen der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand erweitert. Durch dieses Gesetz sei die staatliche Förderung für den einzelnen Arbeitnehmer von bisher maximal 206 auf 460 Mark erhöht worden.

US-STEUERREFORM

Senat und Repräsentantenhaus liegen noch weit auseinander

H.-A. SIEBERT, Washington

Ein halbes Jahr nach dem demokratischen Repräsentantenhaus hat der von den Republikanern dominierte US-Senat sein eigenes Steuerprogramm verabschiedet. Mit 97 gegen drei Stimmen fiel das Ergebnis überraschend hoch aus. Damit sind die Weichen für die umfassendste Steuerreform in den Vereinigten Staaten seit 32 Jahren gestellt. Die Unterschiede zwischen den beiden Fassungen sind jedoch so gewaltig, daß harte Auseinandersetzungen im Vermittlungsausschuß bevorstehen. Dennoch wird damit gerechnet, daß Präsident Reagan bis zum ersten Montag im September, dem Labor-Day, das Gesetz unterzeichnen kann.

Wie das Reformpaket dann im einzelnen aussehen wird, ist völlig offen. Der Senat hat sich darauf geeinigt, die bisher elf Sätze des Einkommensteuertarifs auf zwei – 15 und 27 Prozent – zu reduzieren. Das Repräsentantenhaus votierte dagegen für 15, 25, 35 und 38 Prozent. Derzeit beträgt der Spitzensteuersatz in Amerika 50 Prozent. Weit auseinander fällt auch der von beiden Häusern beschlossene Körperschaftsteuersatz. Der Senat möchte ihn von 46 auf 33, das Repräsentantenhaus auf nur 36 Prozent senken.

Zerstritten sind beide Gesetzgebungsorgane in der prinzipiellen Frage, wie die Herabsetzung der Einkommen- und Körperschaftsteuern finanziert werden soll. Als Lösung schwebt den Abgeordneten eine zusätzliche Belastung der Unternehmen um 140 Mrd. Dollar vor, während die Senatoren 100 Mrd. Dollar einkalkuliert haben. Was droht sind Mindeststeuern, der Fortfall der Steuergutschriften für Investitionen und die Verlängerung der Abschreibungsfristen, wobei der Senat Ausrüstungen ausnehmen will. Das Repräsentantenhaus bittet andererseits die Banken, Rüstungsfirmen sowie die Öl- und Erdgasindustrie durch Streichung von Steuervorteilen zur Kasse.

Der eigentliche Kampf konzentriert sich jedoch auf die Besteuerung der Mittelklasse, da ein Drittel der 60 Millionen Amerikaner, die zwischen 20 000 und 100 000 Dollar im Jahr verdienen, höhere Abgaben leisten sollen. Weiteren zwei Millionen kommt die Reform nicht zugute. Durchschnittlich sieht die Senatsversion eine Steuerentlastung der US-Bürger um sechs, die des Repräsentantenhauses um neun Prozent vor. Die ärmsten Amerikaner, etwa sechs Millionen, werden gar nicht mehr erfaßt. Der Senat dringt auf die Streichung von Steueroasen und vieler Absetzungsmöglichkeiten, darunter auch alle Zinsen außer für Hypotheken.

Besonders heftig gerungen wird um die Kapitalgewinnsteuer. Der Senat will alle Kapitalerträge als normales Einkommen behandeln – eine riskante Maßnahme, die die Investitionsbereitschaft dämpfen könnte. Das Repräsentantenhaus ist hier großzügiger und erlaubt einen Vorabzug von 42 Prozent.

AUF EIN WORT

„Während es im Inland nur noch in begrenzterem Umfang als bisher zu neuen Messeveranstaltungen kommen wird, wird es im Ausland eine kontinuierliche Zunahme von Messeangeboten geben. Mit dem Eintritt in die Industrialisierungsphase produzieren Länder verstärkt Messebedarf."

Claus Groth, Vorsitzender der Geschäftsführung der Düsseldorfer Messegesellschaft mbH (Nowea), Düsseldorf. FOTO: NOWEA

DIW erwartet Wachstumsschub

Mk. Bonn

Das Wirtschaftswachstum wird in den kommenden Monaten nach Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) relativ kräftig sein. „Hierzu trägt bei, daß nun, mit einer gewissen Verzögerung, die Effekte der Ölpreissenkung und der Steuerermäßigung spürbar werden". Das Berliner Institut rechnet wegen der konjunkturellen Schwäche im ersten Quartal jetzt nur noch mit einer Wachstumsrate von 2,5 Prozent im Durchschnitt dieses Jahres, Ende April waren es noch 3,5 Prozent. Nach Ansicht des DIW wird sich das Wachstumstempo auch 1987 nicht abschwächen.

ARZNEIMITTELGESETZ

Anteil der nachgeahmten Mittel nimmt weiter zu

tl. Bonn

Heute soll der Bundestag in zweiter und dritter Lesung die Ergänzung des Arzneimittelgesetzes verabschieden. Billige Nachahmerpräparate (Generika), die auf von anderen Herstellern entwickelten Wirkstoffen beruhen, dürfen danach erst nach zehn Jahren auf den Markt gebracht werden. Der Entwurf der Bundesregierung – eine fünfjährige Verwertungssperre – setzte sich nicht durch. Der gesundheitspolitische Ausschuß des Bundestages entschied dagegen.

Aus der Sicht der Kassen bedeutet die geplante Regelung einen Rückschritt. Denn auch wenn bislang für heute angemeldete neue Wirkstoffe ein 20jähriger Patentschutz gewährt wird, ist der tatsächliche Schutz erheblich geringer, da die Anmeldung des Patents in einem frühen Forschungsstadium erfolgt und häufig mehr als zehn Jahre vergehen, ehe der angemeldete Wirkstoff die Zulassung des Bundesgesundheitsamtes und die Marktreife erreicht.

Für dieses Jahr erwartet die Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände, daß der Marktanteil der Generika auf zehn Prozent ansteigt. Dann hätte er sich seit 1980 verdoppelt, liegt aber noch immer weit unter dem amerikanischen Wert von 22 Prozent des gesamten Arzneimittelmarktes. Der Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie sieht Grenzen der Nachahmermittel, weil die Verträglichkeit der Arzneien unterschiedlich ist.

Eine weitere Ergänzung des Arzneimittelgesetzes bestimmt, daß den niedergelassenen Ärzten pro Jahr nur noch zwei Arzneimittelmuster der kleinsten Packungsgröße zur Verfügung gestellt werden dürfen.

GESELLSCHAFTSRECHT

Engelhard protestiert gegen eine neue EG-Richtlinie

A. G. Bonn

Massiven Protest gegen eine neue gesellschaftsrechtliche Richtlinie der EG-Kommission hat Bundesjustizminister Hans A. Engelhard (FDP) erhoben. Diese Richtlinie. mit der die Rechtsform der GmbH & Co KG in die Publizitäts- und Prüfungspflichten der Kapitalgesellschaften einbezogen werden soll, bedeute eine Entscheidung der EG-Kommission gegen die deutsche mittelständische Wirtschaft, der die Bundesregierung mit allen Mitteln entgegenwirken werde. Der Kommissionsvorschlag könne ebensowenig von der deutschen Wirtschaft akzeptiert werden.

Er passe nicht in eine Zeit, in der die Wirtschaft von unnötigen Reglementierungen freigehalten werden müsse. Vor allem Unternehmen des Mittelstandes würden durch die mit erheblichem Aufwand und großen Kosten verbundene Rechnungslegungspublizität unzumutbar belastet und in ihrer Gestaltungsmöglichkeit unangemessen beschränkt. Engelhard glaubt, daß das Brüsseler Vorgehen zu einer schweren Belastung bei der weiteren Harmonisierung des Gesellschaftsrechts führen kann.

Nach Engelhards Worten hat dieser Schritt der EG-Kommission sowohl innerhalb der Bundesregierung als auch in den beteiligten Wirtschaftskreisen vor allem deshalb Überraschung und Befremdung ausgelöst, weil er in aller Eile und ohne vorherige Konsultation der Bonner Regierung vollzogen worden sei. Entgegen ihrer bisherigen Übung, derartige Vorschläge vorher mit den Regierungen der Mitgliedstaaten zu erörtern, habe die Kommission den Entwurf unmittelbar dem Rat vorgelegt. Dabei kannte sie die Bedenken sowohl der Bundsregierung als auch des Bundestages und des Bundesrates.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Das Schwergewicht des US-Außenhandels hat sich in zunehmendem Maße auf den pazifischen Raums verlagert. Derjenige Anteil des Handels, der mit Asien und Ozeanien abgewickelt wird, ist während der letzten 20 Jahre überwiegend zu Lasten der „Alten Welt" um zwölf Prozent gestiegen. QUELLE: OECD/GLOBUS

Dienstleistungen sind stark gefragt

Köln (dpa/VWD) – Etwa jeder zweite Arbeitnehmer in der Bundsrepublik arbeitet im Dienstleistungsbereich. Im vergangenen Jahr fanden nach Berechnungen des Institutes der deutschen Wirtschaft (IW) knapp 900 000 Menschen mehr als 1978 in diesem Sektor eine Arbeit, während die Zahl der Arbeitsplätze in Industrie und Bau um 610 000 schrumpfte. 1978 hatte der Anteil der „Dienstleister" noch 46,6 Prozent betragen.

Steuerberater warnen

Bonn (A.G.) – Die Bundessteuerberaterkammer hat davor gewarnt, durch die vom Bundesfinanzministerium geplante Verwaltungsanweisung zur Gesellschafter-Fremdfinanzierung „neues Recht setzen" zu wollen. Eine Änderung des Körperschaftsteuerrechts sei nur durch eine Änderung des Gesetzes selbst, nicht aber durch eine Verwaltungsanweisung möglich. Die Anweisung sollte bis zur Verabschiedung der Gesetzesnovelle zurückgestellt werden, da es nicht zumutbar wäre, sich innerhalb kurzer Zeit zwei möglicherweise unterschiedlichen Lösungen anpassen zu müssen.

Für neues Baurecht

Bonn (hg) – Die politisch Verantwortlichen sollten die Chance eines neuen Baugesetzbuches nutzen und das Baurecht von Grund auf neu gestalten. Diesen Appell richtete der Bund Deutscher Architekten gestern an die Bundesregierung. Das Baurecht müsse durch schärfere Bestimmungen eine effektive Umweltvorsorge ermöglichen.

Opec-Treffen in Brioni

Brioni (rtr) – Die Konferenz der Ölminister der Opec hat gestern auf der jugoslawischen Insel Brioni begonnen. Delegierte erwarteten von dem Treffen der Ölminister allerdings nicht, daß diese eine einheitliche Strategie zur Stützung der Ölpreise finden. Vielmehr hätten sich die Fronten zwischen den 13 Staaten der Organisation erdölexportierender Länder (Opec) auch bei vorbereitenden Sitzungen verschiedener Fachausschüsse nicht bewegt, meinten Delegierte.

Kein Mitspracherecht

Kassel (VWD) – Der Erste Senat des Bundesarbeitsgerichts in Kassel hat den Anspruch des Betriebsrats auf Mitbestimmung bei der Gewährung von tariflichen Zulagen verneint. Es hob damit entgegengesetzte Beschlüsse des Landesarbeitsgerichts von Rheinland-Pfalz und des Arbeitsgerichts von Mainz auf.

Ausländer im Handwerk

Bonn (DW.) – Die Zahl der jungen Ausländer, die ein Handwerk erlernen, nimmt von Jahr zu Jahr zu. Gegenwärtig stehen 27 455 jugendliche Ausländer in einer handwerklichen Ausbildung. Der Anteil der Ausländer an den fast 700 000 Handwerkslehrlingen (525 000 Jungen und 175 000 Mädchen) lag bei rund vier Prozent.

Wirtschaft will Reformen

Bonn (A. G.) – Zur Überwindung des Apartheidsystems in Südafrika hat die deutsche Wirtschaft jetzt glaubhafte und umfassende Reformen der politischen und gesellschaftlichen Ordnung gefordert. In einer gemeinsamen Erklärung von BDI, DIHT, BGA und Bankenverband werten die Verbände wirtschaftliche Sanktionen als untaugliche und gefährlich Instrumente im internatinalen Handelsverkehr.

WELT-Aktien-Indizes

Gesamt 273,56 (274,08); Chemie: 159,78 (161,75); Elektro: 304,06 (304,23); Auto: 777,94 (777,34); Maschinenbau: 153,95 (155,22), Versorgung: 160,00 (160,70); Banken: 397,47 (397,87); Warenhäuser: 141,90 (142,69); Bauwirtschaft: 476,53 (478,42); Konsumgüter: 169,16 (168,67); Versicherung: 1456,78 (1449,58); Stahl: 164,77 (163,84).

SUBVENTIONEN

Airbus-Förderung verstößt nicht gegen Regeln des Gatt

Mk. Bonn

Die staatlichen Hilfen für das Airbus-Programm widersprechen nicht dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (Gatt). Die Vertreter der Bundesrepublik, Frankreichs und Großbritanniens haben gestern bei den zweiten Konsultationen im Rahmen des Gatt noch einmal den Vorwurf der Amerikaner zurückgewiesen. Dabei spielten auch amerikanische Untersuchungen eine Rolle, wonach es auch im Interesse der dortigen Abnehmer liege, wenn es nicht nur einen Anbieter von Verkehrsflugzeugen gibt.

In der Gatt-Vereinbarung über den Handel mit zivilen Flugzeugen wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Regierungen in diesem Bereich eine dominierende Rolle spielen. Die zahlreichen Hilfen, gegen die in diesem Sektor keine generellen Einwände erhoben werden, dürfen jedoch nicht zu einer Störung des Handels führen. Nach Ansicht der europäischen Regierungen ist dieses beim Airbus nicht der Fall.

So habe der Airbus nur einen Marktanteil von weniger als 20 Prozent, während Boeing in den ersten Monaten dieses Jahres auf 77 Prozent gekommen sei. Dies habe an dem mangelnden Wettbewerb bei Langstreckenmaschinen gelegen.

Die Europäer haben auch darauf hingewiesen, daß mehr als 70 Prozent der Aufträge bei McDonnell Douglas im vergangenen Jahr von der amerikanischen Regierung stammten, der Anteil ist bei Boeing seit 1980 von 14,6 auf 42,2 Prozent gestiegen. Die solide finanzielle Basis dieser militärischen Aufträge erleichtere das Engagement im zivilen Bereich.

BAUFINANZIERUNG / Große Unsicherheit über die weitere Zinsentwicklung

Starke Nachfrage nach Hypotheken

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Im Hypothekengeschäft ist ein Boom ausgebrochen, der nach dem Urteil des Verbandes deutscher Hypothekenbanken eine Belebung des Immobilienmarktes signalisiert. Nach der Flaute im ersten Quartal, in dem die 21 Mitglieder des Verbandes weniger Hypotheken zugesagt hatten als vor einem Jahr, hat die Angst vor einem Wiederanstieg der Zinsen im April und erst recht im Mai einen massiven Nachfragestoß nach Baufinanzierungsmitteln ausgelöst. Im April verbuchten die privaten Hypothekenbanken ein Zusageplus von gut 93 Prozent, das im Mai auf fast 160 Prozent geradezu explodierte.

Wer bis in den April hinein auf eine weitere Hypothekenverbilligung spekuliert und den Abschluß der Finanzierung aufgeschoben hat, was nicht selten geschah, hat sich allerdings verrechnet. Denn nach ihrem Achtjahrestief in der dritten April-Dekade sind die Zinsen kräftig gestiegen, so zum Beispiel für eine zu 100 Prozent ausgezahlte Hypothek mit zehnjähriger Zinsfestschreibung von 6,9 Prozent (nominal) und weniger auf meist 7,5 Prozent. Daran war allerdings nicht etwa der Hypotheken-Nachfrageboom schuld, sondern vielmehr der massive Geldabfluß ins Ausland nach der Mark-Aufwertung im EWS und der Wiederanstieg der US-Zinsen; beides brachte den Zins am Rentenmarkt, wo sich die Hypothekenbanken durch den Verkauf von Pfandbriefen refinanzieren, nach oben in Bewegung.

Über die weitere Zinsentwicklung gehen die Meinungen im Gewerbe auseinander. Die Kapitalmarktzinsen sind zwar seit Anfang des Monats um etwa 0,2 Prozentpunkte gesunken, was einige Hypothekenbanken bewogen hat, auch Baufinanzierungen wieder etwas günstiger anzubieten; doch rechnen die meisten Experten nicht damit, daß die Zinsen noch einmal auf ihr April-Tief rutschen. Sie erwarten eher ein Pendeln um das derzeitige Niveau, worüber Skeptiker schon froh wären. Daher raten die Hypothekenfachleute, langfristig zinsstabile Finanzierungen jetzt unter Dach und Fach zu bringen.

Die starke Hypothekennachfrage im Mai kam nicht in erster Linie aus dem Wohnungsneubau. Zwar gab es da ein 89prozentiges Plus; aber mit 858 Millionen Mark wurden für diesen Zweck bei weitem nicht so viele Hypotheken gebraucht wie für den Kauf, die Modernisierung und die Umschuldung alter Hypotheken. In diesen für die Hypothekenbanken schon seit längerem wichtigsten Sparten der Wohnungsfinanzierung wurden im Mai 2 Milliarden Mark zugesagt; das waren 240 Prozent mehr als vor einem Jahr.

MERCK / Schweizer Holding geht jetzt an die Börse

Ertragssprung im Ausland

Wb. Frankfurt

Der Chemie- und Pharmakonzern Merck zeigt sich trotz eines etwas zähen Jahresbeginns auch für 1986 in expansiver Stimmung. Der Inlandskonzern hat sich ein Wachstumsziel von acht Prozent gesetzt, und auch in der weltweiten Gruppe steht – allen Währungseinflüssen zum Trotz – ein Zuwachs auf dem Plan.

In den ersten fünf Monaten hat der Inlandskonzern im Vergleich zum dreiprozentigen Rückgang der gesamten Chemie mit einem Umsatzplus von gut zwei Prozent noch gut abgeschnitten. Auch der Rückgang des Weltgeschäfts um 3,3 Prozent (vor allem als Folge der Währungsentwicklung – die Mengen sind weiterhin gestiegen) ist gegenüber den zweistelligen Einbußen anderer Chemieunternehmen noch als glimpflich anzusehen.

Hans Joachim Langmann, Geschäftsleitungs-Vorsitzender des Mutterhauses E. Merck, Darmstadt, ist denn auch zuversichtlich, sowohl im Inlandskonzern als auch in der Weltgruppe (21 000 Mitarbeiter) die Ergebnisse weiter verbessern zu können. Das ist um so bemerkenswerter, als in der Gruppe bereits 1985 ein Gewinnsprung (nach Steuern) um 57 Prozent auf 133 (84) Mill. DM gelungen ist, der nur zu zehn bis 15 Prozentpunkten von Währungseffekten getragen wurde.

Daß diese Steigerung weit über dem Umsatzwachstum von 9,2 Prozent auf 3,29 (3,01) Mrd. DM lag (Auslandsanteil: 73 Prozent), ist zu einem guten Teil darauf zurückzuführen, daß einzelne Auslands-Töchter ihre Verlustphasen hinter sich lassen und schwarze Zahlen ausweisen konnten. Wie überall in der Chemie wirkte sich aber auch die rundum bessere Auslastung aus, die auch zu Neueinstellungen führte.

Die Sachinvestitionen wuchsen um fünf Prozent auf 197 (187) Mill. DM nicht ganz so schnell wie der Umsatz. Eine weitere Steigerung in diesem Jahr ist geplant. Noch höher als die Investitionen fielen die Forschungsaufwendungen mit 208 (182) Mill. DM aus.

Um ihre Eigenkapitalbasis für die Ausweitung der Auslandsaktivitäten zu stärken, geht die Schweizer Auslandsholding des Konzerns, die Merck AG, Zug, jetzt an die Börse. 20 Mill. sfr von 160 Mill. sfr Aktienkapital werden freien Aktionären als 100-sfr-Aktien zum Ausgabekurs von 600 sfr angeboten.

SPANIEN / Regierung kämpft auch weiterhin gegen Arbeitslosigkeit und Inflation

Börse trotz des Wahlsiegs schwach

ROLF GÖRTZ, Madrid

Die spanische Börse honorierte den zu erwartenden Wahlsieg der Sozialistischen Partei Spaniens schon eine Woche vor dem Urnengang mit einer entschlossenen Tendenz zur Hausse. Schließlich hatten der Finanz- und Wirtschaftsminister Carlos Solchaga sowie andere Politiker der Regierungspartei die Fortsetzung ihrer bisherigen Politik der Anpassung an Gegebenheiten der Europäischen Gemeinschaft offiziell bestätigt. Der Präsident des Dachverbandes der Arbeitgeberorganisationen, Cuevas, sprach sich ebenfalls für die Kontinuität aus, wiederholte allerdings seine Forderung nach einer notwendigen Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt, um im Wettbewerb mit Europa bestehen zu können.

Um so überraschender mußte die Reaktion der Börse an den Tagen nach der Wahl wirken, zumal die Regierungspartei sogar ihre absolute Mehrheit im Parlament behaupten konnte. Die Käufer hielten sich zurück, die Kurse stagnierten, tendierten eher nach unten. Die erste Erklärung für dieses Gebaren bot der überraschende Einbruch der linksextremen Separatistenpartei des Baskenlandes, Herri Batasuna. Die hier sichtbar werdende Radikalisierung bringt die bisher mühsam aufrechterhaltene Balance in einer der wichtigsten Industriezonen Spaniens, nämlich im Baskenland, ins Wanken. Die radikale Herri-Batasuna-Partei gilt als der politische Arm der Terrororganisation ETA. Die überraschende Zulassung der Partei durch das Verfassungsgericht vor wenigen Wochen wurde als ein Mangel im Rechtssystem der jungen Demokratie betrachtet; diese Erkenntnis wirkte lähmend auf die Börse.

Doch noch etwas anderes spielt jetzt eine Rolle: Seit der spanischen EG-Mitgliedschaft wurde der spanischen Wirtschaft klar, daß ihre Entwicklung stärker als bisher von dem Weltwirtschaftsklima und vor allem von dem der Europäischen Gemeinschaft abhängt, daß der nationalen Initiative wenig Spielraum bleibt. Das Hauptproblem bildet nach dieser Meinung die Arbeitslosigkeit, die bei einem Stand von drei Millionen (22 Prozent der aktiven Bevölkerung) weit über dem europäischen Durchschnitt liegt.

Die monetäre Priorität der offiziellen Wirtschaftspolitik verhinderte bisher, daß sich der „Elends-Index", der Relation von Arbeitskosten und Produktivität auf die Inflation – wie er zum Beispiel die portugiesische Wirtschaft beherrscht –, auch auf Spanien auswirkt. Der bisherigen Zurückhaltung der sozialistischen Gewerkschaft UGT gegenüber der monetären Orientierung dürften angesichts der wirksamen Agitation der kommunistischen Gewerkschaften Comisiones Obreras Grenzen gesetzt sein. Die nur mühsam verschleierte Streikwellen der letzten Monate müssen deshalb als Zeichen dafür gewertet werden, daß die von der Wirtschaft geforderte Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt so rasch nicht verwirklicht werden kann.

Dennoch: Investitionssteigerungen, Börsentrend (abgesehen von dem Basken-Schock) und die Entschlossenheit der Regierung, an ihrem Kurs festzuhalten, zeigen, daß eine weitere Senkung der Inflationsrate und der Abbau der Arbeitslosigkeit durchaus den realen Möglichkeiten entspricht. Schwierigkeiten bereitet allerdings nach wie vor das im vergangenen Jahr erschreckend angestiegene Haushaltsdefizit und damit die Gefahr der unproduktiven Abschöpfung jener Mittel, die investiert werden sollten. (SAD)

HERMES / Schadenaufwand trotz Pleitenrekord in Grenzen

Kritik an Insolvenzreform

HARALD POSNY, Hamburg

Den Kreditversicherern in der Bundesregierung bereitet die von Bonn geplante Reform des Insolvenzrechts erhebliche Sorgen. Der Vorstandsvorsitzende der Hermes Kreditversicherungs-AG, Hamburg, Gerhard Beuck, kritisiert vor allem die Minderung des Wertes der Mobiliarsicherheiten. Dadurch würde insbesondere der Eigentumsvorbehalt in seiner Substanz ausgehöhlt. Nach Auffassung Beucks würde das angestrebte Ziel der Reform, drohende Konkurse abzuwenden oder zumindest die Konkursmasse zm Wohl aller Gläubiger spürbar anzureichern, nicht erreicht.

Wegen des Volumens von mehr als 300 Mrd. DM durchschnittlich eingeräumter Lieferantenkredite wären die Auswirkungen des geplanten Eingriffs für die Kreditversicherer kaum abzusehen. Um ihr Risiko zu vermindern, würden Lieferanten das Kreditvolumen durch kürzere Zahlungsziele und restriktive Kreditgewährung stark verringern, was die Kreditversorgung gefährden und eher zu mehr Insolvenzen führen würde.

Beuck sieht nach dem erneuten Pleitenrekord des letzten Jahres für 1986 erstmals die Zahl von 20 000 Insolvenzen überschritten. Das Risiko von Forderungsverlusten nehme weiter zu. Da sich andererseits die Wirtschaft in einer Wachstumsphase befinde, würden die Unternehmen ihre Chancen zur Expansion nutzen und dabei auch mehr Risiken in Kauf nehmen. Das gelte vor allem für junge Unternehmen.

Die Grundanfälligkeit liegt nach Meinung Beucks in zu geringer Kapitalausstattung in einer Phase starker Expansion. Besondere Sorgenkinder der Sparte seien das Bau- und Bauhauptgewerbe sowie der Schiffbau. Bei den 13 600 (12 000) Unternehmens-Schadenfällen des Jahres 1985 war Hermes an 6850 (5500) beteiligt. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres lag die Zahl mit 3323 bereits um 13 Prozent über dem Vorjahr. Bislang wurde ein Umsatzwachstum von 6 Prozent erreicht bei gleichzeitigem weiteren Anstieg der Schadenquote auf etwa 67 Prozent.

Im letzten Jahr erhöhte sich das Prämienvolumen um 8,6 (16,4) Prozent auf 352 Mill. DM. Rund 70 Prozent des Volumens, von dem rund 28 Prozent im Hause gehalten werden, entfielen auf die Warenkreditversicherung, die Lieferanten vor Forderungsausfällen durch insolvente Abnehmer schützt. Insgesamt stellte Hermes, mit 46 Prozent der Marktführer bei 765 Mill. DM Gesamtprämienvolumen, für annähernd 500 000 Kunden der Versicherungsnehmer insgesamt 70 Mrd. DM Deckungsvolumen zur Verfügung.

Die Geschäftsjahres-Schadenquote (gemessen am Beitragsaufkommen) erhöhte sich 1985 auf 63,3 (55,1) Prozent brutto. Abwicklungsergebnisse von 16 Mill. DM aus Reservierungen für Schäden früherer Jahre ließen die Gesamtschadenquote jedoch auf 45 (43) Prozent sinken.

Diese günstige Entwicklung brachte jedoch auch die vorgeschriebene Zuführung zur Schwankungsrückstellung von 12,6 (23,5) Mill. DM mit sich. Zuvor waren 15,1 Mill. DM der Drohverlustrückstellung in die Großschaden-Rücklage eingestellt worden. Kapitalerträge sorgten schließlich für einen Jahresüberschuß von 7,4 (4,6) Mill. DM, mit dem das 40 Mill. DM Grundkapital mit einer aus 16 (14) Prozent erhöhten Dividende bedient wird. Damit ist wieder der Satz des Jahres 1982 erreicht worden. Das Grundkapital liegt bei der Münchener Rück (mehrheitlich), der Allianz und Colonia sowie in Streubesitz. Die Hauptversammlung findet am 31. Juli statt.

NIEDERLANDE / Riesiger Windturbinenpark geplant

Ausbaustopp für Kernenergie

HELMUT HETZEL, Den Haag

Das kleine Dörfchen heißt Sexbierum, liegt in der niederländischen Provinz Friesland und wird wohl bald auch jenseits der holländischen Landesgrenzen bekannt sein. In Sexbierum nämlich, so will es die christlich-liberale Haager Regierung, soll ein riesiger Windturbinenpark entstehen. Dies ist das größte Projekt aus einem von der Regierung jetzt beschlossenen „Integralem Programm Windenergie", das vorsieht, die Energiegewinnung mit Hilfe der Windkräfte bis zum Jahr 2000 auf 1000 Megawatt jährlich auszubauen.

Die ersten 130 Millionen Gulden an staatlichen Förderungsgeldern hat Wirtschaftsminister Gijs van Ardenne jetzt zur Verfügung gestellt. Derzeit gewinnt man in den Niederlanden jedoch „nur" fünf Megawatt Strom pro Jahr mit Hilfe von Windturbinen. Bereits 1987 aber soll dieser Anteil auf zehn Megawatt jährlich verdoppelt werden.

Auch hierzulande ist als Folge des Tschernobyl-Desasters ein energiepolitisches Umdenken im Gange. Der amtierende christdemokratische Regierungschef Lübbers hat unmittelbar nach dem Unglück in der Ukraine entschlossen gehandelt und zunächst einen Baustopp für zwei neue, bereits fest geplante Kernkraftwerke verkündet. Trotzdem, so Lübbers gegenüber der WELT, „halte ich eine grundsätzliche energiepolitische Neuorientierung im Sinne – weg vom Atom, hin zu alternativen Energien – derzeit für noch verfrüht". Man müsse erst die Ursachen der Tschernobyl-Katastrophe völlig erforschen und kennen, bevor man die Weichen in der Energiegewinnung grundsätzlich umstellen könne.

Kein völliger Ausstieg

Unterdessen aber wird im Haager Wirtschaftsministerium an einer solchen Umorientierung, wenngleich sie auch noch nicht grundsätzlicher Art ist, bereits hart gearbeitet. „Durch den Ausbaustopp der Kernenergie", so erläutert Jules Wilhelmus, Energiefachmann im Haager Wirtschaftsministerium, die neu entstandene Situation, „ist unsere bis ins Jahr 2000 reichende Energieplanung schon ganz schön durcheinandergekommen." Von dem für das Jahr 2000 erwarteten Jahresgesamtbedarf von 15 500 Megawatt, und das ist eine niedrige Schätzung, sind dadurch 4000 Megawatt, die aus der Kernenergie gewonnen werden sollten, als „kritischer Teil" anzusehen. „Bis spätestens 1995 müssen wir dafür andere Energiegewinnungsmöglichkeiten gefunden haben." Einen völligen Ausstieg aus der Kernenergie plant das Wirtschaftsministerium dabei allerdings noch gar nicht ein.

Oberste Priorität bei der Neuorientierung in der Energiegewinnung, so verlautet weiter aus dem Wirtschaftsministerium, spiele der Kostenaspekt. Die Niederlande haben eine energieintensive Industriestruktur, und die muß bei den zu berechnenden Energiepreisen vor allem für die Industrie „auf jeden Fall international und hauptsächlich mit der Bundesrepublik, Belgien und Frankreich konkurrenzfähig bleiben", heißt es.

Gas-Exporte gestiegen

Derzeit schreibt man in der holländischen Energiebilanz allerdings noch schwarze Zahlen. Der Export von Energieträgern und Energieprodukten ist nach Angaben des regierungsamtlichen „Zentralen Planbüros" 1985 gegenüber dem Vorjahr um sechs Prozent auf 54,7 Milliarden Gulden (rund 50 Milliarden DM) gestiegen. Dieses Plus resultiere in erster Linie aus einer Steigerung des Energieexports der Niederländer in die Bundesrepublik, die den Holländern im vergangenen Jahr 13 Prozent mehr Energieträger (Gas, Erdöl) und auch Strom im Wert von 26,6 Milliarden Gulden abnahm. Den eigenen Energiebedarf und -import wickelt Den Haag hauptsächlich über die Zulieferer Großbritannien (9,1 Milliarden Gulden), Sowjetunion (7,3 Milliarden Gulden), Saudi-Arabien (2,3 Milliarden Gulden) und die USA (1,8 Milliarden Gulden) ab.

Aufgrund der eigenen riesigen Erdgasvorräte wird der überwiegend größte Teil (60 Prozent) der in Holland insgesamt benötigten Energie aus dieser Quelle gewonnen. Dahinter rangiert die Kohle (25 Prozent), die Kernkraft (sieben Prozent) und das Erdöl (fünf Prozent). Man will aber künftig wieder verstärkt auf den Energieträger Kohle und auf Kohlekraftwerke setzen, „wenn sich dafür umweltverträgliche Lösungen finden lassen", argumentiert man im Wirtschaftsministerium dazu. Auch kann man sich dort vorstellen, daß die Windenergie einmal zu einem echten holländischen „Exportartikel" werden wird wie die die typische Landschaft Hollands prägenden Windmühlen im Tourismus. Das Dörfchen Sexbierum wird man sicher überall in der Welt kennen.

Die WELT veröffentlicht in loser Folge Beiträge zur Energiepolitik in anderen Ländern.

NACHRICHTEN AUS DEM AUSLAND

Normed-Werften geben auf

Paris (J. Sch.) – Der französischen Werftgruppe Normed, deren Kapital sich mehrheitlich in privaten Händen befindet, hat gestern vor dem Pariser Handelsgericht die Zahlungseinstellung erklärt, nachdem ihr die Regierung die Subventionen gesperrt hat. Man erwartet, daß die Normed-Werften (Dünkirchen, La Ciotat und La Seyne), die gegenwärtig noch 6860 Mitarbeiter beschäftigen, nach einer Periode der Zwangsverwaltung stillgelegt oder teilweise von der staatlichen Werftgruppe Alsthom übernommen werden. An den drei Standorten haben gestern heftige Protestaktionen gegen die Regierungsentscheidung begonnen.

Größter Schuldner

Washington (AFP) – Die Vereinigten Staaten hatten im Jahre 1985 mehr Schulden als Brasilien und Mexiko und sind damit zum höchstverschuldeten Land der Welt avanciert. Das wurde im US-Handelsministerium bekanntgegeben. Die Höhe der Auslandsinvestitionen in den USA lag gleichen Angaben zufolge Ende 1985 um 107,4 Mrd. Dollar über den US-Guthaben im Ausland. Im Jahre 1984 verzeichneten die USA demgegenüber noch ein positives Ergebnis in Höhe von 4,4 Mrd. Dollar.

Mehr Jugendarbeit

Brüssel (dpa/VWD) – Der Anteil der Jugendlichen unter 25 Jahren an den Arbeitslosen in der EG ist seit 1982 zurückgegangen. Nach einem in Brüssel veröffentlichten Bericht über die soziale Lage in der EG im vergangenen Jahr wird darauf hingewiesen, daß 1985 ein relativ beachtlicher Rückgang in der Jugendarbeitslosigkeit zu verzeichnen war. Ihr Anteil betrug in der EG der Zehn noch 37,4 Prozent im Vergleich zu 39,9 Prozent (1984), 40,1 Prozent (1983) und 41 Prozent (1982). Jedoch: Immer noch sind 4,8 Mill. Jugendliche arbeitslos.

Konjunktur unter Druck

Tokio (AFP) – Das japanische Bruttosozialprodukt ist im ersten Quartal dieses Jahres erstmals seit elf Jahren real zurückgegangen. Das wurde in Tokio von dem Ministerium für Wirtschaftsplanung mitgeteilt. Das BSP verringerte sich inflationsbereinigt um 0,5 Prozent gegenüber dem letzten Vierteljahr 1985, nominal stieg es dagegen um 0,1 Prozent. Trotz des schlechten Ergebnisses lag das reale Wirtschaftswachstum im Ende März abgelaufenen Fiskaljahr 1985 bei den von der Regierung erwarteten 4,2 Prozent. Im ersten Quartal 1986 gingen die Exporte den offiziellen Angaben zufolge um 4,9 Prozent zurück.

Zinssenkung erwartet

Mailand (VWD) – Der Rückgang der Teuerungsrate – 1986 vermutlich auf fünf Prozent – wird wahrscheinlich eine weitere Zinssenkung in Italien bewirken. Wie der italienische Finanzminister Goria weiter sagte, werde die Regierung jedoch keine direkten Zinssenkungsmaßnahmen ergreifen. Er verwies auf das gegenwärtig sehr hohe Investitionsniveau hin, das keine Stimulanz benötige.

Wachstumsbudget geplant

Paris (J. Sch.) – Sehr optimistische Hypothesen legt Frankreichs Wirtschafts- und Finanzminister Baladur seiner Haushaltsplanung für 1987 zugrunde: Das reale Bruttosozialprodukt soll um drei Prozent zunehmen. Das neue Budget sieht Ausgabenkürzungen von 40 Mrd. Franc vor. Der größte Teil davon entfällt auf die Verminderung des Beamtenheers. Außerdem sind Steuererleichterungen von 20 Mrd. Franc geplant.

EG-GIPFEL / Delors will die Liberalisierung des Kapitalverkehrs vorantreiben

Impulse für den Binnenmarkt erhofft

WILHELM HADLER, Brüssel

Neue politische Impulse für den europäischen Binnenmarkt erhoffen sich die EG-Kommission und die holländische Ratspräsidentschaft vom halbjährlichen Treffen der Staats- und Regierungschefs der Gemeinschaft, das heute in Den Haag beginnt. EG-Präsident Jacques Delors will den Europäischen Rat vor allem für seine Pläne für eine schrittweise Liberalisierung des Kapitalverkehrs gewinnen.

In getrennten Konferenzunterlagen haben sowohl die Holländer wie die EG-Exekutive die Notwendigkeit zügigerer Beratungen über die Binnenmarktprobleme unterstrichen. Der Ministerrat habe den erforderlichen Sinn für Dringlichkeit vermissen lassen, der nötig sei, um das Programm fristgemäß zu verwirklichen, heißt es in der Kommissionsmitteilung. Es bestehe die Gefahr, daß der ursprüngliche Schwung der Beratungen verlorengehe.

Der Bericht der Präsidentschaft spricht immerhin von einem „guten Fortschritt" bei der Beseitigung der technischen Handelshemmnisse. Auch die Steuerharmonisierung sei erstmals „Gegenstand intensiver Diskussionen" gewesen.

Delors kritisierte dagegen vor der Presse das Vorgehen der Finanzminister. Es gehe nicht mehr darum, ob eine Steuerharmonisierung notwendig sei, sondern allein darum, wie diese vorgenommen werden solle, sagte er. Auf das Ziel hätten sich die Regierungschefs bereits seit langem formell festgelegt.

Im Europäischen Rat dürfte vor allem der Rückstand bei der Formulierung einer gemeinsamen Verkehrspolitik zur Sprache kommen. Trotz eines Untätigkeitsurteils des Europäischen Gerichtshofs ist es den Fachministern bisher noch immer nicht gelungen, nennenswerte Fortschritte bei der Liberalisierung des Luftverkehrs und der Seeschiffahrt, des Güterstraßenverkehrs innerhalb der EG zu machen. Gleiches gilt für den Dienstleistungsbereich.

In ihrem traditionellen Bericht über die wirtschaftliche und soziale Lage der Gemeinschaft kündigt die Kommission unter anderem neue Vorschläge zur Lockerung und Vereinfachung der Rahmenbedingungen an, unter denen kleine und mittlere Unternehmen arbeiten müssen. Die Regierungschefs (vor allem Margaret Thatcher) hatten bereits wiederholt über die Belastungen geklagt, denen mittelständische Firmen durch den „Papierkrieg" innerhalb der EG ausgesetzt sind. Im Oktober will die Kommission dem Rat eine Richtlinie zur Vereinfachung des Mehrwertsteuersystems zu einer bestimmten Besteuerungshöchstgrenze unterbreiten. Weitere Vorschläge sollen im zweiten Halbjahr folgen.

Die Liberalisierung des Kapitalverkehrs könnte nach Meinung der Kommission dem Wachstum und der Beschäftigung in der Gemeinschaft zusätzliche Impulse verleihen. So werde die Errichtung eines europäischen Finanzraumes nicht nur die Spartätigkeit anregen und die Finanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen vergrößern, sondern auch „auf ganz natürliche Weise" zu einer weiteren Etappe in der monetären Zusammenarbeit führen.

MEXIKO / Unternehmen beklagen hemmende Bürokratie

Privatfirmen wieder gefragt

WERNER THOMAS, Mexico City

Die mexikanische Wirtschaftskrise wirkt sich nicht nur negativ aus. Der Privatsektor kann dieser schmerzlichen Rezessionsphase auch positive Aspekte abgewinnen: Das Verhältnis zur Regierung hat sich verbessert. „Wir sind nicht mehr die Parias", sagt Federico Mueggenburg, Direktor des Studienzentrums der bedeutendsten Unternehmerorganisation „Consejo Coordinador Empresarial".

Während der Amtszeiten der Präsidenten Luis Echeverria (1970 bis 1976) und José López Portillo (1976 bis 1982) brachen häufig bittere Konflikte aus. Beide Staatschefs beschimpften die privaten Unternehmer als skrupellose „Profit-Macher". López Portillo veranlaßte vier Monate vor dem Ende seiner Präsidentschaft die Verstaatlichung der Privatbanken. Damit erhöhte sich die staatliche Kontrolle über das Wirtschaftsleben auf 70 Prozent. In Lateinamerika übertrifft nur noch das kommunistische Kuba diese Quote.

Fast jeder Präsident der PRI (Partei der Institutionalisierten Revolution) erweiterte den Staatsapparat. Als Gustavo Diaz Ordaz regierte (1964 bis 1970), standen 500 000 Personen in Staatsdiensten. Heute sind es vier Millionen. Jedoch: Die staatlichen Unternehmen erwirtschaften nur 24 Prozent des Bruttosozialproduktes. Die meisten von insgesamt 409 Unternehmen produzieren hohe Defizite.

26 Firmen verkauft

Erst seit dem Regierungsantritt von Präsident Miguel de la Madrid im Dezember 1982 registrieren die Vertreter des Privatsektors ein verändertes Klima. „De la Madrid suchte von Anfang an den Dialog", meint Mueggenburg.

Die De-la-Madrid-Regierung beschloß eine Kurskorrektur mit Reprivatisierungsschritten. Wie der zuständige Regierungsbeamte Mario Barreiro Perera Mitte Juni verkündete, wurden bisher 26 Firmen verkauft, 24 liquidiert und zehn reorganisiert. Barreiro betonte jedoch, daß strategische Schlüsselindustrien weiterhin in staatlicher Hand bleiben sollen.

In den Bereich „strukturelle Reformen" fällt die Entscheidung eines Gatt-Beitritts. Weiter werden ausländische Investitionen flexibler gehandhabt. Das Gesetz der mexikanischen Mehrheitskontrolle wird nach Worten des Präsidenten nicht geändert. Ausnahmen sind jedoch möglich. So darf der amerikanische Kommunikationskonzern IBM eine Computerfabrik ohne mexikanische Beteiligung errichten.

Exporte gesteigert

Obgleich die Privatunternehmer den guten Willen der Regierung zufrieden registrieren und die bisher getroffenen Strukturreformen begrüßen, beklagen sie nach wie vor die bürokratischen Hürden. Die Prozedur der Export- und Importlizenzen dauert gelegentlich bis zu einem Jahr. Manchmal sind Gänge zu verschiedenen Behörden und die Zahlung von Schmiergeldern notwendig. Dabei hat die Regierung das Versprechen einer tatkräftigen Exportförderung gegeben. Erste Erfolge wurden in den ersten vier Monaten dieses Jahres sogar schon erzielt: Die Exporte von Produkten außerhalb des Ölsektors stiegen um 18 Prozent. Die Importe fielen um fünf Prozent. Dennoch: Viele Fabrikanten kritisieren, daß die Bürokratie und der gelegentliche Devisenmangel die Rohstoffeinfuhren behindern. Manche Firmen arbeiten nur mit 50 Prozent der Kapazität.

Obgleich die PRI-Präsidenten oft demagogische Maßnahmen ergreifen und ein Feindbild zimmern, schätzt der Privatsektor diesen Staatschef anders ein. „Zu de la Madrid besteht ein besseres Vertrauensverhältnis", erklärt Mueggenburg. Allerdings könne sich dieser Präsident auch keine radikalen Schritte leisten.

TECHNOCELL / Mit Spezialpapieren erfolgreich

Börseneinführung im Juli

DANKWARD SEITZ, München

Voraussichtlich am 10. Juli werden die Aktien der Technocell AG, München, die bis vor kurzem noch als MD Papierfabrik Pasing Nicolaus & Co. firmierte, in den amtlichen Handel der Bayerischen Börse eingeführt. Von einem Bankenkonsortium unter Führung der Bayerischen Vereinsbank AG werden zuvor (vom 30. Juni bis 2. Juli) aus dem auf 18 (15) Mill. DM aufgestockten Grundkapital 8,8 Mill. DM stimmberechtigte Inhaber-Aktien zu einem Emissionskurs von 180 DM zum Kauf angeboten.

Diese Aktien sind für das laufende Geschäftsjahr 1986 zur Hälfte dividendenberechtigt. Bei einem erwarteten Gewinn je Aktie (nach DVFA) von 13,20 DM ergibt sich ein Kurs/Gewinn-Verhältnis von 13,6.

Die Technocell AG rechnet sich zu den führenden Anbietern technischer Spezialpapiere, die bei der Oberflächenveredelung vor allem in der Möbelindustrie und beim Innenausbau Verwendung finden. Daneben produziert sie Pergament-Rohpapier. Nach Angaben von Vorstandsvorsitzendem Karl-Heinz Brodersen wurde im Geschäftsjahr 1985 – „dem erfolgreichsten in den letzten fünf Jahren“ – mit 396 Mitarbeitern in den beiden Werken Pasing und Günzach ein Umsatz von 165,7 Mill. DM (plus neun Prozent) erzielt.

Etwa 60 Prozent der Produktion von insgesamt 50 000 Tonnen jährlich gehen in den Export. Ausgewiesen wird ein Jahresüberschuß von 3,02 (2,26) Mill. DM. Den Cash-flow bezifferte Brodersen auf 8,9 Mill. DM (plus 41 Prozent). Investiert wurden im vergangenen Jahr 10,6 Mill. DM.

Schon jetzt sei abzusehen, so Brodersen, daß angesichts des „sehr guten“ Auftragsbestands und bei „normalem“ Marktverlauf mit einer Vollauslastung der Kapazitäten 1986 gerechnet werden kann. Die im ersten Quartal erzielten Ergebnisse und die vorliegende Jahresplanung ließen einen Abschluß „in der Größenordnung von 1985“ erwarten. Es sind Investitionen von etwa 8 Mill. DM geplant, die zur Steigerung der Wirtschaftlichkeit und der Qualitätsoptimierung dienen sollen.

Mit dem Gang an die Börse soll die „Eigendynamik und Selbständigkeit“ der ehemaligen MD-Papierfabrik Pasing als Spezialist in den Bereichen neuer Technologien langfristig gesichert werden. Die Hauptgesellschafter der Technocell AG, die Familien Nicolaus und die Burda GmbH, wollen auch künftig Mehrheitsaktionäre bleiben.

FRIED. KRUPP / Rohölhandel „ohne Blessuren“ zurückgeführt – „Ein stabiler Rahmen für weitere Erfolge“

Investitionen im Maschinenbau werden verdoppelt

JOACHIM GEHLHOFF, Essen

Auf den ersten Blick klingt es wie ein Widerspruch zu den summierten Geschäftsdaten, wenn Wilhelm Scheider als Vorstandsvorsitzender der Essener Konzernholding Fried. Krupp GmbH feststellt: „Die Geschäftsentwicklung des Krupp-Konzerns in 1985 bestätigt den Erfolg unserer konsequenten Strukturpolitik der letzten Jahre. Die geschaffenen Strukturen geben auch für 1986 den stabilen Rahmen einer weiter erfolgreichen Entwicklung.“ Denn 1985 registrierte der Konzern bei magerem Fremdumsatzplus eine Minderung des Auftragseingangs um 8,6 Prozent auf 16,9 Mrd. DM. Dem folgten in den ersten fünf Monaten von 1986 Minusraten von 1,7 Prozent beim Umsatz und von 2,6 Prozent beim Auftragseingang.

Auf den zweiten Blick klärt sich der Widerspruch auf. In 1985 hat der Konzern sein großes internationales Rohölhandelsgeschäft „ohne Blessuren“ (die mancher andere auf diesem riskanten Markt erlitt) auf noch 0,2 (1,9) Mrd. DM-Umsatz zurückgeführt. Im bisherigen Verlauf von 1986 drückten der Verfall der Ölproduktenpreise und des Dollarkurses das DM-Volumen des noch 1984 umsatzgrößten Unternehmensbereichs Handel/Dienstleistungen weiter abwärts; der 1985er-Minusrate von 17 Prozent im Auftragseingang folgte hier ein weiteres Minus von bisher 23 Prozent.

Abseits des Handels aber (der insgesamt Gewinne bringe) bekräftigen zumal die aktuellen Geschäftsdaten des Konzernchefs zuversichtlichen Kommentar. Das gilt sowohl für den seit 1981 nachhaltig (und steigend) im positiven Ergebnistrend liegenden Stahlbereich, der bis Ende Mai 1986 um 5,9 Prozent höhere Aufträge als vor Jahresfrist buchte. Es gilt noch mehr für den ein Dutzend Konzernfirmen umfassenden Bereich Maschinen/Anlagen, der nun insgesamt einen um zwölf Prozent auf 3,1 Mrd. DM erhöhten Auftragseingang hat, – dies als Mischung aus Flauem wie im Zementanlagen- und Schiffbau und Blühendem wie Maschinenbau (+ 38 Prozent) oder Elektronische Informations- und Leitsysteme (+ 54 Prozent).

Ähnlich positiv wie 1985, formuliert Scheider gleichwohl vorsichtig, werde der Konzern 1986 abschließen. Die beiden Eigentümer von 700 Mill. DM Stammkapital (75 Prozent Krupp-Stiftung und 25 Prozent Iran) profitieren für das Berichtsjahr davon mit einer auf 40 (30) Mill. DM verbesserten Holding-Gewinnausschüttung, die sich dank Einschleusung bereits versteuerter Auslandserträge noch um 22,5 (17) Mill. DM Steuergutschrift für beide Empfänger erhöht.

Finanzchef Alfred Lukac projiziert das auf den (fiktiven) 50-DM-Stammanteil des Holdingkapitals: Gesamtausschüttung 4,47 DM, Brutto-Cash-flow 66,14 DM und Netto-Cash-flow 54,50 DM. Damit sowie mit dem auf 6,8 (6,0) Prozent des gesamten Eigenkapitals verbesserten Konzern-Jahresüberschuß habe Krupp jetzt „Tuchfühlung“ mit den großen gleichfalls noch montanträchtigen Nachbarkonzernen des Ruhrreviers.

Die Aussichten für noch engere Tuchfühlung in 1986 sind nicht schlecht. Denn der 1985 mit Hauptgewinn beim Stahl angefallene Strukturbesserungsaufwand von 183 (130) Mill. DM aus eigener Kasse wird 1986, nachdem die beim Stahl noch anstehende Anpassung der Personalkapazität um 2500 Leute bilanziell schon 1985 verdaut wurde, wesentlich geringer. Etliches freilich, so beim Zementanlagenbau der Tochter Polysius/Neubeckum, beim Dieselmotorenbau der Tochter MaK, Kiel, und bei der Ruhrorter Binnenschiffswerft, steht noch an.

Überdeckt bis zu weiterer Aufstokkung der 1985 erstmals seit langem wieder vergrößerten Konzern-Mitarbeiterzahl um weitere gut 700 Leute wird das alles 1986 durch die Erstmals-Konsolidierung der neuen expandierenden Mehrheitsbeteiligung Werner & Pfleiderer GmbH, Stuttgart. Sie bereichert Krupps Maschinenbau 1986 um nahezu 700 Mill. DM Weltumsatz mit 3600 Leuten. Mit verstärktem Akzent beim Bereich Maschinen/Anlagen, wo die 1985 um die Hälfte auf 186 Mill. DM gesteigerte Summe 1986 verdoppelt werden soll, plant der Konzern für 1986 denn auch eine fünfprozentige Steigerung der 1985 vor allem durch den Stahlbereich mehr als verdoppelten Gesamtinvestitionen. Mit gleichem Schwergewicht soll der 1985 um acht Prozent auf 237 Mill. DM gesteigerte Forschungsaufwand jetzt beschleunigt um 15 Prozent wachsen.

Krupp-Konzern	1985	±%
Umsatz (Mill. DM) [1]	20 661	+ 2,4
dav. Maschinen/Anlagen	8 059	+ 22,4
Stahl	6 305	+ 3,5
Handel/Dienstl.	6 297	- 16,1
Außenumsatz	18 479	+ 1,3
Auslandsanteil (%) [2]	42,8	(46,3)
Beschäftigte	67 402	+ 1,6
Gesamtinvestitionen	872	+153
Sachinvestitionen	763	+140
Abschreibungen	542	- 5,4
Netto-Cash-flow	763	- 0.8
Jahresüberschuß	124	+ 14,8

[1] Weltumsatz mit 2 182 (1 940) Mill. DM Innenumsätzen; [2] Darin 1,8 (1,7) Mrd. DM von Auslandstöchtern.

CHEMICAL BANK

Im Devisenhandel auf Platz vier

cd. Frankfurt

Die Chemical Bank AG, Frankfurter Tochter der New Yorker Großbank, wird mehr und mehr zu einer Handels- und Investmentbank. Im Devisenhandel rangiert sie nach eigenen Angaben in Deutschland auf Platz vier nach den Großbanken, im kürzlich aufgenommenen Emissionsgeschäft strebt sie führende Positionen an, und als jüngsten Erfolg feiert sie als eine der vier deutschen Banken amerikanischer Herkunft (Citi, Chase, Morgan) die Aufnahme in den exklusiven Kreis des Bundesanleihekonsortiums (Quote ein Prozent). Im Rahmen des Wertpapiergeschäfts, wo sich der Handel vorerst weiter auf Renten beschränken soll, steht das Management von Pensionsfonds deutscher Unternehmen auf dem Plan. Gute Chancen sieht die Bank im Ausbau des Geschäfts mit neuen Finanzierungsinstrumenten, nachdem sie bisher schon an fast allen Euro-Note-Finanzierungen für deutsche Unternehmen beteiligt war.

Aus den Handels- und Investmentbank-Aktivitäten stammte mit 22,6 Mill. DM, einem Rekordergebnis, auch fast die Hälfte der Erträge; der Zinsüberschuß sank indessen um 14 Prozent auf 23,5 Mill. DM. Darin spiegelt sich das Schrumpfen des klassischen Geschäfts. Die rund 150 Kunden aus dem Großfirmenbereich brauchten wegen hoher Liquidität, Nutzung des Euromarktes und neuer Finanzierungsinstrumente weniger Kredit, so daß die Bilanzsumme um 12,5 Prozent auf zwei Mrd. DM zurückging. Aus 22,4 (25,9) Mill. DM Gewinn wurden 12,4 (13,9) an die Holding abgeführt und 10 (12) in die Rücklagen gesteckt.

NAMEN

Horst Prießnitz (40) wurde zum 1. Juli 1986 zum Hauptgeschäftsführer des Gesamtverbandes kunststoffverarbeitende Industrie (GKV) e. V., Frankfurt, bestellt. Er ist Nachfolger von Dr. **Reinhard Ackermann.**

Dr. **Christian Rockstäschel** (49) wurde mit Wirkung vom 1. Juni 1986 zum Vorsitzenden der Geschäftsführung der Martinwerk GmbH für chemische und metallurgische Produktion, Bergheim, bestellt.

Georg Lorenz (44) ist ab 1. Januar 1987 zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Kölnische Rückversicherungs-Gesellschaft AG, Köln, bestellt worden.

Eberhard Elsässer (53), bislang Geschäftsführer der SCS – Scientific Control Systems GmbH, Hamburg, tritt in den Vorstand der Bank für Gemeinwirtschaft (BfG), Frankfurt, ein und übernimmt dort das seit dem Tod von Dr. **Manfred Gömmel** vakante Ressort Organisation.

Edwin Peter Gush, Executive Director der Anglo-American, wurde zum Präsidenten der Chamber of Mines of South Africa gewählt.

Wolfgang Weil, Geschäftsführer der Rhenania Allgemeine Speditions-GmbH, Mannheim, feiert am 1. Juli das Jubiläum 50jähriger Zugehörigkeit zum Unternehmen.

Colin Brown, Regional Director Europe der Reckitt & Colmann plc, London, Mehrheitsaktionär der Hoffmann's Stärkefabriken AG, Bad Salzuflen, löste dort Ian G. Dobbie als Aufsichtsratsvorsitzenden ab.

Dr. **Edward Krubasik,** München, Principal von McKinsey & Company Inc. in Deutschland, ist als Director in das internationale Führungsgremium der Firma aufgerückt. Gleichzeitig wurden **Joachim Hansen** und **Detlev Hoch,** beide Düsseldorf, sowie **Michael Jung,** München, zum Principal gewählt und in die Geschäftsleitung berufen.

Wird Sektkellerei Henkell verkauft?

DW. Wiesbaden

„Zur Erläuterung einer für das Haus Henkell wichtigen unternehmenspolitischen Angelegenheit“ hat die Sektkellerei Henkell + Co., Wiesbaden, für kommenden Montag kurzfristig geladen. In der Branche umlaufende Gerüchte deuten bereits seit Tagen darauf hin, daß der Verkauf des Unternehmens, das in den vergangenen Jahren deutliche Marktanteile verloren hat, bevorsteht. Als Käufer wird einmal die Familie des Nahrungsmittelkonzerns Dr. August Oetker, Bielefeld, genannt, zum anderen der nordamerikanische Getränkeriese Seagram, der nach der Übernahme von Matheus Müller (MM-Sekt) in Eltville nun auch bei Henkell Fuß fassen wolle. Henkells eigenes Programm umfaßt noch „Henkell Trokken“ (13 Mill. Flaschen), „Rüttgers Club“ (16 Mill.) und „Carstens SC“ (7,5 Mill. Flaschen).

SCHAPER / Kooperation mit Rewe-Leibbrand-Gruppe bei Handelsmarken

„Hersteller zum Nachdenken anregen“

dos. Hannover

Die Schaper-Gruppe, Hannover, einer der führenden Groß- und Einzelhändler in der Bundesrepublik, und die Rewe-Leibbrand-Gruppe, Bad Homburg, haben eine enge Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Handelsmarken vereinbart. Nach Angaben von Hans Schaefer, Geschäftsführer der Schaper KG, ist die Einführung der Sortimentsmarke „M“ von Leibbrand in die Schaper-Vertriebslinien (unter anderem Real-Kauf, extra, continent und esbella) vorgesehen. Im Gegenzug liefert Schaper an die Leibbrand-toom-Märkte Produkte aus dem Weiße-Ware-Programm „tip“.

Die Preise der „M“-Produkte sind nach den Worten Schaefers am unteren Ende der Markenartikel angesiedelt und sollen auch bei Aktionsangeboten konkurrenzfähig sein. Allerdings sei die Preisgestaltung gegenüber Leibbrand unterschiedlich. Vorerst nimmt Schaper 23 der insgesamt 60 „M“-Produkte ins Sortiment. Erwartet wird ein Umsatzvolumen von rund 50 Mill. DM. Die 110 „tip“-Artikel steuern gegenwärtig 150 Mill. DM zum Schaper-Einzelhandelsumsatz von 3,5 Mrd. DM bei.

Mit der Einführung des „M“-Sortiments, das vor allem im Tiefkühl- und Dauerbackwarenbereich angesiedelt ist, will Schaper die Hersteller von Markenartikeln „zum Nachdenken anregen“. Zugleich gehe es darum, die immer stärker in Erscheinung tretenden Heimdienste-Anbieter, die bei Tiefkühlkost bereits einen Marktanteil von 20 Prozent haben, in ihre Grenzen zu verweisen.

Befürchtungen, daß das Bundeskartellamt Einwände gegen diese Art des Warenaustauschs mit Leibbrand geltend machen könnte, gebe es nicht, meinte Schaefer. Leibbrand ist mit rund 10 Prozent am Schaper-Kapital beteiligt.

Die Entwicklung im Geschäftsjahr 1985/86 (30.9.) zeichnete Schäfer als zufriedenstellend. Bis Ende Mai verzeichnete die Schaper-Gruppe ein Umsatzplus von gut 6 Prozent. Flächenbereinigt errechne sich immerhin noch ein Zuwachs von 1,5 Prozent.

Allerdings sei der erwartete Anstieg der Konsumausgaben bislang am Lebensmittelbereich vorübergegangen. Der Trend der Verbraucher, vorwiegend die preiswerten Artikel zu kaufen, halte weiterhin an. Dennoch erkennt Schaefer für die Schaper-Gruppe auch ergebnismäßig gegenüber dem Vorjahr eine leichte Besserung.

KRONE

Nächstes Jahr an die Börse

tb. Berlin

Die Krone GmbH, Berlin, will im nächsten Jahr an die Börse gehen. Zu diesem Zweck wird – wohl noch in diesem Jahr – die GmbH in eine AG umgewandelt und das Kapital von gegenwärtig 22,6 Mill. DM auf 35 Mill. DM aus den Rücklagen erhöht. Das erklärte der Leiter der Geschäftsführung der in der Fernmeldetechnik tätigen Gesellschaft, Klaus Krone. Nach seinen Angaben wird Krone mit Vorzugsaktien an die Börse gehen. Auf jeden Fall aber werde die Familie Krone die Mehrheit behalten. Mit dem Schritt an die Börse soll die Finanzierung des Unternehmens auf eine noch bessere Basis gestellt werden.

Über das Geschäftsjahr 1985 äußerte sich Krone zufrieden. Der Umsatz der GmbH stieg um 15,2 Prozent auf 291,2 (Vorjahr: 252,8) Mill. DM; der konsolidierte Umsatz erhöhte sich um 14 Prozent auf 327,4 (288,2) Mill. DM. Die Zahl der Mitarbeiter nahm von 1721 auf 1951 zu, ist aber inzwischen wieder auf 1922 zurückgegangen.

Das Jahr 1986 läuft dagegen weniger gut. Der Auftragseingang bei Fernsprechendgeräten liegt um etwa 20 Prozent niedriger als im ersten Halbjahr 1985. Der Umsatz von 1985 dürfte – obwohl die Entwicklung in anderen Bereichen besser als geplant ist – wohl nicht erreicht werden. Für rund 50 Mitarbeiter wird es bis zum Jahresende Kurzarbeit geben. In Berlin wird Krone für rund 50 Mill. DM die Fertigungsstätten erneuern.

Bausparkasse Mainz: Gutes Neugeschäft

cd. Mainz

Die Bausparkasse Mainz AG, nach deren jüngster Marktuntersuchung für 87 Prozent der Bundesbürger der Bau eines eigenen Heims ein erstrebenswertes Ziel ist, registriert eine steigende Nachfrage nach Baudarlehen und ein sehr lebhaftes Neugeschäft. In den ersten fünf Monaten 1986 nahmen die Bausparverträge der Stückzahl nach um gut 15 Prozent und der Summe nach um fast 24 Prozent zu. Schon 1985 lagen die Mainzer gut im Rennen. Sie verkauften 40 233 neue Verträge (für die Abschlußgebühr bezahlt wurde), 10,9 Prozent mehr als im Vorjahr, mit einer Bausparsumme von 1,45 Mrd. DM (plus 7,1 Prozent), womit sie den Bundesdurchschnitt der privaten und öffentlichen Konkurrenten weit übertrafen. Damit verwaltete die Bausparkasse per Ende letzten Jahres gut 372 000 Verträge mit einem Volumen von 13,6 Mrd. DM. Ausgezahlt wurden mit 2,18 Mrd. DM soviel Darlehen wie nie zuvor.

Beim Spargeldeingang klagen die Mainzer über einen Rückgang (um 47 auf 284 Mill. DM), was sie zum Teil auf die Selbstbeschränkung beim Abschluß von Groß- und Schnellsparverträgen zurückführen. Die Wartezeit für den „Alltarif" mit 50prozentiger Einzahlung gibt der Vorstand mit 41 Monaten an. Aus dem Jahresüberschuß von 5,36 (7,88) Mill. DM werden nach 1,6 (3,9) Mill. DM Rücklagendotierung wieder zwölf Prozent Dividende gezahlt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Bruchsal: Nachl. d. Jakob Greulich, Östringen; **Gießen:** Germa Present GmbH, Alten-Buseck; **Leverkusen:** Ernst Berndt GmbH & Co. KG, Leichlingen; **Mönchengladbach:** Jahnsen GmbH, Hückelhoven 6; **St. Ingbert:** Bauelemente Bastian GmbH, St. Ingbert-Oberwürzbach; **Schwäbisch Hall:** Hartmut Zenneck, Bretzfeld-Adolzfurt; **Seligenstadt:** Liebig Gartengestaltung GmbH, Rodgau 6; **Tostedt:** Klaus Beuk, Montagebau, Fachwerk-Leimholzbau.

Anschluß-Konkurs eröffnet: Bruchsal: HUG Haus- u. Grundstücksges. mbH, Waghäusl; **Frankfurt:** K-Tel International GmbH.

Vergleich eröffnet: Bad Berleburg: Viamond-Chemie Peter Stratmann KG; **Düren:** Schauburg-Lichtspiele GmbH u. Co. KG; **Hannover:** Meixner GmbH & Co. KG, Werbeagentur, Langenhagen 6.

IM BLICKPUNKT / Reinhard Mohn auch als Aufsichtsrats-Chef des Medienkonzerns Bertelsmann dominierend

Wahrung der Kontinuität bleibt die Maxime

Als Reinhard Mohn vor genau fünf Jahren, mit seinem 60. Geburtstag, den Stuhl des Vorstandsvorsitzenden beim Gütersloher Medienkonzern Bertelsmann räumte und den Vorsitz im Aufsichtsrat übernahm, gab er der „nächsten Generation" die wichtigste Prämisse mit auf den Weg: die Wahrung der Kontinuität. Jener Begriff ist seither im Hause Bertelsmann zur Standardformel geworden, die alle Jahre wieder fast beschwörend in allen Veröffentlichungen zur Geltung gebracht wird. Und darüber, daß die von ihm verteilte Parole auch in der Praxis funktioniert, wacht Mohn selbst mit Argusaugen.

Der „stille Mensch aus Gütersloh", der am 29. Juni seinen 65. Geburtstag feiert, beobachtet sein Lebenswerk nach wie vor aus allernächster Nähe. Reinhard Mohn macht kein Hehl daraus, daß er Unternehmer geblieben ist. Ohnehin bedeutet nach seiner Definition der Rückzug aus dem Vorstand keineswegs das Ausscheiden aus der Führung des Unternehmens. Gelegenheit, dies zu beweisen, ergab sich schon bald. Als der erste Mohn-Nachfolger Manfred Fischer glaubte, dem Medienriesen seinen eigenen Stempel aufdrücken zu können und sich Mohnschen Argumenten verschloß, wurden die Kompetenzgrenzen sichtbar: Fischer mußte seinen Hut nehmen.

Derart drastisch allerdings wird die Einflußnahme Mohns nur selten deutlich. Die Notwendigkeit dafür ist aber auch gering. Der Bertelsmann-Chef hat frühzeitig die Richtlinien des Unternehmens formuliert und die Schwerpunkte der künftigen Geschäftspolitik festgeschrieben. Kontinuität nach seinem Verständnis bedeutet wirtschaftliche Stärke und erst in zweiter Linie Wachstum („Größe allein ist für mich ohne Belang"). Allerdings läßt sich eine solche Aussage bei jährlichen Zuwachsraten in zweistelliger Höhe leicht treffen. Bertelsmann, mit seinen 32 000 Mitarbeitern in mehr als zwanzig Ländern, mit einem Umsatz von knapp 8 Mrd. DM und einem Jahresüberschuß von zuletzt 337 Mill. DM präsentiert sich als ein wohlbestelltes Haus.

Ohne Zweifel ist die Entwicklung des familieneigenen Verlags- und Druckhauses, das 1945 am Neubeginn stand und heute der zweitgrößte Medienkonzern der Welt ist, vor allem Mohns Werk. Der gebürtige Gütersloher, der eigentlich Ingenieur werden wollte, übernahm nach seiner Entlassung aus amerikanischer Gefangenschaft 1946 die Leitung der Firma, die im vergangenen Jahr ihr 150jähriges Bestehen feierte.

Der Erfolg und die Anerkennung seines Unternehmens, sagt Mohn, beruhen nur zum Teil auf Größe und Internationalität. Entscheidend sei vor allem das Bekenntnis zur verlegerischen Vielfalt, einer vorausschauenden Unternehmenskonzeption und einer von sozialen Gesichtspunkten geprägten Politik gegenüber den Mitarbeitern.

Schon als junger Firmenchef hatte sich Mohn, für den die Wertvorstellungen der Familientradition einen hohen Stellenwert besitzen, intensiv um die „innere Ordnung" seiner Firma gekümmert. Die Struktur des Unternehmens wollte er von den Prinzipien der Fairneß, der Partnerschaft und der Gerechtigkeit geprägt wissen. Mit „sozialen Utopien" habe das nichts zu tun, auch nicht mit Altruismus. Mohn ist aber davon überzeugt, daß der motivierte Mitarbeiter, der sich im vorgegebenen Rahmen an seinem Arbeitsplatz frei entwickeln kann, auch im Interesse des Unternehmens mehr leistet: „Das Wichtigste für Wachstum und Kontinuität eines Unternehmens ist es, daß möglichst viele sich verantwortlich fühlen und an den Entscheidungsprozessen teilnehmen."

Reinhard Mohn ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Diese Einschätzung findet ihren Niederschlag auch in der von Mohn festgelegten „Unternehmensverfassung". Schon vor vielen Jahren hatte er auf die sozialen Verpflichtungen hingewiesen, die den „Eigentümern großer Vermögen" erwachsen. Nach seiner persönlichen Erfahrung ist „das gesellschaftspolitisch verantwortlich geführte Unternehmen im Zweifel das leistungsfähigere". Speziell in den letzten Jahren engagiert sich der Bertelsmann-Chef in dieser Frage auch außerhalb des Konzerns. Die Konsensbildung unterschiedlicher Interessengruppen und die Partnerschaft in der Wirtschaft ist nach seiner Überzeugung der einzig mögliche Weg, in der heutigen Zeit große Unternehmen zu leiten.

Die von Reinhard Mohn bereits vor Jahren getroffene Erbfolge-Regelung spiegelt diese Denkweise wider. Führungsqualität und Stabilität, so Mohn, müssen Vorrang haben vor familiären Eigentümerinteressen. Sein Modell sieht vor, daß unter bestimmten Voraussetzungen im Erbfall ein großer Teil der Eigentumsrechte des Hauses Bertelsmann auf die im Jahre 1977 gegründete Bertelsmann-Stiftung übergeht. Mohn: „Die Führungseignung ist die Voraussetzung für eine Weiterführung der Familientradition." Derzeit jedenfalls ist es noch offen, ob der Medienriese auch in sechster Generation von einem Familienmitglied geführt wird.

DOMINIK SCHMIDT

SWF-GRUPPE / Auto-Zulieferer setzt auf mehr Flexibilität

Vor hohen Investitionen

WERNER NEITZEL, Bietigheim

Die Lieferflexibilität bei den Autoteile-Zulieferern und damit auch bei der zum ITT-Konzern gehörenden SWF Auto-Electric GmbH, Bietigheim-Bissingen, müsse gemäß den Bedürfnissen der Fahrzeugbauer weiter erhöht werden bei steigender Variantenzahl und sinkenden Beständen auf Seiten der Komponentenproduzenten. Dies sei, wie SWF-Chef Klaus Peter Bleyer meint, eine „derart dramatische Aufgabenstellung", die man nicht allein erfüllen könne, wenn man nicht an eine grundlegende Änderung der bestehenden Einrichtungen herangehe. Ansonsten liefen die Automobilhersteller Gefahr, nicht mehr konkurrenzfähig zu sein, beziehungsweise sie sähen sich nach anderen Lieferanten um.

Für die SWF, einen der führenden Hersteller auf den Gebieten Wischer, Gleichstrommotoren, Schalter, Elektronik und Leuchten, bedeute dies, bis Anfang der neunziger Jahre den Lagerumschlag vom derzeitigen Faktor fünf auf zehn bis zwölf anheben zu wollen. Bleyer: „Wir müssen Mittel und Wege finden, dies zu erreichen." Für das laufende Geschäftsjahr geht denn Bleyer auch davon aus, das Investitionsvolumen auf dem hohen erreichten Niveau zu „fahren".

Im strukturschwachen oberfränkischen Neuses wurde mit Investitionen von 18 Mill. DM ein neues Werk (150 Arbeitsplätze) für die gesamte Wischanlagenfertigung des Unternehmens gebaut und in Betrieb genommen. In Bietigheim ist eine neue Wischarmfabrik gestartet worden.

Viel verspricht man sich bei SWF auch von der schrittweisen Erschließung des nordamerikanischen Marktes. Der Schlüssel hierfür ist die seit 1982 bestehende Produktionstochter SWF Auto-Electric Mississauga, Ontario/Kanada, die knapp 100 Beschäftigte zählt und einen Umsatz (1985) von 20 Mill. DM erzielte. Diese Tochter werde ihre Kapazitäten vergrößern.

Für das Stammunternehmen SWF prognostiziert Bleyer eine Steigerung des Umsatzes um knapp zehn Prozent im laufenden Jahr, wobei er von Zuwachs in allen Bereichen ausgeht. Auch dürfte das Ertragsniveau gehalten werden. In 1985 war der Gruppenumsatz um 17,5 Prozent auf 598 Mill. DM angewachsen, das Stammhaus steigerte den Umsatz um 15,6 Prozent auf 573 Mill. DM bei einer Exportquote von 25,8 (25,4) Prozent. Bei dieser Wachstumsrate ist freilich zu berücksichtigen, daß im Jahr davor ein fast sechswöchiger Arbeitskampf stattgefunden hatte.

Beim Hauptumsatzträger, der Kfz-Erstausrüstung lag die Wachstumsrate bei 17,5 Prozent. Im Handelssektor betrug das Plus 14,8 Prozent, der Industriebereich schnitt um 3,3 Prozent schlechter als im Vorjahr ab. Mehr als verdoppelt hat sich das operative Ergebnis. Es wird ein Jahresüberschuß von 16,5 Mill. DM nach einem durch Verschmelzungseffekt entstandenen Jahresverlust von 11,1 Mill. DM im Vorjahr ausgewiesen, der „steueroptimal" ausgeschüttet wird. Investiert wurden in der Gruppe (knapp 5800 Beschäftigte) 54 (40) Mill. DM.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Allianz erhöht auf 12 DM

München (dpa/VWD) – Die Allianz AG Holding, Berlin/München, zahlt für das Geschäftsjahr 1985 eine auf 12 DM erhöhte Dividende. Im Vorjahr hatte die Vorgängergesellschaft Allianz Versicherungs-AG 11 DM je Aktie ausgeschüttet (HV am 1. Oktober). Gewinnberechtigt sind 601,44 Mill. DM Grundkapital. Damit beträgt die Dividendensumme 144,3 (110,3) Mill. DM. Den freien Rücklagen wurden 82,4 Mill. DM zugewiesen. Die Allianz AG erhöht unter teilweiser Nutzung des genehmigten Kapitals ihr Grundkapital im Verhältnis 15 zu eins um 40,1 Mill. auf 641,54 Mill. DM. Die neuen Aktien werden zum Kurs von je 900 DM angeboten. Die Bezugsfrist läuft vom 10. bis 23 Juli.

Bakola-Risiken

Frankfurt (cd.) – In einer Pressemitteilung des Badischen Sparkassenverbandes wird mit dem Satz, „die Badische Kommunale Landesbank wird die entstandenen Risiken aus heutiger Sicht wie in 1985 so auch in 1986 aus eigener Kraft zu decken in der Lage sein", erstmals zugegeben, daß der Wertberichtigungsbedarf doch die für 1985 genannten 255 Mill. DM übertrifft. Die Bakola muß dafür ihre Gewährträger, also den Verband und die 68 badischen Sparkassen, nicht in Anspruch nehmen.

VDO in Japan

Frankfurt (adh) – Die „Y + V", eine Gemeinschaftsgründung von VDO und der japanischen Yazaki hat jetzt ihre Tätigkeit aufgenommen. VDO hält 40 Prozent der Anteile an der neuen Gesellschaft; Partner Yazaki ist ein in Japan seit langem in der Kraftfahrzeugelektrik und -elektronik erfolgreiches Unternehmen. Zunächst soll Y + V nur Produkte der allgemeinen Fahrzeugelektronik (außer Instrumenten) vertreiben, Ziel ist aber die Fertigung in Japan.

Linde Leasing gegründet

Wiesbaden (adh) – Die gute Marktposition bei Gabelstaplern will die Linde AG, Wiesbaden, mit Hilfe von Leasing weiter ausbauen. An der jetzt gegründeten Linde Leasing GmbH (Stammkapital 1 Mill. DM), die über Vertriebsleasing den Absatz der Linde-Produkte fördern soll, sind neben der Linde AG mit 45 Prozent die Dresdner Bank (30 Prozent) und die IKB Leasing GmbH (25 Prozent) beteiligt.

Weniger Ertrag

Friedrichshafen (dpa/VWD) – Bei der Zeppelin-Metallwerke GmbH, Friedrichshafen, sank 1985 der Umsatz von 783 auf 751 Mill. DM. Der Reingewinn verminderte sich von 3,6 auf 1,3 Mill. DM. Dem Geschäftsbericht zufolge geht das schlechte Ergebnis im wesentlichen auf die Lage der Bauwirtschaft zurück. Das Unternehmen, das zur Friedrichshafener Zeppelinstiftung gehört, macht 90 Prozent seines Geschäfts mit dem Handel von Caterpillar-Baumaschinen aus den USA. Außerdem ist es im Apparate- und Behälterbau tätig. 1985 wurden 1880 Mitarbeiter beschäftigt.

Voisard zu Steyr

Wien (dpa/VWD) – Der ehemalige Vorstandsvorsitzende der deutschen M. A. N. Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Otto Voisard, übernimmt zum 1. Juli den durch die Ernennung von Rudolf Streicher zum Minister für die verstaatlichte Industrie verwaisten Posten des Generaldirektors der staatlichen Steyr-Daimler-Puch-Werke. Der gebürtige Wiener Voisard erklärte, daß er nach der Fusion von M. A. N. mit der Gutehoffnungshütte nicht mehr „in zweiter Position" tätig sein wollte.

Kapitalerhöhung

München (VWD) – Die Alois Zettler GmbH, München, hat 1985 ein weiteres Wachstumsjahr hinter sich gebracht. Das Spezialunternehmen für Fernmeldetechnik konnte seinen Umsatz um 13 Prozent auf 170 Mill. DM steigern. Die Mitarbeiterzahl im Inland nahm um rund 50 Beschäftigte auf 1700 zu. Den erheblich über dem Durchschnitt der vergangenen Jahre liegenden Investitionen von 7,3 Mill. DM standen Abschreibungen von 4,3 Mill. DM gegenüber. Um dem erweiterten Geschäftsvolumen Rechnung zu tragen, wurde das Kapital aus Gesellschaftsmitteln um 15 Mill. auf 20 Mill. DM erhöht.

PHILIPP HOLZMANN / „Mehr anspruchsvolle Aufgaben"

Bauleistung wird kleiner

INGE ADHAM, Frankfurt

Die gravierenden Veränderungen der weltweiten Bedingungen für die Bauindustrie prägen auch das Bild des Philipp-Holzmann-Konzerns. Die zu erwartende Jahresbauleistung wird kleiner, das hinterläßt auch in der Ergebnisrechnung Spuren. An diesem Trend ändert sich auch nichts dadurch, daß es nach den ersten fünf Monaten dieses Jahres bei Holzmann besser aussieht als am Jahresende.

Bis Ende Mai hat der Konzern nämlich gut 3 Mrd. DM neue Aufträge erhalten; der Auftragsbestand erholte sich dadurch gegenüber Jahresende um gut acht Prozent auf 6,67 Mrd. DM. Davon entfallen auf das Inland 1,9 Mrd. DM (plus elf Prozent), auf das Ausland (ohne USA) nur noch 823 Mill. DM (minus 24 Prozent) und auf USA, wo Holzmann mit Erfolg und Ertrag über seine Unternehmen Jones und Lockwood Greene wie ein „amerikanisches" Unternehmen agiert, gut 3,9 Mrd. DM (plus 17 Prozent). In Dollar gerechnet kamen in den ersten fünf Monaten in den USA fast 69 Prozent mehr Aufträge als im Vorjahr dazu, der Bestand expandierte um knapp ein Viertel.

Noch 1984 verteilte sich die Jahresbauleistung des Konzerns recht gleichgewichtig auf die drei Säulen Inland, USA und übriges Ausland. Das hat sich bereits im vergangenen Jahr gründlich geändert und wird weitergehen. Denn aus dem Opec-Bereich und vor allem aus Saudi-Arabien, früher ein besonders starker Holzmann-Kunde, kommen kaum noch Aufträge. (In der Bilanz 1985 hat Holzmann sogar erstmals auch für Geschäfte in Saudi-Arabien Risikovorsorge getroffen.) Insgesamt erhielt die deutsche Bauindustrie in den ersten fünf Monaten dieses Jahres für 500 Mill. DM Aufträge aus dem Ausland (davon rund ein Drittel an Holzmann); in den früheren „Spitzenjahren" wurden Werte von zehn und zwölf Mrd. DM erreicht.

Die Tatsache, daß sich die Aussichten im Inland gebessert haben (vor allem im Wirtschaftsbau und im öffentlichen Bau), kann solche Verschiebungen nicht ausgleichen. Beim Ertrag sieht Vorstandsmitglied Heinz Seifert den Tiefstpunkt beim Inlandsbau übrigens noch nicht überschritten. Damit der (auch im vergangenen Jahr mögliche) Ausgleich aus dem Auslandsgeschäft auch weiter fließt, setzt Holzmann auf mehr Dienstleistungen.

„Wir müssen uns in mehr Ländern als bisher auf anspruchsvolle Aufgaben konzentrieren", umreißt Vorstandssprecher Hermann Becker die Holzmann-Strategie. Dazu zählt Bekker ein Komplettangebot unter dem Management von Holzmann (die dann nicht mehr unbedingt selber bauen müssen) ebenso wie das Mitliefern einer Finanzierung, ohne die in vielen Ländern gar nichts mehr läuft.

Erfahrungen mit Dienstleistungen hat Holzmann bereits erfolgreich in den USA gesammelt, wo „operation und maintenance" immerhin schon rund 70 Mill. Dollar Umsatz bringen und demnächst ein Kraftwerk entsteht, das die Holzmann-Tochter auch 25 Jahre betreiben wird. Positiv seien auch die Erfahrungen in Saudi-Arabien. Bei der Suche nach Geschäften, bei denen eine (ertragreiche) Managementleistung im Vordergrund steht, will sich Holzmann auch zunehmend auf weitere dauerhafte Auslandsstützpunkte stützen; im Visier hat der Vorstand dabei zur Zeit auch verstärkt das europäische Ausland.

Bei dem derzeitigen drastischen Verfall der Auslandsbauleistung (mit entsprechendem Beschäftigtenabbau) veranschlagt Becker die künftig zu erwartende Jahresbauleistung für Holzmann auf 6 bis 6½ Mrd. DM. Damit und mit der Hinwendung zu „anspruchsvolleren" Aufgaben soll auch in Zukunft weltweit ein „vernünftiger" Ertrag eingefahren werden, eine Dividendenprognose (für 1985 zahlt die AG unverändert 10 DM) mochte der Vorstand freilich noch nicht wagen.

Holzmann-Konzern	1985	±%
Jahresbauleistung (Mill. DM)	7 452	- 8
dav. Inland	2 226	- 16
Ausland	5 226	- 5
Auftragsbestand [1]	6 166	- 22
dav. Inland	1 714	- 2
Ausland	4 452	- 28
Mitarbeiter [2]	29 600	- 17
Jahresüberschuß (AG)	27,4	- 32

[1] Jahresende; [2] Jahresdurchschnitt.

ÜBERLANDWERK NORD-HANNOVER

„Strompreise bleiben stabil"

W. WESSENDORF, Bremen

„Ein Ausstieg aus der Kernenergie würde alle Bemühungen für die Weser-Elbe-Region gefährden", sagte der kaufmännische Vorstand des Überlandwerks Nord-Hannover (ÜNH) mit Sitz in Bremen, Heinz-Albert Gültzow, auf der Bilanzpressekonferenz. Ein solcher Schritt hätte Konsequenzen für die Versorgungssicherheit ebenso wie für die Wettbewerbsfähigkeit der Industrie. Außerdem müßte mit einer Strompreiserhöhung von fünf bis sechs Pfennig je Kilowattstunde (kWh) gerechnet werden.

Zur Erfüllung des gesetzlichen Versorgungsauftrags hat ÜNH im vergangenen Jahr 3564 Mill. Kilowattstunden Strom von der Preussen-Elektra AG (Preag), Hannover, bezogen. Dieser Stromlieferant erzeugt den Strom zu 70,7 Prozent (Bundesdurchschnitt 36 Prozent) aus Kernenergie. Der Preisvorteil der Kernenergie gegenüber der Kohle beträgt nach Angaben des ÜNH-Vorstands drei bis vier Pfennig pro Kilowattstunde.

Frühzeitig eingeleitete Umweltschutzmaßnahmen und der hohe Kernenergieanteil der Preag verhinderten im ÜNH-Versorgungsgebiet die in Westdeutschland zu erwartenden Strompreiserhöhungen für Entschwefelungs- und Entstickungsmaßnahmen in Kohlekraftwerken von drei bis 4,5 Pfennig pro Kilowattstunde. Das Stromversorgungswerk hat in den vergangenen drei Jahren seine Strompreise nicht erhöht und hat auch keine entsprechenden Pläne für das laufende Jahr. Gültzow: „Ziel ist es, die Strompreise in den nächsten Jahren stabil zu halten."

ÜNH schloß das Geschäftsjahr 1985 mit einem verbesserten Ergebnis von 12 (7,2) Mill. DM ab, in das 4,1 Mill. DM gewährte Investitionszulage eingeflossen sind. Es wird eine unveränderte Dividende von zwölf Prozent ausgeschüttet. Das Stromversorgungsunternehmen hat in der Weser-Elbe-Region bei einem um 3,1 Prozent erhöhten Stromabsatz 715,9 Mill. DM Jahresumsatz erzielt. Der geringe Anstieg sei auf die vorgenommenen Preisreduzierungen zurückzuführen. 1986 wird ein gleiches Ergebnis (ohne Investitionszulage) erwartet.

PHÖNIX-HV / Stimmrechtsbeschränkung beschlossen

Kapital kommt an die Börse

JB. Hamburg

Die Deutsche Bank und die Bayer AG, beide mit jeweils knapp einer Schachtel bei der Phönix AG, Hamburg, beteiligt, werden, wie angekündigt, ihre Anteile über die Börse streuen. Dabei hat die Deutsche Bank im Gegensatz zu Bayer zu erkennen gegeben, daß sie an einer Finanzbeteiligung von 10 Prozent festhalten will. In der Hauptversammlung des Unternehmens erklärte Vorstandsvorsitzender Peter Weinlig, daß Phönix für das gesamte Grundkapital von 50 Mill. DM die Börsenzulassung beantragen und sich für den Handel der Aktien an den Börsen von Hamburg, Berlin, Frankfurt, Düsseldorf und München einsetzen werde.

Die Abkoppelung der Großaktionäre hat die Phönix-Verwaltung zum Anlaß genommen, der HV gleichzeitig eine Stimmrechtsbeschränkung auf 10 Prozent des Grundkapitals vorzuschlagen. Der Gegenantrag des Aktionärs Kurt Fiebig fand zwar keine Mehrheit; immerhin aber enthielten sich 20 Prozent der Stimme, ein Prozent stimmte dagegen. Fiebig hatte die Festlegung einer Höchstgrenze als „besonders üble Manipulation der Aktionärsrechte" und alle Begründungen für diese „Kastration" als „fadenscheiniges Gerede von Leuten" bezeichnet, die ohne ins Gewicht fallendes eigenes Eigentum an den von ihnen geleiteten Unternehmen unumschränkt herrschen wollen. Die Schutzvereinigung der Kleinaktionäre schloß sich dem Antrag an. Neben der Stimmrechtsbeschränkung billigte die HV alle Tagesordnungspunkte mit Mehrheit, darunter ein genehmigtes Kapital von 25 Mill. DM und die Dividende von 4,50 DM.

Die Entwicklung von Phönix in diesem Jahr bezeichnet Weinig als erfreulich. In den ersten 5 Monaten sei der Umsatz um 8 Prozent gestiegen und habe auch die Ertragsseite keine Schmälerung erfahren.

VEREINIGTE PAPIERWERKE / Aktivitäten wurden auf die Papierhygiene konzentriert – In AG umgewandelt

Mit Erfolg aus dem Verlusttal herausgearbeitet

DANKWARD SEITZ, Nürnberg

Der Weg zu zufriedenstellenden Renditezahlen („drei bis fünf Prozent vor Steuern") ist für die zur Fürther Schickedanz-Gruppe gehörende Vereinigte Papierwerke AG (VP), Nürnberg, nach den Worten ihres Verwaltungsratsvorsitzenden Wolfgang Bühler zwar „noch steinig und steil und wird auch weiterhin härtesten Einsatz" erfordern. Doch fest steht inzwischen, daß nach der 1984 eingeleiteten Neustrukturierung des Unternehmens „das Verlusttal eindeutig verlassen" werden konnte und man nun „mit berechtigtem Optimismus in die Zukunft blicken kann".

Mit „erheblich gestärkter" Finanzkraft, so Bühler, sieht man sich jetzt sogar in der Lage, die weitere Expansion zu forcieren. Eindeutig im Vordergrund wird dabei das Werk Forchheim stehen, wo nun der gesamte Frauenhygiene-Bereich konzentriert ist und das in einer ersten Phase bis Ende 1987 mit 100 Mill. DM ausgebaut werden soll. Das gesamte Programm wird weit in die 90er Jahre hineinreichen und insgesamt an die 400 Mill. DM erfordern. Im Gegenzug wird aus dem Werk Heroldsberg ein Profitcenter für „Weiße Ware".

Vorerst wenigstens wird VP, so Bühler, alle Investitionen aus eigener Kraft finanzieren können. Doch um auf den Eventualfall vorbereitet zu sein, hat man sich im Dezember 1985 entschlossen, die Vereinigten Papierwerke mit Beginn des neuen Geschäftsjahres 1986/87 (31. 1.) in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Der Zugang zum Kapitalmarkt soll damit erleichtert werden. Wie Bühler erläuterte, ist ein Gang an die Börse oder aber eine kurzfristige Erhöhung des Kapitals (85 Mill. DM) durch den Eintritt Dritter nicht vorgesehen. „Die Familie Schickedanz will, zumindest auf absehbare Zeit, wie bisher alleiniger Gesellschafter der Vereinigten Papierwerke bleiben."

Mit ihrer neuen strategischen Konzeption – umfassende Kostensenkung und Rationalisierung sowie Konzentration auf den Papierhygiene-Bereich – haben die Vereinigten Papierwerke nach Angaben von Vorstandsvorsitzendem Gottfried F. Beecker im Geschäftsjahr 1985/86 alle Unternehmensziele erreicht und zum Teil sogar übertroffen. Insgesamt konnte die Gruppe ihren Außenumsatz um vier Prozent auf 1,14 Mrd. DM steigern. Die Muttergesellschaft selbst kam auf netto 789,9 Mill. DM (plus 1,7 Prozent). Die Exportquote der Gruppe bezifferte Beecker auf 35 (29) Prozent.

Erstmals seit 1980 konnte dabei mit einer Wachstumsrate von sieben Prozent im inländischen Markenartikelgeschäft eine Trendwende erzielt werden. Deutliche Erfolge habe man aber auch, so Beecker, bei Weißer Ware verbuchen können, auf die insgesamt etwa 90 Mill. DM entfallen.

Damit ist es VP nach Angaben von Bühler gelungen, nach herben Verlustjahren wieder schwarze Zahlen zu erreichen. Eine Ergebnisrechnung wird zwar nicht vorgelegt, doch bezifferte er den Bilanzgewinn auf knapp 2,5 Mill. DM nach einem Minus von insgesamt schätzungsweise rund 60 Mill. DM in den beiden Vorjahren. Und dieses Ergebnis stamme ausschließlich aus dem laufenden Geschäftsjahr und beinhalte keine außerordentlichen Erträge aus dem Verkauf der VP-Wellpappeaktivitäten. Um so höher sei zu bewerten, daß ein „guter zweistelliger Millionenbetrag" an außerordentlichen Aufwendungen verkraftet wurde.

Die Bilanzsumme von VP verminderte sich auf 347 (355) Mill. DM, wobei das Gesellschaftskapital um 15 Mill. auf 85,4 Mill. DM aufgestockt worden ist. Die gesamten Rückstellungen erhöhten sich um 4,5 Mill. auf 185,3 Mill. DM, wobei die Pensionsrückstellungen um 4,8 Mill. auf 109 Mill. DM zurückgenommen werden konnten. Investiert wurden in der Gruppe 48,6 (47) Mill. DM bei Abschreibungen von 38,8 (37,6) Mill. DM. Die Mitarbeiterzahl wurde noch einmal leicht auf 3480 (3724) Personen zurückgenommen, davon im Ausland auf 1014 (1261) Beschäftigte.

Für das Geschäftsjahr 1986/87 wollte sich Bühler auf Planzahlen nicht festlegen lassen. Ein „Minimum" sei aber, daß man „vollen Anteil am Marktwachstum" habe. Die Erwartungen bisher voll erfüllt habe auch das im Januar 1986 von der Firma Henkel KGaA übernommene Tampon-Geschäft mit den Marken „Tampax" und „Tampona".

KBC / Druckstoff-Hersteller mit hohem Umsatzplus

Von der Mode begünstigt

nl. Stuttgart

Die mehrheitlich zur französischen Dollfus-Mieg-Gruppe gehörende KBC Manufaktur Koechlin, Baumgartner & Cie. AG, Lörrach, einer der führenden Druckstoff-Hersteller, ist weiter von der Mode begünstigt. Zwar lag der Umsatz des Unternehmens in den ersten fünf Monaten 1986 lediglich auf dem Niveau des Vergleichszeitraums des Vorjahres, doch war dieser durch ein über 30prozentiges Wachstum gekennzeichnet.

Daß in diesem Jahr bisher keine Steigerung möglich war, führt Vorstandsvorsitzender Hans Unterseh vor allem auf diesen Basiseffekt zurück. Andere Faktoren seien die zum großen Teil wetterbedingte Unsicherheit am Markt und der Dollar-Kursrückgang, der das Geschäft im Export erschwert habe. Gleichwohl rechnet er für das ganze Jahr mit einem leichten Umsatzplus.

Im Berichtsjahr 1985 hatte die KBC ihren Umsatz um 27 Prozent auf 625 (1984: 492) Mill. DM gesteigert. Im Vergleich zu 1983 beträgt das Umsatzwachstum sogar 50 Prozent, da man schon in 1984 eine 15prozentige Umsatzzunahme erzielte. Der Exportanteil stieg auf über 50 Prozent des Umsatzes an. Beim KBC-Teilkonzern, zu dem beispielsweise auch die Konstanzer Firma Herosé gehört, wird ein Umsatz von 780 (626) Mill. DM ausgewiesen.

In den einzelnen Produktbereichen steht einer deutlichen Erhöhung des Druckumsatzes eine weniger gute Entwicklung im Sektor der Uni-Stoffe gegenüber. Die Produktion wurde im Stammhaus um 9 Prozent gesteigert. Unter dem Strich verbleibt ein Jahresüberschuß von 5,7 (5,1) Mill. DM, der erneut zur Stärkung der Eigenmittel verwendet wird. Investiert wurden 13,4 (11,5) Mill. DM und abgeschrieben 11 (9) Mill. DM. Die KBC-Gruppe zählt über 2600 Mitarbeiter.

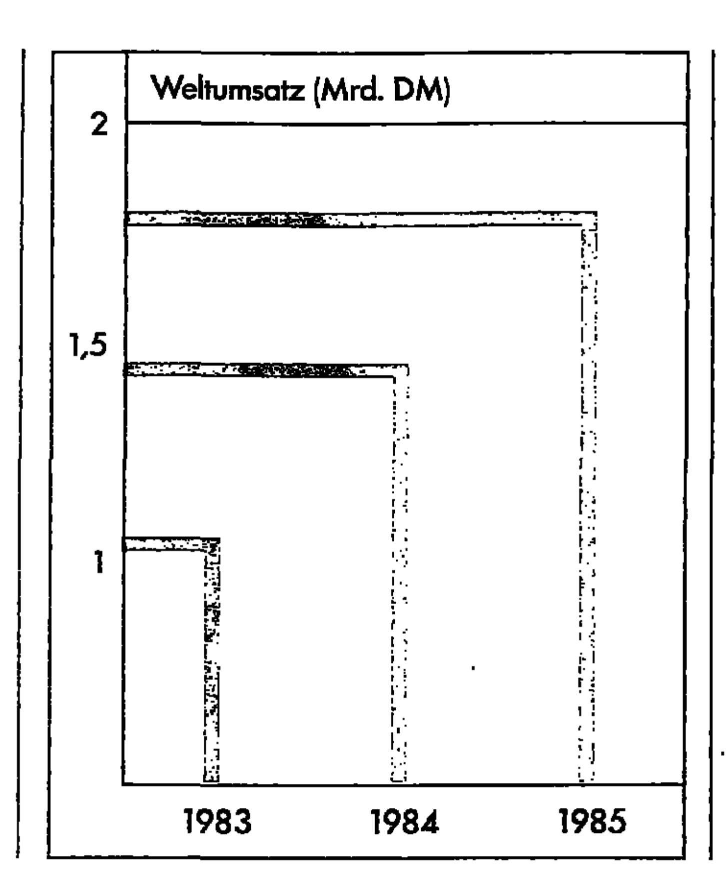
Erste Information zur Börseneinführung

PUMA AUF DEM SPRUNG NACH VORN

Erfolg eines Grundsatzes
„Nicht der Größte zu sein, ist das Ziel, sondern der Beste". Mit diesem Anspruch übernahm Armin A. Dassler 1974 die von seinem Vater 1948 gegründeten PUMA Sportschuhfabriken. Das Bekenntnis zur Qualität führte zum Erfolg. Der Welt-Umsatz stieg von 70 Millionen DM 1974 auf nahezu 2 Milliarden DM 1985. Heute gilt PUMA als eines der schnellstwachsenden Unternehmen seiner Branche. Mit stetigen guten Erträgen.

Erfolg in angestammten Märkten
Der Aufstieg von PUMA zur Weltmarke begann mit hochwertigen Sportschuhen.
Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit internationalen Spitzensportlern wie beispielsweise Pelé, Maradona, Martina Navratilova und Boris Becker wurden erfolgreich auf Schuhmodelle für den Breitensport übertragen.
Neueste Erkenntnisse der Sportmedizin und Orthopädie nutzt PUMA konsequent zur Entwicklung völlig neuer Schuhformen und -programme. Das große Know-how in der Sportschuhfertigung war die Basis für modische Straßenschuhe, die den Tragekomfort eines anatomisch vorgeformten Fußbetts bieten.
Insgesamt produziert PUMA täglich rund 200.000 Paar Schuhe.

Erfolg in neuen Märkten
Seit Boris Becker in Wimbledon mit dem von PUMA entwickelten PCS-Racket gewann, verzehnfachte sich der Umsatz an PUMA Tennisschlägern.
PUMA ist aber nicht nur eine Weltmarke des Sports, sondern auch in der Welt der Freizeit. PUMA gab dem Wandel von der funktionellen Sportbekleidung zur sportiven Mode neue und wichtige Impulse. PUMA Wettkampfkleidung, PUMA Jogginganzüge, PUMA Langlaufanzüge, PUMA Sportswear sind Beispiele dafür.
Sportiv ist auch die Kollektion PUMA LIVE. Sie bietet sportliche Mode für Freizeit, Hobby, Urlaub. Der stark expandierende Freizeitmarkt ist einer der Zukunftsmärkte von PUMA.



Am Erfolg von PUMA können Sie sich in Kürze beteiligen
Rückwirkend zum 1. Januar 1986 wurden die PUMA Sportschuhfabriken Rudolf Dassler KG in die „PUMA AG Rudolf Dassler Sport" umgewandelt. Die Ausgabe von Aktien ist in Vorbereitung.

PUMA AG
Rudolf Dassler Sport, 8522 Herzogenaurach



Aktien überwiegend nachgebend

Kurserholung blieb im Ansatz stecken

DW. – Auf dem Aktienmarkt blieb das Geschäft weiter schleppend. Die Börsenkulisse setzte zunächst auf eine allgemeine Erholung, die auch im Anschluß an die vorangegangenen Abschläge als logisch erschien. Doch blieben alle Erholungstendenzen schon im Ansatz stecken, weil die Rückkaufsneigung geringer als erwartet war. So gab es nur in Einzelfällen Kurse, die über denen des Vortags lagen. Beklagt wird der Mangel an Perspektiven, mit denen die Kundschaft wieder aus ihrer Reserve herausgebracht werden kann.

Die Aktien der Deutschen Bank, die am Dienstag überdurchschnittlich stark zurückgenommen worden waren, konnten sich um knapp 10 DM erholen. Die meisten anderen Banken bewegten sich auf Vortagsniveau. Von den übrigen Finanztiteln gewannen Allianz Holding bei recht lebhaften Umsätzen Boden zurück. Bei den Großchemiewerten wurde das herauskommende Material nur zu leicht weichenden Notierungen aufgenommen. Überraschend fest lag Beiersdorf. Von der am Freitag stattfindenden HV erwarten die Börsianer positive Anregungen. Maschinenbaupapiere überwiegend abgeschwächt. VIAG-Aktien schwankten um 155 DM, also um 10 DM unter ihrem Zeichnungspreis. Die gegenwärtige Stabilität dürfte der Erfolg von Stützungskäufen sein. Widerstandsfähig weiterhin Springer-Aktien. Sie haben unter der Schwäche der vorangegangenen Tage nicht gelitten.

Frankfurt: Bilfinger und SEL konnten sich jeweils um 7 DM verbessern. Cassella lagen um 20 DM, Aesculap und Kali Chemie je um 15 DM niedriger. Conti büßten 11 DM ein. Rütgers verminderten sich um 9 DM.

Düsseldorf: Alexander verminderten um 4,50 DM, Gildemeister gaben um 2 DM und Hageda um 5 DM nach. Heinrich verbesserten sich um 10 DM, Kochs Adler um 6 DM und Leffers um 2 DM.

Hamburg: HEW und Reichelt konnten sich jeweils um 3 DM erholen. Beiersdorf stockten um 17 DM auf. Hapag Lloyd erhöhten leicht um 1,50 DM und Phoenix Gummi gaben um 1 DM nach.

Berlin: Orenstein lagen um 17,50 DM schwächer. DUB-Schultheiss verloren 13 DM, Herlitz St. 8 DM und Schering 2 DM. DeTeWe verbilligten sich um 11 DM. Springer legten 4 DM und Lewag, bisher Lehmann-WErke, kletterten um 5,50 DM.

München: Aigner gaben um 1 DM, Agrob St. um 4 DM und Edelstahl Witten um 3 DM nach. Hochtief verloren 10 DM und Hellit 8 DM. Knürr verbesserten sich um 10 DM und Cassella um 3 DM.

Stuttgart: Daimler ermäßigten sich um 5 DM, Schwabenzell mußten 5 DM abgeben. Zeag verloren 14,50 DM, 2 DM fester verkehrten Salamander. Württemb. Cattun zogen um 50 DM an.

Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 273,56 (274,08)
WELT-Umsatzindex: 2634 (2659)
Advance-decline-Zahl: 85 (66)
38-Tage-Linie: 280,20 (281,06)
200-Tage-Linie: 266,56 (266,25)

Devisenmärkte

Die Ruhe an den Devisenmärkten blieb am 25. Juni erhalten. Die Leitwährung wurde am Vortag zum Schluß in New York bei 2,224 gehandelt. Diese Marke stellte gestern in Europa den Höhepunkt dar. Die niedrigsten Umsätze wurden bei 2,214 registriert. Die amtliche Notiz von 2,2185 lag um gut einen Pfennig schwächer als am Dienstag. Die EWS-Währungen notierten unverändert oder etwas leichter. Die einzige nennenswerte Pluskorrektur hatte der Schweizer Franken mit 0,2 Prozent auf 122,01. Das Britische Pfund und der Japanische Yen fielen in gleichem Ausmaß auf 3,363 bzw. 1,3355 zurück. US-Dollar in: Amsterdam 2,4995; Brüssel 45,35; Paris 7,081; Mailand 1523,00; Wien 15,597; Zürich 1,8183; Ir. Pfund/DM 3,021; Pfund/Dollar 1,5157; Pfund/DM 3,363.

Devisen und Sorten

25.6.1986	Disk.-satz	Frankf. Geld	Devis. Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Verkauf
New York[1]	6,50	2,2145	2,2225	2,2057	2,17	2,27
London[2]	10,0	3,356	3,37	3,321	3,30	3,46
Dublin[2]	16,5	3,014	3,028	2,99	2,96	3,11
Montreal[1]	8,84	1,5985	1,6065	1,5863	1,55	1,65
Amsterd.	5,00	88,695	88,915	88,44	88,05	89,80
Zürich	4,00	121,91	122,11	121,72	120,50	123,25
Brüssel	8,00	4,884	4,904	4,863	4,77	4,97
Paris	9,50	31,29	31,45	31,155	30,40	32,15
Kopenh.	7,00	26,91	27,05	26,735	26,25	28,00
Oslo	8,00	29,275	29,395	28,63	28,75	30,50
Stockh.	8,00	30,90	31,06	30,49	30,25	32,00
Mailand[3]**	12,0	1,455	1,463	1,4305	1,40	1,50
Wien	4,00	14,206	14,246	14,205	14,11	14,35
Madrid	8,00	1,539	1,569	1,528	1,53	1,63
Lissabon**	19,0	1,466	1,486	1,424	1,20	1,75
Tokio	3,50	1,334	1,337	–	1,295	1,355
Helsinki	8,50	43,02	43,22	42,45	42,25	44,25
La Valetta*	–	–	–	–	5,35	6,10
Nikosia*	–	–	–	–	4,15	4,85
Athen* **	20,5	1,548	1,602	–	1,30	1,90
Ankara*	–	–	–	–	0,26	0,45
Sydney*	–	1,4715	1,4905	–	1,41	1,54
Johannbg.*	12,0	0,853	0,887	–	0,63	0,88
Hongkong *	–	28,26	28,54	–	26,00	32,00

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire
[4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

Junge Aktien

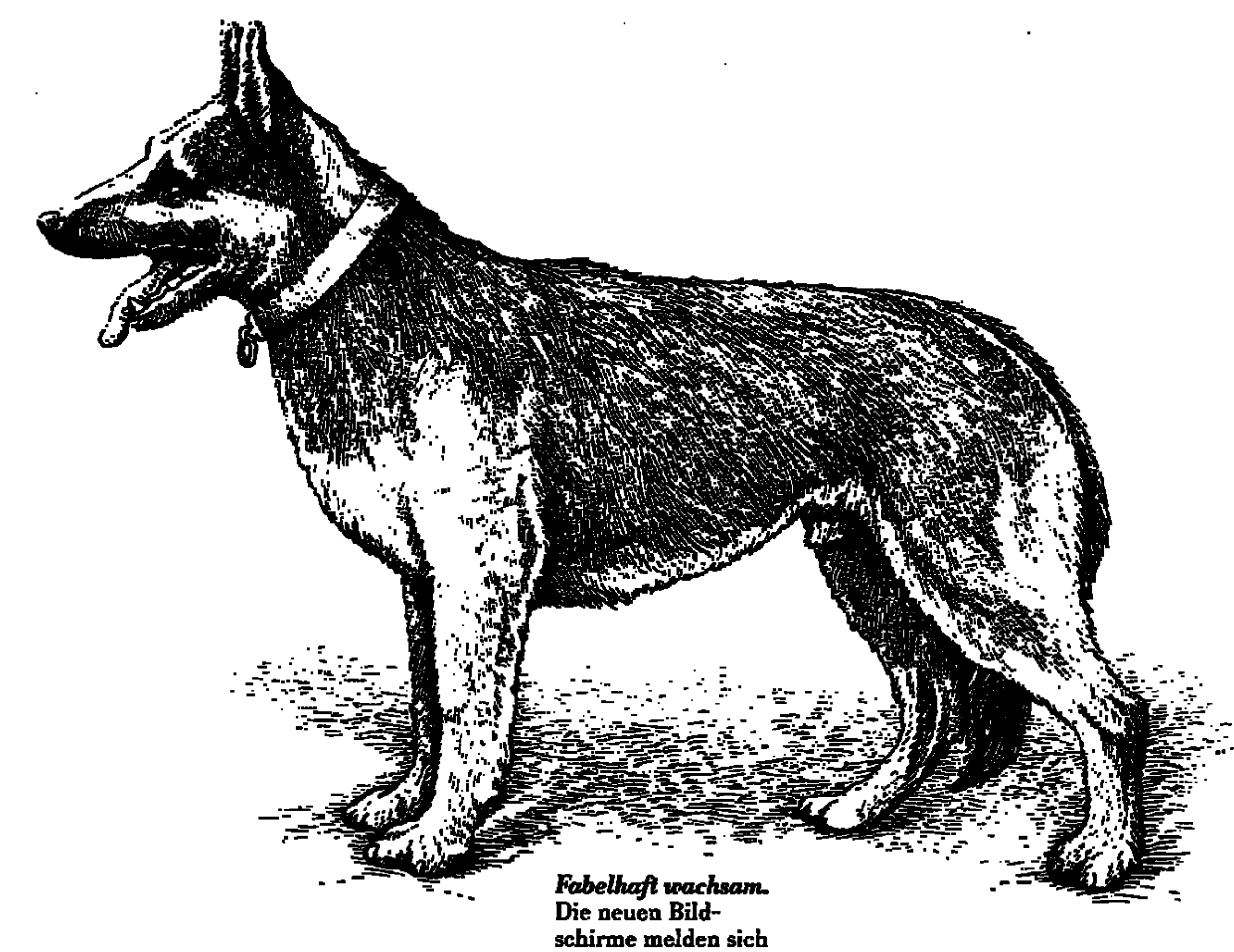
Berlin: Hermes 780G, Kötitzer 1950B, VAB 2650T. **Düsseldorf:** BASF 270, IKB 280,5, IWK 273, KSB St. 185T, KSB Vz. 160T, Lehnkering 340G, Rütgers 390T, Salamander 300,5, VEW 157bG. **Frankfurt:** Adt 68,1, Allweiler St. 300, Allweiler Vz. 218G, BASF 272, Bay. Hypo 556, Contigummi 270T, IKB 279, IWK 278, KSB St. 193T, KSB Vz. 167T, Magdeburger Feuer NA 850T, Magdeburger Feuer 1500T, Mainkraft 485, Pfaff 235, Rütgers 322, Salamander 305, VEW 157,5, Wella 725, Ymos 145,1. **Hamburg:** Doag 421G. **München:** BASF 276, Bremer Wollk. 310TB, IKB 276bG, IWK 276G, Salamander 300G, Stumpf 140B, VAB 2650B, VEW 160bG, Wanderer 690B.

Bezugsrechte: **Frankfurt:** Bull 1,30bG, Fiat 0,33, Bay. Hypo 1,50, **Hamburg:** Maihak 73,50.

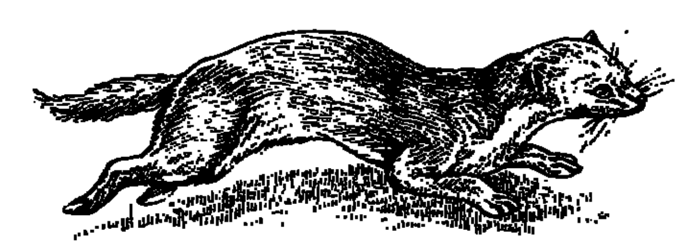
Neu von IBM:

Zwei Bildschirme mit fabelhaften Eigenschaften.

Jetzt gibt es zwei neue Bildschirme für IBM Informationssysteme: ein Datensichtgerät für IBM Großsysteme und ein Datensichtgerät für die IBM Systeme /36 oder /38. Beide Bildschirme bieten ein verbessertes Verhältnis von Preis und Leistung und eine verbesserte Technik. Aber trotzdem arbeiten sie auch gut mit schon vorhandenen IBM Systemen zusammen. Dabei sind sie so betriebssicher, daß IBM eine Gewährleistungsfrist von 36 Monaten für sie anbietet. Ebenfalls neu ist eine Steuereinheit für Großsysteme, mit der sich die Datenströme auch für die neuen Bildschirme deutlich beschleunigen lassen. Mehr Informationsmaterial über die fabelhaften Eigenschaften der Datensichtgeräte IBM 3191 und IBM 3196 und über die Steuereinheit IBM 3174 können Sie telefonisch zum Ortstarif bei Hallo IBM 0130–45 67 anfordern.



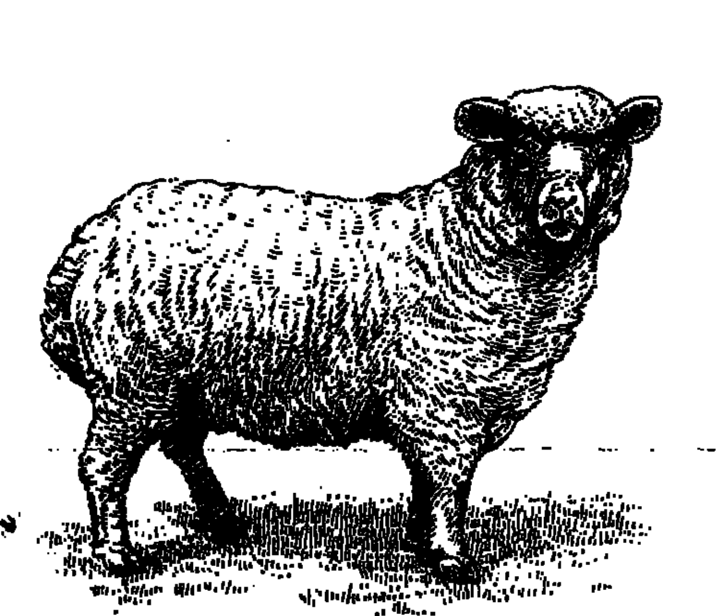
Fabelhaft wachsam. Die neuen Bildschirme melden sich automatisch bei kleinen, unbeabsichtigten Bedienungsfehlern. Dabei werden sie von der neuen Steuereinheit äußerst wirkungsvoll unterstützt.



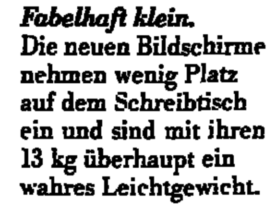
Fabelhaft flink. Die neuen Bildschirme sind in Verbindung mit der neuen Steuereinheit IBM 3174 noch vorteilhafter für den Benutzer. Denn ihre höhere Datenübertragungsgeschwindigkeit bringt auch deutlich schnellere Antwortzeiten mit sich.



Fabelhaft funktional. Die neuen Bildschirme haben auch eine ihrer Leistung entsprechende schöne und zweckmäßige Form, so daß sie sich harmonisch in die verschiedensten Arbeitswelten einpassen können.

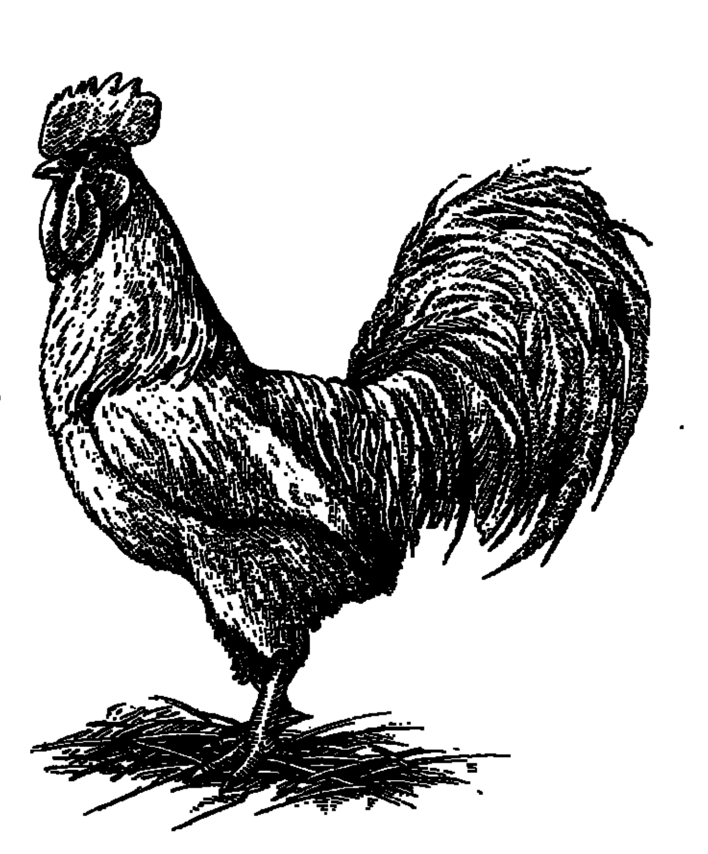


Fabelhaft verträglich. Die neuen Bildschirme und die neue Steuereinheit fügen sich problemlos in die verschiedensten IBM Netzwerke ein. Genauso gut vertragen sie sich mit bereits vorhandenen Anwendungsprogrammen.



Fabelhaft klein. Die neuen Bildschirme nehmen wenig Platz auf dem Schreibtisch ein und sind mit ihren 13 kg überhaupt ein wahres Leichtgewicht.

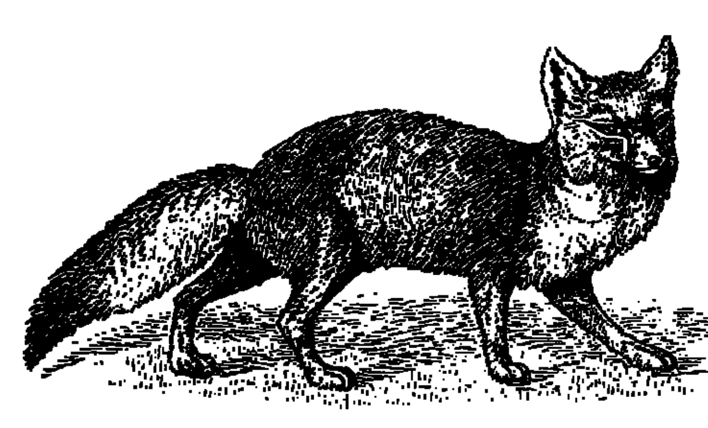




Fabelhaft zuverlässig. Die neuen Bildschirme melden sich jeden Morgen pünktlich nach dem Einschalten betriebsbereit. Und die dreijährige Gewährleistungsfrist der IBM gibt auf dieses Versprechen auch Brief und Siegel.



Fabelhaft bequem. Die neuen Bildschirme bringen Bedienungskomfort bis ins Detail, denn sie sind zum Beispiel in jede Richtung dreh- und neigbar. Zusätzlich ist auch die Tastatur zweifach in der Höhe verstellbar. Das heißt, die Bildschirme lassen sich individuell für jeden Arbeitsplatz einstellen. Außerdem ist die Bildschirmoberfläche blendfrei entspiegelt, und die Zeichen erscheinen flimmerfrei in Grün oder in Goldgelb.



Fabelhaft preisgünstig. Die neuen Bildschirme und die neue Steuereinheit werden selbst kritische Rechner überzeugen. Sie rechtfertigen die Investitionsentscheidung nämlich zweifach, weil sie zum einen mehr leisten und zum zweiten weniger kosten als die Vorgängermodelle.

IBM

Bundesanleihen

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Lichtblicke am Rentenmarkt

Infolge leicht gestiegener Kurse der US-Bonds tendierten deutsche öffentliche Anleihen freundlicher. Langläufer wurden bis zu 0,65 Prozentpunkte heraufgesetzt. Bundesobligationen zogen nur geringfügig an. Das Ordervolumen blieb gering, so daß noch niemand von einer Trendwende zu sprechen wagt. Enttäuschung herrscht über die Konditionen der neuen Postanleihe, von denen allerdings einige Beträge schon ins Ausland abgeflossen sein sollen. DM-Auslandsanleihen tendierten gut behauptet, für einige jüngere Emissionen bestand etwas Nachfrage.

F	6¼ dgl. 83 m. O.	240G	240G
F	6¼ dgl. 85 o. O	94,75	94,75
F	5¾ dgl. 83 m. O.	275	228bG
F	3¾ dgl. 83 o. O.	93,4	97,6
F	6¼ dgl. 86 m. O.	134	134
F	6¼ dgl. 86 o. O.	99,1	98,8
F	5¾ Didier 85 m. O.	142	139
F	3¾ Didier 85 o. O	80,25	80,25T
F	4 Dresdn.Bk. 83 m. O	195G	195G
F	4 dgl. o. O.	95	94,2
F	8 dgl. 84 m. O.	216G	216G
F	8 dgl. 84 o. O.	107,5	107,5
F	3¼ Fuji 84 m. O.	130G	130G
F	3¾ dgl. 84 o. O.	92,25bG	92,25T
F	3½ Hanwa 84 m. O.	144G	144G
F	3½ dgl. 84 o. O	94,75T	94,5G

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

	25.6.	24.6.
8 Afr. Entwicklbk. 79/87	101,5G	101,5
10 dgl. 82/89	109,75G	109,75G
8 dgl. 84/91	105,25G	105,5
9 Air Canada 82/92	110,25	109,75G
7¾ dgl. 83/93	104,6	104,9G
9½ Akzo 82/89	105	105,5
7½ Allied Chem. 84/94	102,6	102,9
8¼ AMCA Ltd. 83/91	102,75G	103G
8¼ A.N.A.S. 83/88	107,5T	106,5T
8¼ dgl. 84/91	106,5	106,25

[illegible]

8¾ E.D.F. 82/92	106,5	106,5
8¾ dgl. 83/93	108,5G	109
7 Eletrobras 77/87	100T	100,5T
7 dgl. 79/87	100T	100,2bB
5¾ ELF Aquit. 78/88	100,75	100,75
6¾ Emhart Corp. 85/95	102,2	102
6¾ Ericsson LM 72/87	101,5T	101,25T
6¼ Escom 72/87	98,25G	98,25G
7 dgl. 73/88	100G	100
9¼ dgl. 80/87	100	100,5T
9¾ dgl. 82/90	101,5	101,25
8½ dgl. 83/90	99,4	99
8 dgl. 84/92	94,5	95,5
8¾ dgl. 84/92	95,5	97
7¾ Estel 73/88	100,9G	100,9G
5¾ Eurazom 77/87	100,45	100,45

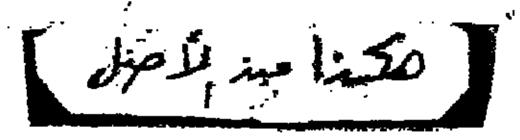
[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Anmerkung: *Zinsen steuerfrei; PF = Pfandbrief, KO = Kommunalobligation, KS = Kommunalschatzanweisung, IS = Inhaberschuldverschreibung, RS = Rentenschuldverschreibung, S = Schatzanweisung. Kurse ohne Gewähr. B = Berlin, Br = Bremen, D = Düsseldorf, F = Frankfurt, H = Hamburg, Ha = Hannover, M = München, S = Stuttgart



Warenpreise – Termine

Fester schlossen am Dienstag die Gold- und Silbernotierungen am Terminmarkt der New Yorker Comex. Zu deutlichen Verlusten kam es bei Kupfer. Um das Limit niedriger notierte Kaffee, leichte Abschläge bei Kakao.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	24.6.	25.6.
Juli	252,50	249,50
Sept.	261,00	249,25
Dez.	257,50	256,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St.L. 1 CW	241,13	unerh.
Am. Durum	258,91	

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
Juli	101,50	103,00
Okt.	106,50	108,00
Dez.	108,20	109,20

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
Juli	84,00	85,50
Okt.	78,40	79,00
Dez.	77,20	78,50

HAFER Chicago (c/bush)		
Juli	107,00	111,00
Sept.	104,00	108,25
Dez.	113,25	116,00

MAIS Chicago (c/bush)		
Juli	252,25	254,50
Sept.	191,25	195,50
Dez.	185,50	188,25

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
Juli	106,00	109,90
Okt.	87,80	90,40
Dez.	87,10	89,50

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	24.6.	25.6.
Juli	168,25	175,20
Sept.	171,60	179,00
Dez.	182,38	186,38

KAKAO New York ($/t)	24.6.	25.6.
Juli	1664	1678
Sept.	1758	1757
Dez.	1795	1801
Umsatz	2170	1864

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr. 11 Juli	5,99	6,05
Sept.	6,08	6,23
Okt.	6,34	6,46
Jan.	6,50	6,66
März	6,92	6,98
Umsatz	12215	12800

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	5,79	5,94

KAFFEE London (£/t) Robusta	24.6.	25.6.
Juli	1725-1730	1780-1785
Sept.	1766-1775	1819-1822
Nov.	1808-1810	1862-1865
Umsatz	6240	2687

KAKAO London (£/t)		
Juli	1248-1249	1250-1255
Sept.	1280-1281	1279-1280
Dez.	1319-1320	1318-1322
Umsatz	2899	4338

ZUCKER London ($/t) Nr.6 (fob)	24.6.	25.6.
Aug.	135,60-136,80	137,40-137,80
Okt.	144,00-144,20	145,60-145,80
Dez.	147,80-150,00	149,00-152,00
Umsatz	3045	3371

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg) schw.	25.6.	24.6.
Saraw.spez.	870,00	865,00
weiß.Saraw.	1182,50	1167,50
weiß.Munt.	1197,50	1182,50

ORANGENSAFT New York (c/lb)	24.6.	25.6.
Juli	102,90	104,50
Sept.	104,80	105,00
Nov.	105,50	106,40
Jan.	106,75	108,25
März	107,75	109,25
Umsatz	10000	1000

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	24.6.	25.6.
	26,00	26,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	17,875	18,00

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Juli	16,66	16,77
Aug.	16,81	16,92
Sept.	16,92	17,05
Okt.	16,90	17,10
Dez.	17,25	17,42
Jan.	17,38	17,55
März	17,60	17,85

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk.		
	16,25	16,25

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	11,00	11,00
Choice white hog 4 % fr. F.	8,25	8,25

TALG New York (c/lb)		
top white	9,50	9,50
fancy	9,00	9,00
bleichf.	8,75	8,75
yellow max. 10% fr.F	7,50	7,50

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Juni	56,30	54,85
Juli	52,55	50,95
Aug.	46,45	44,80

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Juli	76,12	74,20
Aug.	72,45	70,55
Febr.	65,55	65,40

HÄUTE Chicago (c/lb)	24.6.	25.6.
Ochsen einh. schwere River Northern	68,00	68,00
Kühe einh. schwere River Northern	58,00	58,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Juli	528,00	532,50
Aug.	514,00	521,00
Sept.	504,50	507,25
Nov.	500,00	504,00
Jan.	509,00	512,00
März	517,75	520,50
Mai	523,00	525,50

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Juli	148,50	149,70
Aug.	146,00	147,10
Sept.	144,00	145,20
Okt.	142,50	143,50
Dez.	144,80	146,00
Jan.	146,00	147,00
März	148,00	149,50

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	24.6.	25.6.
Juli	259,70	261,30
Okt.	269,00	271,00
Dez.	275,90	275,90

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	24.6.	25.6.
	11,00	11,00

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk.	25.6.	24.6.
cif	555,00	555,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank		
	420,00	420,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	240,00	237,50

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	87,50	89,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	255,00	257,50

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	204,50	207,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	24.6.	25.6.
Juli	68,55	68,57
Okt.	33,20	33,75
Dez.	33,55	34,20
März	34,10	34,75
Mai	34,70	35,25
Juli	35,15	35,50

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	40,75	40,75

WOLLE London (Neuseel. c/kg) – Kreuzz.	25.6.	24.6.
Aug.	518-522	515-521
Jan.	522-525	527-530
Dez.	523-525	–
Umsatz	2195	2197

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	25.6.	24.6.
Juli	41,00	41,00
Okt.	41,50	41,50
–	–	–
–	–	–
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	25.6.	24.6.
Juli	626,00-629,00	626,00-629,00
Okt.	–	–
Dez.	–	–
Umsatz	4	3

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	25.6.	24.6.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	25.6.	24.6.
Juli	12471	12370
Aug.	12400	–

KAUTSCHUK London (p/kg)	24.6.	25.6.
RSS 1 Aug.	57,00-58,00	57,00-58,00
RSS 1 Sept.	57,25-58,25	–
RSS 2 Aug.	56,25-57,25	–
RSS 3 Aug.	55,00-56,00	–
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	25.6.	24.6.
Juli	208,00-210,00	205,50-207,50
Aug.	207,00-209,00	204,50-206,50
Nr. 2 Juli	206,00-207,00	203,00-204,00
Nr. 3 Juli	204,00-205,00	201,00-202,00
Nr. 4 Juli	200,50-201,50	197,50-198,50
Tendenz: ruhig		

JUTE London (£/lgt)	25.6.	24.6.
BWC	395	395
BWD	360	360
BTC	395	395
BTD	360	360

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	25.6.	24.6.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	255,11-255,45	257,52-257,69
dritt. M.	254,77-255,11	258,03-258,20
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	92,00-92,17	93,91-94,08
dritt. M.	92,34-92,68	93,91-94,08
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	903,16-904,85	915,37-915,71
dritt. M.	906,53-907,20	920,45-922,14
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	151,65-155,02	157,36-159,05
Prod.-Pr.	186,69	187,56
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	25.6.	24.6.
	14,11	14,07

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	25.6.	24.6.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke		
DEL-Not.*	310,04-312,40	318,27-320,63
BLEI in Kabeln	99,75-100,75	101,25-102,25
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	25.6.	24.6.
MS 58, 1.VS	288-291	292-296
MS 58, 2.VS	339-342	345-347
MS 63	318-321	326-328

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	25.6.	24.6.
Leg. 225	295-305	295-305
Leg. 226	297-307	297-307
Leg. 231	332-342	332-342
Leg. 233	345-352	345-352

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	25.6.	24.6.
PLATIN (DM/g)	33,15	33,00
GOLD (DM/kg Feingold incl. MWSt.)		
Bank-Vkfpr.	28431	28431
Rückn.-Pr.	24190	24190
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	25050	25990
Rückn.-Pr.	24380	24330
verarbeitet	26270	26210
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	24545	24500
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	374,30	372,10
Rückn.-Pr.	362,90	360,80
verarbeitet	390,70	388,40

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	25.6.	24.6.
10.30	343,25	340,75
15.00	344,15	342,00
Zürich mit.	343,10-343,60	340,70-341,20
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	78000	78100
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	337,20	334,35
3 Mon.	345,05	342,15
6 Mon.	352,80	350,00
12 Mon.	368,50	365,15

PLATIN (£/Feinunze) London	24.6.	25.6.
fr. Markt	287,15	289,60
PALLADIUM (£/Feinunze) London	24.6.	25.6.
f. Händl.-Pr.	73,20	74,55

New Yorker Metallbörse

	24.6.	25.6.
GOLD H & H Ankauf	342,00	341,30
SILBER H & H Ankauf	508,00	506,00
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	448,00-451,00	448,00-451,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	111,00-112,00	111,00-112,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
COMEX GOLD		
Juni	342,90	341,20
Juli	343,80	341,90
Aug.	345,00	343,20
Okt.	347,90	346,10
Dez.	351,50	349,40
Umsatz	20000	16500
SILBER (c/Feinunze)		
Juni	508,90	506,30
Juli	509,50	506,50
Sept.	512,60	510,20
Dez.	515,00	512,00
Jan.	525,00	521,50
März	528,00	525,50
Mai	535,00	531,40
Umsatz	18000	13000

KUPFER (c/lb)	24.6.	25.6.
Juni	61,30	62,70
Juli	61,35	62,75
Sept.	61,55	63,10
Dez.	62,00	63,40
Jan.	62,15	63,60
März	62,30	63,80
Mai	62,75	64,05
Umsatz	16500	7800

Londoner Metallbörse

	25.6.	24.6.
ALUMINIUM (c/lb)		
mitt. Kasse	757,00-758,00	759,00-760,00
3 Mon.	756,00-757,00	760,00-760,50
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	275,00-273,50	278,00-279,00
3 Mon.	274,00-275,00	278,00-279,00
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	901,50-902,00	924,50-925,00
3 Monate	ausg.	ausg.
ab. Kasse	–	919,00-920,00
3 Monate	–	ausg.
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate	903,00-904,00	915,00-920,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	515,00-516,00	528,00-529,00
3 Monate	520,50-521,00	533,50-534,00
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/FL)	–	215-220
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	–	45-55

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	24.6.	25.6.
Juli	36,70-36,80	36,60-36,65
Aug.	37,30-37,50	37,30-37,50
Sept.	38,35-38,45	38,45-38,70
Okt.	39,40-39,45	39,50-39,60

GASÖL – London ($/t)	24.6.	25.6.
Juli	111,50–	112,25-112,50
Aug.	113,50-113,75	113,75-114,00
Sept.	116,25-116,50	116,75-117,00
Okt.	119,25-119,50	119,75-120,00
Nov.	120,75-122,00	121,50-122,00
Dez.	124,00-124,50	120,00-124,50
Jan.	124,00-125,00	125,00-128,00
–	–	–

BENZIN – New York (c/Gallone)	24.6.	25.6.
Juli	41,00-41,10	40,75
Aug.	40,40-40,50	40,50-40,55
Sept.	39,60-39,75	39,95-40,00
Okt.	38,30-38,45	38,35
Nov.	37,04	36,60

ROHÖL – New York ($/Barrel)	24.6.	25.6.
Aug.	12,85-12,91	12,98-13,02
Sept.	12,72-12,77	12,77-12,80
Okt.	12,74-12,75	12,75-12,80
Nov.	12,78	12,81
Dez.	12,85-12,86	12,85

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	24.6.	25.6.
Arabian Lg.	–	–
Arabian Hv.	–	–
Iran Lg.	10,70N	10,70
Forties	11,10	11,35
N. Sea Brent	11,35	11,45
Bonny Light	11,65N	11,80N

Kartoffeln

London (£/t)	24.6.	25.6.
Nov.	91,30	91,30
Febr.	100,00	100,00
April	122,80	124,80
Mai	134,00	134,50

New York (c/lb)	24.6.	25.6.
Nov.	3,42-3,45	3,40-3,50
März	3,70-3,74	3,66-3,70
Mai	4,19-4,20	4,14
–	–	–

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	24.6.	25.6.
Juli	171,10-171,00	174,50
Sept.	166,20-166,00	168,10
Nov.	163,40-164,40	164,20
Jan.	166,60	166,00-166,40

Devisenterminmarkt

Leicht nachgebende US-Dollar-Deports führten am 25. 6. zu einer Verringerung der Terminabschläge gegen DM.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,51-0,41	1,39-1,29	2,50-2,30
Pfund/Dollar	0,38-0,36	1,05-1,02	1,95-1,90
Pfund/DM	2,20-0,80	5,00-3,60	8,70-7,10
FF/DM	16+p	30-14	48-32

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 25.6.: Tagesgeld 4,15-4,25 Prozent; Monatsgeld 4,40-4,50 Prozent; Dreimonatsgeld 4,50-4,60 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,65 Prozent, 6 Mon. 4,65 Prozent.

Privatdiskontsätze am 25.6.: 10 bis 29 Tage 3,05 G-2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G-2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 25.6.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 25.6.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	6⅞-7⅛	4⅜-4½	5⅞-6¼
3 Monate	6¾-7	4⅜-4½	5⅝-5¾
6 Monate	6¾-7	4½-4⅝	4⅞-5⅛
12 Monate	6⅞-7⅛	4⅝-4⅞	4⅞-5⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 25.6. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 17,50; Verkauf 20,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 17,00; Verkauf 20,00 DM West.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 25.6. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar (Kopf)	990,00	1322,40
5 US-Dollar (Indian)**	615,00	765,05
5 US-Dollar (Liberty)**	370,00	502,90
1 £ Sovereign alt	185,75	234,56
1 £ Sovereign Elizabeth II.	182,75	231,14
20 belgische Franken	134,75	179,84
10 Rubel Tscherwonez	182,25	235,13
2 südafrikanische Rand	168,00	213,18
Krüger Rand, neu	747,50	892,05
Maple Leaf	768,75	916,28
Platin Noble Man	991,00	1169,64
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	212,50	270,75
20 schweiz. Franken „Vreneli"	155,25	205,49
20 franz. Franken „Napoleon"	154,00	204,06
100 österr. Kronen (Neuprägung)	717,00	873,24
20 österr. Kronen (Neuprägung)	143,00	185,82
10 österr. Kronen (Neuprägung)	73,25	100,61
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	331,75	412,40
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	76,25	109,73

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Mai 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/5 (Typ A) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,74) – 5,00 (4,14) – 5,50 (4,46) – 6,50 (4,82) – 7,50 (5,21). Ausgabe 1986/6 (Typ B) 3,00 (3,00) – 4,50 (3,75) – 5,00 (4,16) – 5,50 (4,50) – 6,50 (4,89) – 7,50 (5,32) – 8,00 (5,70) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,90, 2 Jahre 4,75. **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,50, Kurs 99,00, Rendite 5,74.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 25.6.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	56,445	5,55
BW-Bank E.70	192,16	1.7.95	108,468	5,55
Berl. Bk. E.54	100,00	1.7.95	57,17	6,40
Berl. Bk. E.55	100,00	1.7.00	40,83	6,60
Commerzbank	100,00	22.5.95	57,50	6,41
Commerzbank	100,00	4.8.00	39,75	6,76
Deutsche Bk. 5	287,00	23.1.95	137,00	9,05
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	109,87	5,65
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	80,19	5,66
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	55,66	6,65
Fr. Hyp. KO 468	196,72	1.6.95	108,39	6,90
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	52,50	6,55
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	57,94	6,30
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	40,25	6,75
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	57,46	6,40
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	28,22	6,88
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	28,09	6,78
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	26,72	6,90
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	56,89	6,50
WestLB 600	100,00	2.5.95	57,30	6,49
WestLB 605	100,00	1.6.01	38,45	6,61
WestLB 606	100,00	1.8.06	27,00	6,73
WestLB 500	126,86	16.2.89	112,00	4,85
WestLB 501	137,01	16.2.90	113,70	5,26
WestLB 503	115,76	3.10.88	104,60	4,57
WestLB 504	141,85	1.10.91	107,15	5,47
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	109,75	6,39
Österreich	294,12	24.5.00	111,50	6,91
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	147,80	11,12
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	148,20	10,70
Prud Realty	$ 100	15.1.99	69,40	11,34
Emittenten (Dollar)				
Wells Fargo(AA)	100,00	4.2.88	–	9,75
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	63,625	8,38
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	57,50	10,32
Xerox (AA)	100,00	11.2.92	62,375	8,74
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	61	9,06
Gen. Elec.(AAA)	100,00	17.2.93	58,375	8,43
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	51,375	9,11
Penney (A+)	100,00	17.2.94	51,375	9,09
Sears (AA)	100,00	27.5.94	50,875	8,89
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	50,75	8,89
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.3.95	48,875	8,58

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.%	(Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,65	(4,65)	100,4	101,2	102,2	103,1	104,1	105,0
2	5,06	(5,10)	99,90	101,6	103,5	105,3	107,2	109,0
3	5,40	(5,37)	98,65	101,4	104,1	106,8	109,5	112,2
4	5,70	(5,72)	97,20	100,7	104,2	107,7	111,2	114,6
5	5,85	(5,85)	96,00	100,7	104,5	108,7	112,9	117,1
6	6,05	(6,08)	94,45	99,85	104,3	109,2	114,1	119,0
7	6,37	(6,38)	91,95	97,40	102,9	108,4	113,9	119,4
8	6,67	(6,68)	89,35	95,35	102,0	107,4	113,5	119,5
9	6,78	(6,80)	87,70	94,25	101,5	107,4	113,9	120,5
10	6,82	(6,83)	86,45	93,50	101,3	107,6	114,7	121,7
15	7,05	(7,08)	80,60	89,60	99,55	107,7	114,7	125,7

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 112,485 (112,429)
Performance-Rentenindex: 243,107 (242,982)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	24. Juni	6,811-6,875
Commercial Paper (Direktplazierung)	30–59 Tage	6,75
	60–270 Tage	6,50
Commercial Paper (Händlerplazierung)	30 Tage	6,75
	60 Tage	6,725
	90 Tage	6,675
Certificates of Deposit	1 Monat	6,65
	2 Monate	6,60
	3 Monate	6,65
	6 Monate	6,50
	12 Monate	6,55
US-Schatzwechsel	13 Wochen	6,05
	26 Wochen	6,06
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,41
	30 Jahre	7,35
US-Diskontsatz		6,50
US-Primerate		8,50
Geldmenge M1	9. Juni	666,9 Mrd. $ (+ 3,7 Mrd. $)
NYSE-Aktienindex (New York)		
Sept.	143,05	141,05
Dez.	144,05	142,10

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	24.6.	25.6.
9¾ EEC 90	104,875	105
11½ dgl. 90	109,875	110,125
10⅜ EIB 95	108,25	108,75
11 dgl. 91	111,875	112,125
11½ dgl. 90	112,375	112,75
11¾ dgl. 95	117,75	118,125
12 dgl. 95	119,875	120,375
12½ dgl. 90	114,125	114,125
12¾ dgl. 95	124	124,5
13 dgl. 96	119	119,75
10⅝ Wld Bk 95	110,875	111,125
10⅝ dgl. 88	104,625	104,5
10⅝ dgl. 90	109,125	109,125
10⅞ dgl. 95	113,5	113,625
11 dgl. 92	112,25	112,75
11¼ dgl. 88	106,875	107
11½ dgl. 90	111,75	111,75
11⅝ dgl. 89	108,125	108,125
11⅞ dgl. 90	111,625	111,875
12 dgl. 95	118,375	118,875
12¼ dgl. 94	122,125	122,375
12¾ dgl. 94	124,75	125,25

Euro-Yen

	24.6.	25.6.
6⅞ ALCorp 91	100,375	100
6⅞ ALSign95	100,375	99,75
7⅜ ADB 94	107,5	107
7 Austria 95	106,25	106,625
7 BP 92	105	102,625
6⅞ Denmark 92	103,375	102,75
7 Denm.Bk. 92	105,75	103
7 Dow Chem.94	101,75	100,875
6¾ EDF 95	106	105
6½ Eurofima95	101,125	100,5
6⅝ dgl. 92	101,5	100,875
6⅝ dgl. 95	101,625	101
7⅝ dgl. 94	105,375	102,75
6¾ Fannie 92	103,375	102,75
6¾ Finl.Rep90	104,125	103
6½ GMAC 90	101,625	100,75
7⅜ Goodyear95	101,625	101,125
6¾ dgl. 94	100	99,625
6⅝ ITT 92	101,625	101,125
6⅞ McDonal.92	102,5	101,5
6⅞ Montreal95	101,25	100,375
7⅜ N.Bruns.95	105,75	105
7⅜ N.Zeald.90	105,875	105,125
7⅜ dgl. 89	106,125	105,5
7 Pac.Gas 94	102	101,375
6⅝ Penney 92	101,875	101,5
6½ Procter 92	105,25	102,625
6⅝ Sallie 92	102,125	101,875
6⅝ Sears 91	102,75	102,125
6⅝ Swed.Ex.91	101,625	100,75
7 TRW 94	101,625	100,875
6⅝ Un.Tech.92	101,5	100,625
6⅝ W.Disn.96	100,875	100,575
6½ World Bk96	104,5	104
6⅝ dgl. 90	104	103
6⅝ dgl. 94	105,75	104,875
7 dgl. 94	107,5	106,875

Lux. Franc Bonds

	24.6.	25.6.
9¼ Akzo 87	99,75	99,75
9¼ Asea 89	100	100
6¾ Asian Dv87	98	98
10¾ BFG Lux90	103	103
11 BNP 90	104	104
9 dgl. 95	104	104
10¾ Ceca 94	104	104
11 dgl. 92	102,5	102,5
13 dgl. 91	101,25	101,25
8⅞ Conesli 95	105	105
12¾ dgl. 92	102	102
8 Copital 88	99,5	99,5
8¼ dgl. 89	99,5	99,5
11 Cr.Lyon.88	102,25	102,25
15 dgl. 89	107	107
7⅜ Den.Mtg 88	99	99
8⅜ EEC 95	105	105
9⅜ Euratom 83	100,5	100,5
10¾ dgl. 96	108,5	108,5
11 dgl. 95	101,5	101,5
9 Eurofima 95	106,75	106,75
10 dgl. 91	106	106
10 dgl. 94	104	104
11⅞ dgl. 89	100,5	100,5
8 EIB 91	100	100
8¾ dgl. 93	104	104
9½ dgl. 95	106	106
9¾ dgl. 88	102	102
9⅞ dgl. 93	108,5	108,5
10⅜ dgl. 94	105,5	105,5
11½ dgl. 88	101,5	101,5
12¾ dgl. 90	100,5	100,5
8⅞ Goodyear93	103,5	103,5
9¼ Ind.B.F.95	104	104
9⅝ Hypo Bk.88	101,25	101,25
11 Krediet.93	106,5	106,5
7⅜ dgl. 87	99,25	99,25
10 dgl. 90	103,5	103,5
11⅜ dgl. 89	104	104
8 Luxair 87	99,75	99,75
8¼ dgl. 87	100,25	100,25
8⅞ Met.Chim92	103,25	103,25
9 dgl. 95	106,5	106,5
10½ N.Lx.Al92	100	100
8 Norges 86	99,75	99,75
8 Oslo 89	99	99
8½ dgl. 87	99	99
9 Paribas 92	102,25	102,25
10⅜ Paribas89	103	104
8 Philips 89	100,5	100,5
7⅝ Renault 88	99,5	99,5
7½ Sogenal 91	100,5	100,5
9½ dgl. 92	106	106
10⅜ Solvay 87	100,25	100,25
8 Sveriges 88	99,5	99,5
9⅝ Volvo 87	100	100
8 WorldBk. 96	103,75	103,75
9½ dgl. 90	104	104
10¼ dgl. 89	104,75	104,75

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,52832

	24.6.	25.6.
8¼ Cop Cty91	99	99
12¾ dgl. 92	102	102
8⅜ CCA 91	99	99
11¼ Ned. G.88	101,75	101,75
9¾ Queb. P.94	98	98
8⅜ SDR 94	99	99

ECU

	24.6.	25.6.
9⅜ ABN 92	107	106,875
All Nippon 95	108,5	108,25
9⅜ ANZ 97	107,75	107,625
10⅜ Austria95	113	112,75
10 BNDA 92	107	107
8⅝ B.d.Roma93	101,625	101,375
9 M.+Hope 92	106	105,75
9 Bk.Hels.96	105,25	102,875
7⅜ BNP 95	99,75	99,5
8⅞ dgl. 95	104,875	104,875
8⅞ Bay.Vbk.88	103,5	103,5
8⅞ BFCE 95	103,375	103,25
9⅜ dgl. 92	109,875	109,75
9⅜ dgl. 95	110	109,625
9⅝ Bell 92	106,125	106
9⅝ CNT 92	109,75	109,875
9⅞ dgl. 95	109,75	109,875
8⅝ Cargill 95	104,75	104,75
10⅜ Ceca 89	108	108,125
9 Chrysl. 92	102,25	102
9¼ dgl. 94	103,375	103
9 ClubMed 88	103,125	102,875
9 Colgate 91	103,25	103
9 Cop Cty 95	105,5	105,5
9⅝ CCF 95	106,625	106,375
9⅝ CrdNord 91	106,75	106,5
11⅜ CrdFonc90	107,75	107,5
11⅜ dgl. 90	109,75	109,625
6⅝ CrdLyon 92	93,625	93,375
8⅞ CrdNat 96	108,5	108,5
10⅜ dgl. 94	115,25	115,25
8⅞ Crdanst.94	106,625	106,625
9⅞ Credito 92	107,25	107,25
7⅜ Denmark 96	100,5	100,375
9 EDF 97	106,75	106,5
8⅞ EEC 93	105,875	105,5
8⅜ ELFAqu. 88	102,25	102
9 Enso Gut 91	104,5	104,5
9⅜ dgl. 93	104,5	104,5
10 Euratom 97	112,625	112,625
9⅜ Eurofima93	105,375	105,375
8⅝ EIB 90	106,125	106
8⅞ dgl. 93	106,125	106,125
8⅝ dgl. 92	106	105,875
9⅝ dgl. 95	112	111,875
10⅜ dgl. 94	112	112
10⅜ dgl. 94	111,875	111,75
10⅜ dgl. 90	112,5	112,375
11⅜ dgl. 92	110,625	110,625
9 Entelsat 93	105,5	105,5
6⅝ EDC 96	92,75	92,625
8⅝ Fiat 90	103,25	103
9 IBKFinal 95	104,25	104,125
8⅝ Ford C.93	106,375	106,125
7 Giroz. 93	96,875	96,75
10⅜ dgl. 93	112,625	112,625
10 IADB 93	112,25	112
8¼ IBM 90	103,875	103,625
6⅝ Iceland 96	92,375	92,5
8⅝ IKB 93	102,625	102,375
9 Imatran 96	104,875	104,5
9⅜ Italie 89	104,375	103,75
10⅜ dgl. 92	112,75	112,75
9⅜ Kansai 92	107,875	107,625
9⅜ Kbilina 92	108	108
6⅝ KB/Ibl 95	92,5	92,5
10⅜ Megal 95	108,75	108,75
8⅞ Mits.Tr.93	105,875	105,625
9 MoetHen.91	106,375	106,375
9⅜ Mol 90	102,375	102,375
8½ Morgan 90	104,125	104,125
8⅜ Motorola92	104,75	104,75
9 Nerse 95	105	105
8⅞ N.S.Wal.93	107,25	107
9⅜ N.Zeal. 90	105,625	105,375
9½ N.Zeal.92	107,875	107,375
9 OstLbk. 89	104	104
8⅜ Olivetti93	106,75	106,625
8⅜ Parbel 89	102	102
10 Pechin.90	107,125	107,125
9 Petroc.95	102,25	102,25
9⅜ dgl. 90	106	105,75
8⅝ Phibro 96	102,875	102,625
9 Philips 93	106,75	106,75
9⅜ Piba 92	107,875	107,5
10 Prvbk. 92	105,875	106,125
10⅜ RATP 92	106,125	106,125
7⅜ Robobk. 96	100,375	100,375
9⅜ dgl. 95	111,25	111,25
8⅝ Reynolds91	104,25	104,25
9 SAS 95	106,625	106,5
9 Sanwa 95	105,375	105
8⅜ Secpac 90	102,625	102,625
9 SNCI 95	105,125	105,125
8⅜ Sumitomo92	105,25	105,25
9⅜ dgl. 93	107,875	107,75
9 dgl. 93	107,625	107,5
6⅝ Schweden96	93,875	93,625
9 Unbt.Nor.95	105,625	105,625
8⅜ Vict. 90	104,875	104,875
8⅜ WalsD. 94	106,375	106,25
9⅜ dgl. 95	108,875	109,75
8⅞ Washgt.96	106,75	106,75
9⅜ Westpac92	106,75	106,75
8⅜ Worldbk.95	106,5	106,625
8⅜ dgl. 93	105,75	105,5
9⅜ dgl. 92	110,375	110,125
10⅜ dgl. 89	107,375	107,575
10⅜ dgl. 94	112,25	112
11 dgl. 93	109,875	109,875
8⅜ Xerox 90	104,5	104,5

ECU-Tageswerte

	24.6.	25.6.
Dollar	0,964501	0,947495
Bfr	43,9185	43,9282
DM	2,14939	2,14987
Hfl	2,41993	2,42113
£	0,637686	0,636543
Dkr	7,96629	7,97317
FF	6,85778	6,85607
Lira	1474,72	1474,78
I-£	0,709452	0,709205
Sfr	1,76455	1,76187
öS	15,1234	15,1125
Peseta	137,297	137,576
Skr	6,95476	6,90015
Nkr	7,31911	7,29571
Kan-$	1,33651	1,31436
Esc	145,64	145,109
Fmk	4,98406	4,96866
Yen	160,457	168,032
Drachme	135,512	135,392

SZR-Wert

	24.6.	25.6.
Dollar	1,16743	1,15595
DM	2,60208	2,62273

D. Bergelsons Abgesang der jiddischen Dichtung

Lächeln unter Tränen

Obwohl einer der bedeutendsten jiddischen Schriftsteller, I. B. Singer, dem Holocaust entkam und 1978 sogar den Nobelpreis für Literatur bekam, werden Sprache und Kultur der Ostjuden wohl bald erlöschen. Singer selber brachte dies einmal zum Ausdruck, indem er auf die Frage, weshalb seine Geschichten von Totengeistern und Dämonen wimmeln, sagte: „Ich schreibe in einer Sprache der Toten, und eine solche Sprache liebt Gespenster." Ähnlich sagt es auch der russisch-jiddische Dichter David Bergelson (1884–1952) über einen jiddischen Dichter in einer seiner Novellen: „Sonst sterben einem Volk die Dichter; ihm aber war sein Volk weggestorben."

Indes traf dieser Holocaust in Osteuropa eine Gemeinschaft, die schon seit über 200 Jahren der Agonie



entgegentrieb, wenn auch niemand das abrupte Ende hatte voraussehen können. Aber seit den Judenmassakern des Kosakenhetman Chmjelnizki im 17. Jahrhundert und den nachfolgenden, fast pausenlosen kirchlichen und staatlichen Verfolgungen und den tödlichen Religionskämpfen unter den Juden selbst schwanden die Lebenschancen des Ostjudentums (außer in der Donaumonarchie) zunehmend dahin.

Das alles schlug sich natürlich in der jiddischen Literatur nieder. Teils malt sie die Misere schwarz in schwarz und wird dadurch unlesbar. In ihrer klassischen Periode (ca. 1870–1920) rettet sie sich in das Rezept „Lächeln und Lachen unter Tränen". Zum Teil weicht sie in die verträumten Wunderlegenden des Chassidismus aus, oder sie verschreibt sich dem „Prinzip Hoffnung" nach marxistischem Muster. Nur sehr selten kommt es jedoch vor, daß sich ein ostjüdischer Schriftsteller zunächst einfach als „Glied der russischen Literatur" fühlt, selbst wenn er jiddisch schreibt und in seinem Werk kaum eine nichtjüdische Figur auftaucht.

Dies gilt weitgehend für David Bergelson, obwohl er zunächst in der jüdischen Welt wurzelt. Aber sein einziger großer Roman, „Das Ende vom Lied", den jetzt der Verlag Weitbrecht in der jiddischen Reihe „Die goldene Pawe" wieder aufgelegt hat, atmet Tschechows lähmende Schwermut und Müdigkeit. Er spielt in einem ukrainischen Provinznest unter Menschen, die ziel- und freudlos durchs Leben schweifen, keine Freude, nicht einmal Heiterkeit empfinden. Im Zentrum steht die schöne, blonde Mirl, Tochter eines Bankrotteurs, die niemanden liebt und mit 26 Jahren restlos am Ende ist. Doch trotz drükkender Stimmung und Handlungsarmut fasziniert das Buch durch seine atmosphärische Dichte.

Nach der Revolution begegnen wir einem gewandelten Bergelson: Er segelt jetzt fröhlich auf der Welle des „sozialistischen Realismus", agitiert für den atheistischen Judenstaat im Fernen Osten der Sowjetunion, um Birobiolshan – und ist langweilig wie alle Autoren dieser Art.

In die jüdische Geisteswelt kehrt er erst nach der Vernichtung der Juden in den Hitlerjahren zurück, die er zufällig überlebte. Vor seiner Ermordung 1952 in der letzten antisemitischen „Säuberungswelle" Stalins schrieb er seine schönste Novelle: „Jahrzeitlichter". Sie erzählt von einem jüdischen Frontarzt, der, wie die meisten ostjüdischen Intellektuellen, zwar noch in der jüdischen Religionswelt aufwuchs, ihr aber restlos entfremdet ist. Seine Mutter kam im Judenghetto von Wilna um, er weiß nicht, wie und wann, könnte also, selbst wenn er wollte, nicht nach altem Brauch an ihrem jährlichen Todestag die „Jahrzeitlichter" anzünden und das Totengebet, den Kaddisch, rezitieren. Als Ungläubiger empfand er hierfür auch nie ein Bedürfnis.

Doch einmal gelingt es ihm, einem erblindeten russischen Soldaten das Augenlicht zurückzugeben. Und als er ihm in die wieder sehend gewordenen Augen blickt, erscheinen sie ihm wie Jahrzeitlichter, und über seine Lippen brechen die fast vergessenen aramäischen Worte des uralten Totengebetes …

Zumindest diese eine Novelle würde eine Übersetzung ins Deutsche ebenso lohnen wie „Das Ende vom Lied". SALCIA LANDMANN

David Bergelson: „Das Ende vom Lied". Aus dem Jiddischen von Alexander Eliasberg. Edition Weitbrecht. 320 S., 36 Mark.





In der Reihe teigiger Profilköpfe ist Picasso das vielgegenwärtige Über-Ich: „Der Medici" aus der Serie „Die Bürger von Florenz", 1985 (r.) und „Pierrot Lunaire", 1984, aus den Lüpertz-Ausstellungen in Berlin FOTOS: BINDER/THIELE

In der Leere beginnt das Atmen

Er ist der Allergrößte, und das weiß er selbst natürlich am besten. Amtsinhaber im hochoffiziellen Blauen waren ebenso auf den Beinen, das Ereignis gebührend mit ihrer Gegenwart zu dekorieren, wie die routinierten Vernissagen-Tiger, elegante Society und puppig auf Originalität gestylte Damen. Gleich vier Orte gilt es abzuschreiten, darunter tut es ein Markus Lüpertz nicht. Der Neue Berliner Kunstverein ordnete alle bislang entstandenen Skulpturen des Meisters – nicht mehr, nicht weniger als 26 Bronzen – zu einem stoischen Defilee in der Großen Orangerie von Schloß Charlottenburg.

Selten wirkte dieser sonst von Stellwänden bedrängte Raum so klar, so weit. Selten nahm er die beidseitig flankierende Natur so deutlich auf: Das Ambiente hat ein surreales Air, genau die richtige Stimmung für ein schillerndes, vehement Traditionen aufsaugendes und zugleich verwerfendes Œuvre. So ist selbst die Leere, in die die Plastiken gestellt sind, die piekfeinste, die sich nur denken läßt; aber auch ein mythischer Raum, in dem das Ensemble eindringlich zu atmen beginnt.

Schon vor der Orangerie steht jener über drei Meter hohe Standbein-Spielbein-Torso, ein Massiv, das mit äußerstem Selbstbewußtsein schon Lüpertz' fundamentales Arbeitsprinzip der Veranstaltung vorausschickt: Einen kreativen Eklektizismus, der sich mit Souveränität der Spielarten klassischer Moderne bedient, mit wuchtigem Witz über ihre theoretischen Prämissen hinausgeht. Es ist tatsächlich jenes vielzitierte Niemandsland zwischen Berechnung und Willkür, mit dem Lüpertz sich den Kubismus zu eigen macht, Körper- und Körperteile – und wäre es nur ein Fuß – als kubisch formulierte Blöcke, sie aus größeren Bezugssystemen herausschneidet, ihnen aber eine ganz eigene Existenz zuweist.

Picasso ist das vielgegenwärtige Über-Ich. Es erscheint allgegenwärtig in der Reihe teigiger, kollageartig im Modell traktierter Profilköpfe mit dem rodinisierenden Titel „Die Bürger von Florenz". Aber das Ich in Lüpertz ist stark genug, sich auf das Vorbild zu berufen, das aber gleichzeitig trivialisierend zu übersteigern. Dabei ist das Spiel mit dem Nobelmaterial „Bronze" selbst schon eine Methode hinter-vorder-gründiger Verfremdung: Denn Lüpertz bearbeitet die Bronze mit Farben. Er, dem sich nachsagen läßt, er sei als Maler immer schon Bildhauer gewesen, bleibt auch auf plastischem Terrain fortwährend noch Maler.

Malerische Kulissen werden dann auch ausdrücklich monumentalen und mitunter hochdramatischen plastischen Inszenierungen beigegeben, die sich deutlich antiker Vorbilder, etwa des „Poseidon von Kap Artemision" oder des „Fauns mit Zicklein" bedienen.

Lüpertz mag den unfehlbaren „Titanen" in sich selbst kraftvoll überschätzen. Nur so ist die Maß-Losigkeit bei der Ausbreitung seiner Arbeiten zu verstehen. Gegenüber der elementaren Dynamik der kubischen Skulpturen sinken Plastiken, sich auf surreale Weise der literarischen Zwischen-Realität von Lewis Carrols „Alice" nähern wollen, in Banalität und Belanglosigkeit. Dasselbe gilt für die simultane Verteilung malerischer Arbeiten aus gleich drei Berliner Galerien (Skulima, Onnasch, Springer), einen Vorgang der zumindest an einer Adresse eher unlustig als Abwertung bezeichnet wird. Da reihen sich die Nebenwerke, gleichwohl zu Hauptpreisen; schematische Duschkabinen und New York-Epigramme auf Wellpappe und Bilder, in denen der bewußte Stil-Rückgriff nicht als schöpferisches Zitat, sondern als reiner Stil-Verzicht, wenn nicht als flache Stillosigkeit erscheint.

Den ganz großen Griff, auch mit Blick auf das Format, hat Rudolf Springer getan, als er sich eine gewaltige, dreimal fünf Meter messende „Beweinung" sicherte. Es handelt sich dabei um eine überlegene, farblich raffinierte Inszenierung des anverwandelten Picasso-Vokabulars, um ein dramatisches Widerspiel von Figuren und Köpfen. Diesem Meisterwerk zugeordnet, auf gegenüberliegender Wand, ein Kruzifix mit abstrakt verschlungenem Korpus. Form-als-solche, und doch zurückweisend in Lüpertz' eigene Biographie. Schließlich hat er nicht nur im Straßenbau und unter Tage geackert, sondern als 20jähriger auch einen Studienaufenthalt im Kloster Maria Laach absolviert (bis 4. 7., Katalog 25 Mark). PETER HANS GÖPFERT

Zum 50. Todestag des Philosophen Moritz Schlick

Weg mit der Metaphysik

Vor fünfzig Jahren wurde auf Moritz Schlick ein Attentat verübt: Ein junger Mann, der bei ihm promoviert hatte, erschoß den 54jährigen Philosophie-Professor auf dem Wege zu seiner Vorlesung auf der Treppe der Universität. Als Motiv gab er vor Gericht Eifersucht und Rache an: Sein Doktor-Vater habe ihm seine Freundin ausgespannt. Die Freunde Schlicks bezeichneten den Täter als Psychopathen. Johann Nelböck wurde zu zehn Jahren schweren Kerkers verurteilt. Doch nur zwei Jahre hat er davon abgesessen.

Nach dem Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich behauptete er, als innerlich überzeugter Nationalsozialist habe er das Land von einem jüdischen Volksverderber befreien wollen. Daraufhin wurde die Strafe zur Bewährung ausgesetzt. Das Merkwürdige dabei ist, daß Schlick gar kein Jude war: Die väterlichen Vorfahren entstammten preußischem Adel, die Mutter gehörte zu den Nachkommen von Ernst Moritz Arndt, dem Dichter der Freiheitskriege. Daran erinnerte der Vorname Moritz. Nelböck war nach dem Kriege in der sowjetischen Erdölgesellschaft in Österreich tätig und starb 1954.

Moritz Schlick wurde am 14. April 1882 als Sohn eines Berliner Fabrikanten geboren. Er studierte an mehreren Universitäten Physik und Philosophie, promovierte 1904 bei Max Planck in Berlin über „Die Reflexion des Lichtes in einer inhomogenen Schicht" und habilitierte sich 1911 in Rostock mit einer Arbeit über „Das Wesen der Wahrheit nach der modernen Logik". 1922 erhielt er in Wien die 1895 für Ernst Mach eingerichtete Professur für Philosophie der induktiven Wissenschaften. Er stieß dort auf den „Verein Ernst Mach", der dessen Philosophie weiter zu entwickeln versuchte im Sinne des späteren sogenannten Neopositivismus oder Logischen Empirismus.

Um Schlick bildete sich schon bald ein Kreis von Schülern und Kollegen und Mitgliedern dieses Vereines, die an die Ergebnisse der modernen Naturwissenschaften anknüpfen wollten. Sie wollten mit Hilfe der modernen, mathematischen Logik, für die der französische Leibniz-Forscher Couturat den Namen „Logistik" vorgeschlagen hatte, eine streng wissenschaftliche Philosophie aufbauen. Die moderne Logik wurde seit 1929 bekannt durch Carnaps „Abriß der Logistik". Im folgenden Jahr wurde zusammen mit einem ähnlich ausgerichteten Kreis in Berlin unter der Leitung von Hans Reichenbach die Zeitschrift „Erkenntnis" gegründet, die bis zur Auflösung des Wiener Kreises im Jahre 1938 existierte.

In dieser Zeitschrift veröffentlichten Schlick, Carnap, Reichenbach und viele namhafte Forscher der damaligen Zeit fundierte Untersuchungen zu speziellen Problemen und allgemeinen Grundsätzen einer neuen, streng wissenschaftlich begründeten Philosophie. Man war sich einig in der Ablehnung der herkömmlichen spekulativen Metaphysik. Sie sollte ersetzt werden durch eine „antimetaphysische, wissenschaftliche Weltauffassung". Während manche Mitglieder des Kreises dieses Anliegen sehr kämpferisch und polemisch vertraten, war der philosophisch gebildete Schlick der herkömmlichen Philosophie gegenüber wesentlich toleranter, bei aller Kritik an Auffassungen, die seinen strengen Maßstäben nicht standhielten. Insbesondere beschäftigte er sich auch mit Problemen der Ethik, die nach ihm keinesfalls zur Metaphysik gehörte.

Neben einer Fülle von Aufsätzen zu wissenschaftstheoretischen Spezialproblemen sind vor allem seine Bücher zu nennen: „Allgemeine Erkenntnislehre", 1918, „Naturphilosophie", 1925, „Vom Sinn des Lebens", 1927, „Fragen der Ethik", 1930. Aus seinem Nachlaß erschien noch 1952 das Buch „Natur und Kultur". In den letzten Jahren wurden seine Werke wieder neu aufgelegt.

1929 übernahm Schlick eine Gastprofessur an der Stanford University in Kalifornien. Er stand in Verbindung mit den führenden polnischen, dänischen und amerikanischen Logikern und mit vielen bedeutenden Physikern und Mathematikern. Auch Ludwig Wittgenstein und Karl Popper waren zeitweilig mit dem Wiener Kreis verbunden.

Bald nach dem Tode Schlicks, der nun einmal der führende Kopf gewesen war, zerfiel der Wiener Kreis, zumal viele Mitglieder nach der nationalsozialistischen Besetzung Österreichs 1938 emigrierten. Sie bauten dann in Amerika die Schule der Analytischen Philosophie auf, die im angelsächsischen Sprachbereich etwa drei Jahrzehnte lang tonangebend war. Wie aber hätte sich diese Richtung wohl entwickelt, wenn ihr Moritz Schlick weiterhin zur Verfügung gestanden hätte? ALBERT MENNE

Wer verdient an der „Fernseh-WM", wem gehört das Azteken-Stadion?

Guillermo Canedo ist Señor Mundial

Die Fernsehanstalten aus aller Welt sind bei der Fußball-WM in Mexiko auf „Telemex" angewiesen. Diese für die WM gegründete Organisation besteht aus dem staatlichen Sender „Imevision" und dem Medienkonzern „Televisa", der 75 Prozent der Anteile hält.

Das WM-Spektakel war noch keine drei Tage alt, als die internationalen Anstalten Protest beim Weltfußballverband FIFA einlegten. Ein Sprecher beklagte die „größte Katastrophe in der Geschichte der Telekommunikation". Zwei Tage darauf fiel zwar immer noch das Bild aus, aber die FIFA war guten Willens und berief sich auf Mexikos Präsident Miguel de la Madrid; der habe zugesagt, daß die Probleme gelöst würden. Offenbar ist sein Vertrauen in die Potenz von „Televisa" so groß wie jenes ihrer Macher in sich selbst. Guillermo Canedo ist der wichtigste, ihr Vizepräsident. „Señor Mundial", wie ihn die einheimische Presse nennt, hat die USA vor drei Jahren aus dem Feld geschlagen, als sie um die Titelkämpfe konkurrierten. Ihr Delegationsleiter war Kissinger.

Der 66jährige Mexikaner verbindet Ehrenamt und Beruf in idealtypischer Weise. Canedo ist Vizepräsident des Weltfußball-Verbandes FIFA und Chef des WM-Exekutivkomitees. Eigentlicher WM-Veranstalter aber ist „Televisa". Es ist der größte, milliardenschwere Medienkonzern Lateinamerikas. Erstmals ist damit eine Fußball-WM fest in privater Hand, was auch für die Gewinne zutrifft, die die Fernseh-WM einspielt. Was dies zu bedeuten hat, haben als erste die Fernsehanstalten erfahren, die auf die Logistik von „Televisa" angewiesen sind. 4150 Dollar zahlen sie pro Spiel für einen Kommentatorenplatz, bei Olympia in Los Angeles waren es 1600 pro Tag. De la Madrid deckt diese Profitsucht.

„Televisa" ist überall. Der Konzern verfügt über vier Fernsehkanäle, die US-amerikanisch orientiert sind und wesentlich höhere Einschaltquoten als die staatliche „Imevision" haben. In eigenen Produktionsstätten werden Serien wie „Die Reichen weinen auch" gefertigt. Die 220 000 verkabelten Haushalte der Hauptstadt werden mit „Cablevision" beliefert, die Freunde von allem Gedruckten mit den aufgekauften Bestsellern des hauseigenen Verlages „Edivision" und der Tageszeitung „Novedades". Zum Sortiment gehören noch das Azteka-Stadion und jenes in Queretaro, plus vier Fußballclubs der ersten Liga, wobei Canedo dem feinsten, dem „Club America", vorsitzt.

Der Medientycoon hat längst über die nationalen Grenzen hinausgegriffen. Der beste Fang waren die Spanish Internacional Networks (SIN), eine Kette von 368 Sendern, die von New York bis nach Los Angeles und in den ganzen Süden abstrahlt. Auch in Richtung Südamerika hat sich ein neuer Geschäftspartner gefunden: Joao Havelange, der FIFA-Präsident, hat sich in Brasilien mit „Televisa" zusammengetan. In Spanien bewirbt sich „Televisa España" ums künftige Privatfernsehen.

Störquellen werden ausgeschaltet. Carlos Albert etwa, der frühere mexikanische Nationalspieler und heutige Kommentator der staatlichen „Imevision", wurde nicht akkreditiert, weil Canedo sein Intimfeind ist. Die „Imevision" wollte daraufhin alle Spiele ohne Ton übertragen, fiel aber nach einem Wink aus dem Regierungspalast um. Verwunderlich ist das nicht, denn de la Madrid („wie alle Landsleute schaue ich Televisa") braucht das Wohlwollen des Medienmultis. „Televisa" wird den Präsidenten weiter unterstützen, so sie walten und schalten kann wie bisher. Außenpolitisch steuert der Multi, im Gegensatz zu de la Madrid, aber einen Pro-Reagan-Kurs. Diese Richtung wird innerhalb der AG von Unternehmern der Industriestadt Monterrey getragen. J.-O. FREUDENREICH (epd)

Reichsautobahn als Maßstab des Größenwahns

Die ersten Pläne zum Bau der Reichsautobahn stammten aus der Weimarer Zeit. Im Reichstag opponierten die Nazis dagegen. Sie nannten sie eine Luxusstraße. Ab 1933 bauten sie diese Straße selber, 3860 Kilometer bis zur Einstellung des Baus 1942. Kosten: fünfeinhalb Milliarden Mark.

Zwei Legenden haben sich um den Bau der Autobahn gebildet. Die eine lautete, sie hätte der Arbeitsbeschaffung gedient, und Hitler selbst brüstete sich, daß der Bau nichts gekostet habe, weil Arbeitslose beschäftigt würden, deren Unterstützung dadurch entfiele. Die andere hieß, die Autobahn sei im Hinblick auf den geplanten Krieg für den Nachschub entstanden.

Hartmut Bitomsky hat diese beiden Legenden in seinem Film „Reichsautobahn" widerlegt. Die am Bau und in den Zulieferindustrien beschäftigten 220 000 Arbeiter betrugen knapp fünf Prozent der Arbeitslosen. Zum anderen: Militärisch hatte die Autobahn keine Funktion; nicht nur für Panzer war die Betondecke zu

Reichsautobahn – West III, 20.15 Uhr

dünn gebaut, sondern auch die Lastwagen waren zu schwer.

Der Film besteht zu zwei Dritteln aus alten Filmen und Dokumenten und nur zu einem Drittel aus Neuaufnahmen. Es handelt sich hier aber um kein Feature, sondern um einen Film mit künstlerischen Ambitionen in dem Maße, wie die Autobahn ihre eigene Ästhetik entwickelt hat. Die Autobahn wurde nicht nur zu einem Teil unserer Landschaft, sondern war bewußt so gestaltet. Die Autobahn sollte durch ihre Fotogenität bestechen, und der Autor des Films ist nicht als Letzter ihr erlegen.

Von Anfang an war deutlich, daß die Autobahn keinen wirtschaftlichen Nutzen hatte. Da es so gut wie keine Autos gab (1934 kam ein Auto auf 75 Deutsche), mußten damals für die Propagandafilme die Autos ausgeliehen werden. So wird man durch den Film dahin geführt, anzunehmen, daß dieser Bau zur reinen Selbstdarstellung eines künstlerisch-politischen Willens diente. „Wir werden dafür sorgen, daß das Werk sich nicht mehr trennt von denen, die es geschaffen haben", sagte der Allesverderber, der es zum Maßstab seines Größenwahns machte. Die Zusammenhänge scheinen so deutlich, und doch bleibt zum Nachdenken so wenig Greifbares. Der Film ist wichtig in den beiden Dimensionen: Kunst und Geschichte. schw.



ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.10 Die Sendung mit der Maus
9.45 ZDF-Info Arbeit und Beruf
10.00 Tagesschau, Tagesthemen
10.25 Liebe auf den zweiten Blick?
11.10 Alles was recht ist
12.10 ZDF-Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

6.00 Guten Morgen Mexiko
Berichte von der Fußball-WM mit Tagesschau bis 9.00 Uhr
14.20 Klamottenkiste
14.35 Unsere kleine Farm
15.20 Tagesschau
16.15 Die Abenteuer von Tom Sawyer und Huckleberry Finn
16.40 Achtung – Klappe!
Kinder als Reporter
17.15 Mexiko-Magazin
Anschl.: *Regionalprogramme*
20.00 Tagesschau
20.15 Pro und Contra
Thema: Ausstieg aus der Kernenergie
Leitung: Ernst Elitz
21.00 Der 7. Sinn
21.03 Kiel international
Gala anläßlich der Kieler Woche 1986 aus der Ostseehalle in Kiel
Mit Salvatore Adamo und Gilbert Becaud
Moderation: Sylvia Vrethammar und Freddy Quinn
Es spielt die NDR-Big-Band unter Leitung von Dieter Glawischnig
22.30 Tagesthemen
23.00 Kennedy (5)
Serie über den US-Präsidenten
Schwierigkeiten in der Innenpolitik
0.35 Internationale Tennis-Meisterschaften von England in Wimbledon
1.05 Tagesschau
1.10 Nachtgedanken
Hans Joachim Kulenkampff: „Der städtische Bauer" von Ernst Bloch

16.00 heute
16.04 Im italienischen Klub
Feste feiern mit ausländischen Mitbürgern
Anschließend: heute-Schlagzeilen
16.35 Der Stein des Marco Polo
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Der rosarote Panther
Anschließend: heute-Schlagzeilen
18.20 Wanderjahre
Die Geige weint
19.00 heute
19.30 Dalli-Dalli
Spiel und Spaß von und mit Hans Rosenthal
Mit Uwe Friedrichsen, Lotti Krekel und Roberto Blanco
Karikaturist: Oskar
21.00 Kinder Kinder
Lebenskunst – eine Aufgabe der Schule?
21.45 heute-journal
22.05 5 nach 10
Die Deutschen - ein aufgeregtes Volk?
Diskussion um Emotionen, Vorurteile und Ressentiments in der Bundesrepublik Deutschland unter Leitung von Horst Schättle und Guido Knopp
Aktueller Anlaß ist die Reaktor-Katastrophe von Tschernobyl. Reagieren die Deutschen gereizter als andere Nationen? Briten und Franzosen scheinen durch ihre Jahrhunderte alte demokratische Tradition gefestigter zu sein.
Anschließend: heute

SAT 1

15.00 APF-blick
15.05 Marco
15.30 Lassie
16.00 Die deutsche musicbox
17.00 APF-blick-telegramm
17.02 Kobra, übernehmen Sie
Anschl.: Rund um die Welt
18.00 Boomer, der Streuner
Anschließend: Dick Tracy
18.30 APF-blick
18.45 SAT1 für Sie am Ball
19.05 Luftschlacht um England
Englischer Spielfilm (1969)
21.15 APF-blick
22.10 FBI
Der Teufelskreis (1)
23.00 APF-blick
23.10 Mord ohne Mörder
Englischer Spielfilm (1950)
Nach einem Ehekrach lebt Schriftsteller Stephen allein. Er läßt sich mit der Prostituierten Grena ein. Im Verlauf eines Streits verunglückt das Mädchen tödlich.
0.25 APF-blick

1 PLUS

19.00 Fischfänger
19.45 Europa – deine Weine
20.00 Tagesschau
20.15 Die Fischer von Moorhövd
21.05 Frühling in Wien
Festkonzert der Wiener Sinfoniker mit Werken von Schubert und Mozart.
22.45 Die schwarze Hand der Mafia
Amerikanischer Spielfilm (1959)
In der Unterwelt kommt es zum erbitterten Machtkampf zwischen Augie Martello und Mafia-Boß Johnny Lucero, der zehn Jahre des Landes verwiesen war.
23.55 Nachrichten

III.

WEST
18.30 Die Sendung mit der Maus
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Reichsautobahn
Dokumentarfilm (1984/85)
21.45 Freude haben ist wichtig
Jugendarbeit und Sport
22.15 Pacz & Co.
Diskussionsrunde mit Gert von Paczensky, Günter Grass und Rolf Hochhuth anläßlich der internationalen Pen-Tagung in Hamburg
23.15 Kultur aktuell
Anschließend: Nachrichten

NORD
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Wir sind keine Drückeberger
Zivildienstleistende im Gespräch
19.15 Die Erde lebt (11)
20.00 Tagesschau
20.15 Der Dieb und die Blondine
Amerikanischer Spielfilm (1945)
21.30 Berliner Ansichten
22.20 Unterm Funkturm
Auslandskorrespondenten zu Gast mit Gästen
23.35 Nachrichten

HESSEN
18.33 Grand Café
18.50 Was tun mit der Zeit?
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Die Mahd der Habichtswiese
Tschechosl. Spielfilm (1981)
21.20 Verknüpfungen
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 Mord in Cotswold
Englischer Fernsehfilm
23.15 Poetikvorlesungen '86

SÜDWEST
18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Francis
18.35 Show mit Ix und Yps
18.58 Schlagzeilen
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Blick ins Land
Gemeinschaftsprogramm:
19.26 Sandmännchen
19.30 Straßen-Träumereien
Italienischer Spielfilm (1948)
Nur für Baden-Württemberg:
21.00 9 aktuell
21.15 Politik Südwest
Rheinland-Pfalz und Saarland:
21.00 Neues um Neun
Nur für Rheinland-Pfalz:
21.15 Transparent
Gemeinschaftsprogramm:
21.45 Gosslitwil (6)
22.30 So isses
0.05 Nachrichten

BAYERN
18.15 Wegweiser – PS
18.45 Rundschau
19.00 Ich, Chiara und der Finstere
Italienischer Spielfilm (1982)
20.40 Z. E. N.
20.45 Liturgie
21.30 Rundschau
21.45 Sperrfrist
22.30 Francesco Nuti
23.30 Rundschau

3SAT

11.30 Sport-Zeit
15.30 Haute-Route
Klassische Skitour in den Walliser Alpen
16.35 Tarzan in Gefahr
Amerikanischer Spielfilm (1948)
18.00 Mini-ZIB
18.10 Sport-Zeit
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Derrick
20.30 Rundschau
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Reporter des Satans
Amerikanischer Spielfilm (1951) mit Kirk Douglas und Jan Sterling
23.30 Kennwort: Kino
23.40 Nachrichten



18.05 Baden in Deutschland?
Wie radioaktiv sind die Seen und Flüsse
18.15 Starmix
18.35 Fröhliche Pizza-Zeit
18.53 7 vor 7
19.15 Viva Mexiko
20.05 Knight Rider
20.50 RTL-Spiel
20.55 Filmvorschau
21.05 Der Frontgockel
Deutscher Spielfilm 1955
22.45 Popeye
22.50 Neu im Kino
23.10 Wetter/Horoskop/Betthupferl

KRITIK

Peinliches Ausfragen

Ernst und streng befragte Marcel Reich-Ranicki den ihm unheimlich dicht gegenübersitzenden Mann im hellgrauen Tweedjackett, wo und wie er die Machtergreifung 1933 erlebte und ob er im weiteren Verlauf etwas von Judentransporten aus Berlin gehört habe. Als hieße der Herr Hinz oder Kunz und nicht Wolfgang Koeppen, den er gleich darauf den Verfasser des besten, ja des einzigen Romans über die politische Wirklichkeit im Nachkriegsdeutschland nennen würde. Er wolle ihn ganz schonungslos um Auskünfte angehen, kündigte er außerdem an. So war es nicht zu verhindern, daß die Antworten zögernd und einigermaßen kärglich ausfielen. Wolfgang Koeppen duckte den Kopf zwischen die Schultern und fuhr sich mit den Fingern unter die Brille. Der Effekt war unter anderem auch, daß manches unbeantwortet blieb, ohne daß Reich-Raanicki sich die Mühe machte weiter darauf zu insistieren. Immerhin nahm er die Gelegenheit wahr, die Leistungen dieses **Zeugen des Jahrhunderts** gründlich zu würdigen, dem der Ehrenplatz in dieser vom ZDF etwas vollmundig betitelten Reihe wohl nicht zugefallen wäre, wenn nicht gerade sein 80. Geburtstag im Kalender gestanden hätte.

HELLMUT JAESRICH

Belanglose Ferien an einem See

Der Wiener Filmemacher Manfred Kaufmann scheint der Handlung seines Fernsehspiels **Intime Distanzen** (ZDF) selbst mißtraut zu haben. Deshalb hat er wohl die müde Geschichte um vier junge Leute, die in ihrem Urlaub an einem Kärtner See mehr Liebelei als Liebe erleben, durch einen veränderten Kamerablickwinkel aufgemotzt. Immer wieder sah man nur die Beine der Akteure und Szenen, die sich in Brillengläsern widerspiegelten.

Kaufmanns Dialoge kamen aus der Schreibmaschine und hörten sich beispielsweise so an: „Sie haben schöne Hände." – „Dafür haben Sie schöne Ohren." – – „Mein Cello ist auch ein Ort für mich." Im Schlußwort des Films lag dessen ganze Scheintiefe: „Mir summen die Ohren vor lauter Stille."

GÜNTER RUDORF

Jüdische Mitbürger

Es quält sie vor allem der unsichtbare Zwang, sich unablässig rechtfertigen zu müssen. Entweder dafür, daß sie Juden sind und stolz darauf sein wollen. Oder dafür, daß sie trotz alledem in Deutschland leben. Der Zwang vor der Kamera hätte leicht ins Penetrante wachsen können. Gerade dies aber haben die Autoren Rudolf Blank und Michael Opoczynski der ausgezeichneten Sendung **Gehen oder bleiben?** (ZDF) über Juden in Deutschland sorgsam vermieden. So entstand das eindrucksvolle Bild einer so intelligenten, nachdenklichen, differenziert argumentierenden Schar junger Mitbürger, daß einen der Vergleich mit mancher Diskussion unter jungen Deutschen neidisch machen könnte.

JOACHIM NEANDER

Dank den Kapitalisten

mar – Gerade geht in Esslingen die Ausstellung „Kunst der DDR in den 80er Jahren", gesponsert von der Salamander AG, Kornwestheim, zu Ende, da lädt die Ferrostaal AG in Essen zur Ausstellung „Der Mensch in der sowjetischen Malerei der Gegenwart" ein. Gleichzeitig lesen wir im „Neuen Deutschland" höchst Lobenswertes über Berthold Beitz und die Fried. Krupp GmbH, weil sie die Villa Hügel für die „DDR"-Ausstellung „Barock in Dresden" zur Verfügung stellten. Der Casus macht uns nicht lachen, er lehrt uns zweifeln.

Einst lasen wir nämlich bei Lenin, daß es zwei Kulturen gäbe, die unvereinbar seien; eine demokratische und sozialistische Kultur der werktätigen und ausgebeuteten Masse und eine „Kultur der Gutsbesitzer, der Pfaffen, der Bourgeoisie" als „herrschende Kultur". So glaubten wir zu wissen, daß die waschechten „Kapitalisten" natürlich nichts mit sozialistischer Kunst und Kultur im Sinne haben dürften.

Doch die „Kapitalisten" kennen solche Berührungsängste offenbar nicht. Sie wissen ihre geschäftlichen Beziehungen mit Kunst zu dekorieren. Der Aachener Schokoladenfabrikant Peter Ludwig hat als erster Kunst der „DDR" en gros gekauft – und bald auch Werke offizieller Künstler aus der Sowjetunion und Bulgarien. Dann mochten die Deutsche Bank AG, die Mannesmann AG und die Ruhrgas AG in Moskau nicht nur über Erdgas und Erdgasleitungen verhandeln: Sie bemühten sich auch um die Kunst und brachten so die Ausstellung „Russische und Sowjetische Kunst – Tradition und Gegenwart" nach Düsseldorf, Stuttgart und Hannover. Wie sich zeigt, haben diese Beispiele Schule gemacht.

Man könnte das als sozialistische List ansehen oder – im Sinne der Maoisten oder Linksmarxisten – als eine „Kumpanei der Herrschenden" auf beiden Seiten erklären. Aber da wir im bürgerlichen Denken befangen sind, begnügen wir uns damit, uneigennützige Kunstbegeisterung als Motor solchen Tuns anzunehmen.

„Hört auf, Schriftsteller, die Geschichte zu spiegeln" – Die 49. PEN-Tagung in Hamburg auf den Spuren des Erasmus von Rotterdam

Zeitlos bleibt der Mensch mit seinen Emotionen

Er sei „wahnsinnig, schlecht und im persönlichen Umgang gefährlich", schrieb Lady Lamb über Lord Byron. Das mag seine Richtigkeit gehabt haben oder auch nicht. Es paßt auf alle Fälle in ein Klischee des fast Abartigen. Entweder gilt der Autor als ein der Gesellschaft entzogener, trunkene Verse rülpsender Tolpatsch, wie schon Horaz satirisch unterstellt, oder als ein aus dem Geist Reiche gründender Priester und Prophet, der nur zu leicht politische Zirkel stört. Heinrich Böll hat sich zeitweilig wohl als eine Volksausgabe dieses Typs gesehen.

Während des 49. Internationalen PEN-Kongresses in Hamburg konnte eine Unterabteilung dieser Schutzorganisation für Schriftsteller ihr Jubiläum begehen, das Komitee „Writers in Prison". Es war vor einem Vierteljahrhundert auf Antrag der Schweiz gegründet worden, mit Sitz freilich nicht in Genf, sondern in London.

Es hat leider Hochkonjunktur, denn es ist eine erschreckende Bilanz, die der Brite Michael Scammel, der Vorsitzende des Komitees, zog. Nach seinen zwangsläufig lückenhaften Ermittlungen sind weltweit zur Zeit über 370 Autoren in Haft genommen; weitere 25 gelten als entführt und spurlos verschwunden. Europa hat dabei mittlerweile Lateinamerika den Spitzenrang abgelaufen, dank der diesbezüglichen Aktivitäten des real existierenden Sozialismus. Einige der Schriftsteller sind im Gefängnis, weil sie ihre Werke unabhängig von der staatlichen Zensur veröffentlichen wollten; andere haben sich zu sozialen und politischen Problemen ihrer Nation geäußert oder traten verbotenen Organisationen bei. Viele geriethen in Haft, weil sie über eigene Gefängniserfahrungen schrieben.

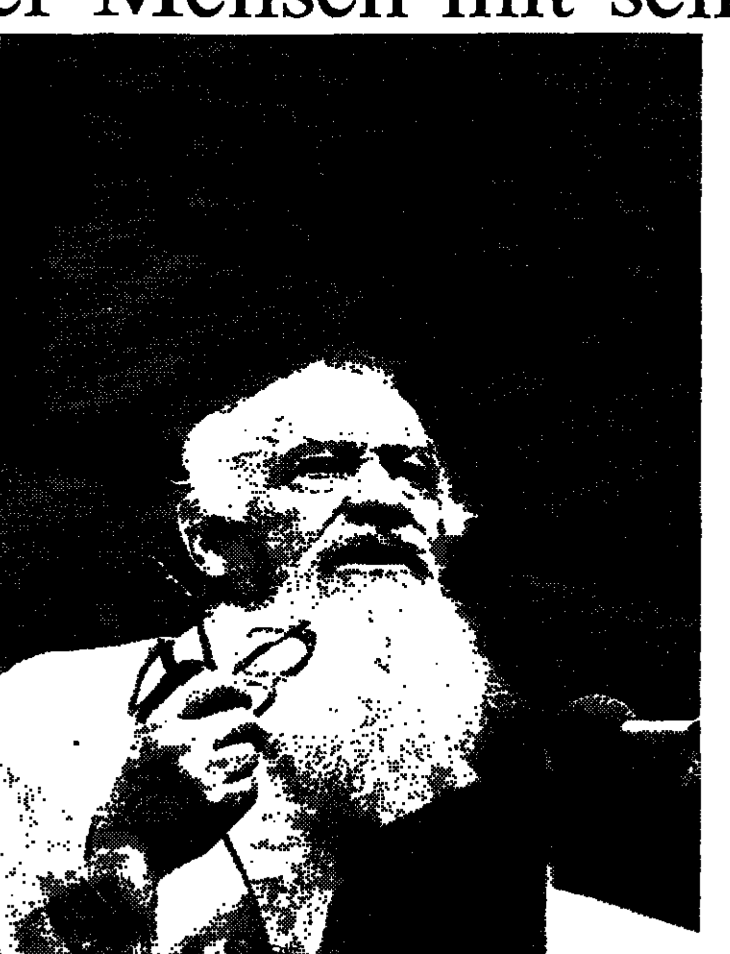
Die meisten Verfolgungen gibt es in der Sowjetunion. In den entsprechenden Länderlisten stößt man immer wieder auf die CSSR, Ungarn, Polen, Jugoslawien (wo neuerdings vor allem Moslems gefährdet sind), nicht jedoch auf die „DDR". Das hängt offensichtlich damit zusammen, daß das PEN-Zentrum der Bundesrepublik Deutschland solche Hinweise nicht mehr sammelt. Auch über die jüngsten Schikanen gegen rumäniendeutsche Autoren ist die Londoner Stelle nicht informiert worden.

Ein Novum in Hamburg: Gegen keine der Listen gab es Einsprüche, auch nicht von der „DDR"-Delegation. Üblicherweise wird darüber gestritten, ob der eine oder andere darin Aufgeführte wirklich Schriftsteller sei. Damit lassen sich peinliche Zahlen reduzieren.

Der Hamburger Kongreß hatte sich vorgenommen, über „Zeitgeschichte im Spiegel zeitgenössischer Literatur" zu diskutieren – ein Motto, das ausdrücklich dazu auffordert, das Verhältnis von Literatur und Politik zu umreißen. 62 der 84 nationalen Zentren waren vertreten – ein Rekord.

Auch wenn die New Yorker Veranstaltung vom Januar dieses Jahres prominenter besetzt war: in der Hansestadt kam die Klasse über der Masse nicht zu kurz. Nathalie Sarraute und Alberto Moravia, Christa Wolf und Günter Grass, Margaret Atwood und Stephan Heym setzten Glanzlichter auf. Insgesamt waren über 400 Autoren anwesend. Kosten des Kongresses: 1,5 Millionen Mark.

Das PEN-Zentrum der Bundesrepublik war redlich bemüht, die sprichwörtlichen „Querelles Allemandes" zu vermeiden. Aber angesichts des Themas konnte es sich dabei nur um einen frommen Wunsch handeln. Deutsche Zeitgeschichte kann den Aspekt der Teilung nicht verdrängen.



Setzte sich für die inhaftierten Autoren in der Sowjetunion ein: der Schriftsteller Lew Kopelew FOTO: DPA

Den Startschuß gab Günter Grass, als er an den verstorbenen Freund Uwe Johnson erinnerte: „Um jedes Detail besorgt, nahezu buchhalterisch, hat er, bei strengem literarischem Anspruch wie nebenbei die Entstehungsgeschichte der Deutschen Demokratischen Republik, den hier fließenden, dort gründlich gestauten Übergang vom Nationalsozialismus zum Stalinismus niedergeschrieben, freilich so unerbittlich, daß seine Bücher dort, wo sie ihren Ursprung haben, offiziell nicht vorhanden sind: Ein deutscher Autor mehr, der von Staats wegen nicht zur Kenntnis genommen werden darf."

Hermann Kant, der oberste Schriftstellerfunktionär der „DDR", lenkte ab, indem er, auf seine Hamburger Herkunft verweisend, die Hansestadt von heute gegen die Hansestadt von vorgestern ausspielte. Er beschwor Nazi-Verbrechen, „nur wenige hundert Meter entfernt". Die ausländischen Autoren wollten davon indes nichts mehr hören: Die Bundesrepublik habe sich, stellvertretend für alle Deutschen, zur Schuld bekannt, sie nicht verdrängt, sondern aufgearbeitet.

Der Präsident des Internationalen PEN, Francis King (Großbritannien) resümierte: „Wer hätte gedacht, daß das Volk Goethes, Schillers und Thomas Manns fröhlich Bücher verbrennen und seine Schriftsteller ins Exil hetzen würde? Doch glaube niemand, daß das Volk Shakespeares, Miltons und Dickens' oder das Volk Voltaires, Hugos und Zolas nicht eines schrecklichen Tages ein gleiches tun könnte." Es helfe nur eines: „Ewige Wachsamkeit".

Stephan Hermlin registrierte diese Unter- und Zwischentöne nicht, zog zum Ruhme der „DDR" kräftig vom Leder. Er mobilisierte damit nur Widerstand: Von dem aus der Sowjetunion ausgebürgerten Lew Kopelew, vom Westberliner Autor Hans Christoph Buch, von dessen Kollegen Yaak Karsunke und von Hans Joachim Schädlich, der die „DDR" verlassen mußte.

Scharf auf den Punkt brachte die Diskussion der Franzose Jean Blot, am Beispiel von Manès Sperber. Das „Bedürfnis zu hoffen" habe Sperber „taub und blind für das Offensichtliche" gemacht, nämlich „die pathologische Natur des stalinistischen Staates". Blot zeichnete einfühlsam nach, wie Sperber schließlich „sehend" wurde: ein eindrucksvolles Stück „Zeitgeschichte im Spiegel zeitgenössischer Literatur". Der Franzose Robert Bréchon erinnerte an die Kraft der Mythen, die es wiederzuentdecken gelte. Das „Chaos des Augenblicks" möchte er den Historikern überlassen, zur rückschauenden Ordnung. Engagierte Literatur ist für ihn Journalismus mit etwas anderen Mitteln. Er setzt auf die Gewalt der Archetypen, die sich in Bildern „von unten" konkretisieren.

Walter Jens benannte als Kronzeugen Erasmus von Rotterdam, dessen Todestag sich zum 450. Male jährt. „Hört auf, Schriftsteller, hätte er gesagt, ... die Geschichte zu spiegeln, haltet ihr vielmehr den Spiegel vor, den Narren- und Weisheitsspiegel der Poesie ..." Er zitierte Günter Eich: „Ich hab in das Weißblech/den Namen geritzt." Man solle sich getrost an Aristoteles halten, der die Literatur für umfassender als jede Geschichtsschreibung erachtet habe.

Der Präsident des französischen PEN-Zentrums, René Tavernier, wandte sich ausdrücklich an seine „deutschen Freunde". Man müsse „taub sein gegenüber den ohrenbetäubenden Trommeln der Geschichte, gegenüber der Schändung des Vokabulars, gegenüber dem Bündnis zwischen der Literatur und der politischen Demagogie". Ideologie schlage in Fesseln. „Ich zweifle weder an der Zeit, noch an den Tieren, noch an den Pflanzen, noch an den Menschenwesen." Er setze Hoffnung gegen Verzweiflung – „voller Verzweiflung".

Die Devise Stefan Heyms schließlich: Sich in die Zeit versenken, aber sich nicht in ihr verlieren. Zeitlos bleibe der Mensch mit seinen Emotionen. So gelte: „Unsere Bücher sind alle 20. Jahrhundert, auch wenn die Themen ewig sind."

PAUL F. REITZE

Der geplünderte Ariost: „Orlando" bei den Händelfestspielen in Karlsruhe

Böse Menschen brauchen keine Bäume

Im Zweifelsfall lag es an der schwülen Hitze, daß eine Oper, in der dauernd die Rede ist von schattigen Grotten, grünen Auen und Hainen, besondere Erwartungen schürt. Doch nichts zu merken von der erfrischenden Kühle der Wälder, dem belebenden Einfluß der Natur, den ihr die aufklärerischen Tendenzen zuschrieben, war in dieser von Charles Farncombe, dem Leiter der englischen Händel-Opera, akkurat und bodenschwer dirigierten Aufführung des „Orlando". Alles andere denn ätherische Klänge steuerte die Badische Staatskapelle zu diesem Auftakt der zweiten Händelfestspiele bei.

Wie der „Rinaldo", Händels erster Londoner Opernerfolg, stammt auch der „Orlando" aus Ariosts „Orlando furioso", einem Epos, das viele Komponisten gerne plünderten, weil dessen märchenhafte Nacherzählungen frühmittelalterlicher Rittergeschichten Raum ließen für Ausschmückungen aller Art. Zwanzig Jahre nach dem „Rinaldo" steht mit dem Orlando kein draufgängerischer Jüngling mehr im Mittelpunkt, sondern ein reifer Ritter, den eine unglückliche Liebe zu Angelica in tiefste geistige Umnachtung stürzt, dann aber durch das Einwirken Zoroastros zu seinem besseren Ich findet.

Zoroastro heißt nicht nur so ähnlich wie Sarastro, er ist genauso klug und umsichtig, darf mit gewagten Baßintervallen prahlen (Hans-Peter Scheidegger), und statt der drei Knaben Mozarts stehen ihm in der Inszenierung Uwe Munds vier Schüler zur Seite. Zoroastro ist wahrscheinlich auch der einzige, der diesem Hickhack um Angelica, welche statt ihres Retters Orlando den afrikanischen Prinzen Medoro liebt und deshalb mit ihrem Geliebten ständig auf der Flucht lebt, irgendeinen Reiz abgewinnen kann.

Denn kaum jemand wird in der knarrenden Dramaturgie, die sich fünf Jahre nach der „Bettleroper" geradezu tragikomisch an die alte Schablone klammert, einen Sinn suchen. Auch Uwe Mund scheint der popanzigen Selbstgefälligkeit dieser ernsten Oper nicht mehr recht zu trauen und inszenierte die Parodie gleich mit, unfreiwillig manchmal, wie in der Figur der Schäferin Dorinda, die bei Ariost nichts zu suchen hatte, von Händel aber als aufmüpfige Vertreterin des unteren Standes so blutvoll wirkt wie später eine Despina. Dorinda ist zwar auch in Medoro verliebt, doch sie verliert sozusagen nie den Boden unter den Füßen, ist eins mit sich und ihrer Umgebung. Der armen Tiny Peters, die mit sprudelnder Soubrettenstimme eine eigene Note ins Spiel bringt, hat Wand so viele leere, händeringende Gesten andressiert, daß der Zuschauer gleiches zu tun sich animiert fühlt.

Leergefegt ist unter Wand die Bühne von all dem Zierat philologischer Akribie. Heinz Balthes baute dieses Mal ein kastenartiges, wölkchenblaues Bühnengehäuse, in dem gelegentlich noch Platz ist für arkadische Ruinen, doch sonst klobige Podeste aus der Erde fahren und sich das Spiel ohne verbrämende Umständlichkeit, aber mit unübersehbarem Fingerzeig abspult. Erst als sich Orlandos Wahn an den Vogelscheuchen abreagiert hat – Zoroastros Knaben hatten natürlich die Hände im Spiel –, grünt die Landschaft wieder. Merke: Böse Menschen brauchen keine Bäume.

Problematisch wird langsam die Karlsruher Spezialität, die einstige Kastratenrolle mit Kontratenören zu besetzen. Man braucht nicht gleich an Horne zu denken, um Kevin Smiths Orlando schlichtweg unterbesetzt bis lächerlich zu finden. Sein Kollege Graham Pushee (Medoro) hatte durch seine durchdringendere Stimme einen besseren Stand, und Frances Ginzer sang mit der beherrschten Kultur einer barocken Vokalvirtuosin, ohne die Rolle der Angelica aus ihrer Lethargie reißen zu können.

ROLF FATH

ZEITSCHRIFTENKRITIK: Das „Kursbuch" und die sprachlose Intelligenz

Überall nur schleichender Verfall

Das „Kursbuch" (Kursbuch Verlag/Rotbuch Verlag, Potsdamer Str. 98, 1000 Berlin 30) ist unter den Zeitschriften der 68er-Linken diejenige, die den größten Buchhändlerapplaus einheimste. Noch heute findet man sie in der Nähe mancher Ladenkasse.

Seit ihrer Gründung im Juni 1965 hat sich das Äußere der Zeitschrift nicht und der Preis fast nicht geändert. Nur der Name müßte geändert werden, denn der Inhalt ähnelt weniger einem Kursbuch mit seinen vielen exakten Auskünften als – um in der Reisebranche zu bleiben – der Abfluglafel eines Flughafens bei Streik, wenn hinter jedem Flug „cancelled" zu lesen ist. Das ist beileibe kein Vorwurf, da die Desillusionierung, die Enttäuschung notwendiger Anfang jeder Erkenntnis ist.

Das „Kursbuch" 84 ist der „Sprachlosen Intelligenz" gewidmet, es geht also um die Intellektuellen, ihre (und unsere) Sprache und um die Öffentlichkeit. Die Diagnose ist in allen drei Fällen die gleiche: „schleichender Verfall". Karl Markus Michel („Die Stunde der Sirenen. Vom Niedergang des Logozentrismus") schildert, wie der Logozentrismus das europäische Denken beherrschte – Logos zugleich als Gesetz der Natur und geistige Norm –, während der Bereich „da unten" mit seinen Leidenschaften sprachlos blieb, verfemter Sirenengesang.

Auch die Aufklärer wollten den Logozentrismus nicht beseitigen, sondern aus sozialer Bedrängnis retten, indem sie die Bildung verallgemeinerten, die auseinanderstrebenden Wissenschaften mit dem Vernunftbegriff banden und im forensischen und parlamentarischen Wettstreit dem Argument den Vorrang einräumten. „Wir Intellektuellen leben davon, von einem Erbe, das vielleicht nur noch fiktiv ist."

Denn der Sirenengesang traf nicht auf taube Ohren. „Das beherrschende Interesse wandte sich von der Erkenntnis ab, zur Fürsorge hin. Man kümmerte sich: um Unterdrückte und Unterprivilegierte, um Irre und Wilde, um Frauen und Föten und – natürlich – um die eigenen dumpfen Wünsche und Schäden, also um das, was ‚da unten' west und kulturell sprachlos geblieben ist." Der „Psycho-Sozio-Betroffenheitsjargon" (Manfred Seiler) bestimmt die Öffentlichkeit. Mit dem Logozentrismus schwindet auch die Sprachlogik, Sachverhalte werden „irgendwie" nebeneinandergestellt, im Modus einer neuen Konsens-Kultur, die auf „Harmonie" und „Versöhnung" setzt.

Über die neue Sprachmode der „Frankolatrie", die Übernahme französischer Theorien, deren hervorstechendstes Merkmal ein gesteigertes Bedürfnis nach Abweichung von der Alltagssprache und der Wissenschaftssprache sei, mokiert sich Klaus Laermann („Lacancan und Derridada"). Zwar verliere sich die Frankolatrie in „hirnschmierigen Schlieren", doch drohe nichtsdestoweniger Gefahr. Bei ihren Angriffen auf die Diskurse der Wissenschaften und ihren Entstellungen der Sprache gehe es der Frankolatrie um „Wundmale eines Leidens an der Allgemeinheit der Begriffe ... Diese Wissenschaftsmode will allen Ernstes die letzte sein. Noch vor ihrem eigenen Ende möchte sie das der Wissenschaften erleben. Das macht ihre Katastrophenbereitschaft weniger lächerlich als gefährlich."

Klaus Bartels („Der Kopf-Stand") untersucht die „Wirklichkeit der Intellektuellen" und wendet sich gegen die stellenweise verbreitete apokalyptische Endzeitstimmung, die am „Grabmal der Intellektuellen" (Lyotard) zu stehen meint. Es gebe lediglich einen krisenhaften Engpaß intellektueller Berufsressourcen, wie er vom akademischen Berechtigungswesen seit 200 Jahren zyklisch erzeugt werde.

CASPAR v. SCHRENCK-NOTZING

„Murphys Gesetz": Neuer Film mit Charles Bronson

Tod durch Expander

Keine zwei Minuten, der Vorspann ist noch nicht zu Ende, da zerdeppert bereits eine Limousine in rasanter Fahrt die Frontscheibe einer Pizzeria. Jack Murphy alias Charles Bronson hat das Nachsehen und muß in Zukunft (er tut das oft zu Anfang dieses Films) seine Einkaufstüten zu Fuß nach Hause tragen. Die freche Autoknackerin, im Fahrstil offensichtlich unsicher, ist ihm entwischt, diesmal noch. Wenig später wird sie unfreiwillige Weggefährtin und Leidensgenossin des vom Schicksal arg bedrängten Polizisten aus L. A.

Klirrendes Glas, die Kodderschnauze eines ansehnlichen Rotschopfs, der rüde Gerechtigkeitssinn des Helden und dazu noch ein skrupelloser Racheengel – ein Wunder, wenn aus „Murphys Gesetz" nicht eindreiviertel Stunden Action-Kino reinsten Wassers geworden wären.

Seit 16 Jahren tut Jack Murphy gewissenhaft Dienst bei der Mordkommission Los Angeles, auch wenn der Flachmann längst sein bester Mitarbeiter ist. Aber das sieht man ihm nach: Wie bei drei Vierteln aller Kollegen – so die Statistik seines Chefs – ist Murphy die Frau weggelaufen. Er liebt sie – natürlich – immer noch und will sie – natürlich – aus dem Sumpf der Strip-Lokale herausziehen, wo sie sich neuerdings verdingt. Bevor ihm das allerdings gelingt, wird sie erschossen. Von Murphy, glauben die Kollegen, und fesseln ihn auf dem Revier mit Handschellen an Arabella McGee, jene notorische Autoknackerin mit der verblüffenden Logik („Lieber ein paar Autodiebstähle als auf den Strich gehen").

Murphy hat nur eine Chance, seine Unschuld zu beweisen: Er muß den Mörder seiner Exfrau finden. Er bricht aus, und das rothaarige Früchtchen notgedrungen mit ihm. Bis Murphy aber mitbekommt, warum und von wem seine Frau ermordet wurde, pflastert noch die eine oder andere Leiche seinen Weg – alle genüßlich in Großaufnahme zu Tode gebracht: Wir sehen den Richter, der eine Liebesnacht erwartet, statt dessen aber in der Badewanne ertränkt wird. Wir leiden mit der ahnungslosen Bewährungshelferin, um deren Hals sich plötzlich ein Expander zuzieht. Wir bewundern die Treffsicherheit, mit der der Todesengel die Armbrust bedient.

Regisseur J. Lee Thompson erzählt seinen sechsten Film mit Charles Bronson ohne Längen. Kathleen Wilhoite wippt leichtfüßig durch die Szenerie und übernimmt mit lockerem Mundwerk den Wortanteil ihres maulfaulen Partners gleich mit.



Charles Bronson in Aktion: Szene aus „Murphys Gesetz" FOTO: SCOTIA

Am Ende treffen sich alle Gejagten und alle Verfolger nachts im Bradbury Building, einem 100 Jahre alten Verwaltungsgebäude in Los Angeles. Der gewaltige Lichthof, geschwungene Treppengeländer und schmiedeeiserne Balkone bilden eine echoreiche Kulisse für die Schlußsequenz. Jeder zielt noch mal auf jeden. Schlechte Karten für Jack Murphy aus L. A., denn: „Wenn etwas schiefgehen kann", sagt Murphys Gesetz, „dann geht es auch schief." Ob dieses Naturgesetz im Bradbury Building widerlegt wird?

SABINE KOBES

Ein barockes Poem wird zum Ballett: „Thränen des Vaterlands" in Frankfurt

Geister aus dem Grab der Geschichte

Der Boden hat zweifellos Geschichte. Man betritt ihn nicht ungestraft. Aber die siebenen Jogger, die sich bei ihrem Gesundheitstrip ins Frankfurter Schauspiel verirren, lockt die Lust am Untergang. Neugierig überwinden sie die markierte Absperrung, springen über die rot-weißen Signalstreifen und landen auf einem vorgezogenen Bühnenpodest, unter dem Kontaktmikrophone wie Tretminen funktionieren: Sobald nämlich ein Fuß eine empfindliche Stelle berührt, schallt es aus den Lautsprechern „Blut", „Schweiß", „Und", „Thränen". Wortfragmente also, von Heiner Goebbels programmatisch gespeichert, die in einem tänzerisch-akustischen Rückkoppelungseffekt Stück um Stück eine Zeit des Krieges und der Zerstörung erstehen lassen, die Andreas Gryphius 1636 in seinem Sonett „Thränen des Vaterlands" so eindringlich-erschreckend beschreibt.

„Thränen des Vaterlands" haben Christof Nel, der Regisseur, und Heiner Goebbels, der Komponist, ihren gemeinsamen Schritt auf theatralisches Neuland genannt, den sie zusammen mit den aufgeschlossenen Tänzern des Frankfurter Balletts wagen. Eine Art Spurensicherung, die sich nicht in der mehr oder minder zufälligen Vergangenheitsentdekkung erschöpft.

Das provozierende Spiel mit dem barocken Poem weckt auch die bösen Geister. Aus einer Grube tauchen sie auf einmal wieder auf. Da gibt es kopflose, blutige Gestalten in Lodenanzügen, ein aufgedunsenes Gretchen mit Blondzöpfen, Grimmelshausens Simplicissimus tritt auf, ein rasselnder Ritter scheppert über die Bühne und eine gefährliche Germania mit Helm und Hörnern, die wie eine Spinne über die Bühne kriecht. Leibhaftige Alpträume, die sich verzweifelt an die Gegenwart klammern. Gespenster aus dem Grab der Geschichte, die sich nicht so leicht vertreiben lassen. Nur mit vereinten Kräften befreien sich die Menschen von ihren Erinnerungen. Eine Bombe. Ein Blitz. Der Spuk scheint zu Ende.

Doch so einfach haben es sich Nel und Goebbels mit ihrer Vergangenheitsbewältigung selbstverständlich nicht gemacht. Ihre Geisterbeschwörung bleibt schon deshalb gegenwärtig, weil sich die Menschen nicht so simpel aus ihrem historischen Zusammenhang lösen können. Aber das Ensemble erspürt darüber hinaus in Beziehungen und Verhaltensweisen das Wechselspiel von Angst und Lust, Schmerz und Aggression, Brutalität und Erniedrigung. Fünf Paare proben immer wieder einen Geschlechterkampf, wie wir ihn aus unzähligen Stücken von Pina Bausch, Reinhild Hoffmann oder Johann Kresnik kennen.

Nichts Neues also? Auch wenn sich Goebbels mit seinen Wort- und Geräuschcollagen ebenso wiederholt wie Nel, der sich durch seine körperbewußten Inszenierungen für diese künstlerische Kooperation empfahl, hat das „Konzert für Tänzer" (so der Untertitel der Drei-Stunden-Produktion) seine Meriten. Denn das Ensemble macht auf eine erstaunlich professionelle Weise seine Musik – nicht bloß, indem es Hemmschwellen überwindet und auftretend einen Widerhall erzeugt, sondern weil es sich der musikalischen Vergangenheit fast wie in einer Kageliade bemächtigt: ein Akt der Emanzipation, der zum Spiel mit Instrumenten wird, und ein Beweis dafür, daß das Ballett noch immer für eine anregende Überraschung gut ist.

Auf ein erträgliches Maß reduziert, könnte ein Stück wie die „Thränen des Vaterlands" durchaus Zukunft haben. Gerade auf dem Boden deutscher Geschichte.

HARTMUT REGITZ

JOURNAL

Unterschriften-Aktion für den Reichstag

PHG. Berlin

Eine Initiative „Berliner für den Reichstag" will mit einer Unterschriftenaktion für die Wiedererrichtung der Kuppel auf dem Wallot-Bau werben. Außerdem soll der Plan von Christo unterstützt werden, das Reichstagsgebäude zu verhüllen. Als ideales Datum hierfür wird der Sommer 1988 angesehen, wenn Berlin als Kulturstadt Europas fungiert. Prominentestes Mitglied dieser Bürgerinitiative, die sich als gemeinnütziger Verein etablieren wird, ist die Frau des Berliner Innensenators, Marianne Kewenig.

„Unausgewogen" im Kölner Kunstverein

DW. Köln

„Unausgewogen" – und das soll gewiß provozierend klingen – nennt sich eine Ausstellungs- und Vortragsreihe des Kölnischen Kunstvereins. Bis Mitte Juli stellen acht freie Ausstellungsorganisatoren, die in Köln leben, wie Kasper König, Manfred Schneckenburger, Karl Ruhrberg, Elisabeth Jappe, jeweils für eine Woche einen oder mehrere Künstler vor, denen sie größere Beachtung wünschen. Dazu legt der Wienand-Verlag, Köln, ein Buch vor, in dem die Organisatoren und Künstler ihre Intentionen erläutern. Der Band (166 S. mit zahlr. Abb.) kostet in der Ausstellung 20, im Buchhandel 28 Mark.

Bach nonstop auf der Arp-Schnitger-Orgel

dpa, Hamburg

In einem mindestens 15stündigen Non-Stop-Konzert wird das gesamte Orgelwerk Johann Sebastian Bachs am 5. Juli von neun Uhr vormittags an in der Hamburger St.-Jacobi-Kirche auf der historischen Arp-Schnitger-Orgel gespielt. 20 Organisten wechseln sich bei diesem musikalischen Marathonlauf ab, dessen Erlös für die Restaurierung der alten Orgel bestimmt ist. Eintritt zehn Mark.

Pflasterstraße der Antike entdeckt

AP, Athen

Unter dem 150 Jahre alten Makriyannis-Gebäude in der Nähe der Akropolis wurde eine Pflasterstraße aus dem 4. oder 5. vorchristlichen Jahrhundert gefunden. Die Straße verband vermutlich das Theater des Dionysos mit einem dem Gott geweihten Tempel. Das Makriyannis-Gebäude soll bis zum Ende dieses Jahres zum Museum umgebaut werden und Abgüsse der Skulpturen vom Parthenon beherbergen.

Auslieferungsverbot für Lukács-Denkschrift

ly. Berlin

Kurz nach der Auslieferung an den Buchhandel ist in Ungarn das Buch „Demokratisierung heute und morgen" von Georg Lukács verboten worden. In dem vom Budapester Lukács-Archiv herausgegebenen Werk handelt es sich um den Text einer Denkschrift, die Lucács 1968, im Jahr des Prager Frühlings, an die ungarische KP-Zentrale gerichtet hatte.

John Huston verfilmt „Die Toten" von Joyce

dpa, Berlin

Hollywood-Regisseur John Huston hat jetzt einen Vertrag für die Regie des Films „Die Toten" nach der gleichnamigen Novelle von James Joyce (1882–1941), der letzten Erzählung des Zyklus „Dubliner", unterzeichnet. Das Drehbuch hat Huston gemeinsam mit seinem Sohn Tony Huston verfaßt. Der Film wird in Dublin mit irischen Schauspielern gedreht.

Antonin Brousil †

Der tschechoslowakische Filmwissenschaftler Antonin Brousil ist in Prag im Alter von 79 Jahren gestorben. Brousil war einer der Begründer der Prager Kunsthochschule, der Akademie der musischen Künste, deren Rektor er viele Jahre war. Außerdem leitete er das Karlsbader Filmfestival.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Die Verse kommen ganz unbefangen daher. Sie erzählen von Tieren, die es gibt, und von solchen, die es geben müßte. Und sie geizen nicht mit wohlfeilen Hinweisen auf allzu Menschliches, wenn sie zum Beispiel feststellen: „Die Spinne – gleich dem Menschenkind – / weiß selber gar nicht, daß sie spinnt." Mascha Kaléko hat die kleinen Gedichte vom „Papagei und Mammagei" einst für ihren kleinen Sohn geschrieben – mit Witz und mit Moral, aber ohne Zeigefinger. Verbunden mit den Zeichnungen von Lilo Fromm ist das Büchlein deshalb für Kinder wie für nicht zu sehr Erwachsene noch immer vergnüglich.

mar

Mascha Kaléko: „Papagei und Mamagei", dtv, 126 S., 6,80 Mark.

„Aktive Musik" soll unters Volk kommen

SVEN THIELMANN, Essen

Essen ist eine Metropole, die einst über ein blühendes Kulturschaffen verfügte, in der Gustav Mahler seine 6. Symphonie 1906 uraufführte, wo Kurt Jooss wirkte und künstlerische Experimente in der Folkwang-Schule an der Tagesordnung waren. Essen setzte Anfang der sechziger Jahre mit den Essener Jazz-Tagen Maßstäbe. Und doch liegt diese Stadt heute auf dem Gebiet moderner Musik in einer Art Dornröschenschlaf. Das ist um so unverständlicher, als im Revier viele Musiker und Komponisten leben, die außerhalb des Ruhrgebiets und international höchste Anerkennung finden: etwa Gerd Zacher, Juan Allende-Blin oder Heinz-Albert Heindrichs.

Kulturelle Aufbauarbeit

Um an dieser Situation etwas zu ändern, beschlossen Gerhard Stäbler und Igor Popovic unter dem Titel „Aktive Musik" Arbeitswochen mit zeitgenössischer Musik in Essen zu inszenieren. Und das gleich mit mehreren Ansprüchen: Sie wollten zum einen dem oft geäußerten Vorwurf, neue Musik sei „schwer verdaulich", entgegenwirken und die Musiker und Komponisten überhaupt erst einmal dem Publikum vorstellen. Zum anderen wollten sie den Versuch wagen, mit zeitgenössischer Musik ein neues, vielschichtiges Publikum zu erreichen – sozusagen „kulturelle Aufbauarbeit" leisten.

So ließen sich die beiden Organisatoren mit Hilfe des Kulturamts, das immerhin 50 000 Mark für dieses Projekt bereitgestellt hatte, auch originelle Methoden einfallen, neue Musik im wahrsten Sinn des Worts „unters Volk" zu bringen: Etwa mit einer „Musiktram" genannten Straßenbahn, die in ihrem Inneren Musik sowohl live als auch vom Band bot, während sie gleichzeitig fröhlich durch das Stadtgebiet kurvte.

Die eigentliche Eröffnungsveranstaltung mit einem Bläserensemble hatte es dagegen schwer, das Interesse der Leute zu gewinnen. Die zogen es statt dessen nämlich vor, sich für den Pantomimen eines Evangelisierungswerkes zu begeistern anstatt modernen Klängen zu lauschen. So stiftete auch der Titel „Aktive Musik" einige Verwirrung: Eine Dame war zutiefst enttäuscht, nicht aktiv mitmischen zu dürfen.

Die Idee, Konzerte aus den traditionellen Musentempeln an neue Spielstätten zu verlagern, fand regen Anklang, etwa als das „Water en Lucht Kollektief" seine Impressionen des urbanen Monsters New York mit Dias, Klangcollagen und Urlaubsfilmen in einem Biergarten vorführte. Befremden erregte allerdings Kalle Mews mit einer hochritualisierten Holzhackerei – ein Tun, dessen musikalischer Gehalt offenbar schwer vermittelbar schien.

Noch viele Veranstaltungen

Heute abend ist übrigens Gelegenheit, das „Kollektief" noch einmal zu erleben: in der Artefaktur Zeche Elisabeth, eine Künstlerwohnstatt ähnlich der Andy Warhols Factory. Weitere spannende Ereignisse der Reihe „Aktive Musik", die noch bis zum 4. Juli in Essen läuft, sind ein Auftritt des Duos „Law & Amirkhanian", die eine Performance unter dem Titel „Hypothetical Moments" im Museum Folkwang zeigen werden, eine lange Musiknacht am Samstag, wo eine Verschränkung von Bachs Suite Nr. 4 D-Dur (BWV 1069) mit Hanns Eislers Suite Nr. 5 vorgestellt wird sowie viele andere Konzerte, über die das Kulturamt der Stadt Essen (Tel.: 0201/88 52 52) informiert.

Feuer und Flamme für eine Hundertjährige

Sieben bis elf Millionen Besucher werden erwartet. Genauer weiß das im Augenblick niemand. Der allumfassende, unwiderstehliche Edward Koch, Bürgermeister New Yorks, hatte kürzlich zum hundertsten Geburtstag der Freiheitsstatue Einladungen nach Schweden, Kuwait, Israel und Australien ausgesandt und alle willkommen geheißen. „Unsere Parks sind groß genug", schwärmte er mitten in die große atlantische Touristik-Tristesse hinein, in der Hoffnung, daß man auswärts nicht von der gleichen Terrorismus-Platzangst heimgesucht ist, die zur Stunde die Amerikaner plagt.

Sie alle werden gebeten, gutes Geld und die Bereitschaft zum großen Staunen mitzubringen. Über die Tatsache beispielsweise, daß man für 5000 Dollar Eintritt auf dem „Governor Island" ganz vorne dabei sein kann, wenn Ronald Reagan am 3. Juli abends um 23.00 Uhr auf den Knopf drückt, um die Fackel der Freiheitsstatue anzuzünden. Oder über die 12 000 Boote, die im Wasser rund um die Statue erwartet werden zum größten Boot-Stau der Geschichte. Denn Boote sind die begehrtesten Tribünen für dieses große Ereignis. Firmen haben für simple Dschunken Mietgelder von 30 000 Dollar bezahlt. Die Dächer Manhattans in Sichtweite der Statue sind an geschlossene Gesellschaften vermietet und an große Firmen, von denen achtzig seit zwei Jahren ihre Produkte für teures Geld mit dem Emblem der Freiheitsstatue schmücken und die Belegschaften und Geschäftsfreunde zum Jahrhundertereignis in die Stadt karren.

„Die amerikanische Geschäftswelt hat rücksichtslos von einem nationalen Schrein Besitz ergriffen", klagte wehmütig die Zeitschrift „Nation", während der konservative Autor Ben Wattenberg schulterzuckend diese Sorgen um nationale Denkmalsschändung mit dem Argument abwiegelte: „Wenn sich mit der Freiheitsstatue ein Deodorant besser verkaufen läßt – sollen sie es tun."

Inmitten dieses Festfiebers bewegt sich seit einigen Wochen, von den Denkmalschützern argwöhnisch beobachtete, David Wolper, der die Verjüngung der Liberty-Dame in einen viertägigen Festakt kleiden soll. David Wolper, ein Experte im Umgang mit symbolträchtiger Fracht, ein Drahtseilartist an den Grenzen des guten Geschmacks, wurde eigens aus Hollywood eingeflogen. Wolper gab vor zwei Jahren der schwerblütigen Eröffnungszeremonie der Olympischen Spiele in Los Angeles „Pep" und bemüht sich nun, für das Schauspiel, für dessen Inszenierung man ihm zehn Millionen Dollar gegeben hat, einen Platz zwischen geschichtlicher Ehrfurcht, Patriotismus und schierer Lebensfreude zu finden.

Dabei hat er schon im Planungsstadium das schlimmste verhindert, etwa die Absicht der Hawaiianer, der Freiheitsstatue einen gigantischen Blumenkranz umzuhängen. Verhindert hat er ferner, daß der Dame ein riesiger Lautsprecher im Mund befestigt wird, der rein phonetisch den Eindruck erwecken soll, als sänge die Dame mit. Nicht verhindern konnte er den Auftritt von 200 Männern, die wie Elvis Presley aussehen.

Umrahmt wird das alles vom größten Feuerwerk der Geschichte und der größten Sicherheitsoperation der amerikanischen Polizei. Ronald Reagan hatte kürzlich seine Beamten mit der Bemerkung auf Trab gebracht, daß dieses Liberty-Weekend ein Traumziel für Terroristen sei. Der wachsame Edward Koch, der ansonsten mit gemischten Gefühlen zuschaut, wie andere für vier Tage ihm die Regie über die Stadt aus der Hand nehmen, wiegelte ab: „Es wird am 4. Juli im Hafen von New York mehr Froschmänner als Fische geben."

Wolper hat neben Massenchören und Massen-Orchestern, 5000 Tauben und 850 Girls aus der amerikanischen Cheerleader-Szene, einige gute Freunde aus Hollywood engagiert, Lisa Minelli, Liz Taylor, Shirley MacLaine, Frank Sinatra und Ronald Reagan. Einer der sentimentalen Höhepunkte des Programms soll ein „Liebesständchen" der beiden texanischen Bänkelsänger Kenney Rogers und Billie Nelson an die hundertjährige jugendfrische Dame mit dem Facelift sein: „You are so beautiful". Eine Festrede ist nicht geplant.

FRITZ WIRTH



Sie ist hundert Jahre alt, hundert Meter hoch und fast wieder wie neu. Um dieses Wunder immergrüner Jugendfrische, ein Phänomen namens „Liberty" zu feiern und zu besichtigen, stürzt sich New York in der nächsten Woche für vier Tage in den größten Karneval seiner Geschichte: „Liberty-Weekend".
FOTO: FRANCISCO HIDALGO

LEUTE HEUTE

Kurzer Aufenthalt

Von der bayrischen Landeshauptstadt begeistert zeigten sich der ehemalige Präsident der Vereinigten Staaten, **Jimmy Carter** und seine Frau **Rosalynn**. Dort hoben sie jetzt den ersten süddeutschen Ortsverein der „Friendship Force" aus der Taufe. Die inzwischen weltumspannende Organisation hatte Carter 1977 gegründet, um, wie er erklärte, die „von Politikern geschaffenen Grenzen durch persönliche Freundschaften zu überwinden". Bislang hätten sich rund 250 000 Menschen aus aller Welt gegenseitig besucht – sowjetische Bürger eingeschlossen. Als erstes Reiseziel für die neue Dependance hat Carter St. Louis im US-Bundesstaat Missouri im Visier. Auch dort würde gutes Bier gebraut, gab er augenzwinkernd zu verstehen. Die Qualität des bayrischen Biers testeten die Carters allerdings nicht im Biergarten, sondern in ihrer Hotelsuite. Gestern reisten sie mitsamt den 14 Leibwächtern weiter nach Baden-Baden, um auch dort einen Ortsverein der „Friendship Force" zu gründen. Zeit für einen Einkaufsbummel hatte sich lediglich Tochter **Amy** genommen.

Langes Gerangel

Weil sie sich zu Hause und nicht im Studio schminken lassen wollte, kündigte die amerikanische Filmgesellschaft „Metro-Goldwyn-Mayer" den Vertrag mit **Raquel Welsh**, die eine Rolle in dem Film „Cannery Row" übernehmen sollte. Die Schauspielerin zog vor Gericht und verlangte 20 Millionen Dollar Schadenersatz. Das geschah 1980. Jetzt erst befanden die Richter, daß der Schauspielerin ein finanzieller und beruflicher Schaden entstanden war. Der hohen Schadenersatzforderung mochte das Gericht jedoch nicht folgen. Es setzte die Summe, die ihr der ehemalige Direktor **David Begelman** und der Filmproduzent **Michael Phillips** zahlen müssen, auf elf Millionen Dollar an.

Erinnerungen an das große Beben

Erdstöße erschüttern Japan – automatische Sicherheitssysteme legen Verkehr lahm

FRED de LA TROBE, Tokio

Die Erde bebte. Weithin sichtbar schwankten die fünfzig- bis sechziggeschossigen Wolkenkratzer. Fahrstühle blieben stecken. Der gesamte Zug- und U-Bahn-Verkehr im Raum Tokio kam zum Erliegen. Die Sensoren an den Gleisen hatten automatisch die Stromzufuhr unterbrochen. Auch auf dem internationalen Flughafen Narita lief nichts mehr. Nach zwei Minuten waren die Erdstöße, deren Epizentrum etwa 100 Kilometer südöstlich von Tokio im pazifischen Ozean lag und die eine Stärke von 6,9 auf der Richterskala erreichten, vorbei. Panik brach nicht aus. Niemand wurde verletzt, Sachschäden nicht gemeldet. Das ist kein Zufall. Technische Vorsorge und hohe Disziplin der Bevölkerung hatten sich bewährt.

Japans Architekten planen und bauen seit Jahren unter dem Gesichtspunkt der Erdbebensicherheit. Seit 1981 gilt für Japan ein Gesetz über Baustandards mit hohen Mindestanforderungen. Bauten bis zu zehn Stockwerken – abgesehen von Holzhäusern – sind mit verstärkten Stahlbeton und noch höhere Gebäude mit Stahlbeton zu errichten, der zusätzlich mit Stahlskeletten verstärkt wird. Die früher wegen der Erdbebengefahr auf 31 Meter und zwölf Stockwerke festgesetzte Begrenzung der Bauhöhe ist mit der verbesserten Technik schon Anfang der sechziger Jahre gefallen.

Das Beben vom Dienstag und das gestrige Seebeben vor der Halbinsel Boso haben der Bevölkerung Tokios erneut die Gefahr ins Bewußtsein gerufen, daß die 12-Millionen-Metropole jederzeit wieder von Erdstößen von der Stärke des Kanto-Bebens von 1923 heimgesucht werden kann, das 8,2 auf der Richterskala erreichte. Damals wurden 142 807 Tote und Vermißte gezählt und 600 000 Häuser zerstört. Japans Seismologen weisen darauf hin, daß ein Beben von der Stärke alle 69 Jahre für das Tokai-Gebiet, das sich zwischen den Städten Tokio und Shizuoka erstreckt, zu erwarten ist.

Die Experten befürchten trotz aller Vorsorge bei einem „Jahrhundertbeben" weit höhere Verluste und Sachschäden als 1923. Heute leben etwa dreimal soviele Menschen in Tokio. Das Netz der unterirdischen Gas- und Ölleitungen, tausende Tankstellen und hunderttausende Autos auf den Straßen sind ein hoher Unsicherheitsfaktor.

Dazu kommt noch eine große Zahl von Holzhäusern, die meist an engen Straßen dicht aneinandergedrängt stehen. Die Experten sind einer Meinung, daß die meisten älteren Holzbauten bei einem Beben der Stärke 7,8 auf der Richterskala einstürzen oder zumindest schwer beschädigt würden. Die Gefahr von Großbränden wäre erheblich. (SAD)

WETTER: Sonnig und warm

Lage: Ein Hoch mit Schwerpunkt über der Nordsee bestimmt das Wetter in Deutschland, wobei sich die Luft zunehmend erwärmt.

Vorhersage für Donnerstag: Nach Auflösung von Frühdunst sonnig und warm mit Nachmittagstemperaturen zwischen 25 und 28 Grad, nur auf den Inseln und an der Ostseeküste bei 20 Grad. Durchweg niederschlagsfrei. Nachts klar und Abkühlung auf 17 bis 14 Grad. Schwacher Wind aus östlichen Richtungen.

Weitere Aussichten: Andauer des trockenen und hochsommerlich warmen Wetters.

Sonnenaufgang am Freitag: 5.07 Uhr*, Untergang: 21.42 Uhr; **Mondaufgang:** 0.54 Uhr, Untergang: 11.30 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 26. Juni, 8 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren

Reykjavik 7 · Haparanda 16 · Stockholm 15 · Hamburg 13 · Berlin 17 · London 14 · Frankfurt 20 · Wien 19 · Paris 18 · München 18 · Dubrovnik 23 · Nizza 19 · Rom 21 · Madrid 18 · Lissabon 16 · Malaga 20 · Palma 22 · Tunis 18 · 1020 · 1010

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Mittwoch, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:

Ort	°C	Wetter
Berlin	23	he
Bielefeld	21	bw
Braunlage	16	bw
Bremen	20	bw
Dortmund	21	be
Dresden	22	be
Düsseldorf	22	be
Erfurt	20	be
Essen	20	bw
Feldberg/S.	15	be
Flensburg	22	be
Frankfurt/M.	22	be
Freiburg	23	be
Garmisch	21	be
Greifswald	24	he
Hamburg	21	be
Hannover	20	bw
Kahler Asten	15	bw
Kassel	19	be
Kempten	21	be
Kiel	23	be
Koblenz	23	be
Köln-Bonn	22	bw
Konstanz	23	be
Leipzig	22	be
List/Sylt	15	bw
Lübeck	24	be
Mannheim	24	be
München	21	be
Münster	20	bw
Norderney	18	be
Nürnberg	23	be
Oberstdorf	22	be
Passau	21	bw
Saarbrücken	21	be
Stuttgart	22	be
Trier	23	be
Zugspitze	5	be

Ausland:

Ort	°C	Wetter
Algier	30	he
Amsterdam	21	be
Athen	26	be
Barcelona	27	wl
Belgrad	23	he
Bordeaux	27	he
Bozen	27	he
Brüssel	20	he
Budapest	24	he
Bukarest	23	he
Casablanca	22	he
Dublin	18	he
Dubrovnik	27	he
Edinburgh	18	he
Faro	22	he
Florenz	30	he
Genf	23	be
Helsinki	22	he
Hongkong	27	Rs
Innsbruck	23	be
Istanbul	26	he
Kairo	33	wl
Klagenfurt	24	be
Konstanza	23	he
Kopenhagen	23	he
Korfu	29	he
Las Palmas	23	be
Leningrad	18	he
Lissabon	22	bw
Locarno	27	he
London	24	be
Los Angeles	16	bd
Luxemburg	22	he
Madrid	25	he
Mailand	25	be
Malaga	24	he
Mallorca	31	he
Moskau	11	bw
Neapel	30	wl
New York	17	he
Nizza	25	he
Oslo	26	he
Ostende	21	bw
Palermo	25	be
Paris	23	be
Peking	31	bw
Prag	21	be
Rhodos	31	wl
Rom	27	be
Salzburg	23	he
Singapur	31	bw
Split	28	he
Stockholm	22	be
Straßburg	24	he
Tel Aviv	30	he
Tokio	25	bw
Tunis	30	he
Valencia	28	he
Varna	23	bw
Venedig	26	he
Warschau	17	bw
Wien	22	he
Zürich	24	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall u. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Klinisch Tote soll Kind zur Welt bringen

AP, San José

Mit einem Vergleich ist am Dienstag in San José (US-Bundesstaat Kalifornien) der Kampf um ein ungeborenes Kind beendet worden, das im Leib einer als klinisch tot geltenden 34jährigen Frau heranwächst. Der 31jährige Derrick Poole, in dem Vergleich als der leibliche Vater des 27 Wochen alten Fötus, eines Mädchens, anerkannt, hatte darauf bestanden, daß die Mutter so lange künstlich am Leben erhalten werde, bis das Kind durch Kaiserschnitt zur Welt gebracht werden könne. Die Eltern der Mutter hatten beantragt, ihre Tochter von den Geräten zu trennen.

Am 7. Juni war der Gehirntod der schwangeren Marie Odette Henderson infolge eines Gehirntumors festgestellt worden. Die körperlichen Funktionen der Frau waren seitdem mit Hilfe von Beatmungs- und anderen Geräten aufrechterhalten worden. Eine Krankenhaussprecherin teilte mit, falls das ungeborene Kind nach 28 Wochen zur Welt geholt werden könne, habe es eine 75prozentige Chance zu überleben. Der Fötus wiege knapp ein Kilogramm, sei aber in gutem Zustand.

Wie ein Rechtsanwalt mitteilte, haben die Eltern der Frau jetzt zugestimmt, daß die Lebenserhaltungssysteme so lange eingeschaltet bleiben, bis das Kind geboren ist.

Rechnung ging nicht auf

Der Billigflieger „People Express" steht zum Verkauf

H.-A. SIEBERT, Washington

Der smarte Außenseiter, der Amerikas Zivilluftfahrt nach deren Rückkehr zum freien Markt revolutionierte, droht ein Opfer der selbst inszenierten Preiskämpfe zu werden. Von den etablierten Rivalen mit den eigenen Waffen geschlagen, steht die People Express Inc., Newark, ganz oder teilweise zum Verkauf. Im Auftrag der Geschäftsführung sucht das New Yorker Investmenthaus Morgan Stanley Interessenten. Seit dem Erwerb der Frontier Airline, Denver, im Oktober 1985, ist People Express unter den US-Carriers die Nummer fünf.

Nicht aufgegangen ist die Rechnung, Passagiere, die bereit sind, ihr Gepäck selbst zu tragen und auf den üblichen Imbiß zu verzichten, zu Billigsttarifen zu befördern. Obwohl häufig unpünktlich, erhöhten sich zwar die Umsätze und die Zahl der Fluggäste, geradezu explodiert sind aber die Verluste: im ersten Quartal 1986 58 Millionen Dollar, verglichen mit minus 27,5 Millionen im Gesamtjahr 1985. Das Unternehmen beschäftigt 3500 Mitarbeiter.

„People Express hat viel Wellen, aber niemals richtig Geld gemacht", heißt es an der Wall Street. Nach Ansicht der scharfsichtigen Branchen-Analysten zog Donald Burr, der Vorsitzende, den Flieger zu steil nach oben. Nicht lange gefallen ließen sich die älteren Gesellschaften die ungewöhnlich aggressive Konkurrenz. Blättert man zurück, wird schlagartig klar, warum eine Bruchlandung nur schwer abzuwenden ist:

Mit drei Flugzeugen begann People Express im April 1981 Linienflüge von Newark (New Jersey) nach Buffalo (New York), Columbus (Ohio) und Norfolk (Virginia). Die Preise wurden um bis zu 60 Prozent gekappt. Ergebnis: Das Unternehmen verlor im ersten Geschäftsjahr mehr als neun Millionen Dollar. Im zweiten ging es besser: Bei mehr als 2,8 Millionen Passagieren blieb unterm Strich ein Gewinn von einer Million Dollar.

Daneben griff der Vorstand 1983, als er für 80 Millionen Dollar 20 Boeing 727-200 von Braniff erwarb und einen 747-Jumbo leaste. Für die Strecke Newark–London verlangte People Express 149 Dollar – der niedrigste Nordatlantik-Tarif seit Lakers Skytrain-Service. Außer Frontier kaufte das Unternehmen 1985 und 1986 zwei Nahverkehrslinien; im Februar kürzte man den Flugpreis von Newark nach Denver auf 69 Dollar.

Gewinne hat People Express außer 1982 nur 1983 und 1984 erzielt. Ende Dezember schlugen die Vermögenswerte mit 1,1 Milliarden Dollar zu Buch, während die kurz- und langfristigen Verbindlichkeiten 194 und 541 Millionen Dollar ausmachten. Innerhalb eines Jahres fiel der Aktienkurs von 15 auf 5,50 Dollar. Als erstes steht jetzt eine Reduzierung der Flotte (80 Jets) und des Streckennetzes bevor.

Was ist der Deutschen liebstes Spiel?

AP, Nürnberg

„Mensch-ärgere-Dich-nicht" ist das liebste Gesellschaftsspiel der Bundesbürger. Das ergab eine Umfrage bei 6076 Personen, die von der GFK Marktforschung GmbH in Nürnberg vorgenommen und gestern veröffentlicht wurde. 71 Prozent der Befragten gaben an, das Spiel zu Hause zu haben. Dagegen sind Spiele wie Dame mit 53 Prozent, Monopoly mit 45 Prozent und Schach mit 43 Prozent nicht so oft vertreten. Offensichtlich schneiden die Kartenspiele insgesamt besser ab als die Gesellschaftsspiele: Karten spielen immerhin 30 Prozent der Befragten, „Mensch-ärgere-Dich-nicht" jedoch nur 17 Prozent.

Haftstrafe für Ex-Premier

dpa, Brüssel

Zum ersten Mal in der Geschichte Belgiens ist gestern in Brüssel mit Paul Van den Boeynants (67) ein ehemaliger belgischer Regierungschef zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden. Der Urteilsspruch lautet auf drei Jahre Gefängnis mit Bewährung wegen Steuerhinterziehung und Urkundenfälschung sowie eine Geldstrafe in Höhe von umgerechnet 31 000 Mark. Der Verurteilte leitete zweimal die Regierungsgeschäfte des Landes von 1966 bis 1968 sowie 1978/79.

Gehbehinderter erschossen

dpa, Giengen

Ein 64jähriger gehbehinderter Mann ist gestern in Giengen an der Brenz (Kreis Heidenheim) mit einer Neun-Millimeter-Maschinenpistole erschossen worden. Als Tatverdächtiger wurde ein 58jähriger Mitbewohner des Mehrfamilienhauses festgenommen. In der Wohnung des Festgenommenen fand die Polizei noch meherer Waffen, darunter Pistolen, einen Colt und eine zweite Maschinenpistole. Zwischen den beiden Männern war es mehrfach zu Auseinandersetzungen gekommen.

„Moby Dick" aufgebracht

AP/dpa, Oslo/Hamburg

Das Greenpeace-Schiff „Moby Dick" ist zum zweiten Mal innerhalb von zwei Wochen von der norwegischen Küstenwache aufgebracht und gestern morgen in den Hafen Vardö geschleppt worden. Nach einer Meldung des norwegischen Rundfunks wurde die erneute Festsetzung damit begründet, daß die „Moby Dick" wiederholt die Vier-Meilen-Zone verletzt und Walfänger behindert habe. Nach Angaben von Greenpeace hatten sich sechs von zwölf Besatzungsmitglieder der „Moby Dick" mit zwei Schlauchbooten an die Harpunenleine eines Walfängers gekettet, um das Absprengen der Harpune zu verhindern.

Selbst abgelehnt

rtr, Karlsruhe/Stuttgart

Der Vorsitzende des Ersten Senats beim Bundesverfassungsgericht (BVG) in Karlsruhe, Roman Herzog, wird nicht an dem Verfahren um die geplante Auto-Teststrecke der Daimler-Benz-AG bei Boxberg mitwirken. BVG-Direktor Karl-Georg Zierlein sagte gestern, Herzog habe den Senat darauf hingewiesen, daß seine frühere Tätigkeit in der baden-württembergischen Landesregierung Anlaß zu einem Befangenheitsantrag geben könnte. Daraufhin habe der Senat der Selbstablehnung Herzogs in einem förmlichen Beschluß stattgegeben.

Hinrichtungen in China

AFP, Peking

In der größten Hinrichtungsaktion seit dem Beginn der Kampagne gegen die Kriminalität 1983 sind gestern in Peking 31 Menschen durch Genickschuß hingerichtet worden. Aus den vor einem Gericht in Peking angeschlagenen Plakaten geht hervor, daß es sich bei den Hingerichteten um Männer zwischen 19 und 35 Jahren handelt, die bewaffnete Überfälle, und Vergewaltigungen begangen hatten. Sechs von ihnen wurden wegen Mordes hingerichtet. Seit dem Beginn der Kampagne sind in China mehr als 10 000 Todesurteile vollstreckt worden.

Suche im Rhein

dpa, Bonn

Archäologen des Rheinischen Landesmuseums Bonns untersuchen derzeit Meter für Meter den schlammigen Boden des Rheins, um den wissenschaftlichen Nachweis zu führen, daß die Römer vor rund 2000 Jahren bei Bonn Brücken über den Rhein geschlagen haben. In der Überdruckkammer des Spezialschiffes „Carl Straat" suchen sie trockenen Fußes den Rheinboden ab, wurden bislang jedoch nicht fündig. Bisher existieren nur schriftliche Quellen zu diesem frühen Brückenschlag. Bonn stützt seine offizielle 2000-Jahr-Feier im Jahr 1989 bislang darauf.

ZU GUTER LETZT

„Frau, 34, 172, 60, sucht linken, redefreudigen furchtlosen Akad. Ich habe Goldblomben, 2 Kinder, ein Studium u. Migräne". Partnerschafts-Anzeige aus dem „Winterhuder Wochenblatt" in Hamburg.